

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

47

**B e r i c h t**

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am 2. November 1922.

-----

**Verhandlungsgegenstände:**

1. Erlass einer <sup>a</sup>Satzung zur Erhebung einer Schank-  
erlaubnisabgabe.
2. Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Unter-  
haltung des Hauptfriedhofes.
3. Gewährung eines Zuschusses an die Luftverkehrs-  
stelle Braunschweig.
4. Erhöhung der Gebühren für Benutzung des Stadt-  
bades und der Volksbäder.
5. Herri~~chtung~~chtung eines ~~st~~steheren Verschlusses in einem  
Dienstzimmer des Rathauses (Depositenraum).
6. Antrag Dr. Schultze, betr. die Ermöglichung des  
diesjährigen Eisbahnbetriebes im Bürgerpark.
7. Ausbau der Eichtalstraße betr.

Registrator.



8. Verkauf einer Baustelle auf der Charlottenhöhe betr.
9. Gewährung eines Zuschusses an die Kaufmännische Fortbildungsschule.
10. Erhebung einer Wohnungsabgabe für 1922/23 und Aufnahme einer Anleihe.
11. Erhöhung des Beitrages für den Verband der Rechtsankunftsstellen.
12. Kauf einer Papierschneidemaschine für die Stadtbibliothek.
13. Erhöhung der Vergütungen für Reinigung der Schulgebäude.
14. Legung von Gashauptrohren in der Straße Vogelsang betr.
15. Anfrage Jahns, betr. die Bestimmungen über die Ablieferung der Brotkarten.
16. Antrag Böhm auf Erhöhung der Zahl der auszubehenden Brotkarten.
17. Anfrage Böhm, betr. den Besuch der Pflichtfortbildungsbildungs-

bildungsschule durch Diebstboten.

18. Antrag Stukenberg, betr. Anstellung einer Rentner-Fürsorgerin.

19. Antrag Stukenberg, betr. Bewilligung von Mitteln für eine Schulentlassenen-Spende.

=====

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e n e y e r, Bürgermeister M e y e r, Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g, Stadtbaurat G e b e n s l e b e n, Stadtrat S c h a p e r, Stadtrat V o g l e r, sowie die Stadträte H e r b s t R a l f s, und Dr. R e i c h e.

Es fehlen die Stadtverordneten B u r g d o r f f, D m i e r s, Frau G r a f, Dr. J a s p e r und M a a ß.

=====

Vorsitzender F r e d e: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben der „Interessen-

Schutz-

Schutzvereinigung der Privatversicherungen", von deren Gründung den Stadtverordneten Kenntnis gegeben wird. Eine gleiche Mitteilung ist auch an den Rat der Stadt gegangen.

Ein Antrag liegt vor von Herrn **B u r g d o r f f**: „Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, zu beschließen, daß für die städtische Markthalle eine aus wenigstens zwei Innenlampen und für jeden Ausgang wenigstens einer Lampe bestehende elektrische Beleuchtungsanlage angelegt wird, welche besonders bei Demonstrationen oder ähnlichen Anlässen in Betrieb gesetzt werden kann.“

Ein Antrag des Herrn **S t u k e n b e r g** lautet:

„Zwecks weiteren Ausbaues der Rentnerfürsorge beantrage ich hiermit die Anstellung einer Rentnerfürsorgerin“.

Herr **J a h n s** hat folgende Anfrage gestellt:

„Bezüglich Ablieferung bzw. Neuverteilung der

Brotkarten

Brotkarten ist eine Beunruhigung in die Bevölkerung der Stadt Braunschweig hineingetragen, da niemand die genauen Vorschriften kennt und viele leicht glauben, in Strafe zu verfallen, wenn sie die ihnen nicht mehr zustehenden Brotkarten nicht rechtzeitig abliefern. Der Rat der Stadt wird ersucht, Auskunft darüber zu geben, welche Wege beschritten sind, um das Publikum über die in Frage stehenden Bestimmungen aufzuklären."

Ferner habe ich der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen, daß mir eben von Herrn Stegmann zur Kenntnis gebracht worden ist, daß eine gemeinsame Fraktion entstanden ist durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

1. Erlaß einer Satzung zur Erhebung einer Schankerlaubnisabgabe.

Stadt v. J a h n s : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß unsere Stadt bei ihrer schlechten Finanzlage darauf angewiesen ist, eine Steigerung der Einnahmen herbeizuführen, und ~~zsz~~ in diesem Sinne hat die Kreisdirektion bei Gelegenheit der Genehmigung des diesjährigen Stadthaushaltsplanes der Stadt anheingegeben, Schritte zu tun, um Einnahmen zu haben durch Einführung einer Schankerlaubnisabgabe. Der Rat der Stadt ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat den Stadtverordneten den Entwurf einer solchen Steuer zur Annahme zugehen lassen. Wir haben davon Abstand genommen, diesen Entwurf schon in einer früheren Sitzung zu beraten, da erst noch der Gastwirtsverein zu dem Entwurf gehört werden sollte. Das ist geschehen, und nunmehr stehen Bedenken betreffs Verabschiedung der Vorlage nicht mehr entgegen. Ich

werde

werde mir erlauben, die Satzung~~z~~ auszugsweise kurz vorzutragen und mitzuteilen, wie sich der Rechtsausschuß zu den einzelnen Paragraphen gestellt hat.

§ 1 lautet in der Vorlage: (Wird von dem Redner verlesen).

Gegen diesen Paragraphen hat der Rechtsausschuß keine Bedenken zu erheben gehabt. - Es wäre wohl am besten wenn die Paragraph für Paragraph nacheinander der Besprechung unterziehen.

V o r s i t z e n d e r : Wir könnten auch eine allgemeine Aussprache vorweg eintreten lassen und dann auf die einzelnen Paragraphen eingehen.

Stadt v. J a h n s : Die Stadtverordneten haben alle die Vorlage erhalten; dann brauche ich ja die Paragraphen nicht vorzulesen.

Vor-

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte, nur diejenigen Paragraphen zu erwähnen, bei denen vom Rechtsausschuß Ausstellungen gemacht worden sind.

Stadtv. J a h n s : Ausstellungen sind vom Rechtsausschuß nur gemacht bei den Paragraphen 3 und 4.

§ 3 lautet nach der Vorlage:

„Die Abgabe wird nicht erhoben,

- 1) wenn der Betrieb von dem bisherigen Inhaber auf einen Abkömmling übertragen wird,
- 2) wenn die Erlaubnis zum Betriebe der Witwe des bisherigen Inhabers oder nach deren Wiederverheiratung ihrem Ehemanne erteilt wird.“

Wir haben geglaubt, vorschlagen zu sollen, den Absatz 2 zu ändern und zu sagen:

„2) wenn die Erlaubnis zum Betriebe dem Ehegatten des bisherigen Inhabers erteilt wird.“

Es soll also nicht etwa nach der Wiederverhei-

ratung



ratung einer Witwe dem Ehemann diese Befreiung auch zuteil werden.



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Der  
Vorschlag des Ausschusses scheint mir eine Ver-  
besserung der Vorlage zu sein; ich habe keine  
Bedenken dagegen.

(zu § 3).

Stadtv. J a h n s : § 4 des Entwurfes lautet:  
„Der Rat der Stadt kann Steuerfreiheit gewähren,  
1) wenn das Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft auf den Ausschank alkoholfreier Getränke beschränkt wird,  
2) wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Wirtschaftsbetrieb für Rechnung einer gemeinnützigen Vereinigung oder für einen wohltätigen Zweck erfolgen soll.“

Wird dem Inhaber einer Wirtschaft, die nach Absatz 1 Nummer 1 von der Abgabe befreit geblieben ist, die Erlaubnis zum Ausschank von geistigen Getränken erteilt, so ist diese ebenso wie die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft zu versteuern.“

Der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht angängig wäre, die Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke ohne weiteres von der Entrichtung der Steuer zu be-

freien,

freien, denn es werde in den alkoholfreien Ausschankstätten nach wie vor derselbe Absatz stattfinden, einerlei ob diese einmalige Schankerlaubnisabgabe erhoben werde oder nicht. Deshalb beantragt der Ausschuß, daß Nummer 1 überhaupt gestrichen wird und ebenso Absatz 3, sodaß der § 4 nur lautet: „Der Rat der Stadt kann Steuerfreiheit gewähren, wenn der Nachweis erbracht wird, daß ein alkoholfreier Wirtschaftsbetrieb, für Rechnung einer gemeinnützigen Vereinigung oder für einen wohltätigen Zweck erfolgen soll.“

Es sollen also nur der Ausschank von alkoholfreien Getränken durch eine gemeinnützige Vereinigung oder für einen wohltätigen Zweck von der Steuer befreit werden.

Ohne Meldungen zum Wort.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der  
Versammlung mit dem vorgetragenen Wortlaut des § 4  
an.

Stadt v. J a h n s : Weitere Änderungen sind  
vom Rechtsausschuß nicht vorgenommen.

V o r s i t z e n d e r : Die Paragraphen  
stehen zur Beratung.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß recht wenig Ertrag aus dieser Abgabe fließen wird, nicht etwa in dem Sinne, daß die Stadt nicht überhaupt hohe Einnahmen haben soll, sondern in dem Sinne, daß in dieser Zeit in recht wenigen Fällen eine derartige Schankerlaubnis erteilt wird. Wir haben gesehen, wie während des Krieges zahlreiche neue Schankstätten entstanden sind. Wenn man jetzt durch die Straßen der Stadt geht, so sieht man, <sup>HSH</sup> daß an der einen oder anderen Stelle Likörstuben aufgetaucht sind. Aus der Statistik, die uns von Statistischen Amt übergeben worden ist, können wir feststellen, daß am 1. April 1919 157 Schankstätten mit Aussehan von Branntwein bestanden, am 1. April 1920 waren es 171 und am 1. April 1921 181, innerhalb eine Zunahme von 24 in einer Zeit, wo wir Wohnungsmangel haben und uns nicht erlauben können, darin Luxus zu treiben. Die Schankstätten für alkohol-

freie

freie Getränke haben abgenommen von 52 auf 40 und 38, sodaß bei ihnen eine Verringerung der Zahl um 14 stattgefunden haben. Daß der Alkoholismus bei uns immer mehr zunimmt, läßt sich leicht feststellen. Sehen Sie nur die Berauschten auf den Straßen, wir finden die Alkohol-Psychose in den Krankenhäusern und auf den Seziertisch. Es kommt vor, das Leute in bewußtlosen Zustände in die Krankenhäuser aufgenommen werden und nach Minuten versterben, bei denen man nachher feststellen muß, daß der Alkohol an ihr <sup>em</sup> Hinscheiden schuld ist. Man kann sich über eine solche Zunahme des Alkoholismus nicht wundern, wenn man liest, wie gewisse Minister sich Weinsendungen haben kommen lassen, und daß höhere Beante für den Alkoholismus eintreten als Gegenleistung für ein paar Pullen Mosel, die sie geschickt bekommen haben. So ist es mir vollkommen klar, daß der Kampf gegen den Alkoholismus, hinter den das Alkoholkapital steht, wenn er von den ein-

zelenen

16 ~~17~~

zelnen geführt wird, immer ein Kampf gegen Windmühlenflügel sein wird. Aber ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß sich der Bekämpfung des Alkoholismus alle diejenigen anschließen, die sich mit der Ernährung des Volkes beschäftigen, und daß sie sich dem Vorgehen dagegen anschließen, daß wichtige ~~Er-~~ Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Gerste usw. in Alkohol umgesetzt werden. Ich möchte bitten, daß die Stadt als solche alles tut, um zu verhindern, daß neue Alkoholkirtschaften entstehen. In besonderen scheint mir für diese Art Wirtschaften trotz des Wohnungsamts die Wohnungsnot nicht zu bestehen. Ich begrüße diese Vorlage, die uns zur Annahme vorgelegt ist, in ~~den~~ ich hoffe, daß sie gleichzeitig mit dazu beitragen wird, einen Teil der Alkoholkirtschaften die <sup>möglichkeit zum</sup> ~~möglichst zum möglichen~~ Bestehen zu unterbinden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich teile ganz die Auffassungen, wie sie der Herr Vorredner geäußert<sup>hat</sup>, wenigstens aber in mancher Beziehung und soweit sein Rückblick den verflossenen Jahren galt. Eine Erdrösselungssteuer wollen wir selbstverständlich nicht einführen; daß würde gegen die Reichs<sup>gesetzgebung</sup> ~~Regierung~~ sein, aber wir wollen, den Beispiel großer und kleinerer Gemeinden folgend, eine wirtschaftliche Maßnahme treffen, die sich der Wertzuwachssteuergesetzgebung an die Seite stellen kann, denn es bedeutet für den Inhaber von bestimmten Gebäuden immer einen wesentlichen Zuwachs an Wert des Grundstückes, wenn ihm durch amtliche Verleihung das Recht erteilt wird, auf diesen Grundstücke eine Schankwirtschaft auszuüben. Mag damit auch ein gewisses Risiko verbunden sein, so wissen die Beteiligten doch, aus welchen Gründe und mit welchen Hoffnungen auf Gewinn sie dies Risiko auf sich nehmen. Wenn die Stadt für die Erteilung der

Schank-



Schankerlaubnis eine einmalige Abgabe - nicht eine laufende - erheben will, dann kann man ihr das nicht verargen; es gibt das in der einen Beziehung wenigstens einen Ausgleich für diejenigen Schäden, die bekanntlich durch den Alkoholismus in den Gemeinwesen verursacht werden und von denen wir besonders in der Wohlfahrtspflege, Armenpflege und dergleichen die Wirkungen genugsam zu spüren haben. Ich freue mich, daß im großen und ganzen auf allen Seiten des Hauses diese Vorlage des Rates freundlich<sup>e</sup> Aufnahme gefunden hat.

- 19 -

**Die Versammlung nimmt die Satzung mit den  
von Rechtsausschuß beantragten Änderungen an.**

## 2. Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Unterhaltung des Hauptfriedhofes.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Die heutige Feyerung hat sich auch bei der Verwaltung des Hauptfriedhofes geltend gemacht. ~~Man hat gesagt,~~ Das Wort: „Umsonst ist der Tod!“ trifft nicht mehr zu - das Sterben selbst ist wohl noch umsonst zu haben, aber die Beerdigung ist sehr teuer geworden, und infolgedessen ist die Kirche, die die Friedhöfe noch in der Hand hat, seit Jahren in eine Notlage gekommen. Alle Gebüh-<sup>n</sup>rerhöhungen helfen nicht, es geht mit den Finanzen immer weiter herab. Die Folge davon ist, daß wenigstens in neuester Zeit Geneigtheit bei den kirchlichen Behörden vorhanden ist, mit dem Rat der Stadt in Verhandlungen wegen Übernahme des Hauptfriedhofes zu treten. Während nun diese Verhandlungen begonnen haben, ist ein Schreiben an den Rat der Stadt gelangt, ~~indem~~ die trostlose finanzielle Lage des Hauptfriedhofes

VOR

von Friedhofsausschuß geschildert wird. Es wird unter anderem auch gesagt, daß die Arbeiter des Friedhofs seit Januar dieses Jahres die von ihnen gestellten Nachforderungen nicht ausgezahlt bekommen haben und daß, wenn nicht Hilfe käme, noch weitere Angestellte und Arbeiter entlassen werden müßten, daß bei den jetzigen Einnahmen der Friedhof nicht mehr in der bisherigen Weise gehalten werden könne, er würde verwildern. Es wird auch darauf hingewiesen, daß andere Städte - Berlin, Hannover, Halle, Hildesheim usw. - große Aufwendungen für ihre Friedhöfe machen müßten, während Braunschweig hierfür bis jetzt noch keine Zuschüsse aufgewandt habe. Es sei Pflicht der Stadt, dafür zu sorgen, daß ihre Toten beerdigt würden. In diesem Sinne wird ein Klagelied gesungen und gebeten, zunächst die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 1 1/2 Millionen zur Unterhaltung des Friedhofs vorzunehmen.

Der

Der Finanzausschuß empfiehlt der Versammlung einstimmig, die Zahlung dieser Summe abzulehnen, und zwar aus dem Grunde, weil die Stadt (selbst sich) in einer finanziellen Notlage ~~sich~~ befindet, und dann auch, weil es jetzt, wo die Verhandlungen über die Übernahme des Hauptfriedhofes im Gange sind, ~~es~~ falsch wäre, den Friedhofsausschuß eine Zahlung zugehen zu lassen, wodurch dann nur die Galgenfrist die ihm zur eigenen Bewirtschaftung des Friedhofs zur Verfügung steht, verlängert würde und er nicht so leicht geneigt wäre, die Verhandlungen weiterzuführen.

Ich gestatte mir, zu diesem Punkt noch einige persönliche Bemerkungen hinzuzuführen. Wenn in den Schreiben des Friedhofsausschusses gesagt ist, daß die Stadt für den Hauptfriedhof noch nichts aufgewandt habe, so wird vergessen, daß die Stadt ehemals bei Einrichtung dieses Friedhofs ein ganz schönes Sümmchen, nämlich 300 000 M, beigetragen hat. Das

Der

war zu damaliger Zeit eine ganz gewaltige Summe, heute würde sie vielleicht Millionen bedeuten. Die Friedhofsverwaltung sagt selbst, es sei Pflicht der Stadt, ihre Toten zu begraben. Das ist richtig, und wir treten ja auch dafür ein, daß die Stadt die Friedhofsverwaltung übernimmt. Aber die Kirche hat verstanden, durch Ausübung des Begräbniswesens ihren Vorteil zu finden. Von der Wiege bis zum Grabe sucht sie ihre Angehörigen für sich zu behalten. Selbstverständlich ist der Grund dafür nicht die christliche Nächstenliebe, sondern sie tut es, um die Menschen in Ungewissheit und Aberglauben zu erhalten, die Geister in Fesseln zu schlagen, kurz um die Menschheit <sup>in ihrem Interesse</sup> ~~und sämtliche Machthaber~~ <sup>unter</sup> ihre Herrschaft zu bringen. Das Friedhofswesen ist ein Stück von dieser Macht der Kirche, und aus diesen Grunde müssen wir dahin streben, daß der Friedhof der politischen Gemeinde zugeführt wird. Wir <sup>als</sup> ~~respektieren~~ <sup>als</sup> den Wunsch der Friedhofsverwaltung,

ENDE

unsere Toten durch die Stadt beerdigen zu lassen,  
und sagen: Her mit dem Friedhof! Wir wollen ihn  
schon verwalten.

5 ~~Als zweites~~ möchte ich Folgendes vorbringen:  
Sie werden gehört haben, daß in einer Sitzung der  
Kirchenausschüsse die Frage erwogen ist, ob die Be-  
gräbnisgebühren für die Dissidenten, die bisher  
nicht höher gewesen sind wie für andere Verstorbene,  
nicht erhöht werden sollen. Es wird das damit be-  
gründet, daß es gutes Recht wäre, daß diejenigen,  
die keine Kirchensteuer bezahlen, auf diese Weise  
für die Erhaltung des Friedhofs mehr bezahlen. In  
Wirklichkeit liegt aber zu einem solchen Vorgehen  
kein Recht vor, denn der Friedhof ist nicht aus Mit-  
teln der kirchlichen Gemeinde erhalten worden. Die  
Kirche ist nicht einmal in der Lage, ihre Geistliche<sup>n</sup>  
und ihre ~~Kirchendiener~~ <sup>persönliche Angestellte</sup> zu bezahlen, und es kann gar  
keine Rede davon sein, daß die Gläubigen etwas für  
den Friedhof hingeben, wenn sie ihre Kirchensteuern  
bezahlen.

bezahlen; sie geben den Dissidenten nichts, also können sie auch nicht mehr von ihnen für Begräbnisse nehmen als von allen anderen Verstorbenen. Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß die Kirche vor dem Kriege schöne Summen aus der Verwaltung des Hauptfriedhofes herausgeholt ~~haben~~ <sup>und</sup> sie im Interesse der Kirche verwendet ~~haben~~, aber nicht im Interesse des Friedhofes.

Aus einem Grunde tut es uns allerdings leid, daß wir dem Antrage des Friedhofsausschusses nicht entgegen kommen können, nämlich der Arbeiter und Angestellten des Friedhofs wegen. Aber es ist dies der einzige Weg, der zur Gesundung der Verhältnisse zur Kommunalisierung des Friedhofs führt, ~~das/dieses~~ und dieses liegt auch mit im Interesse der Arbeiter. Wenn wir jetzt die 1 1/2 Millionen Mark bewilligten so wäre es ein Tropfen auf den heißen Stein. Es würde nur für Monate hinreichen, dann wäre die Sache wieder dieselbe, nur käme es einstweilen nicht dazu, den Friedhof zu kommunalisieren. Die Zustände der

Arbeiter



Arbeiter und Angestellten auf dem Friedhofe sind trostlos, ihre Bezahlung steht auf der halben Höhe der Löhne, wie sie allgemein für Arbeiter der gleichen Kategorie gezahlt werden, und so ist es im Interesse der Arbeiter dringend nötig, daß der Friedhof kommunalisiert wird. Die Arbeiter und Angestellten des Friedhofs werden es verstehen, wenn wir von der sozialistischen Fraktion diesem Wunsche des Friedhofsausschusses nicht nachkommen, sondern die Unterstützung ablehnen, weil wir wollen, daß Zustände geschaffen werden, unter denen die Arbeiter und Angestellten ebenso bezahlt werden wie in anderen Betrieben. Ich bitte um Ablehnung dieser Frage Vorlage.

Stadt.Dr. S e h u l t z e : Meine Damen und Herren ! Wie der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, ist die Frage des Zuschusses zu den Kosten des Hauptfriedhofes eng verbunden mit der Frage der Kommunalisierung des Friedhofswesens. Man muß sich fragen: „Wird die Kommunalisierung, die anscheinend im Flusse ist, bald zustande kommen ?“ Und von der Beantwortung dieser Frage hängt die Gewährung des Zuschusses ab. Es wird noch viel Wasser die Oker herunterfließen, bis die Stadt in den Besitz des Hauptfriedhofes kommt, und deshalb müssen wir fragen: „Was geschieht, wenn wir das Verlangen des Friedhofsausschusses ablehnen ?“ Der Erfolg würde erst einmal eine erhebliche Erhöhung der Begräbnisgebühren sein, was wir im Interesse der Bevölkerung nicht wünschen können, und die zweite Folge würde die sein, daß die Arbeiter des Friedhofs nicht genügend bezahlt werden können und ein großer Teil der Arbeiter entlassen werden würde, was auch nicht im Interesse der Stadt liegt. Deswegen möchte ich die Frage zur Diskussion

stellen

stellen, ob man nicht den Zuschuß gewähren will, aber unter gewissen Bedingungen. Ich denke, daß vielleicht die Bedingungen daran geknüpft werden könnten, daß in erster Linie die Arbeiter davon bezahlt werden müssen; denn dieses scheint der Hauptpunkt zu sein, den die Kirchenregierung für Gewährung des Zuschusses der Stadt angeführt hat. Andererseits scheint die Kirche sehr unvorsichtig gehandelt zu haben, denn wie aus Zeitungsberichten hervorgeht, hat sie einen städtischen Zuschuß verlangt und gleichzeitig gesagt, die Stadtverordneten haben zu der Verwaltung des Friedhofes nichts mehr zu sagen.

~~Früher~~ ~~konnten~~ konnten sie gutaechtlich gehört werden, das soll aber nicht mehr geschehen. Es mag sein, daß dieser Beschluß aus dem Grunde gefaßt ist, um die Sache rascher abzuwickeln. Ein zweites ist schon von dem Herrn Berichterstatter erwähnt: man hat bekannt gegeben, daß die Dissidenten besonders stark zu den Begräbnisgebühren herangezogen werden sollten. Man mag darüber denken, wie man will, innerhin wird man

zu der Überzeugung kommen, daß eine solche Maßregel in dieser Zeit außerordentlich unpolitisch ist. Wenn wir uns dazu bequemen würden, einen Zuschuß zu geben, so würde die Frage auftauchen, ob man nicht versuchen sollte, zu erreichen, daß alle Bewohner der Stadt in den Begräbnisgebühren gleichmäßig behandelt werden sollen. Das wären zwei Bedingungen, die man an die Gewährung dieses Zuschusses anknüpfen könnte. Den Zuschuß ganz zu verweigern, hat doch gewisse Bedenken.

Ich möchte weiter an den Rat der Stadt den Appell richten, möglichst bald der Frage näher zu treten, wie man die Kosten für die Verbrennungssärge erniedrigen kann. Ich habe in einer Unterhaltung mit dem Stadtphysikus Dr. Roth schon darauf hingewiesen, daß es verschiedene Mittel gibt, diese Verbrennungskosten, insbesondere die für den Sarg, herabzudrücken durch Vereinfachung des Sarges, durch Verleihung des Übersarges und dergleichen; dann aber müßte das städtische Statut geändert werden. Ich glaube, daß man dadurch,  
daß

daß man mit den zuständigen Stellen und mit den Sarg-  
geschäften sich in Verbindung setzt, eine Ermäßigung  
dieser Kosten erreichen könnte. Die Bevölkerung muß  
veranlaßt werden, mehr und mehr von der Verbrennung  
und den dafür geschaffenen Erleichterungen Gebrauch  
zu machen. Ich glaube, daß bei den Dissidenten die  
Erhöhung der Begräbnisgebühren nicht so sehr für  
die Leichenverbrennung in die Wagschale fallen wird.  
Wer aus religiöser Überzeugung der Kirche den Rücken  
gewandt hat, der wird die anderen Gründe, z.B. daß  
*Manche, alle* die Gewohnheit für die Beerdigung spricht, leicht  
schwinden lassen, und wenn er das nicht tut, dann  
kann er sich begraben lassen. (Weiterkeit.)

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Verehrte Damen und Herren ! Was zunächst den Zuschuß betrifft, so steht der Rat auf dem Standpunkt, daß es in diesen Augenblick, in dem über die Abtretung des Hauptfriedhofes an die Stadt verhandelt wird, nicht richtig sein würde, den Zuschuß zu bewilligen. Menschen sind wir nun einmal alle, und so würde man es <sup>(den Vertretern)</sup> der Kirche nicht verdenken können, wenn sie hinterher sagen würden: Nun haben wir den Zuschuß, nun können wir die Sache <sup>an uns</sup> ~~auch andere~~ kommen lassen. Ich bin Vorsitzender des Stadtkirchenausschusses und habe ~~die~~ Herrschaften, als sie mit dieser Idee herauskamen, nicht im unklaren darüber gelassen, daß ich mich ~~stets~~ <sup>nicht</sup> dafür <sup>nicht</sup> würde aussprechen können.

Was die Verbilligung der Sargkosten betrifft, so hat der Herr Vorredner mit seinen Anregungen recht. Es ist ja garnicht zu verantworten, daß heute mit den verbrannten Särgen geradezu ein Kapital aus dem Schornstein ~~herausgeht~~. Zum Zwecke der Verbilligung braucht

braucht aber meiner Meinung nach die städtische Satzung nicht geändert zu werden, denn wir können die Toten auch so schon in den einfachsten Hüllen, die man sich denken kann, verbrennen lassen. Wir haben bereit einen Übersarg angeschafft, der bei den Bestattungsfeierlichkeiten jeden unangenehmen Eindruck verwischen würde, aber <sup>manche</sup> die Leute wünschen immer noch, daß ihre Toten in einem pompösen Sarge den Feuer oder der Erde übergeben werden, und dagegen ist schwer etwas auszurichten. Ich habe Veranlassung genommen, mich in dieser Sache an den Verein für Feuerbestattung zu wenden und auch Herr Physikus Roth hat <sup>erklärt</sup> heute ein ~~Anschreiben dahin gerichtet, worin er sagt, daß keine Bedenken entgegenstehen, daß die Leichen in schlechten Kasten in die Feuerbestattungshalle hineingebracht werden, und dagegen ist auch gewiß von uns aus nichts einzuwenden. Es müßte nur irgend einer sich finden, der bei der Bestattung seiner Angehörigen mit einem guten Beispiel vorangeht. Soviel uns bekannt~~ ist.

ist, haben die Juden immer noch die einfache Form der Särge verwendet, decken nur ein Leichentuch über den Sarg und die Bestattung geht durchaus würdig vor sich. Die Not der Zeit wird in dieser Sache der beste Lehrmeister sein; die Leute werden einfach nicht mehr imstande sein, 10 000 Mark für einen Sarg auszugeben, und dann müssen sie sich notgedrungen dazu verstehen, die einfacheren Särge zu verwenden. Wenn wir unsererseits dekretieren würden: „Die und die Särge sollen genommen werden“, dann würde das jedenfalls auf <sup>heft-</sup>häufigen Widerstand stoßen. Allerdings haben wir schon in der Armendirektion beschlossen, daß wir die Leichen der Armen <sup>wohl</sup>~~allerdings~~ nicht in so einfachen Kasten, wie man sie andernwärts hat, aber doch in wesentlich verbilligten Särgen der Erde übergeben wollen, und bei der kolossal~~en~~en Belastung der Stadt kann man uns das nicht verdenken. Wer sich diese Maßnahme in Ruhe überlegt, wird auch kaum einen Einwand dagegen erheben. In anderen Städten ist die Idee der billigeren Särge schon länger angeregt, und sie wird



wird sich über kurz oder lang weiter ausdehnen.

Es muß nur mit gutem Beispiel in dieser Sache vorgegangen werden, dann folgen die anderen ohne weiteres nach.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Es würde der Armendirektion selbstverständlich sehr widerstreben, wenn wir zu den früheren Formen des flachen Sarges zurückkehrten. Daran wird nicht gedacht, wohl aber glauben wir, ähnlich wie andere Städte es getan haben, eine gewisse Vereinfachung Platz greifen zu lassen. Dabei haben wir den dringenden Wunsch, daß diese Vereinfachung nicht nur für das Armenbegräbnis durchgeführt wird, sondern daß auch andere, der Not der Zeit folgend, sich dieser Vereinfachung anschließen. Wir haben für das Armenbegräbnis jetzt 5500 Mark zu verausgaben, ungefähr das Dreifache dessen, was wir früher ausgegeben haben, und da liegt es nahe, darüber nachzudenken, wie eine Vereinfachung der Bestattung möglich ist. Es sind Verhandlungen mit den vereinigten Tischlermeistern in Gange, die bald zum Abschluß kommen werden, und wir hoffen, daß durch den Verein für Feuerbestattung und andere Körperschaften Maßnahmen getroffen werden, die

- 35a -

die für die Gesamtheit der Bevölkerung ein vereinfachtes Verfahren ermöglicht, sodaß solche, denen ein Armenbegräbnis zuteil wird, nicht als solche gekennzeichnet werden.

Stadtv. J a h n s : Herr Kollege Dr. Schultze hat schon mehreres von dem, was ich ausführen wollte, vorweg genommen. Ich will mich nicht einsetzen für Übernahme des Zuschusses an den Friedhofsausschuß, aber ich bedauere im Interesse unserer Gesamtbevölkerung, daß nicht das Geld dazu in der städtischen Kasse vorhanden ist. Ich denke daran, wie den Beamten und Arbeitern des Friedhofes die bessere Bezahlung not tut und wie sie auf eine Aufbesserung warten. Wenn aber kein Geld in der Friedhofskasse vorhanden ist, so ist es nicht möglich ihre Forderungen zu erfüllen. Es ist mir mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen dem Kirchenausschuß und der Stadt durch eine derartige Bewilligung Schaden nehmen könnten. Das Gegenteil ist der Fall: Diese 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen würden hinreichend sein, die Nachzahlungen zu gewähren und die ganze Sache damit vereinfacht werden. Deshalb möchte ich bitten, falls sie diese 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen nicht bewilligen wollen, wenigstens 1 Million zur Verfügung zu stellen, damit diese Ansprüche der Friedhofsarbeiter erfüllt

Der-

werden können und sie nicht der Not und der Sorge entgegen gehen.

Stadtv. J a h n s reicht folgenden Antrag ein:  
„Sollte der Zuschuß von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark abgelehnt werden, so beantrage ich, zwecks Befriedigung der Ansprüche der Friedhofsarbeiter einen Zuschuß von nur 1 Million Mark zu gewähren.“

Stadt v. S t e g m a n n : Herr Dr. Schultze führte/aus, daß infolge der Ablehnung dieses Ersuchen des Friedhofsausschusses eine erhebliche Erhöhung der Begräbnisgebühren eintreten würde. Andernteils aber würden dann sicher viele dazu gedrängt werden, sich verbrennen zu lassen. Die Verbrennung würde also gerade dadurch mehr eingeführt werden, als es bisher der Fall war. Auch uns tut es um der Arbeiter willen leid, daß wir den Zuschuß nicht bewilligen können, aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Es würden sonst selbstverständlich die hartnäckigsten der Pastoren wieder Oberwasser bekommen und es könnte lange dauern, ehe die Frage der Abtretung des Friedhofes an die Stadt wieder in Fluß kommt. Wir müssen gerade jetzt die Kirche zwingen, nachzugeben und den Friedhof uns zu überlassen. Ich bitte deshalb, auch den Antrag des Herrn Jahns, nur 1 Million Mark zu bewilligen, abzulehnen.

Was die Särge anbetrifft, so bin ich wie der Herr Oberbürgermeister dafür, daß eine Vereinfachung

Platz

Platz greift. Auch im Finanzausschuß haben wir schon darüber gesprochen. Die jetzigen Armensärge wollen mir nicht gefallen. Die früheren Nasenquetscher waren ~~ein Skandal~~ <sup>(der nicht kasiniert werden darf)</sup> ~~ohne jeden Schmuck~~. Ich bin wohl dafür, daß allgemein eine Vereinfachung eintritt, aber daß ~~man mit den Armensärgen anfängt~~ <sup>man fängt</sup> ~~ohne daß andere das auch machen~~ steht wie eine Degradation der Armen gegenüber allen anderen aus. Wenn Bestimmungen getroffen würden, durch die ein bestimmter Sarg, ähnlich wie er hier geplant wird, auch für das übrige Publikum geschaffen wird, dann wäre ich auch <sup>inbezug der</sup> ~~für die~~ Särge der Armen für diese Form, aber daß allein bei den Armen damit angefangen wird, das will mir nicht behagen.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren ! Herr Stegmann hat schon gesagt, daß es uns sehr leid tut, wenn wegen der Nichtbewilligung des städtischen Zuschusses die Arbeiter und Angestellten des Friedhofes ihr Geld nicht bekommen können. Aber wir müssen bedenken, daß, wenn noch ein halbes Jahr verstrichen ist, der Friedhofsausschuß wieder an uns herankommen und eine zweite Million verlangen könnte, indem er sagt: „Wir können die Löhne der Arbeiter nicht bezahlen“. Einmal müssen wir Schluß damit machen und dazu übergehen, den Friedhof <sup>in</sup> Verwaltung zu nehmen. Wenn wir die Sache mit kleinen Mitteln hinhalten, dann werden wir überhaupt nicht in den Besitz des Friedhofes kommen, denn dann hat der Kirchenausschuß so viel Schulden auf den Friedhof geladen, daß wir das nachher kaum zu bezahlen instande sind. Ich möchte vor einer Bewilligung, auch vor der geringeren, warnen und bitten, davon dafür zu sorgen, daß der Friedhof so bald als möglich in unsere Hände kommt, damit die Schulden des

Friedhof

OK



Friedhofes nicht so hoch werden, daß sie von uns nicht mehr zu erschwingen sind. Ich bitte, die Forderung vollständig abzulehnen.



Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte meine Ansicht, betreffend die Verbilligung der Särge, dahin aussprechen, daß man <sup>am wirksamsten</sup> sich mit den Sarggeschäften in dieser Sache in Verbindung setzt. Wenn die die neue Form einführen, wird sie auch von der Bevölkerung genommen werden. Ich glaube, daß man mit einem solchen Vorgehen besser fahren wird, als wenn man <sup>sich</sup> an den Feuerbestattungsverein wendet, denn dabei würde es erst noch zu langwierigen Verhandlungen kommen. Ich möchte deshalb bitten, daß der Friedhofsausschuß sich einmal mit den Sarggeschäften in Verbindung setzt.

Stadtv.Dr. R ö p e k e : Herr Marth hat in der Hauptsache schon das vorweg genommen, was ich sagen wollte. Ich möchte bitten, den Antrag des Friedhofsausschusses gänzlich abzulehnen. Wir werden sehen, daß die Sache so kommt, daß, wenn wir diesmal bewilligen, innerhalb einiger Monate von neuem an uns herangetreten wird, eine Bewilligung vorzunehmen, und dann werden wir in derselben Lage sein wie heute. Es werden dann dieselben Schwierigkeiten zu überwinden sein. Es mag sein, daß die Verhandlungen noch einige Zeit dauern, auch wenn wir die Bewilligung nicht aussprechen; jedenfalls aber werden sie durch Gewährung des Zuschusses in keiner Weise gefördert, sondern gehemmt.

In übrigen sind die Verhandlungen des Kirchenausschusses nicht darnach angetan, uns zur Bewilligung des Zuschusses geneigt zu machen. Es ist bedauerlich, daß die Verhandlungen dort solche Formen angenommen haben, wie es aus den Zeitungen zu ersehen ist. Ein innerer Friede ist damit jedenfalls nicht geschaffen.

Stadtv. Fräulein *W o l t e r s* : Ich möchte die Ausführungen des Herrn Stadtv. Dr. Schultze inbezug auf die Verbilligung der Särge nochmals unterstreichen. Ich kenne Familien, die jahrelang daran finanziell kranken, daß sie bei einem Begräbnis die Ausgaben leisten mußten, die nun einmal üblich sind. Die Leute halten es in allgemeinen für ein dem Verstorbenen angetanes bitteres Unrecht, wenn die Bestattung in anderer Form vorgenommen wird, wie man es allgemein gewohnt ist. Wenn aber die Neuregelung in der Weise erfolgt, daß auf die Sargfabrikanten eingewirkt würde, so würden wir bessere, gesunde Verhältnisse in dieser Sache bekommen.

*Hygienfrage*

Stadt v. Dr. K a h l e r t : Meine Damen und Herren!  
Herr Warth sowohl wie Herr Dr. Röpcke haben sich dahin  
geäußert, daß es notwendig sei, einen dicken Strich  
unter das Konto der Zuschußbewilligung für den Haupt-  
friedhof zu machen, um endlich einmal mit der Sache  
ins reine zu kommen. Das wäre sehr leicht und schön,  
wenn die Angelegenheit so läge, daß es in unserer  
Macht stünde, dadurch etwas zu erreichen. Ich möchte  
die Sache einmal von anderer Seite beleuchten. Herr  
Jahns hat vorgeschlagen, bis zu 1 Million Mark zu be-  
willigen, um lediglich die rückständigen Löhne, die  
seit Juli an die Arbeiter und Angestellten zu bezahlen  
sind, bezahlen zu können. Es handelt sich hier also  
um die rein soziale Frage, daß wir diese Leute nicht  
darben lassen. Auf der einen Seite ist hier in der  
Versammlung dafür eingetreten worden, daß die Arbeiter-  
und Angestellten-Entlassungen rückgängig gemacht, auf-  
gehoben würde, daß in dieser Weise auf die Arbeiter  
und Angestellten Rücksicht genommen wird, daß ihnen  
über die schwere Zeit hinweggeholfen wird, und jetzt  
wird

wird da draußen beliebt, daß die Kirche einfach sagt:  
„Wir haben kein Geld, wir entlassen Euch zum nächst-  
möglichen Termine, geben Euch allerdings das Recht,  
daß Euch, sobald unsere Kasse Einnahmen bekommt, das  
Geld ausgezahlt wird.“ Die Kirche sieht sich in ~~der~~ die  
Lage versetzt, Geld schaffen zu müssen, da die Stadt  
überhaupt keine Zuschüsse bewilligen will. Wir werden  
uns deshalb nicht wundern dürfen, wenn die Kosten für  
die Beerdigungen ganz enorm in die Höhe gehen, die  
3. Klasse auf 10 000 Mark, die 2. Klasse auf 12 000 Mark  
und wen fällt das wieder zur Last? Für die Armen-  
begräbnisse wird auch die Stadt die höheren Gebühren  
bezahlen müssen. Ist das eine sozial richtige Maßnahme  
zu nennen? Wir haben keine Mittel und Wege, darauf  
hinzuwirken, daß der Kirchenausschuß die einmal  
von ihm festgesetzten Gebühren ernäßigt. Es ist ledig-  
lich eine Frage der Taktik, ob wir uns nicht besser  
stehen, einen Betrag zu bewilligen. Wir brauchen nicht  
einmal eine Million Mark festzusetzen, sondern einen  
Betrag in derjenigen Höhe, wie er notwendig ist, um  
die

um die rückständigen Löhne und Gehälter bis zum 31. Oktober zu bezahlen. Dann wird der Friedhofsvorstand in der Lage sein, einen Etat aufzumachen, der sozusagen durch die Einnahmen aus den Begräbnisgebühren sich ausgleicht mit den Arbeitsleistungen, die erforderlich sind. Auf der anderen Seite muß ich sagen: Können wir zur Ablehnung der Vorlage, so bleibt dem Kirchhofsvorstande nichts anderes übrig, als die Gebühren so zu erhöhen, daß er für die nächste Zeit ausreichende Gelder in seine Kasse bekommt, um seine Arbeiter nicht allein laufend, sondern auch rückwirkend zu entlohnen. Wie weit die Verhandlungen, betreffend die Übernahme des Hauptfriedhofes auf die Stadt, gediehen sind und welchen Einfluß unsere Verhandlungen darauf haben werden, kann ich im Augenblick nicht sagen. Ich habe lediglich das Gefühl, daß sich der Stadtkirchenausschuß nicht davon beeinflussen lassen wird, ob wir die Million bewilligen oder nicht. Er wird sich lediglich auf den Standpunkt stellen: „Für die Einnahmen werden wir schon sorgen, die Verhand-  
hand-

handlungen kommen in zweiter Linie. Wir werden der Stadt gern entgegenkommen, wenn sie uns entgegenkommt und uns im Augenblick aus der Not hilft.“ Ich kann deshalb nicht umhin, wärmstens für die Bewilligung der Beträge einzutreten, um die zurückliegenden Forderungen der Angestellten und Arbeiter erfüllt zu sehen.



Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Ich halte mich für verpflichtet, der Ansicht entgegen zu treten, daß die Stadt die Verpflichtung hätte, für zurückliegende Forderungen Zahlung zu leisten. Es handelt sich nicht um rückständige Löhne, denn alles, was an Löhnen bewilligt wurde, ist auch bezahlt worden, sondern es dreht sich um etwas ganz anderes, nämlich darum, ob die Arbeiter auf dem Hauptfriedhofe in der gleichen Höhe entlohnt werden sollen wie die städtischen Arbeiter. Das ist der springende Punkt, — aber nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage: Es ist tatsächlich nicht der geeignete Moment, darüber eine öffentliche Debatte zu führen. Es handelt sich bei den Verhandlungen mit der Kirche um eine Art Geschäft: unter welchen Bedingungen kann und will die Stadt den Friedhof übernehmen. Dabei ist auf folgendes aufmerksam zu machen: Die Herren haben sich teilweise auf den Standpunkt gestellt, daß Verpflichtungen und andererseits auch Berechtigungen der Stadt auf diesem Gebiete vorliegen. Herr Dr. Schultze wünschte, die

Stadt

Stadt möge den Friedhofsausschuß veranlassen, das und das zu tun. Dazu sind wir nicht in der Lage. Durch Staatsgesetz ist den Kirchen das Bestattungswesen und die Ver<sup>al</sup>wertung des Friedhofes übertragen. Als aber der Zentralfriedhof eingerichtet wurde, hat man gebeten, es möge von der politischen Gemeinde soviel Geld hergegeben werden, daß die Kapelle und die Leichenhalle in der Weise hergerichtet werden könnten, wie sie tatsächlich erbaut sind, und so hat die Stadt damals einen Betrag — ich glaube, es waren 296 000 Mark — beigesteuert. Dagegen hatte man die Fassung der damaligen Friedhofsordnung so gewählt, daß <sup>auch</sup> sich diejenigen Einwohner der Stadt, die keiner Kirchengemeinschaft angehören, auf dem Hauptfriedhofe mit begraben werden sollten. Es handelte sich also um ein Abkommen zwischen der politischen Gemeinde und dem Stadtkirchenverbande, und deshalb hatte man auch die Bestimmung aufgenommen, daß bei den Begräbniswesen die städtischen Behörden gehört werden sollen. Das steht in der Kirchengemeindeordnung, die von Jahre 1909 da-  
tiert

tiert und im Jahre 1910 publiziert ist. Die neue Verfassung hat einen Strich hierdurch gemacht und gesagt: Die Kirche ist von der politischen Gemeinde vollständig getrennt. So hat sich die Kirche auf den Standpunkt gestellt: „Wir haben keine Veranlassung mehr, die städtischen Behörden zu hören, wenn die Friedhofsordnung geändert werden soll,“ und in der neuen Kirchengemeindeordnung ist diese Verpflichtung zur Anhörung der Städtischen Behörden gestrichen.

Ich glaube wirklich, wir tun am besten, diese Debatte abubrechen. Ich will versprechen, den Versuch zu machen, die Sache in dem Sinne zu regeln, wie es von Seiten der Stadt erwünscht ist, und ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß das gelingen wird. Wenn in der Zeitung erwähnt worden ist, so und so wäre eine Aufrechnung gemacht, so folgt daraus noch nicht, daß die Kirche diese Forderungen stellen wird. Sobald die Vorschläge der Herren eingehen, werde ich eine Besprechung der beiden Kommissionen veranlassen.

Die

Die Stadtverordneten Lehnert und Marth ziehen nach diesen Worten des Herrn Oberbürgermeisters ihre Meldungen zum Wort zurück.

Stadtv. J a h n s : Der Herr Oberbürgermeister hat eben erklärt, daß eine Nachzahlung von Löhnen bei den Friedhofsarbeitern nicht stattzufinden habe. Meine Reformationen lauten anders und gehen dahin, daß der Schlichtungsausschuß den Stadtkirchenausschuß verurteilt hat, diese Beträge nachträglich zu zahlen, und daraufhin werden Entlassungen erfolgen. Es ist also nicht freier Wille des Stadtkirchenausschusses, ob er die Nachzahlungen macht, sondern er muß die Nachzahlungen leisten.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der  
Schlichtungsausschuß ist nicht imstande, zwischen den  
Parteien Recht zu schaffen, sondern er kann nur seine  
Ansicht äußern. Es kommt darauf an, ob der Demobil-  
<sup>Kommissar</sup>  
~~nachungsausschuß~~ den Spruch für verbindlich erklärt,  
und das ist bisher nicht geschehen.

**V o r s i t z e n d e r :** Der Antrag des Friedhofsausschusses ist an den Rat der Stadt eingegangen, der Rat hat uns die Vorlage zugehen lassen und empfiehlt Ablehnung des Antrages auf Bewilligung des Zuschusses. Ist es nicht so ?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der Antrag auf Gewährung des Zuschusses ist an uns gerichtet und ist von uns abgelehnt worden. Darauf haben sich die Herren vom Friedhofsausschuß hierher an die Stadtverordnetenversammlung gewandt. Nachdem ich erklärt hatte, daß wir den Antrag abgelehnt haben, ist er in der Kommission <sup>raten</sup> ~~beantwortet~~ worden.



Der Antrag des Friedhofsausschusses auf Bewilligung von jährlich  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark wird von der Versammlung abgelehnt (anscheinend einstimmig), für den ~~Eventuellen~~<sup>all-</sup> Antrag Jahns, 1 Million Mark zu bewilligen, stimmt nur eine Minderheit; er ist damit ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag des Finanzausschusses (Ablehnung, entsprechend der Stellungnahme des Rates) wird angenommen.

3. Gewährung eines Zuschusses an die Luftverkehrs-  
stelle Braunschweig.

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren !  
Unter dem 19. September hat sich der Minister Rönne-  
burg in Sachen der Luftverkehrsstelle an den Rat der  
Stadt gewandt und zwecks Aufrechterhaltung dieser  
Stelle um Weitergewährung des städtischen Zuschusses  
ersucht. Es wird Ihnen bekannt sein, daß Staat,  
Stadt und Handelskammer bisher je ein Drittel der  
Kosten der Luftverkehrsstelle getragen haben. Es mag  
im Frühjahr gewesen sein, als wir zuletzt den Zu-  
schuß bewilligt haben. Es wurde uns schon damals mit-  
geteilt, daß der Luftverkehr selbst zwar eingestellt  
sei, aber man wolle diese Stelle aufrecht erhalten,  
um nicht alle Brücken zur <sup>Luft</sup>Wiederaufnahme ~~des Verkehrs~~  
~~der Luftschiffe~~ über Braunschweig abubrechen. Auch  
Herr Minister Rönneburg bittet jetzt, die Bewilligung  
fortzusetzen, damit nicht die Stadtverwaltung in spä-  
teren Jahren Vorwürfen über zu große Kurzsichtigkeit  
ausgesetzt sei, wenn dann Braunschweig vollständig  
aus dem Luftverkehr ausgeschaltet werde. Die Stelle  
wird

~~Die-S-~~ wird augenblicklich nur nebenamtlich verwaltet durch den Hauptmann Meersmann, dem eine Schreibhilfe zur Seite gestellt ist. Außerdem sind noch die sachlichen Ausgaben zu decken. Es werden monatlich gefordert: für Herrn Hauptmann Meersmann 500 Mark, für die Schreibhilfe 600 Mark, und für Geschäftsbedarf 400 Mark, sodaß eine Jahresausgabe von 18 000 Mark entsteht. Für den Rest des Jahres 1922/23 (9 Monate, 1. Juli bis 31. März) würden also 15 000 Mark zu decken sein und für jede der drei Stellen, die bislang die Finanzierung der Luftverkehrsstelle übernommen hatte, ein Betrag von 5000 Mark in Frage kommen.

Als diese Sache vor vier Wochen in Finanzausschuß beraten wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt noch Zweck habe, daß wir diese Mittel bewilligen, und es wurde gewünscht, daß der Rat der Stadt Erkundigungen einziehen möge, worin die Tätigkeit des Herrn Meersmann und seiner Schreibhilfe besteht. Es ist darauf mitgeteilt, daß allerdings eine Art Büro ~~8~~ bestünde, daß aber mehr einer Wohnung gleiche, wo auch eine Schreibhilfe vorhanden sei; die aber

aber auch andere Arbeiten übernehmen, und die Tätigkeit des Herrn Meersmann bestände darin, daß er Briefe an die Behörden, Luftschiffahrtsindustrie, Verkehrsgesellschaften usw. schreibe und bei jeder sich bietenden Gelegenheit dahin wirke, daß die Stadt Braunschweig nicht aus dem Netz der später zu erwartenden Verkehrslinie ausgeschaltet werde.

Der Finanzausschuß hat sich nochmals mit dieser Frage befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es jedenfalls zwecklos ist, für diese paar Schriftstücke, die geschrieben werden müssen, eine derartige Summe auszugeben, nämlich 15 000 Mark bis zum 31. März, sondern daß es besser wäre, wenn das Ministerium sich für diese Sache einsetze und für Aufrechterhaltung der Verbindungen Sorge. Der Finanzausschuß ist deshalb einstimmig zu dem Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, die Bewilligung dieser Summe abzulehnen. Weil nun aber doch schon ein Teil des Geldes verausgabt ist, so hat der Ausschuß gesagt: Gut, wir wollen noch bis zum Schluß dieses Jahres zahlen, das macht rund

3500

3500 Mark; dann aber soll Schluß sein.

Dieser Beschlußfassung des Finanzausschusses  
bitte ich Sie, sich anzuschließen.

Stadtv. R a s c h e : Meine sehr geehrten Damen und Herren ! Ich möchte Sie doch bitten, dafür einzutreten, daß die ganze Summe bewilligt wird, damit die Stadt durch ihre Bewilligung anerkennt, daß sie wirklich Interesse an einem Lufthafen in Braunschweig haben. Wenn sie das nicht zeigt, kann man nicht erwarten, daß der Luftverkehr wieder nach hier gelegt wird. Andere Städte, wie Bremen, bringen heute große Opfer, um sich einen Lufthafen zu schaffen, und hier sollte noch nicht einmal eine kleine Unterstützung bewilligt werden, die für Erhaltung der technischen Hilfsstellen dient ! Ich weiß nicht, wie die Eigentumsverhältnisse an dem Gelände des Flughafens liegen. Der Platz aber gehört entschieden der Stadt, wem die Halle gehört, darüber bin ich nicht orientiert. Verschiedene Betriebe nehmen jetzt den Flugzeugbau auf, und es würde im Interesse der Stadt sein, sich darum zu bemühen, dass auch hier eine Fabrik sich aufbaut, die Flugzeuge baut. Dann würde es leichter werden, den Flugverkehr über Braunschweig wieder aufzunehmen. Die Strecke Berlin - Dortmund - Gelsenkirchen ist eingegangen, weil sie sich

sich nicht rentiert, aber die Entente hat den hiesigen Platz bestehen lassen, damit er für den internationalen Luftverkehr benutzt werden kann. Es ist dringend zu wünschen, daß von Seiten der Stadt schon jetzt dafür gesorgt wird, daß sie später bei einem Luftverkehr nicht ins Hintertreffen kommt, und deshalb bitte ich, die ganze Summe zu bewilligen.

Stadtv. S t e i n e r t: Meine Damen und Herren! Wir haben eben schon gehört, daß der Luftverkehr über Braunschweig vorläufig eingestellt ist, und ob er überhaupt wieder aufgenommen wird, ist eine Frage der Zeit. Wir können das nicht voraussehen und haben auch kein Interesse daran, ob er wieder aufgenommen wird oder nicht. Für uns kommt als Hauptsache in Betracht, daß das Gelände, wo bisher der Lufthafen gewesen ist, fruchtbares Ackerland ist und daß es richtig ist, daß <sup>-es-</sup>so schnell wie möglich der Allgemeinheit zu Gartenbauzwecken zugänglich gemacht wird. Es ist schon in einer früheren Sitzung vom Rat der Stadt erwähnt worden, daß der Platz zur Anlage von Schrebergärten verpachtet werden soll. Durch die Wucherpreise der Bauern ist ein wahrer Landhunger entstanden, die Bevölkerung drängt darauf, so schnell wie möglich Land zu bekommen, damit sie dem Wucher der Bauern nicht noch mehr in die Hände fällt. Ich möchte fragen, wie weit die Absicht gedie-  
hen



hem ist, diesen Platz zu Schrebergärten herzugeben. Ich habe gehört, daß der <sup>ganze</sup> ~~gewesene~~ Platz an einen Schrebergartenverein verpachtet werden soll, so daß dieser es in der Hand hätte, die Stücke weiter zu verpachten. So etwas kann es meiner Überzeugung nach selbstverständlich nicht geben, denn ein großer Teil der Einwohnerschaft unserer Stadt ist nicht Mitglied der Schrebergartenvereine und will doch in den Genuß von Gärten kommen. Deshalb müßten die Stellen dieses Platzes an einzelnen Personen vermietet werden, ganz einerlei, ob sie Mitglieder eines Schrebergartenvereins sind oder nicht. Ich möchte also Herrn Stadtbaurat Gebensleben bitten, Auskunft zu geben, wie weit die Angelegenheit gediehen ist, und ob man damit rechnen kann, daß im nächsten Frühjahr die Verteilung der Stücke vor sich gehen kann, auch ob man sich wirklich mit dem Gedanken trägt, den ganzen Platz in eins zu verpachten.

Stadtbaumeister G e b e n s l e b e n: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, den Betrag, den der Rat der Stadt zur Erhaltung der Luftverkehrsstelle für notwendig gehalten hat, nämlich die 5000 M, in vollem Umfange zu bewilligen, obgleich der Finanzausschuß nur empfiehlt, den Teilbetrag von 3500 M zu bewilligen, der dazu dienen soll, die Luftverkehrsstelle bis zum 1. Januar weiter bestehen zu lassen. Der Rat der Stadt stimmt den Ausführungen des Braunschw. Staatsministeriums zu, daß die Luftverkehrsstelle nicht schon am 1. Januar sanft entschlummern soll, sondern daß man gerade in dieser Zeit alles daransetzen muß, um die kümmerlichen Reste der früheren Luftschiffahrt zu erhalten. Wir sind der Überzeugung, daß eine Wiederbelebung der Luftschiffahrt eintreten wird, und es wäre zu bedauern, wenn dann nicht alle Vorkehrungen getroffen wären, um dem dann entstehenden Bedürfnisse nach Einrichtungen in unserer Stadt für Aufnahme der Luftschiffahrt Rechnung zu tragen.

Es

Es hat vor einigen Tagen in einer hiesigen Zeitung ein Artikel Aufnahme gefunden, der von so viel Unkenntnis auf diesem Gebiete strotzt, daß es notwendig ist, eine Aufklärung zu geben - auch mit aus dem grunde, den Herr Rasche betont hat, <sup>mit</sup> ~~daß~~ die Verhältnisse, wie sie augenblicklich liegen, ihm und manchem anderen ~~unklar~~ sind. Wir haben vor Jahren, als es sich um Einrichtung einer militärischen Fliegerstation handelte, vom Staatsministerium zu dem eben genannten Zwecke das Recht der Expropriation bekommen. Die Expropriation für das infrage stehende Gelände ist damals sehr bald eingeleitet worden, aber sie ist - wie das bei Expropriation<sup>en</sup> häufig der Fall ist - heute noch nicht so weit zu Ende geführt, daß wir Eigentümer dieser ganzen Grundfläche sind. Wir haben aber gleichwohl, als es sich um Einrichtung der Fliegerstation handelte, die fragliche Fläche auf 30 Jahre an den Reichsmilitärfiskus vertraglich verpachtet wonach dieser berechtigt ist, die Fläche zu nutzen,

auch

auch innerhalb seiner Pachtzeit verlangen kann, daß ihm das Eigentumsrecht übertragen wird. Inzwischen ist die Fliegerstation verschwunden, aber der Pachtvertrag existiert heute nach wie vor, sodaß wir nicht vollständig frei über die Fläche verfügen können. Die Fliegerhallen sind zum Teil abgerissen, zum Teil sind sie noch vorhanden, und soweit das Letztere der Fall ist, gehören sie nach dem Friedensvertrage der Entente, so daß sie über diese Gebäude verfügen kann. In Wirklichkeit kümmert sie sich aber um diese Gebäude absolut nicht, und so sind sie - wie Sie wissen - zum Teil verfallen. Deshalb haben wir uns mit den Verfügungsberechtigten in Verbindung gesetzt und uns bereit erklärt, diese Gebäude zu übernehmen. Wir haben deswegen verschiedentlich verhandelt, zuletzt mit dem Finanzamt Braunschweig. Wir haben uns bereit erklärt, eine Kaufsumme zu zahlen, sodaß wir frei darüber verfügen können, und zwar um des Willen, um hinterher in der Lage zu sein, die Gebäude für Flug-  
zwecke

zwecke nutzbar zu machen. Diese seit Jahren schwebenden Verhandlungen sind leider bis heute noch nicht zu Ende geführt, obwohl wir durch wiederholte Erinnerungen darauf gedrängt haben. Ich bitte aus diesen Mitteilungen zu ersehen, daß nicht der Rat seinerseits diese Hallen verfallen läßt, sondern daß bei der augenblicklichen Lage der Verhältnisse er tatsächlich nicht in der Lage ist, etwas in dieser Sache zu unternehmen. Ferner haben wir uns mit dem Reichsvermögensamt in Verbindung gesetzt und gefragt, ob uns nicht wesentliche Teile des Flugplatzgeländes zu Schrebergärten zurückgegeben werden könnten, und daraufhin hat uns das Reichsvermögensamt den <sup>süd</sup>östlichen Teil des Flugplatzgeländes zur Verfügung gestellt. Dort haben wir seitdem mehrere *Hundert* Schrebergärten eingeführt/richtet.

Nun haben wir erleben müssen, daß seit einem Jahre der Flugverkehr auf dem Braunschweiger Flugplatze vollständig zum Darniederliegen gekommen ist.

Früher

Früher hat die Deutsche Luftreederei<sup>e</sup> verschiedene Flugzeuge über Braunschweig verkehren lassen. Eingestellt ist der Flugverkehr, weil der Verkehr auf der Linie Berlin - Braunschweig - Gelsenkirchen zu gering war; die Linie gehört zu den am wenigsten benutzten von allen Linien. Da nun die Subventionen<sup>für die</sup> der deutschen Luftreederei<sup>e</sup> geringer geworden sind, so hat die Gesellschaft uns mitgeteilt, daß sie die am schlechtesten benutzten Linien eingehen lassen müsse, unter anderen auch die Linie Berlin - Braunschweig - Gelsenkirchen. Sie hofft aber, den Verkehr auf dieser Linie in absehbarer Zeit wieder neu einführen zu können. So wird der hiesige Flugplatz seit 1 1/2 Jahren nicht mehr zu seinem eigentlichen Zwecke benutzt, und das ist sehr bedauerlich. Andererseits aber muß es einem leid tun, daß dieses schöne Gelände, auf dem früher wertvolle Früchte gewachsen sind, auch nicht landwirtschaftlich ausgenutzt wird. So hatte neulich in einer Anfrage Frau

Böhm

Böhm hervorgehoben, daß es angebracht wäre, dieses Gelände zur Anlage von Kleingärten zu benutzen. Es mag das 6 Wochen her sein, und ich habe mich damals mit der Frage an die Luftverkehrsstelle gewandt, wie sie sich zu diesem Plane stelle. Leider habe ich auf meine Anfrage noch keine Antwort erhalten; ~~es wurde mir von der Registratur erklärt, daß eine solche noch nicht eingegangen sei;~~ ich hoffe aber, das wird nun bald der Fall sein. Aus allen diesen Gründen, hat eine Verpachtung der Fläche noch nicht stattfinden können, weder eine solche <sup>im</sup> ~~mit~~ einzelnen, noch im ganzen an einen Schrebergartenverein; selbstverständlich würden wir auch vor der Vornahme einer solchen Verpachtung die Stadtverordnetenversammlung zu einer Stellungnahme auffordern - und das wird wohl in Kürze geschehen.

Ich komme nun auf die Vorwürfe zu sprechen, die in dem vorhan von mir bezeichneten Zeitungsartikel gemacht worden sind:

Die

Die Stadt wolle die Flugzeughallen nicht übernehmen! - Es geht aus meinen Ausführungen hervor, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, die Halle zu übernehmen, aber das Hindernis dafür ist ja heute noch nicht aus dem Wege geräumt, und zwar ohne unser Verschulden.

Die Stadt wäre andauernd gegen den Flugzeugverkehr! - Im Gegenteil: Wir sind der Gesellschaft „Flug und Hafen“ beigetreten und haben im vorigen Jahre, als das Ersuchen an uns gerichtet wurde, auch die hiesige Luftverkehrsstelle kräftig unterstützt.

Produktive Arbeit hätte die Stadt auf diesem Gebiete nicht geleistet! - Diese Frage sieht so aus, als ob man behaupten wolle, daß die Luftverkehrsstelle in <sup>besonderer</sup> ~~besserer~~ Weise produktive Arbeit auf dem Gebiete der Luftschifffahrt geleistet hätte. Aber ich will dieser Stelle über <sup>ihre</sup> ~~diese~~ Tätigkeit keinen Vorwurf machen. Das Bestreben der Entente geht da-  
hin,



hin, unseren Flugverkehr nicht wieder aufleben zu lassen, und aus diesem Grunde hat auch die Luftverkehrsstelle eine wirksame Tätigkeit nicht entfalten können. Aber andererseits darf man auch uns keinen Vorwurf deswegen machen, weil wir den Flugverkehr in Braunschweig nicht in Gang gebracht haben. Es ist mit von uns die Luftverkehrsstelle ins Leben gerufen und subventioniert, damit sie alle Hebel in Bewegung setzt, um den Flugverkehr nach Braunschweig heranzuholen. Wir haben uns bislang noch in keiner Weise gesträubt, diejenigen Mittel aufzubringen, die zur Aufrechterhaltung der Luftverkehrsstelle notwendig sind, und so möchte ich Sie auch heute wieder bitten, die 5000 M in vollem Umfange zu bewilligen, schon damit man uns nicht den Vorwurf machen kann, daß wir nicht alles getan hätten, um den Flugverkehr nach Braunschweig zu beleben.

Stadtv. S t e g m a n n: Auch mir ist jener Artikel der Landeszeitung aufgefallen, von dem Herr Stadtbaurat Gebensleben gesprochen hat, und ich hatte die Absicht, noch einige Worte dazu zu sagen. Den größten Teil davon hat Herr Stadtbaurat Gebensleben schon erledigt.

In dem Artikel wird gesagt, der Rat wolle diese 5000M nicht bewilligen. — Er <sup>will</sup> ~~wolle~~ sie ja ~~aber~~ <sup>aber</sup> ~~er~~ <sup>er</sup> ~~finanzunfähig~~ <sup>finanzunfähig</sup> nicht. ~~willigen~~ <sup>willigen</sup>, ~~insbesondere deshalb~~ <sup>insbesondere deshalb</sup>, weil Herr Stadtbaurat Gebensleben <sup>1.34.</sup> ~~versprochen~~ <sup>versprochen</sup> hat, daß der Platz ~~demnächst~~ <sup>demnächst</sup> zu Schrebergärten ~~benutzt~~ <sup>benutzt</sup> werden könne, ~~wird~~ <sup>ist</sup> ~~heruntergerissen~~ <sup>heruntergerissen</sup> als kurzfristig bezeichnet. ~~Und~~ <sup>Und</sup> ~~unter~~ <sup>unter</sup> ~~anderem~~ <sup>anderem</sup> ~~gesagt~~ <sup>gesagt</sup>: „Es sei die Frage, ob man den Flugplatz, nachdem er zum Fliegen nicht mehr benutzt werde, noch weiter brachliegen lassen oder ~~in~~ <sup>in</sup> ~~ausnutzen~~ <sup>ausnutzen</sup> solle. Dabei rechnete der Stadtbaurat den erstaunten Stadtverordneten vor, daß sich etwa 900 Schrebergärten dort ~~errichten~~ <sup>errichten</sup> lassen. Die Stadtverordnetenversammlung wird nun also mit über die Frage zu ~~entscheiden~~ <sup>entscheiden</sup> haben. was wichtiger für uns ist:

Kar-

Kartoffeln oder Flugverkehr. Es scheint dabei, als wenn der Rat mehr auf Seite der Kartoffeln steht." Wir würden ihm nicht gram sein, wenn es so ist. „Auf welche Seite sich die Stadtverordneten schlagen werden, steht noch dahin. Soviel dürfte aber feststehen, daß das Aufteilen des Flugplatzes zu Schrebergärten das Ende der Braunschweiger Luft<sup>schiff</sup>fahrt bedeuten würde." Mir scheint, daß dieser Artikel von einem Herrn ausgeht, der dem Herrn Hauptmann <sup>e</sup>nahesteht. Trotz allem bin ich der Meinung, daß es unverantwortlich wäre, dieses große Gelände, noch dazu besten Bodens, auf die Dauer brach liegen zu lassen. Wir wissen ja alle, daß das Broitzemer<sup>f</sup>gelände sehr guter Fruchtboden ist, und durch Bearbeitung eines solchen Geländes von der in Frage kommenden Größe können mehrere hundert Familien ihre Ernährung verbessern. Allerdings bin ich nicht der Meinung, daß der Flugplatz ohne weiteres zu Schrebergärten umgestaltet werden soll, sondern vorher müßte man sich

ver-

vergewissern, ob der Flugverkehr Aussicht hat, wieder zum Aufleben erweckt zu werden. Ich bin also nicht der Meinung des Herrn Steinert, daß es uns gleichgültig sein kann, ob der Platz einmal wieder zum Flugverkehr gebraucht werden ~~kann~~/ muß. Bisher haben die Sozialisten immer auf dem Standpunkt gestanden, jeden Fortschritt, sei er nun technischer/~~wirtschaftlicher~~ oder sonstiger Natur freudig zu begrüßen und zu unterstützen. Allerdings waren wir während des Krieges Gegner dieses Flugverkehrs, der zum Morden der Menschheit benutzt wurde, und darum wird uns auch untergeschoben, wir seien Feinde des Flugverkehrs, auch des Flugverkehrs für den Transport und ~~Gegenüber~~ Fortschritts der Wissenschaft im Allgemeinen. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Es handelt sich hier darum, wie der Flugplatz genutzt werden kann. Wenn die Gewißheit vorliegt, daß der Flugverkehr doch nicht wieder aufgenommen wird, dann muß der ~~Platz~~ <sup>SA</sup> anderen Zwecken dienbar gemacht werden.

den.

den, und selbst wenn es der Fall ist, daß der Platz später wieder für Flugzwecke gebraucht wird, so kann doch ein großer Teil davon verpachtet werden, wenn vielleicht auch <sup>zuerst</sup> nur auf ein Jahr. Ich weiß wohl, daß es den Pächtern der Düngung wegen nicht recht ist, wenn sie die Pachtung nur auf kurze Zeit erhalten, aber immerhin wird es ~~viellen~~ angenehmer sein, nur eine kurze Zeit ein Stück Land pachten zu können, als überhaupt nichts zu bekommen, Jedenfalls kann es auf die Dauer mit dem Platze nicht so bleiben, wie es jetzt ist.

Die Frage die heute zur Verhandlung steht, ist die, ob die Ausgabe von 5000 M nötig ist, und schon aus meinen früheren Ausführungen geht hervor, daß der Finanzausschuß sie nicht für nötig hält. Wenn Herr Hauptmann Meersmann ein so großes Interesse an der Luftschiffahrt hat, daß er sein Teil dazu beitragen will, die als wichtig erscheinende Verbindungen aufrecht zu erhalten, so könnte er das beinahe schon

schon aus privaten Mitteln tun. Wenn er hier und da einmal hinschreibt, so braucht er dazu keine Schreibhilfe, die eine Vergütung bekommt. Wie wir eben gehört haben, ist noch keine Antwort auf die Anfrage des Rats eingegangen; demnach scheint es, daß für den Herrn noch eine zweite Schreibhilfe nötig ist, um besser arbeiten zu können. Ich halte es für überflüssig, die gewünschten Mittel zu bewilligen. ~~Wir treffen heute vielfach den Fall,~~ <sup>Leichtfertigkeiten</sup> daß frühere Offiziere keine Beschäftigung haben und sich so eine Nebeneinnahme zu verschaffen suchen. Wir haben keine Veranlassung, für <sup>unproduktive</sup> ~~unparteiliche~~ Zwecke solchen Herrn<sup>e</sup> Nebeneinnahmen zu bewilligen. Das Nötige in dieser Sache müßte das Ministerium besorgen und wird es auch tun, wie mir mitgeteilt worden ist.

Stadtverordneter M e l z e r: Meine Damen  
und Herren! Ich habe von dem früheren Verwalter  
des Flugplatzes gehört, daß <sup>größten Flächen aus</sup> ~~das fröbliche Land~~ als  
Acker ziemlich wertlos <sup>ist</sup> ~~ist~~, denn es seien in großen  
Mengen Schlacken in Höhe von 10 - 20 <sup>Centimeter</sup> ~~Millimeter~~  
<sup>seien</sup> ~~aufgebracht~~. Die Beseitigung dieser Schlacken würde  
also für die Pächter des Landes große Schwierigkei-  
ten machen. Im übrigen bin ich im Interesse der Sache  
für Bewilligung der 5000 M., die heute <sup>ja</sup> keine große  
Summe darstellen.

Stadtv. F a y: Wenn man bestrebt ist, brach-  
liegenden Boden fruchtbringend zu machen, so ver-  
stehe ich das, <sup>nicht aber,</sup> wenn Herr Steinert sagt: Wir haben  
kein Interesse an der Luftverkehrsstelle. Wenn das  
zutrifft, so wäre auch zu verstehen, daß man seiner-  
seits nicht genügend Interesse für den Umbau des  
Bahnhofes gehabt hat. Braunschweig ist schon immer  
der Platz der verpaßten Gelegenheiten gewesen. Hier  
kommt es nicht nur darauf an, daß auf dem Gelände  
des Flugplatzes in Schrebergärten etwas wachsen soll,  
sondern auch das ist Brot, was durch den Ausbau  
der Industrie an Erwerbgelegenheit zu bieten mög-  
lich sein wird. Die Luftschiffahrt wird uns in der  
Folgezeit not tun, und sie wird uns helfen, für un-  
sere Einwohnerschaft Erwerb zu schaffen. Warum Sie  
als Arbeitervertreter das nicht einsehen wollen,  
ist mir nicht verständlich. Braunschweig muß etwas  
für den Luftverkehr tun, und daß man bei dieser Not-  
wendigkeit, ein Institut zu unterstützen, das uns zur  
Wieder-



Wiederaufnahme des Flugverkehrs helfen soll, um 1500 M mehr oder weniger- darauf kommt es bei dieser Besprechung an - eine so lange Debatte erhebt, ist mir unverständlich. Ich bin dafür, daß der Gewährung des Zuschusses von 5000 M zugestimmt wird.

Stadtv. M a r t h: Auf absehbarer Zeit ist nicht daran zu denken, daß der Flugverkehr wieder eingerichtet werden kann, denn erstens sind keine Mittel des Reichs vorhanden, um ihn aufrechtzuerhalten und zweitens wird die Entente dafür sorgen, daß der Flugverkehr bei uns nicht wieder auflebt. Es handelt sich nun darum, ob wir für alle diese Jahre dieses Gelände, wo hundert Familien ihre teilweise Ernährung finden können, brachliegen lassen wollen oder ob wir versuchen wollen, für diese Jahre das Gelände der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß heute jeder Schritt Boden notwendig ist und nutzbar gemacht werden muß, um Werte daraus zu schaffen. Wenn gesagt wird, der Flugplatz eigne sich nicht für Schrebergärten, so erinnere ich daran, daß andere Flächen, die auch mit Bockasche belegt waren, auch für die Beackerung gebraucht werden, indem die Pächter sich die Mühe nicht haben verdrießen lassen, die Schicht abzutragen.

gen.



gen. Es könnte allerdings notwendig werden, daß nach Jahren der Flugplatz wieder für den Flugverkehr gebraucht wird, weil er wieder aufgelebt ist, und deshalb müßte man Bedacht darauf nehmen, daß Bäume in den Gärten des Flugplatzes nicht angepflanzt werden dürfen, sodaß man <sup>Gärten</sup> die <sup>in</sup> kürzerer Zeit aus der Verpachtung wieder herausnehmen kann. Aber solange der Flugplatz nicht zum Flugverkehr nötig ist, muß er als Acker oder zu Schrebergärten nutzbar gemacht werden. Es wäre ja eine Schande, wenn man einen so großen Komplex nutzlos liegen <sup>ie</sup> lasse, wo die Bevölkerung Not leidet, und mit allem Nachdruck muß dafür eingetreten werden, daß hier Remed<sup>ur</sup>ierung geschaffen wird.

Wenn von einer Seite gesagt wird, man solle die 5000 M bewilligen, so bewilligt man doch nur die Mittel, wo man gewiß ist, daß Leistungen dafür geboten werden, und ich behaupte, daß Herr Meersmann mit seiner Schreibhilfe keine Leistungen geboten hat, sondern daß das Geld nur ausgegeben wird, um die Füh-

rung

*M.*

rung einer privaten Korrespondenz zu unterstützen. Eine Korrespondenz zur Aufrechterhaltung der für die Wiedereinführung des Flugverkehrs nützlichen Verbindungen braucht nicht von Herrn Hauptmann Meersmann geführt zu werden, man kann sehr wohl der Regierung zu/muten, daß sie diese Verbindungen pflegt. Meine Freunde sind im Finanzausschuß dafür eingetreten, nicht die 5000 M zu bewilligen, sondern sie wünschen, weil nun einmal die Verträge mit dem Ministerium und der Handelskammer laufen, daß wohl bis zum 1. Januar der Zuschuß gezahlt wird, aber damit Schluß gemacht wird, und daß nicht eher wieder Beihilfen für diesen Zweck bewilligt werden, bis nachgewiesen wird, daß auch etwas dafür geleistet wird. Unsere Finanzen sind schlecht, und dabei müssen wir auch mit 5000 M rechnen - eine 5000 M holen die anderen. Wir müssen ohne weiteres jede Bewilligung ablehnen, für die nichts geleistet wird.

*MA.*

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Wenn es auch nicht unmittelbar zur Sache gehört, möchte ich Herrn Melzer erwidern, daß nicht etwa große Flächen des Flugplatzgeländes durch den Bockaschenbelag für die landwirtschaftliche Benutzung unbrauchbar gemacht worden sind. Das ist mir aus den Plänen über das Gelände bekannt, auf denen die betreffenden Stellen eingetragen sind.

Selbstverständlich ist es, daß, wenn das Flugplatzgelände zu Kleingärten hergerichtet wird, Vorsorge getroffen werden muß, daß es nicht mit Gebäuden und Bäumen besetzt wird, sondern daß bei einer Wiederbelebung des Flugverkehrs der wichtigere Zweck des Platzes, nämlich dem Flugverkehr zu dienen, in vollem Umfange sofort erfüllt werden kann.

In der Abstimmung melden sich für den Antrag des Rats (Bewilligung von 5000 M) 14 Stadtverordnete, gegen den Ratsantrag und zugleich für den Kommissionsantrag (Bewilligung von 3500 M) 15 Stadtverordnete. Der letztere Antrag ist damit angenommen.

( Punkt 3 )

4. Erhöhung der Gebühren für Benutzung des Stadtbades und der Volksbrausebäder.

Stadtv. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren! Wie alle anderen Sachen, so sollen auch die Gebühren für Benutzung des Stadtbades und der Volksbrausebäder <sup>steigert</sup> ~~erhöht~~ werden. Es ist hier eine Aufstellung gegeben, aus der hervorgeht, welche Einnahme das Stadtbad in den letzten Monaten gehabt hat, und danach wird ausgerechnet, daß eine große Differenz entstehen würde, wenn die bisherigen Preise bestehen bleiben würden. Die Einnahmen sind die folgenden: Im Juni 20 339 M, im Juli 27 171 M, im August 36 407,50 M, im September 60 588 m. Daß die Einnahme im September so hoch gewesen ist, wird in der Hauptsache auf die zu Beginn dieses Monats eingetretene Gebührenerhöhung zurückgeführt. Auch eine Einnahme von durchschnittlich 60 500 M im Monat würde bei weitem nicht ausreichen, die Betriebsausgaben zu decken. Die Jahreseinnahmen würden

dann

dann allerdings 726000 M betragen und damit 266000 M mehr als im Voranschlage angenommen worden ist, aber schon ~~nach dem~~ <sup>die Ausgaben</sup> ~~die Ausgaben~~ Voranschlage <sup>belaufen sich</sup> auf 866 500 M und in Wirklichkeit werden sie mindestens das Doppelte, wenn nicht das Dreifache betragen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Volksbädern. Es sind dort 40 555 Wannenbäder und 38 569 Brausebäder abgegeben, wofür 170 608,75 M aufgenommen worden sind. In der Annahme, daß die Bäder in der Zeit vom 1. Oktober d. Js. bis zum 31. März 1923 den gleich stark <sup>in</sup> Besuch haben, wird mit einer Jahreseinnahme von 341 217,50 M zu ~~errechnen~~ rechnen sein. Die Ausgaben sind im Voranschlage mit 345 537,63 M eingestellt; in Wirklichkeit werden sie kaum hinter dem doppelten Betrage, also hinter 700 000 M zurückbleiben. Es ist deshalb auch hier geboten, einen Ausgleich durch Erhöhung der Preise für die Bäder zu erstreben.

Die Preise sollen sich wie folgt gestalten:

Im



Im Stadtbade:

Ein Wannenbad	30 Mark,
Ein aufsteigendes Vollbad	35 Mark,
ein Sitzbad	15 Mark,
ein Dampfbad, heißes Luft- bad, russisch-römi- sches Bad	50 Mark,
ein Dampfbad mit nachfol- gender 10-Minutenmass- sage	65 Mark,
ein elektrisches Kasten- bad	70 Mark,
eine elektrische Bestrah- lung	30 Mark,
eine Massage	40 Mark,
eine Teilmassage	20 Mark,
Leihgebühr für ein Bade- laken	15 Mark,

Leih-

Leihgebühr für ein Handtuch 4 Mark.

In den Volksbädern

ein Wannenbad 10 Mark

(früher 6 Mark)

ein Brausebad 3 Mark

(früher 1 Mark).

Der Finanzausschuß der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, empfiehlt Ihnen Annahme dieser Vorlage. Es liegt im Interesse der Stadt, daß die Einnahmen mit den Ausgaben einigermaßen in Einklang gebracht werden, um einen größeren Defizit zu vermeiden. Es wurde angeregt, den Betrag für das Brausebad mit 1 Mark bestehen zu lassen, aber man hat sich doch gesagt, daß alles um das Hundertfache im Preise gestiegen ist, sei es berechtigt, daß auch der Preis für das Brausebad

erhöht

erhöht wird, und es müßte heute jeder in der Lage sein, die 3 Mark für ein Brausebad ausgeben zu können. Sollte das wirklich in besonderen Fällen nicht zutreffen, so wird den ~~B~~etreffenden der Weg zur Verbilligung des Brausebades durch das Wohlfahrtsamt gewiesen werden. Es ist also auch die Möglichkeit geschaffen, daß solchen Leuten entgegengekommen werden ~~best~~ kann.

Die vorgeschlagenen Gebührensätze werden genehmigt.

(Kunert)

5. Herrichtung eines sicheren Verschlusses in einem  
Dienstzimmer des Rathauses (Depositenraum).

Stadtv. R a s c h e: Im März d. Js. wurde  
unsererseits ein Betrag von 6300 M bewilligt für  
eine feste Tür, die vor dem Depositenraum im Rat-  
hause angebracht werden soll. Die Arbeit hat damals  
gleich in Angriff genommen werden sollen, aber trotz  
wiederholter Erinnerungen ist die Arbeit von der  
damit beauftragten hiesigen Spezialfirma für Tre-  
sorarbeiten nicht angefangen; die Firma hat sich  
mit Überhäufung durch andere größere Arbeiten ent-  
schuldigt. Inzwischen sind nun aber die Arbeitslöhne  
und Materialpreise derartig gestiegen, daß die Aus-  
führung der Arbeiten einen Kostenaufwand von  
23 500 M verursachen würde. Dieser Betrag kommt  
der Hochbauverwaltung zu hoch vor, und sie glaubt,  
einen billigeren Vorschlag machen zu sollen, der  
eine als sicher genug erscheinende Tür, aber in  
leichterer Ausführung vorsteht, die fix und fertig

13000 M

13000 M kostet. Im Bauausschuß ist diese Sache beraten, und nach Besichtigung an Ort und Stelle einigte~~man~~ sich dahin, von dem früher gemachten Vorschlage nicht abzugehen, sondern vor dem Depo-  
sitenraum trotz des erhöhten Preises eine solche Tür anbringen zu lassen, wie sie damals im März bereits beschlossen worden ist. Der Bauausschuß ersucht Sie, diesem Beschlusse zuzustimmen und die 23 500 M zu bewilligen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage des Bauausschusses. (Punkt 5)

6. Antrag Dr. Schultze, betreffend die Ermöglichung  
des diesjährigen Eisbahnbetriebs im Bürgerpark.

Wortlaut des Antrags: Der Rat der Stadt wird ersucht, durch geeignete Maßnahmen (Bereitstellung von Arbeitskräften) die Durchführung des Eisbahnbetriebes in dem Bürgerparke in diesem Winter zu ermöglichen.

*Erklärung*

Stadtv. ~~Dr. Schultze~~: Meine Damen und Herren !

Der Antrag des Stadtverordneten Dr. Schultze wegen der Durchführung des Eisbahnbetriebs im Bürgerpark ist im Bauausschusse eingehend beraten worden, und man ist dabei einstimmig zu dem Beschluß gekommen, den Rat der Stadt zu ersuchen und zu ermächtigen, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß der Eisbahnbetrieb im Bürgerpark auch in diesem Winter aufrecht-  
erhalten werden kann. Es wäre sehr zu bedauern, wenn unter den ungünstigen Zeitverhältnissen der Betrieb seitens des Eisbahnvereins eingestellt werden müßte; dies müßte doch unter allen Umständen vermieden werden. Ich bitte die verehrten Herrschaften, sich dem Beschlusse des Bauausschusses anzuschließen.

*Th. Gartung.*



Stadtv. S t e g m a n n: Die geehrten Damen und Herren werden sich erinnern, daß der Teich vorn im Bürgerpark, dicht bei der Bürgerparkwirtschaft, in den früheren Jahren immer für die Benutzung durch diejenigen Kinder frei war, die sich nicht in den großen Betrieb des Eisbahnvereins hineinwagten. Im vorigen Jahre aber war dieser Teich abgeeeist worden und konnte zu dem eben erwähnten Zwecke nicht benutzt werden. Ich bitte den Rat der Stadt, dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre die Benutzung dieser ~~Verf~~/~~ein~~ kleinen Eisfläche den kleinen Kindern ohne Eintrittsgeld wieder möglich gemacht wird. Wie wir ~~in der vorigen Sitzung~~ gehört haben, will der Eisbahnverein die Reinigung dieser Eisfläche durch einige Arbeiter vornehmen lassen, und es darf angenommen werden, daß diese Gelegenheit zum Eislaufen für die Kinder von vielen unserer Einwohner aufs freudigste begrüßt und eifrig benutzt werden wird.

Nachdem der Referent den Antrag des Bauausschusses nochmals mitgeteilt hat, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

(Punkt 6).

7. Ausbau der Eichtalstraße betreffend.

Stadtv. T r a u t m a n n: Dieser Punkt der Tagesordnung betrifft der Erledigung eines Schreibens der Anlieger der Eichtalstraße, das an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet ist. Es sind bisher gewisse Schwierigkeiten vorhanden gewesen, die den Ausbau der Eichtalstraße verhindert haben, und die Anwohner der Straße wünschen in ihrer Kundgebung den Ausbau derselben, mindestens aber die Schaffung eines gangbaren Fußweges, damit sie bei schlechten Witterungsverhältnissen trockenen Fußes in ihre Wohnung kommen können. Die Sache ist im Ausschuß vorberaten worden; er steht auf dem Standpunkt, daß ohne Weiteres den dargelegten Wünschen entsprochen werden muß, jedenfalls der Fußweg angelegt werden muß. Ratseitig wurde erklärt, daß die Instandsetzung der Straße notwendig wäre und sie in das Notstandsprogramm aufgenommen werden soll. Der Bauausschuß schlägt vor, diese Sache dem Ausschuß für Notstandsarbeiten sobald wie möglich zu überweisen.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an

(Punkt 7).

8. Verkauf einer Baustelle auf der Charlottenhöhe  
betreffend.

Stadtv. N e s s e n i u s : Durch notariellen Vertrag vom 8. Juli 1921 war die Baustelle Nr.2 auf der Charlottenhöhe an den Rentner Karl Hofmann verkauft. Dieser Käufer will von dem Erwerb zurücktreten und sein Nachbar Brennecke, welcher die Baustelle Nr.1 erworben hat, bittet, ihm auch noch die Baustelle Nr.2 aufzulassen, und zwar deshalb, weil die beiden Baustellen so mit Bäumen bewachsen sind, daß kaum eine günstige Baustelle für Errichtung von 2 Häusern vorhanden ist. Es wäre sonst nötig, Bäume zu fällen, und das wird vom Rat nicht gern gesehen. Der Bauausschuß hat die Sachlage an Ort und Stelle besichtigt und schlägt Ihnen vor, dem Antrage des Herrn Brennecke stattzugeben und ihm auch die Baustelle Nr. 2 zu verkaufen.

Die Versammlung stimmt der Aufhebung des Vertrages mit Hofmann, sowie dem neuen Vertrage mit Brennecke zu.

(Punkt 8).

9. Gewährung eines Zuschusses an die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Die kaufmännische Fortbildungsschule befindet sich wieder in Not. Es ist Ihnen bekannt, daß die Kosten für die Schule aufgebracht werden zu einem Drittel von der Handelskammer, zu einem Drittel vom Staat und zu einem Drittel von der Stadt. Der Etat der kaufmännischen Fortbildungsschule ist längst überschritten, es ergibt sich für die bisherigen  $3/4$  Jahre eine Unterbilanz von 850 800 M., die auf die 3 Stellen verteilt werden sollen, so daß die Stadt 283 600 M von diesem Defizit zu tragen hat. Im diesjährigen Haushaltsplan der Stadt waren 81 000 M für das kaufmännische Fortbildungsschulwesen eingestellt; ~~das~~ <sup>abgerechnet</sup>, bleibt von der Stadt noch nachzuzahlen ein Betrag von 202 600 M. Der Schulausschuß hat die Sache geprüft und ersucht

Sie

Sie durch mich, der Zahlung dieser restlichen 202600 M  
zuzustimmen. Es ist das ja nur eine Formalität,  
aber die Bewilligung muß ausgesprochen werden. Es  
ist auch nicht zu erwarten, daß damit die Sache  
abgetan ist, sondern zweifellos werden wir noch ~~eine~~  
weitere Nachverwilligung <sup>haben</sup> vornehmen müssen.



*Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der  
Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses  
an.*

*(Punkt 9).*

10. Erhebung einer Wohnungsabgabe für 1922/23  
und Aufnahme einer Anleihe.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren! Die Vorlage des Rates über diesen Punkt der Tagesordnung ist Ihnen zugegangen und ich erlaube mir daher nur die Hauptpunkte zu streifen. Es heißt unter anderem in der Vorlage, daß von dem mit 5 % des Mietwertes ausgeschriebenen städtischen Anteil der Wohnungsabgabe für 1921/22, deren Ertrag zu 793 600 M geschätzt wird, bis zum 10. Oktober 542 423,31 M eingegangen waren, und schon damals die Ausgaben der Sonderrechnung „zur Bekämpfung der Wohnungsnot“ die Einnahmen um 307 519,76 M überstiegen haben.

Für das laufende Rechnungsjahr soll nun bekanntlich die Wohnungsabgabe ~~des~~ auf Grund des Reichsgesetzes vom 6. März dieses Jahres von 10 auf 50 % gesteigert werden, so daß 25 % dem Staate und 25 % der

Ge-

Gemeinde zufließen. Es sind aber schon jetzt verschiedene Gemeinden über den vorgeschriebenen Mindestsatz von 25 % nicht unerheblich hinausgegangen. Der Rat hält auch für unsere Stadt die Erhebung eines höheren Prozentsatzes für geboten, denn der Wohnungsausschuß hat den noch in diesem Jahre zu deckenden Bedarf für Fertigstellung der bereits begonnenen Wohnungsbauten auf 28 Millionen Mark und den für Herrichtung von Notwohnungen auf rund 6 Millionen Mark, insgesamt also auf 34 Millionen Mark geschätzt. Falls der Staat von dem erstgenannten Betrage die Hälfte übernehmen würde, so würde die Stadt 20 Millionen Mark aufzubringen haben. Die Wohnungsabgabe erreicht zur Deckung dieses Betrages nicht aus, vielmehr muß versucht werden, abermals den Weg der Anleihe zu beschreiten. Der Wohnungsausschuß hat nun empfohlen, die für die Stadt im laufenden Rechnungsjahre zu erhebende Wohnungsabgabe auf 45 % des Mietwertes vom 1. Juli 1914 zu erhöhen.

Da

Da der Staat 25 % zukommen, würden sonach insgesamt 70 % des Mietwertes zu erheben sein.

Ob es bei der schon jetzt erreichten Höhe der Bankkosten überhaupt möglich sein wird, mit Hilfe der durchaus unsozialen Wohnungsabgabe die Wohnungsnot zu beseitigen, erscheint in hohem Grade zweifelhaft. Darüber aber kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß sich die Unterbringung von langfristigen Anleihen immer schwieriger gestaltet und daß bei der Höhe des Kursverlustes und des Zinsfußes die hohen Baukostenzuschüsse aus zusammengeliehenen Mitteln auf die Dauer nicht bestritten werden können. Hält die Gesetzgebung an der Ansicht fest, daß durch eine nach der Höhe der Mietwerte gestaffelte Abgabe die Baukostenzuschüsse beschafft werden müssen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als diese Abgabe allmählich so zu steigern, daß ihre Erträge zur unmittelbaren Leistung der Zuschüsse genügt, ohne daß der Weg der Anleihe beschritten zu werden braucht. Ob in dieser Weise vorgegangen werden muß, um die Bau-



tätigkeit aufrecht zu erhalten, vermag heute niemand zu sagen. Auf jeden Fall aber müssen die angefangenen und zum Teil nahezu vollendeten Bauten unbedingt ohne Verzug fertiggestellt und die zu dem Zwecke nötigen Mittel diesesmal noch angeliehen werden.

Inzwischen ist dem Rat der Stadt vom Ministerium mitgeteilt, daß aus einem größeren, von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Fonds der hiesigen Stadt 1 1/2 Millionen Mark unter der Bedingung vorgeliehen werden könnten, daß diese Summe zur Vollendung der angefangenen Bauten verwandt, mit 7 % verzinst und bereits am 30. September 1923 zurückgezahlt wird. Dagegen aber ist es zweifelhaft geworden, ob der Staat die vorhin erwähnten 14 Millionen Mark der Stadt zur Verfügung stellen wird. Der Rat der Stadt empfiehlt deshalb, die Wohnungsabgabe für das laufende Jahr auf 100 % des Mietwertes zu bemessen. Darnach lautet der Ratsantrag:

1. den Rat der Stadt zu ermächtigen, zur Bekämpfung der Wohnungsnot bei der Braunschweigischen Staatsbank den Betrag von 20 Millionen Mark anzuleihen und die Anleihebedingungen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß mit der Staatsbank zu vereinbaren,
2. der Erhebung einer Wohnungsabgabe für 1922/1923 in Höhe von  $25 + 75 = 100$  % des Mietwertes vom 1. Juli 1914 zuzustimmen.

Im Finanzausschuß, wo wir uns mit der Ratsvorlage befaßt haben, ist man zu einem ~~schlüssigen~~ Beschluß vorläufig noch nicht gekommen, da die einzelnen Fraktionen zunächst noch über einzelne Punkte beraten wollten.

Als die Vorlage den Stadtverordneten zugegangen war und durch die Tageszeitung bekannt wurde, gab es in der Bevölkerung allgemein ein Aufhorchen. Man konnte nicht verstehen, daß die Wohnungsabgabe, wie sie jetzt noch gezahlt werden muß und die schon

sowieso in die Kreise der Mieter und Hausbesitzer große Erregung gebracht hatte, jetzt schon wieder und noch dazu in einem solchen Maße erhöht werden soll. Es wurde hier und da geäußert, daß das weiter nichts bedeute, als eine neue Einkommensteuer. Durch Erhebung der Steuern würden den jeweiligen Hausbesitzern wieder ungeheuerere Lasten erwachsen, er werde gewissermaßen zum Exekutor für das Land und die Gemeinden herabgewürdigt. Er müsse die Steuern einzahlen, habe die Zwistigkeiten und den Unfrieden zwischen den Parteien zu tragen, es gebe diese Wohnungsabgabe Anlaß zu gewaltiger Unruhe, während sonst Friede im Hause geherrscht habe. Jedenfalls läßt es sich wohl nicht leugnen, daß die Wohnungsabgabe an manchen Stellen zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat und ich habe von mehreren Fällen gehört, wo sonst Friede im Hause geherrscht hat und jetzt Zwistigkeiten bestehen. Was dann kommen wird, wenn die Summe der Abgabe noch erhöht wird, kann man sich leicht



leicht ausmalen, aber immerhin darf auch nicht ~~mit~~  
verschwiegen werden, daß die Stadt der Mittel bedarf  
und daß andere Gemeinden längst über die früheren  
Sätze hinausgegangen sind und höchst wahrscheinlich  
auch vom Reiche aus mit einer erheblichen Erhöhung  
der Prozentsätze zu rechnen ist. Alles dieses ist  
bei der Besprechung im Finanzausschuß gestreift wor-  
den. Von einzelnen Herren wurde hingewiesen, daß  
jetzt die hohen Aufwendungen für Siedlungsbauten zu  
unterbleiben hätten; es wäre ratsamer, <sup>gewesen</sup> statt dieser  
Siedlungshäuser Mehrfamilienhäuser zu bauen, und  
allgemein wurde anerkannt, daß mit Erbauung der  
Siedlungshäuser gewaltige Mengen von Raum und Mate-  
rial verschwendet wäre. Weiter wurde hingewiesen auf  
die bestimmt eintretende Notwendigkeit, bei diesen  
lorbeernen Häusern sehr bald größere Reparaturen  
vorzunehmen und in anderen Fällen seien die Häuser  
so miserabel gebaut, daß sie in den nächsten Jahren  
wieder abgerissen werden müßten. Alle diese Erwägun-  
gen und Gründe ließen die Mitglieder des Finanzaus-  
schusses



schusses nicht zu einem Beschlusse kommen. Die einzelnen Fraktionen haben sich vorbehalten, sich erst noch in ihren Sitzungen darüber zu benehmen. Ich kann also mit einem Beschlusse des Finanzausschusses nicht aufwarten und muß bitten, daß der Beschluß hier in der allgemeinen Stadtverordnetenversammlung gefaßt wird.

Stadt v. N e s s e n i u s : Da leider die Kommunen bei der Erhebung von Steuern, die sie für ihren Bedarf nötig haben, durch die Reichsgesetze arg beschnitten sind, muß man irgendwelche Quellen, die das Reich den Kommunen bestimmt, zum Fließen bringen, und dazu ist auch die unglückselige Wohnungsabgabe eins der Mittel. Daß sie unsozial ist, bestreitet niemand, auf der anderen Seite liegt aber die Notwendigkeit vor, daß gebaut werden muß. Daß das Bauen so wie es ~~so wie es~~ bisher geschehen ist, manchmal nicht richtig war, ist auch unbestritten, aber man hat bis heute keinen anderen Weg gefunden, um die wenigen Kreise, die sich damit beschäftigen, Neubauten zu erstellen auf andere Weise zu unterstützen als durch die vom Reich beschlossene Wohnungsabgabe. Wenn man die Erhöhung auf 100 % nicht billigen kann, so muß man auf der anderen Seite doch bedenken, daß man ohne die Wohnungsabgabe nichts erhalten würde und nicht bauen könn<sup>4</sup>en. Und wenn man der freien Wirtschaft die-

se Tausende überlassen wollte, so hieße das nur, die Wohnungsmieten in ungeheurer Weise steigern, indem die Verzinsung der Summen, die nötig sind, um Wohnungen zu erstellen, durch die Mieten für diese Wohnungen aufgebracht werden müssen. Was das bedeutet und ob es weniger bringen wird als diese 100 %, das möchte ich bezweifeln. Jedenfalls kann man sich zu dieser Vorlage persönlich stellen, wie man will; man mag auch sagen, daß sie nicht sozial ist, aber Mittel zur Herstellung von Wohnungen müssen wir haben. Andere Mittel vom Reich oder sonstwo her oder andere Steuern, die für die Bauten kräftig herangezogen werden können, stehen nicht zur Verfügung, darum müssen wir eo ipso dieser Sache, die uns nicht viel Spaß macht, zustimmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eins erwähnen. Ich hatte vor Jahresfrist den Antrag eingebracht, eine Wohnungsluxussteuer in irgendeiner Form zu erheben, durch die man den Nutznießern größerer Wohnungen für das, was sie ~~dann~~ besser haben, eine daran

eine gewisse Steuer abknöpft. Damit würde man sozial verfahren, indem man den Schultern, die viel tragen können, auch größere Lasten auflegt. Es wurde damals behauptet, eine solche Steuer würde an ~~Volk~~<sup>Arb.</sup>arbeiten ein solches Kapital verschlingen, daß nur ein minimaler Ertrag der Steuer übrigbleiben würde. Das mag damals möglich gewesen sein, aber soviel ich weiß, ist heute zur Erhebung der Wohnungsabgabe schon eine gewisse Arbeit durch das Wohnungsamt geleistet worden, die für die Wohnungsluxussteuer nutzbringend verwandt werden könnte, ohne noch einmal einen teuren Apparat in Bewegung zu setzen. Ich möchte empfehlen diesen meinen vor Jahresfrist gestellten Antrag, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen, die in sozialer Hinsicht Schultern trifft, die sie tragen können, dem Rat der Stadt nochmals als Material zu unterbreiten. Ich bitte die Stadtverordneten, den damals von mir gegebenen Anregungen zu folgen, und den Rat ersuche ich, wenn es möglich ist, in dieser Form einer sozialen Steuer die Wege zu ebnen.

Stadt v. M a r t h : Meine politischen Freunde sind Gegner einer jeden Sondersteuer und sehen die richtige Besteuerung nur darin, daß die Höhe der Steuer nach dem Einkommen bestimmt wird. Wenn man uns nun eine Vorlage über eine Wohnungsabgabe vorgelegt hat, so muß man die Frage prüfen, ob wir von dem grundsätzlichen Standpunkt abgehen können, um Schäden abzuwenden, die bei Innehaltung unseres Standpunktes entstehen könnten. Dabei muß für uns vor allem die große Wohnungsnot maßgebend sein; sie ist so enorm, daß sie auf absehbare Zeit nicht behoben werden kann. Es gibt Leute, die überhaupt keine Wohnung haben, und teilweise sind die Wohnungen in so verwahrlosten Zustände, daß man sie als Wohnung kaum noch ansprechen kann. Deshalb muß die politische Gemeinde alles aufbieten, um Wohnungen zu schaffen, vor allen Dingen für diejenigen, die keine Unterkunft haben. Tatsächlich ist es so, daß es vorkommt, daß in 3- und 4-Zimmerwohnungen 2 - 3 Familien hausen

Daß



Daß dadurch Elend, sowie gesundheitliche und sittliche Schädigungen entstehen, muß jeder zugeben. Es ist unsere Aufgabe, dieses Wohnungselend mindestens soweit ~~daß~~ zu lindern, wie es in unseren Kräften steht. Wir haben uns im Wohnungsausschuß mit einem Satze von 70 % der Abgabe einverstanden erklärt, weil wir glaubten, durch die dadurch zu erhaltenden Mittel die angefangenen Bauten im Gebiete der Stadt Braunschweig fertigstellen zu können. Wenn diese im Rohbau fertiggestellten Wohnungen im Winter unausgebaut bleiben, so würden damit die Millionenwerte, die in ihren Bau hineingesteckt sind, verloren sein. Dann würden wir diese Wohnungen nicht für unsere Wohnungsbedürftigen gewinnen können. Um nun den Rat der Stadt in die Lage zu versetzen, diese angefangenen Bauten fertigstellen zu lassen und da 70 % Wohnungsabgabe nicht dazu ausreichen, so sind meine Freunde mit <sup>sch</sup>sch<sup>er</sup>en Herzen zu dem Beschluß gekommen, für dieses Jahr die Steuer auf 100 % zu bemessen.

Wir



Nir hoffen, daß es dadurch gelingt, die angefangenen Bauten fertigzustellen und einen Teil der schon vorhandenen Bauten, in denen beschlagnahmte Wohnungen vorhanden sind, umzubauen. Wir müssen alles daransetzen, neue Wohnungen auch in übergroßen Wohnungen zu schaffen und ebenso auch in den Häusern, wo das Dachgeschoß noch ausbaufähig ist, um damit wieder einen Teil der Wohnungslosen Obdach zu gewähren. Meine Damen und Herren! Lieber wäre es uns gewesen, wenn das nötige Geld dazu durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufzubringen gewesen wäre. Aber das Reichsgesetz läßt das nicht zu und aus diesem Grunde müssen wir uns schon mit dieser Wohnungsabgabe behelfen. Meine politischen Freunde sind sich dabei übereins nicht vollständig klar geworden, und ich möchte deshalb den Rat der Stadt bitten, uns die Anfrage zu beantworten, ob es nicht möglich ist, diese Wohnungsabgabe nach der derzeitigen Höhe der Miete zu erheben und zwar so, daß die Villen und die ganz großen Wohnungen

nungen

*M.*

nungen durch die Wohnungsabgabe schärfer erfaßt werden. Meine Freunde sind der Ansicht, daß in dieser Hinsicht in dem Wohnungsabgabegesetz noch eine Lücke offen ist und daß es möglich sein müßte, bei dieser Gelegenheit auch noch die Wohnungsluxussteuer mit einzuflechten. Wenn dieses möglich wäre, bitten wir den Rat der Stadt, hierüber uns eine weitere Vorlage zu machen, um so die Luxuswohnungen stärker besteuern zu können. Es ist heutzutage nicht mehr angängig, daß Einzelne Villen von 13, 14 Räumen bewohnen, in denen wir keine Beschlagnahme ausführen können, weil die Umbauten zu teuer würden. Alle solche Leute, die solche Wohnungen benutzen, sollten bei der Not des Wohnungsbaues besondere Beiträge zahlen.

Und nun noch eins. Durch die Braunschweiger Industrie ist ein Teil Auswärtiger in die Stadt hineingezogen, aber die Industrie hat es nicht für nötig befunden, von ihrer Seite für den Wohnungsbau beson-

dere





dere Beiträge zu leisten. Die Industrie, die Werte von Millionen verdient hat und heute gut dasteht, müßte verpflichtet werden, für ihre Arbeiter Wohnungen zu schaffen. Es tut uns leid, daß es hierfür keinen gesetzlichen Maßstab gibt, so daß wir die Industrie fassen könnten. Weiter möchte ich fragen, ob die Möglichkeit besteht, die Wohnungssteuer auf alle Gebäude auszudehnen, dann würden wir auch die Industrie fassen, damit sie zu den notwendigen Mitteln etwas beiträgt.

Wie gesagt, sind meine Freunde für dieses Jahr für die Bewilligung der Wohnungsabgabe in der beantragten Höhe, am allermeisten deshalb, um der minderbemittelten Bevölkerung zu helfen, in den Besitz von Wohnungen zu kommen. In den Kreisen, wo die Eltern eine größere Wohnung inne haben, können die Wohnungsbedürftigen bei den Eltern unterkommen. Aber für diejenigen, die zu den unteren Schichten gehören und kein Unterkommen haben, für die großen Familien, die

in



in den kleinsten Wohnungen hausen, sind wir verpflichtet, Mittel aufzuwenden, um Wohnungen zu schaffen, und aus diesem Grunde sind meine Freunde dafür, daß in diesem Jahre 100 % Wohnungsabgabe erhoben werden, damit für den Wohnungsbau etwas geleistet werden kann.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es muß ohne weiteres anerkannt werden, daß die Bedenken, die als grundsätzlich gegen diese Steuer geltend gemacht werden, nicht von der Hand zu weisen sind. Darüber sind wir uns wohl alle einig, ebenso aber auch darüber, daß wir versuchen müssen, das Geld zu schaffen, um die angefangenen Bauten fertigzustellen. Nun handelt es sich heute eigentlich nur um die Frage, ob der Hundertsatz der Steuer auf die vom Rat beantragte Höhe <sup>hinauf</sup> gesetzt werden soll, denn ich bin überzeugt, daß keiner von Ihnen gegen 70 % stimmen würde. Wie hoch der Satz genommen werden muß, das hängt in der Hauptsache davon ab, welche Summe die Stadt beschaffen muß, und diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, weil wir wohl wissen - wie wir Ihnen in der Vorlage vorgeführt haben -, wieviel Geld nötig ist, um die angefangenen Bauten fertigzustellen und etliche Notwohnungen herzurichten, aber nicht wissen, zu welchem Zuschuß sich der Staat

Staat verstehen wird, Ich hätte geglaubt, es würde vielleicht bei den jetzigen Verhandlungen im Landtage Klarheit hierüber geschaffen werden, aber aus den Berichten habe ich nichts Derartiges gesehen. Nur unter der Hand habe ich erfahren, daß der Staat vorläufig beabsichtigt, uns größere Beträge zu geben. Infolgedessen ist es sehr schwer, ein genaues Beispiel darüber aufzustellen, welche Geldsumme aufzunehmen nötig sein wird. Wir haben bekanntlich bereits 10 Millionen Mark von der Staatsbank aufgenommen und haben in der Vorlage vorgeschlagen noch die Hälfte der Kosten für Fertigstellung der angefangenen Bauten mit 14 Millionen Mark und für Notwohnungen 6 Millionen Mark aufzunehmen. Das sind im ganzen 30 Millionen Mark. Wenn wir vielleicht auch noch die anderen 14 Millionen Mark unsererseits noch aufbringen müßten oder vielleicht 10 Millionen davon - wir hoffen, daß uns der Staat doch wenigstens 4 Millionen gibt -, dann würden wir schon auf 40 Millionen

Mark

Mark kommen. Nur hatten wir Ihnen früher vorgerechnet, daß die Verzinsung und Tilgung der Schuld - die bis zum Jahre 1941 abgetragen werden soll, denn nur solange soll die Wohnungsabgabe erhoben werden - im Jahre 7,62 % erfordern würde. Aber alle solche Exempel werden heutzutage wie ein Kartenhaus im Nu umgeworfen. Wir hatten damals mit einer Verzinsung von 5 % gerechnet und müssen heute 9 % zahlen. Danach können Sie ausrechnen, was heute der Schuldendienst erfordern würde.

Aus anderen städtischen Mitteln die Bauten zu fördern, ist vollständig ausgeschlossen. Unsere Verhältnisse sind immer noch so, daß wir sagen müssen: Wenn nicht Hilfe vom Reiche kommt, wissen wir nicht, was wir machen sollen. Wir müssen die Bautätigkeit nur mit Hilfe dieser Abgabe aufrecht zu erhalten suchen. Es herrscht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß bei der Not, in der das Reich selbst sich befindet, auf eine Hilfe vom Reiche in Bausachen nicht zu rechnen ist; jedenfalls möchte ich bezweifeln, daß

das

das in wesentlichem *Umfange* geschehen kann. Es sind uns allerdings kürzlich 1 1/2 Millionen überwiesen worden, aber das Reich hat eine Verzinsung von 7 % verlangt und uns verpflichtet, das Geld zum 1. November nächsten Jahres zurückzuzahlen. Das ist eine Hilfe, die bei den Riesensummen, die diese Bausachen erfordern, mehr oder weniger als gar keine bezeichnet werden kann. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Wohnungsabgabe noch weiter gesteigert wird, und dann verschlägt es nicht viel, ob wir mit den 10 % des Reiches im ganzen 110 % erheben oder 25 % weniger.

Nun hat Herr Marth die Anregung gegeben, man möge die Abgabe nach der Höhe der Mieten staffeln. An sich ist das ein durchaus gesunder Gedanke, denn man kann die ganze Wohnungsabgabe überhaupt nur einigermaßen gerechtfertigt finden, wenn man sagt: „Die Miete ist ein Grundmesser für das Einkommen des Betreffenden“, obgleich das natürlich nur mit gewissen Einschränkungen gilt, denn ein Hausvater mit gro-

ßer

ßer Familie ist gezwungen, eine größere Wohnung zu halten als ein lediger Mensch. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, den Weg der Staffelung der Wohnungsabgabe zu beschreiten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch das Reichsgesetz dem Erlaß eines Landesgesetzes, daß eine derartige Ausnahme zuzulassen sei, ein Riegel vorgeschoben ist. Wir würden die Staffelung nicht ohne weiteres einrichten können, und ich bezweifle, daß das Land die Macht dazu hat. Das Reich hat kategorisch erklärt: Der Betrag ist soundso viel, und den Gemeinden kann es von den Landesregierungen gestattet werden, noch Zuschläge zu erheben. Damit ist eine Grundlage gegeben, über die wir nicht hinausgehen dürfen.

Über die Wohnungsluxussteuer, die Herr Nessenius haben möchte, ist meine Meinung, daß es kaum Zweck haben wird, Ihnen darüber nochmals eine Vorlage zugehen zu lassen. Sie und wir haben uns mit der Sache befaßt und sind zu der Ansicht gekommen, daß kaum die Kosten

Kosten dabei herauskommen, die uns die Veranlagung und Einziehung einer solchen Steuer macht. Ich glaube auch nicht, daß Herr Messenius darüber im Bilde ist, ob jetzt schon das Wohnungsamt in der Lage sein würde, zu sagen: Das hier ist eine solche Wohnung, die der Wohnungsluxussteuer unterliegen würde. Ich kann mir nicht denken, daß ihm solche Angaben schon zur Verfügung stehen. Sollte das der Fall sein, so läge die Sache anders und man könnte darauf zurückkommen. Zunächst aber möchte ich im Namen des Rates bitten, der heutigen Vorlage zuzustimmen.



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Bezüglich der Wohnungsluxussteuer möchte ich den geehrten Herrschaften ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir vor einigen Monaten den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet haben, aus der hervorgeht, daß es nicht ratsam ist, unter den heutigen Verhältnissen eine Wohnungsluxussteuer einzuführen, weil die Reichsratsbestimmungen so einschränkend sind, daß wir uns aus ~~aus~~ der Erhebung einer solchen Steuer gar keinen Erfolg zu versprechen imstande sind. Die Herrschaften haben sich damals - ich glaube Herr Marth war der Referent - eingehend mit dieser Frage befaßt und kamen ebenso wie der Rat der Stadt zu der Überzeugung: Solange diese Bestimmungen Geltung haben, hat die Einführung der Wohnungsluxussteuer keinen Zweck. Ich will gleich noch bemerken, daß die zur Veranlagung erforderlichen Angaben dem Wohnungsamte nicht zur Verfügung stehen, sondern daß eine besondere Erhebung Platz greifen müßte, um die Wohnungsluxussteuer zu bemessen.

hemessen. Erwähnen möchte ich aber doch, daß vor einigen Wochen eine Anfrage des Reichsarbeitsministers an uns gerichtet worden ist, des Inhalts, ob nicht die Wohnungsluxussteuer dadurch ermöglicht werden könnte, daß die Reichsratsbestimmungen einer Abänderung unterworfen werden. Wir haben uns damals dahin schlüssig gemacht, daß wir empfohlen haben, diese Reichsratsbestimmungen abzuändern; alsdann wäre die Möglichkeit gegeben, die Wohnungsluxussteuer einzuführen. Die Stadt Braunschweig steht in dieser Beziehung nicht allein, sondern, wie uns bekannt geworden ist, hat keine Stadt auf Grund der Reichsratsbestimmungen eine Wohnungsluxussteuer eingeführt.

Sodann wurde vorhin erwähnt, daß die Industrie hier bei uns für Behebung der Wohnungsnot verhältnismäßig wenig geleistet habe. Dieser Ansicht kann ich nur beipflichten, denn ich habe gehört, und gesehen, was in anderen Städten die Industrie, <sup>der es</sup> ~~die~~ zum größten Teile heute gut geht, zur Behebung der Wohnungsnot geleistet

geleistet hat, und habe gestaunt über das, was dort geschehen ist. Zu meinem größten Leidwesen muß ich sagen, daß hier die Industrie in dieser Beziehung so gut wie nichts geleistet hat. Es war in Preußen eine Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes ins Auge gefaßt, auf Grund ~~derer~~ die Industrie zu einer bestimmten Abgabe veranlagt werden kann. An uns war vor einigen Wochen die Anfrage gerichtet, ob wir die Heranziehung der Industrie zu diesen Abgaben unter den gleichen Bedingungen für zweckmäßig hielten; und da mußten wir allerdings zugestehen, daß die preußischen Bestimmungen so außerordentlich verwickelt sind und solche Arbeit nötig machen würden, daß es nicht zweckmäßig sein würde, auf Grund dieser Bestimmungen die Abgabe einzuführen. Ich habe aber gehört, daß diese Frage dieser Tage im Landtage angeschnitten worden ist, und es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß für das Land Braunschweig eine ähnliche Ergänzung des Kommunalabgaben/gesetzes

ge-

geschaffen wird. (Zuruf: Kommt!) Das würde erfreulich sein.

Zum Schluß noch folgendes: Ich habe vor einigen Tagen einer Sitzung im Ministerium beigewohnt, in der Herr Minister. Rönneburg darauf hingewiesen hat, daß die Wohnungsabgabe in diesem Jahre so hoch wie irgend möglich bemessen werden müßte, um dadurch die Mittel aufzubringen, die zum Vollenden der angefangenen Bauten notwendig sind. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß unsererseits nicht darauf gerechnet werden könnte, daß der Staat ~~be~~ebensoviele Mittel aufbringt wie die Stadt, schon aus dem Grunde, weil der Staat bezüglich der Wohnungsabgabe bestimmten Beschränkungen durch das Reich unterworfen ist, während die Gemeinden in dieser Beziehung unbeschränkt sind. Es wurde bei dieser Gelegenheit seitens der Kreisdirektionen hervorgehoben, daß für die Landkreise eine Wohnungsbauabgabe in Vorschlag gebracht werden würde, wie ich höre,  
von

von 125 %, also eine wesentlich höhere als bei uns. Ich glaube, daß wir in diesem Jahre mindestens 100% erheben müssen; und vom nächsten Jahre ab wird die Sache wohl so geregelt werden müssen, daß wir unter Umgehung von Anleihen die aufzubringenden Mittel unmittelbar für den Wohnungsbau verwenden. Ich habe vor wenigen Tagen eine Zusammenstellung gesehen über die Höhe der Wohnungsbauabgabe in den verschiedenen Städten und habe gesehen, daß sehr viele von ihnen auf 100, 200, 300 % und darüber gegangen sind, z.B. Hamburg 325 % für das laufende Jahr, so daß wir mit 100 % noch außerordentlich bescheiden sind. Ich möchte Sie also bitten, dieser Vorlage unter allen Umständen zuzustimmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Die geehrten Herrschaften möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Ausschreibung der Wohnungsabgabe für das verflossene Jahr erfolgt ist und daß für das  $\text{I}$  jetzt laufende Jahr gegenwärtig die Neuausschreibung vorbereitet wird. Eher konnten wir die Ausschreibung nicht vornehmen, weil die Ausführungsvorschriften erst Mitte März d.J. herausgekommen sind, dann aber haben wir sofort die Vorbereitungen in Gang gebracht.

Der Gedanke der Wohnungsluxussteuer, der von Herrn Nessenius aufs neue zur Besprechung herangezogen ist, hat an und für sich etwas Bestechendes. Wir haben uns aber im Rat sowohl wie auch hier in der Versammlung davon überzeugen müssen, daß die Durchführung dieser Steuer nach den Vorschriften des Reichsrats auf außerordentlich große Schwierigkeiten stoßen würde, aber vielleicht bietet sich jetzt ein anderer Weg. Die Wohnungsluxussteuer

würde

würde den Erlaß besonderer Satzungen erfordern und sodann noch eine Prüfung der Wohnungen und so würde der Weg nicht ganz einfach sein. Der Landtag berät jetzt aber die Bestimmungen über Erhebung der staatlichen Grundsteuer, zu der gemeindliche Zuschläge erhoben werden können. Ich halte es für möglich, daß in Durchführung dieser Steuer ein gewisser Satz für Luxusgebäude hineingezogen wird. Wenn man diesen Gedanken richtig verfolgt, hat man nicht mit denjenigen Schwierigkeiten zu rechnen, die uns die Einführung der Wohnungsluxussteuer verleidet haben. Ich halte es also für möglich, daß der richtige Gedanke des Herrn Nessenius bei Gelegenheit der staatlichen und Gemeindegrundsteuer durchgeführt werden kann.

Stadtv. N ö 1 1 : Ich glaube, das Ministerium hat große Schuld daran, wenn wir uns in dieser Frage nicht verstehen. Wenn es im Frühjahr schneller gehandelt hätte, dann hätten die Bauten einige Monate früher in Angriff genommen werden können und wären jetzt unter Dach und Fach. Trotz der Klärung aller Vorfragen im Herbst und trotz allem möglichen, was geschehen ist, war es nicht möglich, früher mit den Bauten anzufangen und dadurch sehen wir uns in die Zwangslage versetzt, die Mittel heute zu bewilligen. Selbstverständlich ist jede Steuer unbeliebt, vor allen Dingen die Steuer auf Grund und Boden. Der Widerwille gegen die Wohnungsabgabe liegt darin begründet, daß man sagt : Warum sollen wir Mittel aufbringen, um in der heutigen schweren Zeit für Einzelne Millionenhäuser herzustellen ? Die Allgemeinheit bringt die Mittel für die Bauten auf und setzt den Einzelnen einen Millionenpalast hin, und

dafür



dafür hat das Publikum nicht Lust, Steuern zu zahlen. Es sagt : Wenn wir Mittel aufbringen sollen, dann müssen wir wissen, daß sie nicht dem Einzelnen zugute kommen ! Wie wird die Sache nun, wenn die Wohnungszwangswirtschaft wieder aufgehoben wird ? Eigentümer des Hauses ist der Besitzer, und die Mieterschaft, die die Mittel dafür aufgebracht hat, steht mit leeren Händen da. Sie sagt : Wenn wir die Mittel aufbringen sollen - wie der Wirtschaftsminister sagt, 100 % -, dann müssen wir auch verlangen, das Recht auf die Wohnungen zu bekommen, um gleichberechtigte Interessenten an diesen Häusern zu sein. Wer bringt nun die Mietsteuer auf ? Es heißt : Der Haushaltungsvorstand. Wem kommt der Ertrag der Wohnungsabgabe zugute ? Im großen und ganzen sind es die Leute, die in der letzten Zeit geheiratet haben, sagen wir : in dem verfloßenen Jahre oder in den letzten zwei Jahren, oder die, die in Zukunft heiraten wollen. Aber alle

diese

diese Leute, die den Nießbrauch von diesen Wohnungen haben werden, tragen nicht zu der Wohnungsabgabe bei, sondern nur diejenigen, die eine Wohnung haben. Die jungen Leute wohnen vielleicht bei ihren Eltern oder wohnen möbliert, sie haben meistens ein gutes Einkommen, dennoch tragen sie nicht dazu bei, diese Mittel aufzubringen. Die Allgemeinheit muß sie aufbringen, und das ist im großen und ganzen die Mietfenschaft, aber eigentlich hat sie kein direktes Interesse daran.

Auf der anderen Seite hat die Erfahrung gelehrt, daß jede Mietsteuer oder überhaupt jede Steuer, die bewilligt worden ist, sich auf dem Baumarkt dadurch bemerkbar macht, daß die Baumaterialien enorm in die Höhe schnellen, daß bei den Ziegeleien und Zementfabriken die Aktien in die Höhe gehen und ein beliebtes Handelsobjekt bilden, weil die Fabrikation vergrößert wird und der Gewinn bei diesen Werken steigt. Im großen und ganzen

wird

wird also alle dieses Geld, das durch die Wohnungsabgabe aufgebracht wird, in diesen großen Pfuhl hineingeworfen, die fabrizierenden Werke schlingen das Geld ein und für den Bauenden bleibt wenig übrig. Der Landtag ist in dieser Hinsicht vorgegangen, daß dort vorgeschlagen worden ist, daß das Holz, das zum Bauen benötigt ist, nicht mehr an Bevorzugte geliefert werden soll, sondern an die Allgemeinheit und die Taxen den Verhältnissen angepaßt werden. Aber auch dies halte ich für verfehlt. Wenn die Regierung nicht dadurch entgegenkommen will, daß sie verbilligtes Holz zu den Bauten liefert, dann soll sie nicht verlangen, daß die Allgemeinheit Geld dafür aufbringt, um das teure Holz aus den Staatsforsten zu kaufen. Von Regierungsseiten sollte man die Werke, die Baumaterial liefern, zwingen, es zu angemessenen Preisen abzugeben, oder sollte sie kurzerhand beschlagnahmen, dadurch das ganze Material billiger

ger



ger herstellen und in die Hand der Bauenden bringen oder es verteilen. Einen anderen Ausweg sehen wir nicht. Wenn die Regierung das nicht will, müssen wir auf der ganzen Seite Front machen und die Wohnungsabgabe ablehnen. Dahin geht denn auch der Beschluß von unserem Bundestage. Dort haben wir beschlossen : Kommt man uns von der Seite nicht entgegen, dann wird sich die deutsche Mieterschaft dagegen auflehnen. Es hat keinen Zweck, wenn wir hier die Sache bewilligen und wissen nicht, wofür.

Stadtv. S a u e r b i e r : Herr Marth hat davon gesprochen, daß es ungemein wünschenswert wäre, wenn eine staffelweise Veranlagung der Wohnungsabgabe eintreten könnte. Leider läßt das Gesetz diese staffelweise Veranlagung nicht zu, und man ist deshalb gezwungen, so zu verfahren, wie verfahren ist.

Herr Nessenius wünscht, daß eine Wohnungsluxussteuer eingeführt wird. Das hat seine Schwierigkeiten, weil die Reichsratsbestimmungen gewisse Einschränkungen für die Wohnungsluxussteuer geben, und deshalb haben wir eine solche seinerzeit ja abgelehnt. Nun aber schreibt § 6 des Wohnungsteuergesetzes folgendes :

„Die Gemeinden sind außerdem berechtigt, zu dem im § 1 genannten Zwecke, von Wohnungen, welche im Verhältnisse zur Zahl der Bewohner oder zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß anzusehen sind, eine besondere Abgabe zu erheben (Wohnungs=  
luxus=

luxussteuer). Die Erhebung bedarf der Genehmigung der obersten Landesbehörde, der die nähere Regelung nach Maßgabe der von der Reichsregierung aufzustellenden allgemeinen Grundsätze und nach Maßgabe des Landesrechts vorbehalten bleibt."

Da ist ein Fingerzeig gegeben, daß wir unter Umständen eine Staffelung in der Form vornehmen könnten, daß man sagt : Eine bessere Wohnung weisen wir der Stufe I zu, eine andere der Stufe II, wieder andere der Stufe III, und so zu staffeln. Ich denke nicht daran, daß man die Wohnungen, die an einer bestimmten Straße liegen, schon deshalb als Luxuswohnungen ansieht, auch nicht weil sie mit Einrichtungen in dieser oder jener Form versehen sind, sondern es wäre darauf zu sehen, ob die Wohnung in Form einer Villa gebaut ist, ob sie mit einem parkartigen Garten umgeben ist, ob eine Autogarage dazu gehört usw. Dann glaube ich meinen Antrag auf eine solche Staffe-

lung



lung dahin ausdehnen zu dürfen, daß man eine Veranlagungskommission bildet, die zu bestimmen hat : Diese oder jene Wohnung gilt als Luxuswohnung und wird nach Staffel I oder II veranlagt. Auf diese Weise würde man der Anregung des Herrn Marth näher-treten können und damit zugleich auch dem Wunsche des Herrn Nessenius nachkommen, der eine Wohnungs-luxussteuer eingeführt zu sehen wünscht. Daß die Ausgaben für eine solche Regelung erheblich sein würden, kann ich nicht anerkennen, sondern ich meine, es wird nur eine ganz geringe ~~Men~~ Ausgabe nötig sein, um die Verwirklichung zu ermöglichen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Wir müssen bei der heutigen Beratung zweierlei unterscheiden : Erst einmal : die allgemeine Wohnungsabgabe, um deren Bemessung für das laufende Jahr die heutige Unterhaltung sich dreht, sodann das andere : die Wohnungsluxussteuer, die außerdem von den Gemeinden eingeführt werden kann, wenn eine entsprechende Satzung erlassen und nach den sehr umständlichen und dehnbaren Richtlinien des Reichsrats verfahren wird. Man kann aber nicht -- und ich möchte davor warnen, das heute zu tun -- beide Steuern miteinander verquicken, man kann nicht in die Wohnungsabgabe die Wohnungsluxussteuer hineinarbeiten; das versagt das Gesetz. Es wird nichts weiter übrig bleiben, als heute zur Ratsvorlage Stellung zu nehmen und die Frage, wie eine Wohnungsluxussteuer durchführbar ist, der Zukunft zu überlassen.



Stadtv. E f f n e r : Meine Damen und Herren!  
Herr Kollege Nöll hat darauf hingewiesen, daß es uns nicht viel nützt, wenn wir auf der einen Seite Geld für den Wohnungsbau ansammeln und auf der andern Seite dem Moloch der Profitwut in den Hals werfen. In dieser Beziehung möchte ich die Ausführungen des Herrn Nöll unterstützen. Zugleich möchte ich aber noch auf eine andere Sache hinweisen. Es bedeutet diese einmalige 100 %ige Wohnungsabgabe für weite Kreise der Bevölkerung ein großes Opfer, und deshalb ist es notwendig, daß alle Arbeitgeber und ähnliche Kreise, die hier in Betracht kommen, ihrer Pflicht eingedenk werden, daß durch Anpassung der Löhne und Gehälter an die durch die Wohnungsabgabe verursachten größeren Ausgaben ein Ausgleichzustand kommt. Ferner ist es notwendig, daß man den Invaliden und Kriegsbeschädigten sowie den Kleinrentnern einen teilweisen oder gänzlichen Erlaß dieser Wohnungsabgabe

zukommen

zukommen läßt. Schließlich möchte ich den kinderreichen Familien das Wort reden insofern auch sie zum größten Teil von dieser Wohnungsabgabe hart betroffen werden. Im übrigen möchte ich der Wohnungsabgabe, wie sie uns vorgeschlagen wird, zustimmen; es ist nicht anders möglich, die Mittel zu beschaffen und der Not der Zeit müssen wir gehorchen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Anregung des Herrn Effner möchte ich gern entsprechen und weise darauf hin, daß in dem Reichsgesetz in § 10 ausdrücklich gesagt wird :

„Die Abgabe wird auf Antrag erstattet, wenn bei einem Abgabeschuldner die Voraussetzungen des § 44 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 in der Fassung des Gesetzes vom 24. Mai 1921 vorliegen.“

In diesem ist davon die Rede, daß der Steuerpflichtige 60 Jahr alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Und an einer anderen Stelle steht, daß die Befreiung eintreten soll, wenn das Jahreseinkommen für das vorausgehende Rechnungsjahr 20 000 M nicht übersteigt oder die Einziehung der Steuer wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeutet.

Stadtv. Dr. K a h l e r t : Meine Damen und Herren ! Herr Nöll hat in seinen längeren Ausführungen zum Teil schon das gesagt, was ich zur Ausführung bringen wollte; ich kann mich deshalb kurz fassen. Es handelt sich für mich zunächst darum, auf die Luxusbauten hinzuweisen und auf die Wohnungsluxussteuer. Den größten Luxus <sup>in</sup> dieser Zeit haben wir uns wohl dadurch geleistet, daß wir Einfamilienhäuser gebaut haben, z.B. ~~auf~~ *auf dem* Ärkeröder Feld, die nicht fertiggestellt worden sind. Ferner weise ich auf die Siedlungshäuser hin, die viel Kosten verursacht haben und doch mangelhaft gebaut sind und nicht lange halten werden. Ich weiß nicht, ob da nicht noch die Stadt und der Staat in die Lage kommen werden, eintreten zu müssen, um die Kosten für die Reparaturen zu bewilligen, denn die Inhaber dieser Häuser werden dazu nicht in der Lage sein. Die Zahl der Luxuswohnungen, die wir sonst noch in der Stadt haben, ist recht zusammengeschrumpft dadurch, daß die

Ein-

Einquartierungen und Zwangsenteignungen gekommen sind. Wo es noch solch große Wohnungen gibt, da wird es sehr große Schwierigkeiten bereiten und sehr große Kosten verursachen, um diese Wohnungen für die Zwecke brauchbar zu machen, wofür Sie sie glauben brauchen zu können. Ob es wünschenswert ist, eine Luxussteuer auch auf die Häuser mit Parkanlagen auszudehnen, lasse ich dahingestellt, denn Parkanlagen bei den Häusern sind für das Gesamtbild der Stadt von unschätzbarem Wert und deshalb in gewisser Weise zu schonen.

Die Erhebung dieser unsozialen Wohnungsabgabe müssen wir leider bewilligen, aber nach den Ausführungen, die seinerzeit im Wohnungsausschuß gemacht wurden, hielt ich es für möglich, mit einer Bewilligung von 70 %, d.h. mit dem siebenfachen Betrage der letzten Ausschreibung auszukommen. Ich glaube, diesen Satz heute um so mehr noch einmal befürworten zu müssen, als aus dem Anschreiben  
des

des Rates an die Stadtverordneten hervorgeht, daß von den ausgeschriebenen 793 000 M Steuern erst 542 000 M eingegangen sind. Es ist in dem Schreiben nicht gesagt, daß die übrigen 251 000 M ausfallen, sie sind nur noch nicht eingegangen. Es ist dringend notwendig, daß dafür gesorgt wird, daß der ausstehende Betrag noch eingeht oder erhoben wird. Es muß das Nichteingehen dieser rückständigen Beträge meiner Ansicht nach an dem System, wie es in dem ganzen Gesetz zum Ausdruck kommt, liegen. Es ist leider so, daß die Abgabe wohl von vielen  $\checkmark$  bezahlt ist, aber von vielen Mietern verweigert wurde, weil sich in der Feststellung der Friedensmiete Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten ergeben haben und nun der Hauswirt in Verfolg des Gesetzes einfach das Nächstliegende getan hat : er hat dem Magistrat die Veranlagung zurückgegeben, und der Magistrat

kann

kann sich durch den Haufen der zurückgesandten Veranlagung<sup>en</sup> nicht so schnell hindurch~~arbeiten~~.

Diese Beträge kommen im Augenblick alle nicht zur Erscheinung, aber später ist das Geld da. Ist es da nicht das Nächstliegende, daß wir den Magistrat bitten, er möchte erst einmal darauf dringen, daß diese restlichen Beträge bezahlt werden. Es steht in dem Gesetze auch, daß die veranlagten Beträge erst einmal bezahlt werden können und dann eine Rückvergütung auf Antrag gewährt werden kann.

Der Rat der Stadt wird sich nachher nicht weigern, Rückzahlung zu leisten, wenn die Beträge zu Unrecht erhoben sind. Daß wir aber darauf verzichten sollten, die ausgeschriebene Steuer einzuziehen, das sehe ich nicht ein. Es ist sehr zu bedauern, daß durch die ganzen Verhältnisse, die momentan bei der Mietsteuer herrschen, es nicht möglich gewesen ist, diese Steuer für das laufende Rechnungsjahr eher auszuschreiben als jetzt. Es ist

leider

leider seitens des Staates nicht herauszubekommen gewesen resp. der Staat ist nicht damit herausgekommen, wie groß sein Anteil sein sollte.

Daraus haben sich Schwierigkeiten für die Stadt ergeben, und erst jetzt ist es so weit gekommen, daß wir über die Steueraussschreiben beschließen können. Ich möchte Sie deshalb bitten, daß Sie bei der Zustimmung zu dieser Steuer Ihr Votum dahin abgeben, daß wir es mit 45 + 25 %, also mit 70 % der Friedensmiete bewenden lassen wollen.

Ich glaube, wenn diese Steuern alle eingehen und nur mit einem kleinen Ausfall gerechnet wird, sie zur Deckung der Kosten für Fertigstellung der Bauten von der Baugenossenschaft ausreichen werden und die Siedlungsbauten werden ja auch damit fertiggestellt werden können, obwohl ich es für richtiger hielte, wenn man dazu überginge, sie abzubauen. Wir werden noch erleben, daß wir für diese Bauten späterhin noch Zuschüsse für Ausbesserungen geben müssen.



Stadtv. N e s s e n i u s : Herr Dr.Kahlert hat sehr schön geredet von nicht fertig gewordenen Häusern, aber den Backofen, sie fertigzustellen, hat er nicht mitgebracht. Jedes Haus muß einmal angefangen werden, wenn es erbaut werden soll, und daß es nicht mit dem Dach angefangen wird, ist selbstverständlich; daß das Dach das letzte daran ist, muß jeder wissen. Es ist Geschmacksache, darüber zu streiten, welche Art der Häuser gesunder und besser sind, aber wenn Sie glauben, daß die Baupolizei schläft, dann empfehle ich Ihnen, sich an einem Bau zu beteiligen. Wenn Sie die Bauabnahme zu gewärtigen haben, dann werden Sie merken, daß diese Herrschaften völlig ihres Amtes walten und den Bau so abnehmen, daß nicht zu erwarten ist, daß er in 6 Wochen wieder einfällt.

Herr Nöll meinte, wenn man so große Summen ausgibt, dann dürfe das nicht nur einzelnen zugute kommen. Dafür zu sorgen, sind die Gesetze da, und darin

darin ist bestimmt, daß diese Wohnungen nicht völliges Eigentum des Einzelnen werden, sondern immerhin in gewissem Sinn der Allgemeinheit ein Eigentumsrecht zusteht. Daß es nicht richtig und ratsam ist, den Kreisen, Dörfern und Städten die neuerbauten Häuser als Eigentum zu überlassen, das hat man in einer der letzten Konferenzen dieser Beteiligten erklärt. Jeder von ihnen hat gesagt, es sei eine Last, die wahnsinnige Summen verschlinge, jeder Einzelne würde sich solchen Verpflichtungen entziehen und das Reich, die Länder usw. würden die Kosten zu tragen haben. Es sind allerdings bei der Behandlung dieser ganzen Sache Fehler gemacht, das ist zuzugestehen; aber da sie nun einmal gemacht sind, ist zu hoffen, daß sie in der Zukunft nicht wieder vorkommen. Es ist immerhin gut, wenn man aus den Fehlern lernt.

Den Rat möchte ich noch ersuchen, eine Auskunft zu geben : Mir ist nicht bekannt, was für

For-

Formulare und Zettel bei der Wohnungsabgabe benutzt werden. Ich bin der Meinung, <sup>daß es möglich ist, durch</sup> bei Ausfüllung dieser Zettel sich bei dem Wohnungsinhaber zu informieren über die Zahl der Räume, Kopfzahl der Familie und anderes, sodaß man alle diese Fragen mit demselben Bogen wälzen könnte. Ich weiß nicht, ob das so gemacht ist. Aber ohne Ausgabe großer Kosten wäre das möglich gewesen. Ich habe das Zutrauen zu dem Rat, daß er alle Mittel anwenden wird, die notwendig sind, um die Wohnungsabgabe möglichst sozial zu verteilen, und die besser situierten Bürger unserer Stadt werden es sich zur Ehre anrechnen, recht viel Wohnungsabgabe zu zahlen. (Bewegung.) Sie werden das doch nicht bestreiten wollen ! Ich nehme an, daß Sie es ernst meinen mit dem Wohle der Stadt und gern mehr als ihre Schuldigkeit tun. Jedenfalls müssen die nötigen Vorarbeiten vom Rat getroffen werden.

Stadtv. Dr. K a h l e r t : Ich kann die Worte des Herrn Vorredners nicht unwidersprochen lassen. Ich kann nicht zugestehen, daß ich über das Bauen der Siedlungshäuser auch nur einen Ton verloren hätte, der dem entspricht, worauf Herr Nessenius antwortete. Von solchen Sachen habe ich gar nicht geredet. Im übrigen sind wir bereit, Mittel zur Fertigstellung der angefangenen Bauten zu bewilligen, und über das andere, was ich vorgebracht habe, haben die anderen Herren auch geredet. Schließlich möchte ich feststellen : Wer einen Schein zur Zahlung der Wohnungsabgabe bekommen hat, der wird gefunden haben, daß alles darin steht, was Herr Nessenius erwähnt hat.

Der Antrag des Rates und der Kommission, 100 % der Friedensmiete an Wohnungsabgabe zu erheben, kommt zuerst zur Abstimmung. Die Mehrheit (17 Stadtverordnete) stimmt dafür.

11. Erhöhung des Beitrages für den Verband  
der Rechtsauskunftstellen.

Stadtv. S a u e r b i e r : Der Verband der Rechtsauskunftstellen, dem der Rat der Stadt beigetreten ist, hat bisher 150 M als Beitrag der Stadt Braunschweig bekommen. Der Vorstand des Verbandes hat nun mitgeteilt, daß die Jahresbeiträge auf je 10 M für 1000 Einwohner erhöht werden müssen. Nach Mitteilung des Städtischen Statistischen Amtes beträgt die Einwohnerzahl der Stadt zurzeit 146 645, der jetzt zu leistende Beitrag beziffert sich demnach auf 1470M. Der Rat der Stadt empfiehlt, diese Summe zu bewilligen und ich habe Sie im Namen des Finanzausschusses zu bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung bewilligt die Zahlung des erhöhten Beitrages.

(Punkt 11)

12. Ankauf einer Pappschneidemaschine für die  
Stadtbibliothek.

Stadtv. Frau G ö t z e : Der Stadtarchivar Dr. Mack hat an den Rat der Stadt berichtet, daß der Messerschmied Wilhelm Stein eine Pappschere mit Tisch für 5000 M verkaufen will. Da diese Schere für die Buchbinderei der Stadtbibliothek gut gebraucht werden kann und die Forderung mäßig ist, so empfiehlt der Stadtarchivar den Ankauf. Mittel dafür stehen aber der Bibliotheksverwaltung nicht zur Verfügung und so bittet Herr Dr. Mack den Rat der Stadt, sich der Sache anzunehmen. Der Rat unterbreitet diese Sache den Stadtverordneten und beantragt, dem Ankauf der Pappschere zum Preise von 5000 M zuzustimmen. Ich habe im Namen des Finanzausschusses zu empfehlen, dem Ratsantrage zu entsprechen.



Stadtv. L e h n e r t : Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß es erwünscht erscheint, daß die Rechte des Rates in bezug auf die selbständige Bewilligung von Mitteln erweitert werden, damit er nicht jedesmal mit solchen Kleinigkeiten, wie diese eine ist, an die Stadtverordneten heranz<sup>zu</sup>getreten braucht. Ich möchte bitten, das Verfügungsrecht des Rates unter den heutigen Verhältnissen auf 15 - 20 000 M zu erhöhen. Mit einem solchen Antrage brauchte sich auch die Kommission nicht erst zu befassen, er würde heute gleich erledigt werden können.

Stadtv. Frau G ö t z e : Ich habe auf diesen Punkt auch schon in der Finanzkommission hingewiesen. Es kommen immer wieder solche kleinen Sachen vor die Stadtverordnetenversammlung. Das ist nicht nötig, und ich bin auch dafür, daß die Verfügungssumme des Rates der Stadt erhöht wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn Sie uns dies Vertrauen zu schenken vermögen, so werden wir einen solchen Antrag nicht ablehnen, aber wir selber können ihn nicht gut stellen. Nichts wäre peinlicher, als wenn wir beantragten, das Verfügungsrecht des Rates auf 60 000 M zu erhöhen und Sie lehnten den Antrag ab. Stellen Sie doch einen dahingehenden Antrag in der nächsten Sitzung der Finanzkommission!

Der V o r s i t z e n d e nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Ausgabe für die Anschaffung der Pappschneidemaschine an.

----

V o r s i t z e n d e r : Wir müssen noch einmal zurückgehen auf den Punkt, betreffend die Wohnungsabgabe. Mein Sekretär macht mich darauf aufmerksam, daß Punkt 1 des Ratsantrages in der Vorlage noch zu erledigen ist. Es heißt dort :  
Der Rat der Stadt gibt anheim

1. ihn zu ermächtigen, zur Bekämpfung der Wohnungsnot bei der Braunschw. Staatsbank den Betrag von 20 Millionen Mark anzuleihen und die Anleihebedingungen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß mit der Staatsbank zu vereinbaren.

Wer

Wer dafür ist, daß wir den Rat in dieser Weise ermächtigen, den bitte ich, die Hand zu erheben.

(Geschieht.) Das ist angenommen. -

So, nun ist der Form Genüge geschehen.

13. Erhöhung der Vergütungen für Reinigung der  
Schulgebäude.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Bei Erhöhung der Vergütungen für die Reinigung der Schulgebäude handelt es sich zunächst um eine Steigerung der Lohnsätze von 24 auf 44 M., sodann aber auch um die Ausgabe für Reinigungsgeräte und Reinigungsmittel. Der Rat der Stadt beantragt demnach, die in einer der Vorlage beigelegten Zusammenstellung vorgeschlagenen Jahresvergütungssätze für Reinigung und für Beschaffung der Reinigungsgeräte und der Reinigungsmittel zu genehmigen und die zur Zahlung erforderliche Summe von insgesamt 2 858 438,38 M (bisher 1 741 662,05 M) ab 1. September d.J. zu bewilligen.

Ferner werden die Stadtverordneten ersucht, den Rat der Stadt zu ermächtigen, fortan die Vergütungen für die Reinigungsarbeiten in der Höhe zu zahlen, daß die Schuldner<sup>ie</sup> in der Lage sind, dem Hilfspersonal

nal

nal den um  $\frac{1}{8}$  verminderten Stundenlohn der Reinmachefrauen im Rathause zu zahlen.

Bei der Berechnung des Stundenlohns würden die Pfennigbeträge auf volle 10 Pfennig nach oben abzurunden sein. Durch diese Regelung würden die Stadtverordneten in Zukunft nur noch die Vergütungserhöhungen für Beschaffung der Reinigungsmittel und Reinigungsgeräte zu bewilligen haben.

Der Schulausschuß hat sich nach kurzer Rück-  
Aussprache auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erhöhung der Stundenlöhne für die Reinmachefrauen in den Schulen nötig ist und daß es auch angebracht sei, dem zweiten Antrage des Rates zuzustimmen. Ich bitte die Versammlung, sich dem anzuschließen, die neue Summe, wie ich sie vorhin angeführt habe, zu bewilligen und auch den Rat der Stadt zu ermächtigen, die Festsetzung der Vergütungen für die Reinigungsarbeiten in den Schulen allein vorzunehmen.

- 168 -

Die Versammlung stimmt den beiden Ratsanträgen  
zu.

(Punkt 13)



14. Legung von Gashauptrohr in der Straße Vogel-  
sang betreffend.

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren ! Wir hatten uns im Juni d.J. damit beschäftigt, daß in der Straße Vogelsang ein Gashauptrohr gelegt werden sollte und haben auch dem damals vorgelegten Projekt und Voranschläge zugestimmt und 65 670 M für die Ausführung bewilligt. Es war aber das nötige Material nicht gleich dem Städtischen Betriebsamte zugänglich gewesen, sodaß die Arbeiten noch nicht in Angriff genommen sind. Nachdem nun jetzt die in Betracht kommenden Werke liefern können, beträgt die Summe für Legung dieses Gashauptrohrs etwa 272 000 M, und der Rat bittet die Stadtverordneten, Stellung dazu zu nehmen, ob die Arbeiten trotzdem ausgeführt werden sollen. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Frage nochmals beschäftigt und schlägt vor, man solle warten, bis irgend eine günstige Gelegenheit sich bie-

bietet, um die Anlage billiger auszuführen.  
Ich habe der geehrten Versammlung also vorzuschla-  
gen, die Ausführung der damals hier bewilligten  
Rohrlegung einstweilen zu vertagen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bau-  
ausschusses zu. ( Punkt 14/

Vorsitzender: Eingegangen ist noch ein Antrag  
des Herrn Stukenberg. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle be-  
schließen, wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahre  
wieder Geldmittel in angemessener Höhe für eine  
Schulentlassenenenspende zu bewilligen.“

Sodann sind noch eingegangen eine Anfrage und  
ein Antrag von Frau Böhm. Die Anfrage lautet:

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß Dienst-  
boten in vielen Fällen von dem Arbeitgeber vom Be-  
suche der Pflichtfortbildungsschule fern gehalten  
werden ? Was gedenkt der Rat zu tun, wenn Arbeit-  
geber diese Bestimmungen nicht achten ?“

Der Wortlaut des Antrages ist folgender:

„Dringlichkeitsantrag. Möchte beantragen, daß  
die Zahl der Brotmarken um 50% erhöht wird.“

15. Anfrage J a h n s, Betreffend die Bestimmungen über die Ablieferung der Brotkarten.

Stadtv. J a h n s (Zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, eine große Begründung der Anfrage ist nicht nötig. Es ist allgemein bekannt, daß die Brotkarten abgegeben werden müssen, wenn ein bestimmtes Einkommen im vorigen Jahre oder in diesem Jahre vorhanden gewesen ist. Aber die Bestimmungen sind so unklar und vielen Personen sind sie nicht einmal zu Gesicht gekommen. Nur in den Neuesten Nachrichten ist darüber einmal ein Artikel gebracht worden, aber der eine liest diese und der andere jene Zeitung, sodaß allgemeine Aufklärung über diesen Punkt nicht besteht. Das Böse an der Sache ist nun noch, daß die Karten nicht von der Behörde eingezogen werden, sondern von den Inhabern selber abgeliefert werden sollen, und diese wissen nicht recht, ob sie abliefern sollen oder nicht und ob sie demnächst neue Brotkarten erhalten werden oder nicht. So kommt es, daß viele Familienväter sich

sich ängstlich umsehen und nicht wissen, was sie machen sollen. Deshalb wäre es geboten, daß der Rat eine Erklärung darüber abgibt, welche Schritte unternommen worden sind, um das Publikum über diese Sache aufzuklären. Ich glaube ja, daß der Rat der Stadt alles, was nötig ist, unternommen hat, aber es ist vielleicht nicht zur Kenntnis der Personen gekommen, die für die Abgabe der Brotkarten in Betracht kommen. Deshalb bitte ich, hier eine Auskunft zu geben.



Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Meine verehrten Damen und Herren! Es soll dem Rate der Stadt nur erwünscht sein, wenn hier Gelegenheit gegeben wird, uns über die Bedingungen für Abgabe der Brotkarten zu unterhalten.

Zum erstenmale enthält die Reichsgetreideordnung in ihrer diesjährigen Fassung die Vorschrift, daß die Brotkartenberechtigung nicht bestehen soll bei denjenigen Personen, die entweder Selbstversorger sind oder in günstigen Einkommensverhältnissen leben, <sup>(sie also</sup> aus der öffentlichen Brotversorgung nicht bedacht werden sollen, weil ein Bedürfnis dafür nicht vorliegt. Diese an sich dehnbare Bestimmung der Reichsgetreideordnung sollte durch eine nähere Anweisung des Reichsernährungsministers mit dem Reichsfinanzminister erläutert werden. An diese Aufgabe haben sich dann die beiden Ministerien gemacht und es ist eine Verordnung erschienen, von der man getrost behaupten kann, daß sie den Vorzug besonderer Klarheit nicht besitzt. Wir haben uns

in

in dem Getreideausschuß des Versorgungsverbandes Braunschweig eingehend mit der Sache beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es um der Einheitlichkeit in dem ganzen Lande Braunschweig wünschenswert ist, daß nicht jede einzelne Gemeinde oder jeder einzelne Kommunalverband eine besondere Ausführungsvorschrift erläßt, sondern eine einheitliche Ausführungsbestimmung seitens des Getreideausschusses erlassen wird. Das ist geschehen und sie werden den geehrten Herrschaften bekannt geworden sein, denn sie ist in allen hiesigen Zeitungen bekannt gemacht und enthält im wesentlichen die Reichsverordnung der Berliner Ministerien, fügt aber noch hinzu, daß bei der Lebensmittelstelle diejenigen Brotkarten abgegeben werden müssen, auf deren weiteren Genuß Anspruch nicht gemacht werden kann und schließlich eine nicht unbedeutende Strafvorschrift die bis zu 1/2 Millionen Mark und mit Gefängnis bis zu einem Jahre geht. Der Rat der Stadt war durchaus nicht in der Lage, seinerseits die Bestimmungen, die

von

von Berlin aus erlassen waren oder die Vorschriften, die der Getreideausschuß verfügt hatte zu ergänzen oder zu erläutern. Es war in Aussicht genommen, daß nach Bedarf unser Ministerium oder die Berliner Reichsministerien eine besondere Erläuterung oder Ausführungsvorschrift ihrerseits erlassen würden. Würde der Rat Erläuterungen oder Ausführungsvorschriften erlassen, so würden wir erleben können, daß sie seitens der Stellen, die uns übergeordnet sind, für ungültig erklärt würden. Es ist aber zweifellos aus den Vorverhandlungen zu entnehmen, daß Dienstboten, wie andere zur Haushaltung gehörende Personen, zum Beispiel Pensionäre bei einem Lehrer oder in einem Fremdenheim mitgerechnet werden müssen sowohl bei der Berechnung der Zahl der Köpfe, nach dem das Einkommen zu berechnen ist, wie auch inbezug auf den Brotkartenbezug. Es würde nicht angehen, daß jemand sagt: „Ich wünsche in Bezug auf Brotkarten in besonderer Weise behandelt zu werden!“ Einem solchen Wunsche Folge zu geben, widerspräche dem Gesetz. Man muß davon ausgehen, daß man prüft, ob jemand nach seinem



seinem Einkommen, das er im Jahre 1921 hatte, Anwartschaft auf den Bezug von Brotkarten hat oder nicht. Muß diese Frage bejaht werden, dann kann es ihm nicht mehr schädlich sein, wenn er in dem laufenden Geschäftsjahre, das am 16. August dieses Jahres begonnen hat, sich über diese Grenze erhebt, sondern er ist nach der Auffassung, wie sie im Getreideausschuß des Versorgungsverbandes einstimmig geltend gemacht wurde, bei dem Bezuge von Brotkarten weiter beteiligt. Diejenigen aber, die im vergangenen Jahre ein derartig steuerpflichtiges Einkommen nicht besaßen, sondern ein geringeres Einkommen hatten, würden auch dann, wenn sie sich jetzt über dies Einkommen erheben, dadurch <sup>nicht</sup> benachteiligt werden können. Wer aber im Jahre 1921 mehr als 30 000 Mark Einkommen für eine Person, 45 000 Mark für 2 Personen, 60 000 Mark für 3 Personen usw. hatte und im laufenden Wirtschaftsjahre nicht mehr als das 4fache des Mindesteinkommens hat, also für 1 Person nicht mehr als 120 000 Mark, für 2 Personen nicht mehr als 180 000 Mark, für 3 Personen

Personen nicht mehr als 240 000 Mark, für 4 Personen nicht mehr als 300 000 Mark, der ist nach wie vor brotkartenberechtigt, oder wie in der Verordnung gesagt wird: Der bleibt versorgungsberechtigt. Nur bei denjenigen, deren Einkommen sich damals über die Grenze erhob und jetzt über die neufestgesetzte Grenze hinausgeht, fällt der Brotkartenbezug fort.

Nun haben wir entsprechend den Anregungen des Herrn F a y in der vergangenen Sitzung uns bemüht, für eine besondere Gruppe unserer Einwohner, die Brotkartenbezugsberechtigung genauer unter die Lupe zu nehmen -- das sind die Ausländer, deren es bekanntlich eine ganze <sup>Anzahl</sup> ~~Zahl~~ in Braunschweig gibt. Wir haben uns mit der Polizeidirektion in Verbindung gesetzt, haben eine Liste über alle hier sich aufhaltenden Ausländer uns ausstellen lassen und haben sie durchgeprüft. Insbesondere waren darin enthalten viele Studierende, Schüler der Drogisten-Akademie usw., von denen man annehmen darf, daß ihr Einkommen über die Mindestgrenze hinausgeht. Wir haben am schwarzen Brette einen Anschlag veröffentlichen lassen

sen, in dem wir erklären, daß die Vermutung auszusprechen ist, daß die ausländischen Studierenden nicht brotkartenberechtigt sind. Für diejenigen aber, die in der Lage sind, durch ihre <sup>darstellung</sup> Diplomaten darzutun, daß ihr Einkommen unter der Grenze bleibt, die ich genannt habe, würden wir in Zukunft noch Brotkarten gewähren können.

Das Verfahren bei der Ausgabe von neuen Brotkarten ist für die Zukunft so gedacht: In 14 Tagen kommt eine neue Brotkartenreihe für 12 Wochen zur Ausgabe. Wir haben uns die Listen vom Finanzamte aus dem Vorjahre erbeten und haben in den Lebensmittellisten, nachdem wir die Zahlen der Beteiligten Personen nachgeprüft haben, Vermerke bei denjenigen Personen machen lassen, deren Brotkartenbezug vom 19. November wegfällt — es müßte denn sein, daß sie uns den glaubhaften Nachweis führen, daß ihr Einkommen im laufenden Jahre unter der bekannten Grenze sich bewegt.

Davon, in der Tagespresse diese Sachen weiter  
dar-

darzulegen, haben wir absehen müssen, weil wir nicht zuständig waren, aber in unzähligen Fällen, mündlich, schriftlich, durch Fernsprecher, durch Verhandlungen mit den Beteiligten haben wir uns bemüht, für Aufklärung zu sorgen, und wir würden dankbar sein, wenn uns die geehrten Herrschaften bei der Durchführung dieser etwas dunklen und zweifelhaft<sup>en</sup>, aber in der Anwendung notwendigen Bestimmungen helfen würden.



Stadtverordneter Dr. Kahlert beantragt Besprechung der Anfrage.

Es melden sich auf die Anfrage des Vorsitzenden weniger als 9 Stadtverordnete zur Unterstützung dieses Antrages. Die Besprechung kann deshalb nicht stattfinden.

Vorsitzender: Im Zusammenhange mit dieser Anfrage können wir gleich den Antrag von Frau Böhm behandeln.

16. Antrag B ö h m auf Erhöhung der Zahl der  
auszugebenden Brotkarten.

Wortlaut des Antrages: „ Möchte beantragen, daß  
die Zahl der Brotmarken um 50% erhöht wird.“

Stadtv. Frau B ö h m (zur Begründung): Meine  
verehrten Anwesenden! Bei der heutigen Teuerung und  
bei der geringen Größe des Brotes kommt fast kein  
Mensch mit den zur Ausgabe gelangenden Brotmarken  
aus, und 400 Mark für ein markenfreies Brot ausgeben  
können nur die allerwenigsten von unsern Einwohnern.  
Und wenn die Leute geglaubt haben, sich an Kartoff-  
eln satt essen zu können, so wird ihnen das durch  
den hohen Preis zuwider gemacht, denn ein Zentner  
Kartoffeln kostet jetzt 800 Mark. Bei dem Brotpreis  
wird es bei 400 Mark nicht lange mehr bleiben, so-  
daß es noch schwer wird, die nötige Nahrung anzu-  
schaffen. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, die  
Zahl der Brotmarken um 50% zu erhöhen. Bei dem klei-  
nen Brote von 1900 Gramm Gewicht hat niemand an einem  
Brote

Brote genug und ist gezwungen, noch Brot zuzukaufen. Die Ernte ist nicht knapp gewesen, und Mehl ist in genügender Menge vorhanden. Darum möchte ich bitten, die uns zustehende Menge des Brotes zu erhöhen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden beschließt die  
Versammlung dringliche Behandlung des Antrages.

( Antrag Böhm )



Stadtrat v. F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften ! Kein Antrag ist heutzutage erklärlicher als der, den Frau B ö h m eben begründet hat, aber leider Gottes geht es bei vielen Anträgen, die in der Luft liegen, so, wie es diesem Antrage geht, ich sehe keine Möglichkeit, wie dem Antrage entsprochen werden könnte. Der Rat der Stadt ist nicht dafür zuständig, zu bestimmen, welche Brotmenge ausgegeben werden soll. Das kann nur der Getreideausschuß des Versorgungsverbandes festsetzen, und dieser wieder ist abhängig von der Reichsgetreidestelle. Wir würden leichtsinnig handeln, wenn wir in dieser Sache einen Verstoß begingen und würden uns strafbar machen, wenn wir von dem Mehl, das wir für einige Monate eingelagert haben, mehr verwendeten, als wir bisher getan haben. Aber ich komme Frau Böhm in dieser Sache gern entgegen. Sie wird sich freuen, zu hören, daß der Rat der Stadt heute morgen beschlossen hat, von demjenigen noch verfügbaren Mehl, das wir zum Glück noch haben, in der allernächsten Zeit einen Posten,

zu

zu verhältnismäßig billigen Preise auszugeben, nämlich 2 Pfund Roggenmehl für die Person, und hoffen, in den nächsten Monaten, vielleicht zu Weihnachten wieder Mehl ausgeben zu können. Ob das dann Weizenmehl sein kann, wird von den verfügbaren Vorräten abhängen. Ich erinnere die Herrschaften an den Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Gartung, bei dem selbstverständlich nur helles Weizenmehl in Frage kommen kann. Wir hoffen, daß in dieser Beziehung den geäußerten Wünschen **Genüge** geschehen kann; es ist heute morgen vom Betriebsamt mitgeteilt, daß die Vorbereitungen dazu erfreuliche Fortschritte gemacht haben. Ich bitte Sie, sich mit diesen Erklärungen zufrieden zu geben; die Versammlung wird uns beipflichten, daß wir nicht befugt sind, über die Bestimmung der Reichsgetreidestelle hinaus zu gehen, die darin gipfelt, daß wir ~~Weihnachten~~ wöchentlich für die Person der Bevölkerung 1407 g Mehl ausgeben. Dann können wir schlechterdings nicht 2100 g geben, sonst würden wir damit gegen das Gesetz verstoßen

und

und höchst wahrscheinlich im Laufe weniger Monate am Ende unseres Vorrats sein. Dann hätten die Braunschweiger überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, Brotkartenbrot zu essen.

Vorsitzender : Frau Böhm, ziehen Sie, angesichts dieser Erklärung, in der die Unmöglichkeit dargelegt ist, Ihrem Antrage zu folgen, den Antrag zurück ?



Stadtv. Frau B ö h m : Wäre es nicht möglich, daß mit der Reichsgetreidestelle in Verbindung getreten wird und dort beantragt wird, diese Erhöhung vorzunehmen ?

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften, Sie wissen, welche unsägliche Mühe es gemacht hat, in Bezug auf die Getreideumlage zu dem Ergebnis zu kommen, wie wir es vor uns haben. Sie wissen, wie im Laufe der letzten Wochen leider gegen unseren und der geehrten Herrschaften Wunsch die Umlagepreise erhöht worden sind, sodaß wir in der nächsten Zeit mit wesentlich höheren Brotpreisen rechnen müssen. Sobald die Umlage weiter gesteigert würde, würde zweifellos die Folge davon sein, daß die gesamten Preise für Getreide und Brot eine neue empfindliche und beklagenswerte Steigerung erführen. Es wäre das Vorgehen der Reichsgetreidestelle in dieser <sup>Richtung</sup> ~~Beziehung~~ ein Schnitt ins eigene Fleisch und so glaube ich, daß ein Vorgehen in der von Frau Böhm bezeichneten Richtung aussichtslos sein wird. Ich kann mir nicht denken, daß im Wege der Gesetzgebung eine Besserung erzielt werden könnte, und weise darauf hin, daß wir in bezug auf Brotmenge noch schlimmere Zeiten durchgemacht haben indem

indem uns nur 1500 Gramm Brot zugeteilt werden konnten. Wir müssen uns mit dem begnügen, was jetzt zur Verfügung steht. Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle halte ich also für vollständig aussichtslos. Es müßte dann erst durch die Änderung der Reichsgetreideordnung eine neue Grundlage geschaffen werden.

Vorsitzender : Wer trotzdem für die Annahme  
des Antrages ist, wolle die Hand erheben.

( Geschieht ) Der Antrag ist abgelehnt.

( Punkt 16 ).



17. Anfrage B ö h m, betreffend den Besuch  
der Pflichtfortbildungsschule durch Dienetboten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 170 dieses Berichts

Stadt v. Frau B ö h m (zur Begründung): Meine verehrten Herrschaften! Sie wissen, daß für sämtliche weibliche Jugendlichen eine Tagesfortbildungsschule eingerichtet worden ist, der Besuch verbindlich ist, und doch gibt es viele Herrschaften, die sich weigern den Mädchen die Zeit frei zu geben, damit sie die Fortbildungsschule besuchen können. Ich kenne Fälle, wo von dem Haushaltungsvorstande erklärt wurde, er habe für die ganze Zeit Urlaub beantragt, in der die Mädchen noch nach dem Unterricht zu gehen hätten. Wir sind hier in der Versammlung sehr für Errichtung der Fortbildungsschule eingetreten, die ihre Unterrichtsstunden am Tage abhält. Jetzt, wo die Sache so weit ist, daß die jungen Mädchen nach der Schule gehen können, können die Herrschaften her und erteilen die

Erlaubni

Erlaubnis dazu nicht. Auch in den Geschäften ist es so; dort will man kein junges Mädchen haben, das noch die Pflichtfortbildungsschule besuchen muß, und nimmt lieber Abstand davon, sie zu beschäftigen, als ihnen die Zeit zum Besuche der Schule frei zu geben.

Stadtrat S e h a p e r : Es ist mir bekannt, daß der Schulbesuch der Mädchen-Pflichtfortbildungsschule leider recht unregelmäßig ist. Die Schuld daran liegt einmal bei den Schulpflichtigen selbst, die aus allen möglichen Gründen sich von dem Schulbesuch zu befreien suchen, sodann aber halten die Arbeitgeber in nicht geringer Zahl die jungen Mädchen von dem Schulbesuch fern. Ob das besonders bei den Dienstboten hervortritt, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Wenn solche jungen Mädchen nicht zur Schule kommen, wird erforscht, woran das liegt. Wenn sich herausstellt, daß die Herrschaft die Schuld trägt, setzt sich die Lehrerin oder der Schulleiter mit den betreffenden Herrschaften in Verbindung. Sollten besondere Wünsche geäußert werden, daß vielleicht die bisherigen Schultage unangenehm liegen, dann wird Entgegenkommen gezeigt und das Mädchen in eine Abteilung versetzt, die an einem anderen Tage

Unterricht

Unterricht hat. In gewissen Fällen, wenn zum Beispiel Krankheit vorliegt, tritt auch Beurlaubung der Schülerin ein. Wenn aber alle Maßnahmen nichts helfen, werden die Schulversäumnisse zur Bestrafung angezeigt. Die Strafen waren bisher ziemlich gering, sodaß sie nicht wirkten, jetzt aber sind sie bedeutend erhöht, und ich hoffe, daß sie die erwartete Wirkung ausüben werden und der Schulbesuch besser wird. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Fortbildungsschule sich immer mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung einlebt, daß vor allen Dingen auch die Arbeitgeber erkennen und schätzen, welche hohe Aufgabe die Fortbildungsschule für Unterricht und Erziehung erfüllen soll. Geduld müssen wir allerdings dabei haben; von heute auf morgen geht das nicht. Ich hoffe aber, daß es damit weiter geht und in absehbarer Zeit der Schulbesuch sich bedeutend bessert.

Ohne Besprechung.

Min 171

Vorsitzender: Wir kommen zu dem Antrag des Herrn Burgdorff. Herr Burgdorff ist nicht da, ist jemand in der Lage und bereit, den Antrag zu begründen. Eile hat er ja nicht.

Die Behandlung des Antrages wird zurückgestellt.

- 198 -

*Stadt v. S t e g m a n n übernimmt den Vorsitz.*

18. Antrag Stukenberg, betreffend Anstellung  
einer Rentner-Fürsorgerin.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 4 dieses  
Berichts.

Stadt v. S t u k e n b e r g (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen habe ich  
die vom Rentnerbunde eingerichtete Sprechstunde be-  
sucht und hierbei den Eindruck gewonnen, daß die  
Organisation der Rentnerfürsorge noch sehr ausbaube-  
dürftig ist. Ich habe feststellen müssen, daß die  
gewaltigen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Rent-  
nerfürsorge zu erfüllen sind, gegenwärtig in der  
Hauptsache durch ehrenamtliche Kräfte des Rentner-  
bundes geleistet werden müssen. Das ist bei der Un-  
menge von Arbeiten, die es bei der Rentnerfürsorge  
zu leisten gibt, nicht leicht möglich, denn die ein-  
zelnen Fälle müssen individuell behandelt werden,  
es sind Rückfragen erforderlich und die Erledigung  
der



der Arbeit ist nicht so einfach. Deshalb ist es ein Unding, daß man die Arbeit auf die Dauer durch ehrenamtliche Mitarbeiter ausführen lassen soll. Es ist zu bedenken, daß diese Personen, die sich zur Verfügung stellen, selbst Rentner sind und letzten Endes selbst darauf sehen müssen, daß sie sich Erwerbsmöglichkeit schaffen, sodaß sie nicht ihre ganze Zeit der Rentnerfürsorge widmen können. Es ist mir bekannt geworden, daß dem Rentnerbund ein Zuschuß von 5000 M geleistet werden soll. Diese 5000 Mark würden natürlich bei weitem nicht ausreichen, den Rentnerbund in die Lage zu versetzen, eine besondere Kraft zur Übernahme der nötigen Arbeiten anzustellen. Deshalb bitte ich der Meinung, daß man eine beamtete Rentnerfürsorgerin anstellen muß, die man natürlich aus den Kreisen nimmt, die die Nöte der Rentner genau kennen, und die einzelnen Fälle individuell bearbeiten kann.

Ich möchte Sie bitten, diesem Antrage Ihre wohlwollende Unterstützung zu gewähren.





- 201 -

*Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Rechts-  
ausschuß zur Vorberatung.*

19. Antrag Stukenberg, betreffend Bewilligung  
von Mitteln für eine Schulentlassenen-Spende.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 170 dieses  
Berichts.

Stadtv. S t u k e n b e r g (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren! In diesen Zeiten der schwer-  
sten wirtschaftlichen Not für die bedrängten Mit-  
bürger zu sorgen, ist eine unserer ~~wichtigsten~~ **wichtigsten** Auf-  
gaben, und wir haben uns dieser Aufgabe bisher gern  
und einmütig gewidmet. Wenn ich nun in diesem Jahre  
aufs neue beantrage, wieder eine Schulentlassenen-  
Spende zur Verfügung zu stellen, so bedarf das wohl  
keiner weiteren Begründung. Wir sind uns über die Not-  
wendigkeit dieser Bewilligung ~~im~~ klaren und wohl auch  
darüber, daß die im Vorjahre bereitgestellten Mittel  
-- 100 000 Mark -- heute nicht ausreichen werden.  
Ich bitte Sie, diesen Antrag ~~§~~ auf Bewilligung einer  
Schulentlassenen-Spende zu unterstützen und es zu er-  
möglichen, daß durch sie die Not in den betreffenden  
Kreisen einigermaßen gelindert wird.

L  
M

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr .

B e r i c h t  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig  
in deren Sitzung am 23. November 1922.

-----

Verhandlungsgegenstände:

- 1.) a) Antrag Rasche, betreffend Vorbereitungen für  
Notstandsarbeiten in größerem Umfange.

In <sup>Ver</sup>wendung damit:

- b) Antrag Regener,

betreffend 1) die Ermöglichung der Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten,

2) Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Erwerbslosen,

3) Belieferung der Erwerbslosen und Ortsarmen mit Lebensmitteln und Feuerung,

4) Erhöhung der Armenunterstützungssätze, sowie

*Registrator*

c/

- c) Ratsantrag, betreffend Bewilligung von 5 Millionen Mark zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.
2. Antrag Stukenberg, betreffend Bewilligung von Mitteln für eine Schulentlassenenenspende.
3. Erhöhung der Vergütung für Gestellung von Schwestern durch das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.
4. Erhöhung der Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen.
5. Einbau einer Weichenanlage für die Straßenbahn in der Kastanienallee.
6. Herabminderung der Zahl der Ausschußmitglieder betr.
7. Bewilligung von Mitteln zur Verbilligung von Brennstoffen für Minderbemittelte.
8. Abschluß eines Vertrages mit dem Straßen- und Wasserbauamt, betreffend die Benutzung des Staatsstraßengebietes für den Anschluß des städtischen Rieselgutes an die elektrische Fernleitung.

9. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung von Kleinrentnern.
10. Bewilligung von Mitteln zur Erweiterung und zum Ausbau von Volksspeiseanstalten.
11. Erhebung von Zuschlägen zu den jeweiligen Gaspreisen.
12. Anschaffung einer Unzelwage für die Markthalle.
13. Damit verbunden:  
Ermächtigung des Rates, bei Anschaffungen über Beträge bis zu 50 000 M selbständig zu verfügen.
13. Erlaß einer Satzung über Hauskonten.
14. Erhöhung der Wohnungsabgabe.
15. Neufestsetzung der Vergütung für Wartung der Turmuhren.
16. Erhöhung der Badgebühren im Stadtbade.
17. Erhöhung der Vergütungssätze für die Freiwillige- und Reservefeuerwehr.
18. Einziehung eines Kapitals von der Junkerschen Schulhausgesellschaft



19. Anträge Burgdorff, betreffend Anbringung einer elektrischen Beleuchtungsvorrichtung in der Markthalle und Sicherung einer Eingangstür zur Markthalle.
- 

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat von Frankenberg, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte Bartels, Pinnow, Dr. Reiche, Rüter.

Es fehlen die Stadtverordneten Dr. Jasper und Frau Götze.

---

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung und mache die Versammlung bekannt mit folgenden Anträgen und Anfragen, die aus der Versammlung eingegangen sind.

Ein Antrag lag noch vor aus der vorigen Sitzung; er ist von Herrn Burgdorff gestellt und betrifft die Anbringung einer elektrischen Beleuchtung in der

Markt-

Markthalle.

Ein Antrag des Herrn Rasche lautet:

„Die Versammlung der Stadtverordneten wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, daß staatsseitig alsbald Vorbereitungen für Notstandsarbeiten in größerem Umfange (wie z.B. Regulierung der Oker nördlich der Stadt) getroffen werden.“

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Regener und seiner Fraktion lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Rat der Stadt zu ersuchen, schleunigst Hilfsmaßnahmen zur Linderung der Not zu ergreifen und zwar:

1) bei der Regierung vorstellig zu werden, um die unverzügliche Inangriffnahme von umfangreichen Notstandsarbeiten zu ermöglichen (Okerregulierung, Straßenbauten usw.);

2) den hiesigen Erwerbslosen eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe von 5000 M für männliche und 4000 M für weibliche Haushaltsvorstände zu gewähren,



3) die Erwerbslosen und Ortsarmen mit Lebensmitteln und Feuerung zu beliefern

4) eine Erhöhung der Armengelder vorzunehmen.

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Sauerbier hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, entsprechend dem Vorgehen des Landtages die Gehaltsdeputation zu ermächtigen, nach der Festsetzung von Teuerungszulagen für die Reichsbeamten solche auch für die städtischen Beamten und Lehrkräfte zu gewähren.“

Dieser Antrag ist wohl gestellt in Ausführung eines Beschlusses der Gehaltsdeputation (Zustimmung des Stadtverordneten Sauerbier!).

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Sauerbier lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Nachschutzeleute während der Ausübung ihres Dienstes mit einer Schußwaffe bewaffnet werden“

Ein

Ein Antrag des Herrn Lehnert:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die dem Rat der Stadt zur Verfügung gestellte Summe auf 50 000 M zu erhöhen.“ -- Es betrifft dies den Dispositionsfonds des Rates.

Von den Herren Sievers, Steinert und Maaß ist folgender Antrag eingegangen:

„Wir beantragen die Einsetzung eines Ausschusses von 4 Stadtverordneten zur Mitwirkung bei der Verteilung der Unterstützungen an Kleinrentner.“

Ein Antrag des Herrn Dietermann:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtverordneten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Einwohnern zu jeder Parlaments- und Ausschußsitzung den jeweils doppelten Fahrpreis der hiesigen Straßenbahn zu gewähren.“

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Maaß:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den infolge der  
letzten

letzten Milchpreiserhöhung gewährten Zuschuß für Minderbemittelte auf 40 Mark zu erhöhen."

Ein Dringlichkeitsantrag von Frau Böhm:

"Bei der noch immer steigenden Teuerung möchte ich nochmals 50 % Erhöhung der Brotkarten beantragen."

Das Weitere sind Anfragen

Eine Anfrage des Herrn Dr. Schultze:

"Ist der Rat der Stadt bereit, den Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer mit Rücksicht auf die zu erwartende Regelung ihrer Bezüge unterzüglich ausreichende monatliche Vorschüsse zu zahlen, um der dringenden Not abzuhelpen?"

Eine Anfrage von Frau Böhm:

"Kann der Rat der Stadt mir Auskunft geben, warum die Leute an der Strombeckerstraße, die auf ein Siedlungshaus reflektierten, dieses nicht bekommen, weil sie für Flüchtlinge bestimmt sein sollen."

Eine weitere Anfrage von Frau Böhm:

Ist

„Ist es wahr, daß ~~die~~ zur Erhaltung der Ordnung in den letzten Tagen aus Hannover die Sipo geholt ist? Wenn es der Fall ist, hat der Rat der Stadt seine Einwilligung dazu gegeben?“

Eine Anfrage des Herrn Fay:

„Wann kommt das vom Rat der Stadt versprochene Mehl zu verbilligten Preise zur Verteilung?“

Eine Anfrage des Herrn Stukenberg:

„Sind dem Rat der Stadt die Lohnverhältnisse der Straßenbahn bekannt und was gedenkt er zur Besserung dieser Verhältnisse zu tun? — Kann mir der Rat ferner Auskunft geben, ob es den Tatsachen entspricht, daß die Direktion der Straßenbahn beabsichtigt, den Betrieb der Straßenbahn stillzulegen?“

Wie üblich, werden die Antragsteller und Anfragenden nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit bekommen, ihre Anträge und Anfragen zu begründen.



Stadt. S t e g m a n n (Zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Angesichts der immer schlimmer werdenden Notlage der Bevölkerung, die sich bekanntlich in den Vorgängen der letzten Abende Luft gemacht hat, ist es nötig, daß die städtischen Behörden Maßnahmen ergreifen, wie sie in den Anträgen der Herren Regener und Rasche vorgeschlagen werden. Würden wir diese Anträge, wie es üblich ist, erst nach Erledigung der übrigen Tagesordnung behandeln wollen, so würde wohl der Fall eintreten, daß eine Behandlung der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr möglich wäre. In Rücksicht auf diesen Umstand und die Wichtigkeit der Sache beantrage ich, daß diese beiden Anträge als erster Punkt der heutigen Tagesordnung behandelt werden.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt diesen  
Antrage zu.

(Antrag Rasche und Regener an die  
Spitze der Tagesordnung).

1. a) Antrag Rasche, betreffend Vorbereitungen für  
Notstandsarbeiten in größerem Umfange.

In Verbindung damit:

b) Antrag Regener, betreffend

- 1) die Ermöglichung der Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten,
- 2) Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die  
Erwerbslosen,
- 3) Belieferung der Erwerbslosen und Ortsarmen  
mit Lebensmitteln und Feuerung,
- 4) Erhöhung der Armenunterstützungssätze,

sowie

c) Ratsantrag, betreffend Bewilligung von 5 Millionen  
Mark zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Wortlaut der Anträge Seite *J* und ~~Seite~~ dieses  
Berichtes.

Stadt v. R a s c h e (zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren! Bei der Besprechung in der Deputation für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit stellte es sich heraus, daß ein großer Teil der Arbeiten, die die Stadt ausführen lassen könnte, nicht zur Ausführung gebracht werden kann, weil dazu Materialien erforderlich sind, deren Anschaffung so große Summen erfordern würde, daß sich die Stadt das augenblicklich nicht aus eigenen Mitteln leisten kann. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiten, die von der Deputation vorgeschlagen werden, nur so weit ausreichen, daß nur die Arbeiter, die durch die Stadt mit den zum Teil schon begonnenen Arbeiten beschäftigt sind, weiterbeschäftigt werden werden können, neue Arbeiter aber werden für diese Arbeiten nicht eingestellt werden können. Das Letztere wäre aber möglich, wenn Arbeiten von größerem Umfange vorgenommen werden, wie z.B. die Regulierung der Oker nördlich von Braunschweig oder andere



andere Arbeiten für den Kanal. Um solche Arbeiten für den Mittellandkanal ausführen zu können, sind aber Vorarbeiten und Ausarbeitungen von Entwürfen nötig, und mein Antrag geht dahin, daß veranlaßt werden möge, daß diese Vorarbeiten begonnen werden, damit demnächst weitere Arbeiter beschäftigt werden können. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen, und bitte eventuell auch den Rat der Stadt, das seinige zu tun, damit die Vorarbeiten in Gang kommen.

Stadt v. R e g e n e r : (Zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren! Als ich vor einiger Zeit einmal auf die wachsende Not aufmerksam machte und davon sprach, daß eines Tages die Dämonen des Elends aufwachen würden, haben Sie wohl nicht daran gedacht, daß die Geschichte so bald losgehen würde. Wir sahen in den letzten Tagen in Braunschweig aufgeregte Menschen, die zu Plünderungen, Diebstahl usw. übergingen. Es ist <sup>das</sup> eine alte Erfahrung, und ich glaube die Richtigkeit des Satzes nicht auseinandersetzen zu brauchen, daß Menschen, die satt zu essen und zu trinken haben, die sich gut kleiden und angemessen wohnen können, zu Plünderungen und Diebstählen keinen Anlaß haben. Meine Parteifreunde billigen keineswegs die Ausschreitungen, die in den letzten Tagen von den hungernden und darben den Menschenmassen begangen worden sind, aber sie verstehen die Handlungen dieser Leute. Stellen Sie sich vor, wie sehr in den letzten Wochen die Teuerung

rung

rung zugenommen hat, ohne daß die Einkommensverhältnisse derjenigen, die arbeiten, damit gleichen Schritt gehalten haben, so daß sie ein jeder empfindlich fühlt. Wieviel mehr müssen alle diejenigen Leute, die nicht auf ein festes Einkommen angewiesen sind, die Not am eigenen Körper, in ihrer Familie usw. verspüren. Trotzdem der Dollar verschiedentlich stark gestürzt war, haben wir eine steigende Tendenz in den Lebensmittelpreisen. Ich brauche Ihnen nur zu erzählen, daß der Brotpreis in Bälde wiederum vielleicht um das Doppelte hinaufklettern wird; ich erinnere daran, wie die Agrarier die Milch verteuern und wie unseren Kranken, unseren alten und gebrechlichen Leuten, unseren Säuglingen dieses Nahrungsmittel entzogen werden muß, weil es der Bevölkerung nicht möglich ist, solche Preise zu bezahlen. Ich erinnere daran, daß jetzt ein Zentner Koks <sup>1750</sup>~~570~~ M kostet, ein Zentner Grude 1105 M. Stellen Sie sich vor, mit welcher ~~reichtliche~~ lächerlich geringen Summen unsere Erwerbslosen, die noch bis zur vorigen Woche

28 M pro Tag bezogen, ihr Leben fristen sollen. Stellen Sie sich vor, daß sie für diese 28 M nicht einmal 2 Weißbrötchen kaufen können, geschweige denn ihre Familie ernähren, sich kleiden, ihre Wohnung beheizen, ihr Schuhzeug flicken lassen können usw., usw. Mit dem niedrigen Stande der Erwerbslosen-Einkünfte war gleichzeitig ein Niedrighalten des Armengeldes verbunden, denn immer wurde von dem betreffenden Dezernenten gesagt, die Armen könnten doch nicht etwa mehr Armengeld beziehen als die Erwerbslosen an Unterstützung bekommen. Jetzt erst ist man dazu übergegangen, ab diesen Montag den Erwerbslosen eine Unterstützung von 140 M in die Hand drück<sup>n</sup>e zu wollen. Aus all diesem kann man verstehen, daß eine Menschenmasse zu solchen Ausschreitungen kommt. Es ist <sup>war</sup> ein Rechenexempel für jeden einzelnen, daß es zum Stehlen, Plündern und Betrügen kommen muß, denn mit 28 M am Tage hat bislang unter den heutigen Preisverhältnissen kein Mensch <sup>sein</sup> ~~allein~~ Leben fristen können. Es ist leider nur zu verständlich, daß sol-  
che

che Ausschreitungen wie hier passieren, aber kein Mensch schert sich um das Elend, weder das Reich, noch die Landesregierung noch der Rat der Stadt hat in ausgiebigem Maße Hilfe gebracht, sondern man überläßt diese Leute ihrem Schicksal und kommt dann wieder auf die alte Weisheit: weil man den Leuten nichts anderes entgegenstellen kann, stellt man ihnen die finstere Mauer der Polizeigewalt entgegen. Es ist die alte deutsche Staatsraison, an dieser Mauer, gespickt mit Revolvern, mit Hieb- und Stichwaffen, sollen sie sich den Schädel zerschellen. Sie müssen es einmal den Erwerbslosen nachfühlen, wie es ihnen zumute ist, wenn sie immer und immer wieder in den Tag hineinleben müssen und nicht wissen, womit sie ihren Kindern und sich selbst den Magen füllen sollen. Wenn diese Leute der satten und zufriedenen Welt in die Ohren schreien, daß sie hungern, daß sie zugrunde gehen, dann soll man nicht eine derartige Taktik einschlagen, wie es hier beliebt wird, daß man nicht für nötig hält, dem Plebs dem,

Pöbel gegenüber sich den Kopf zu zerbrechen über die Frage, wie diese Not aus der Welt gebracht oder wenigstens gemindert werden könnte. Man greift zu dem altbewährten Beruhigungsmittel der Gewehrsalven der Polizei und des Militärs, und die Arbeitslosen, die Erwerbslosen sehen keine Besserung ihrer Lage. Wenn wir jetzt sehen, wie die Reichsregierung sich zusammengetan hat, um ein Programm herauszugeben, auf dem zunächst steht: Schrankenlose freie Wirtschaft, dann können wir uns noch auf verschiedenes Schöne gefaßt machen. Und wenn dieselbe Regierung die Verlängerung des Arbeitstages plant, dann kann man die Befürchtung verstehen, mit der die Arbeitslosen in diesen Winter hineingehen, denn eine Verlängerung des Arbeitstages würde automatisch eine Verstärkung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, wenn man beabsichtigte, eine Überproduktion zu schaffen, mit der man das Ausland bezahlen will, dann könnte <sup>dieser</sup> ~~es~~ wieder um nur auf Kosten der Arbeitslosen und der Arbeiter

Ein-

Einkünfte geschaffen werden. Also, wie wir das Ding betrachten, die Lage ist trostlos und das Volk muß allgemach zur Verzweiflung kommen. Ich habe schon einmal gesagt: Wenn man durch die Schuhstraße geht und dabei sich vergegenwärtigt, daß ein Arbeitsloser mit seinen 28 Papiermark in der Tasche vor dem Geschäft von Röver haltmacht und sieht, wie dort das Publikum verkehrt, dann bedeutet schon solch ein Geschäft eine Aufreizung zum Klassenhaß und zur Gewalttätigkeit.

Aus alle diesen Beweggründen heraus haben meine Freunde diesen Antrag eingebracht. Ich erinnere daran, daß im vorigen Jahre, im April hier große Töne geredet wurden: man wolle unverzüglich größere Notstandsarbeiten in Angriff nehmen. Aber nichts dergleichen ist bislang geschehen, obgleich die Stadtverordneten sich im Prinzip damit einverstanden erklärt haben. Die Geldmittel sind von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt, aber seit dem April 1921 steht die Sache in Hannover scheinbar still.

Herr

Herr Rasche sagte, es wären Entwürfe zu machen und Vorarbeiten auszuführen. Damals wurde gesagt, die Sache solle beschleunigt werden, damit man diese Vorarbeiten vornehme. Es wird gesagt, bei der erhöhten Ausgabe für Materialbeschaffung machten sich Notstandsarbeiten zu unrentabel; das Material wäre nur sehr schwierig zu beschaffen. Ich erinnere daran, daß in der Vorlage gesagt wurde, daß gerade mit der Okerregulierung eine Arbeitsgelegenheit geschaffen würde, die kein Material erforderlich<sup>4</sup> und die 27 000 Arbeitstage ausmache. Wir haben in Braunschweig 700 Erwerbslose, die dort wohl beschäftigt werden könnten. Aber ich gehe weiter: nicht nur die eigentlichen Erwerbslosen, sondern auch eine ganze Reihe von arbeitsfähigen Leuten aus Rentner- und Beamtenkreisen würden gern eine derartige Gelegenheit benutzen, um etwas hinzuzuverdienen, denn das Leben ~~durchzubringen~~ ist heute gar zu schwer und die Arbeitsgelegenheit zu minimal. Damals ist von der Regierung gesagt worden, daß diese Arbeiten für die Oker-



Okerregulierung sich für die produktive Erwerbslosenfürsorge durchaus eignen, weil diese Arbeiten wenig Materialaufwand bedingen. Es wurde darüber gesagt, daß 4 Fünftel der aufzuwendenden Beträge Arbeitslohn darstellen. Wenn man sich dann vergegenwärtigt, daß bis auf den heutigen Tag in dieser Sache nichts geschehen ist und wir einem Winter entgegengehen, in dem die Arbeitslosigkeit zunehmen wird, dann möchte ich doch den Rat dringend bitten, angesichts dieser Tatsache bei der Regierung ganz energisch vorstellig zu werden, damit endlich einmal Dampf dahinter kommt und man endlich einmal erfährt, wo denn dieser Schlendrian steckt, wo eigentlich der Amtsschimmel bei der Bearbeitung des Kapitels Notstandsarbeiten stecken geblieben ist. Wir sind dazu auch als Braunschweiger verpflichtet, für endliche Inangriffnahme der Okerregulierung zu sorgen. Ich brauche nur an den letzten Herbst zu erinnern, wo infolge des <sup>an</sup>serpentinartigen Okerlaufes im Norden unserer Stadt unseren Einwohnern in den an die

Oker

Oker grenzenden Gärten die Kartoffeln und Rüben ersoffen und erfroren sind; für 100 000 <sup>du</sup> M Erntevorräte sind dabei verloren gegangen. Ich erinnere an die weggeschwemmten Futtervorräte der Ernte bei Veltenhof, bei Watenbüttel, wo die Oker regelmäßig über ihre Ufer tritt. Das sind Zustände, die sich auf die Dauer nicht halten lassen, und schon um deswillen müßte man alles daransetzen, um eine möglichst <sup>„</sup> Beschleunigung dieser Notstandsarbeiten herbeizuführen.

Weiter haben meine Freunde beantragt, den hiesigen Erwerbslosen eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 5 000 M für männliche, und 4 000 M für weibliche Haushaltungsvorstände zu gewähren. Verehrte Anwesende! Wenn Sie heute nur einen kleinen Vorrat an Feuerung, einen kleinen Vorrat an Kartoffeln, wenn Sie nur einige Brote und ein Pfund Schmalz beschaffen müssen, so merken Sie, daß 5 000 M dabei soviel wie gar nichts sind. Nun wird mir ratsseitig vielleicht entgegengehalten werden: Das können wir nicht,

sonst

sonst kollidieren wir mit dem Reiche; das wird die Extrazahlung von seinen Zuschüssen an die Stadt absetzen. Dazu sage ich, wir sollen die Sache ruhig riskieren und sie einmal in eine andere Form kleiden, aber geholfen muß den Leuten unter allen Umständen werden, denn sie sind dermaßen verschuldet und in ihren ganzen Familienverhältnissen ramponiert, haben ihre Möbeln zum größten Teil verkauft, daß, wenn da nicht schnell und ausgiebig geholfen wird, ~~sich~~ solche Akte der Verzweiflung wie die aus diesen Tagen sich immer wiederholen werden, und daß das für die Entwicklung einer Stadt sehr große Gefahren in sich birgt, liegt auf der Hand - ich brauche darüber keine Ausführungen zu machen.

Sodann möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, zu beantragen, daß den Ortsarmen und Erwerbslosen Lebensmittel und Feuerung, also Naturalien gegeben werden. Sie wissen, daß diese Minimalsätze, die geboten werden, lange nicht ausreichen, um die Familie lebensfähig zu erhalten. Es ist den Leuten weit mehr damit

damit gedient, wenn man ihnen Naturalien gibt, wie Feuerung zu einem ermäßigten Preise oder in einem gewissen Umfange Feuerung überhaupt gratis. Hand in Hand damit müßte natürlich auch eine Erhöhung des Armengeldes gehen. Ich habe vorhin schon angedeutet, daß diese Armengeldsätze **immer niedriger gehalten** werden als die Gelder aus der Erwerbslosenunterstützung. Diese letzteren sind nun aufge bessert worden, und wir müssen in den Armengeldsätzen damit Schritt halten. Auch darüber brauche ich keine langen Ausführungen zu machen, daß die bisherigen Armengeldsätze nicht ausreichen, um die Ernährung eines Menschen zu sichern; bei den alten Sätzen werden die Leute langsam, aber sicher verhungern.

Ich habe dann bei dieser Gelegenheit gleich zu rügen, daß die Polizeimannschaft, die hier in den letzten Tagen aufgeboten worden ist, mit einer gewissen Schneidigkeit vorgegangen ist, die zum Teil ihrer Begründung entbehrt. Ich selbst war Augenzeuge solcher

solcher Ausschreitungen der Polizei. Die Regierung hat in Abrede gestellt, daß fremde Polizei hier tätig gewesen ist, dagegen kann ich behaupten, daß ein fremder Polizist bestimmt <sup>bei</sup> ~~mir~~ im Geschäft gewesen ist, ein Polizist, der auf seinen Achselstücken die Nummer 21 trug. Ist Ihnen bekannt, daß die braunschweigische Polizei eine Zahl auf ihren Achselstücken trägt? Dieser Mann bedrohte mich mit gezogenem Degen und stieß meine Frau in die Tür. Ich fragte ihn: „Was wollen Sie hier bei uns in Braunschweig? Hier bin ich Polizei, hier haben Sie nichts zu suchen.“ Dabei stellten wir zu dritt fest, daß der Mann eine 21 trug. Man scheint sich dahin ausreden zu wollen, dieser fremde Polizist sei ein Urlauber, der nach Art eines Lützowschen Freischärler Krieg auf eigene Faust treibt. So etwas kann doch nicht angehen; solche Leute haben keinen Offizier und keine Kommandostelle über sich, die sie in Dienst geschickt haben. Er kann doch nicht einen eigenen Laden aufmachen und

aus

aus eigener Selbstherrlichkeit die Einwohnerschaft bedrohen.

V e r s i t z e n d e r : Diese Ausführungen stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Dringlichkeitsantrage. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Frau Böhm eine Anfrage gestellt hat, in der um Auskunft ersucht ~~w~~ wird, ob zur Erhaltung der Ordnung in den letzten Tagen die Sipe aus Hannover herangeholt ist. Es wird Ihnen, wenn eine Besprechung der Anfrage beschlossen wird, reichlich Gelegenheit gegeben sein, Ausführungen darüber zu machen. Ich möchte Sie bitten, sich jetzt nur an den Antrag zu halten.

Stadtv. R e g e n e r (fortfahrend): Ich will dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden entsprechen; wir können uns ja bei der Anfrage über diese Sache unterhalten.

Ich glaube, meinen Antrag genügend begründet zu haben, und bitte die Versammlung, zu unseren vier Anträgen, die hier vereinigt sind zu einem Antrage auf Maßnahmen zur Linderung der Not, ihre Zustimmung zu erteilen.



V o r s i t z e n d e r : Zu dem Punkt 4 des Antrages Regener habe ich der Versammlung folgende Mitteilung zumachen. Es handelt sich um ein Schreiben des Rates vom 2. November über die Armenunterstützungssätze. Es lautet :

„An die Herren Armenbezirksvorsteher, hier. Hierdurch benachrichtigen wir Sie, daß wir im Einvernehmen mit der großen Mehrheit der gestern <sup>an</sup> gutachtlich von uns gehörten Armenbezirksvorsteher und mit Ermächtigung der städtischen Behörden beschlossen haben, vom 1. November d.J. die monatlichen Höchstsätze der Armenunterstützungen folgendermaßen zu erhöhen :

- 1) für Alleinstehende und Haushaltungsvorstände  
bis zu 1500 M.,  
in besonderen Ausnahmefällen für Personen von mindestens 65 Jahren, die keine Rente beziehen,  
bis zu 1800 M.
- 2) für jedes fernere Mitglied der Haushaltung

bis

bis zu 1000 M,

3) für Pflegekinder bis zu 1500 M.

An der Bestimmung, daß Kindern und Pflegekindern bis zum 5. Lebensjahre Milch in bisheriger Menge neben der Unterstützung zu liefern ist, wird festgehalten.

Auch die Anrechnung der Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten in halber Höhe bleibt bestehen. Nach der neuesten Verfügung der Reichsregierung sind vom 1. Oktober d.J. ab Invaliden-, Alters- und Krankenrenten bis zu 1500 M, Witwen- und Witwerrenten bis zu 1250 M, Waisenrenten bis zu 583,33 M monatlich erhöht worden. (Halbe Sätze davon = 750, 625 und 291,67 M monatlich.)

Über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge wird noch bei der Reichsregierung verhandelt; zurzeit erhalten täglich :

1) Alleinstehende Männer über 21 Jahre 28 M,

(Zu=

(Zuruf: Hört, hört !)

2) alleinstehende Frauen über 21 Jahre	22,50 M
3) junge Leute unter 21 Jahren . . . . .	10,-- M
4) Zuschlag für einen Ehegatten . . . . .	13,-- M
5)     "             "     Kinder oder andere	
Angehörige . . . . .	11,25 M.

Es wird sich empfehlen, die Höhe dieser Bezüge durch Anforderung schriftlicher Ausweise genau festzustellen, ehe Armengelde gewährt wird.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die obigen Höchstsätze niemandem einen Anspruch darauf geben, bis zu diesem Betrage unterstützt zu werden, daß vielmehr das pflichtmäßige Ermessen des Armenbezirksausschusses nach sorgfältiger Prüfung aller Verhältnisse darüber entscheidet, wie weit im Einzelfalle mit der Bewilligung gegangen werden soll.

Die Armendirektion."

Die Verhältnisse haben sich ja nun seit dem 2. November, wo dieses Schreiben erlassen ist,

wieder



wieder verändert, und es wird wahrscheinlich auch vom Rat die Erklärung abgegeben werden, daß diesen veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden soll.

Auf Anfrage des V o r s i t z e n d e n erklärt sich die Mehrheit der Versammlung für dringliche Behandlung der Anträge.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ver-  
ehrte Damen und Herren ! Gestatten Sie mir, daß  
ich auf die beiden Anträge erwidere, soweit sie  
sich auf die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten  
beziehen.

Ich möchte zunächst daran erinnern, daß in  
der vorletzten Sitzung Herr Nessenius eine Anfrage  
an den Rat der Stadt gerichtet hatte, was der Rat  
der Stadt zu tun gedenke, um Notstandsarbeiten  
bei vermehrter Arbeitslosigkeit vornehmen lassen  
zu können. Ich habe auf diese Anfrage kurz er-  
widert und dabei darauf hingewiesen, daß ich in  
kürzester Zeit die für Schaffung von Arbeits-  
gelegenheit eingesetzte Deputation einberufen  
würde, um dort zu prüfen, ob und welche Arbeiten  
schleunigst in Angriff genommen werden können,  
habe aber gleich bemerkt, daß es außerordentlich  
schwer sei, in der letztvergangenen früheren  
oder der jetzigen Zeit Arbeiten für die produktive

Arbeits=

Arbeitslosenfürsorge ausfindig zu machen, habe auch die Stadtverordneten gebeten, Ihrerseits darüber nachzusinnen, damit sie irgendwelche derartige Arbeiten herausfinden und vorschlagen. Die von mir einberufene Deputation hat vorgestern und gestern vor acht Tagen beraten und hat dabei in langen Erörterungen eine Reihe von Arbeiten ausfindig gemacht, die in Angriff genommen werden können. Es wurde aber schon vorhin von einer Seite bemerkt, daß diese Arbeiten in der Hauptsache nur dazu ausreichen würden, um diejenigen Arbeiter, die von der Stadt im letzten Jahre schon ständig beschäftigt werden, während des Winters weiter zu beschäftigen, daß es dagegen schwierig sein würde, noch eine größere Zahl anderer erwerbsloser Arbeiter einzustellen. Ich habe diese Angelegenheit heute morgen im Rat der Stadt zur Erörterung gebracht und insbesondere die Beschlüsse, die durch die Deputation für Beschaffung von

Arbeits-

Arbeitsgelegenheit gefaßt worden sind, zur Beratung vorgetragen. Es wurde in dieser Deputation und heute morgen vom Rat der Stadt beschlossen, diese Arbeiten, die die genannte Deputation ausfindig gemacht hat, schleunigst in Angriff zu nehmen. Ich darf gleich kurz mitteilen, um welche Arbeiten es sich handelt ; es sind zum Teil Arbeiten, die auch hier im Laufe der letzten Sitzungen zur Erörterung gestellt worden sind :

Es soll der Fußweg auf der Eichthalstraße schleunigst befestigt werden,

für die Siedlung Altpetritor soll der Zugangsweg befestigt werden.

Das sind Arbeiten, die ziemlich erhebliche Mittel beanspruchen werden.

Weiter soll, um die Siedlung am Mittelwege, die der Siedlungsgenossenschaft Freiland ~~zuge~~hört, besser zugänglich zu machen, ein Fußweg befestigt werden.

Auf

Auf der Helmstedterstraße soll der südliche Fußweg zwischen Altewiekring und Leonhardstraße befestigt werden - allerdings nur mit Bockasche.

Ferner soll der Zuckerbergsweg, weil er demnächst eine andere Höhenlage als augenblicklich bekommen soll, abgetragen werden und auf ihm Befestigungsarbeiten vorgenommen werden.

Dann sollen in der Grandgrube in der Nähe der Charlottenhöhe, an der Salzdahlumerstraße, Schürfarbeiten vorgenommen werden, sodaß sie wieder in Betrieb genommen und Grand abgefahren werden kann.

Ferner soll ein Schmutzwasserkanal unmittelbar neben dieser Grandgrube von der Salzdahlumerstraße bis zur Charlottenhöhe hergerichtet werden - nebenbei gesagt, eine Arbeit, die ungefähr 1,6 Millionen Mark Kosten verursachen wird.

Schließlich soll auf der Comeniusstraße ein Kanal hergestellt werden, was rund 2 Millionen

Mark



Mark kosten wird.

Die Deputation für Beschaffung von Arbeits-  
gelegenheit hat beschlossen, den städtischen Be-  
hörden zu empfehlen, schleunigst einen Kredit von  
5 000 000  $\text{M}$  zur Verfügung zu stellen und das  
Tiefbauamt zu beauftragen, diese Arbeiten sofort  
in Angriff zu nehmen. Bei den Kanalisierungs-  
arbeiten auf der Charlottenhöhe und in der Comeni-  
usstraße werden wir auch noch einige Erwerbslose  
neu einstellen können (es sind augenblicklich nur  
30 Mann mit diesen Arbeiten beschäftigt, was ja  
nicht erheblich ist), aber die übrigen von mir  
genannten Arbeiten werden vor allen Dingen dazu  
dienen müssen, die jetzt erwerbslos werdenden  
Arbeiter, die bisher von der Stadt beschäftigt  
waren, weiter zu beschäftigen.

Daneben wird es vielleicht noch gelingen,  
eine umfangreiche Arbeit in Angriff zu nehmen,  
nämlich die Herstellung eines größeren Kanals

auf

auf der Salzdahlumerstraße. Ich habe schon damals, als Herr Nessenius seine Anfrage stellte, <sup>darauf hingewiesen,</sup> daß im Zusammenhange mit den Bauarbeiten auf der Salzdahlumerstraße, die seitens der Eisenbahnverwaltung vorgenommen werden, auch größere Kanalisierungsarbeiten zur Ausführung kommen müssen. Nach den überschläglichen Berechnungen des Tiefbauamts werden diese Arbeiten die Summe von 20 - 25 Millionen Mark erfordern. Es sind aber vor Inangriffnahme dieser Arbeiten noch Verhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den städtischen Behörden abzuschließen, die schon längere Zeit schweben. Eigentlich müßte nämlich die Eisenbahnverwaltung diese Arbeiten vornehmen lassen, um die Straße zu entwässern; aber diese Arbeiten werden, wenn weitere Ansiedelungen vorgenommen werden, im Interesse der Stadt noch anders und zweckmäßiger ausgeführt werden müssen, als es im Interesse der Eisenbahn liegt, und deshalb sind Verhandlungen

im

im Gange, damit dieser Kanal gleich so dimensioniert wird, daß er den städtischen Zwecken genügt. Ich hoffe, daß die Verhandlungen in kürzester Zeit abgeschlossen werden; dann würden wir noch eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen können.

Schließlich war in der Kommissionssitzung noch erwogen, wenn es ganz schlimm werden würde, vielleicht noch einige Befestigungsarbeiten und Planierungsarbeiten an dem bekannten Scherbelberge ausführen zu lassen. Das ist aber keine Arbeit, die man als ~~unmittelbar~~ produktiv ansehen kann, sondern nur als eine solche, die Schönheitszwecken dient, aber immerhin nach den heutigen Kostenanschlägen 8 Millionen Mark verschlingen würde. Diese Arbeit soll denn auch erst in letzter Linie in Angriff genommen werden.

Sie wollen aus diesen Mitteilungen ersehen, daß die Deputation in der letzten Woche eifrig sich damit beschäftigt hat, Notstandsarbeiten zu finden,

und

und daß sie heute mit einem greifbaren Ergebnis zu Ihnen kommt. Der Rat der Stadt hat heute morgen sich dahin schlüssig gemacht, Ihnen zu empfehlen, die 5 Millionen Mark zu bewilligen, und so möchte ich namens des Rates bitten, dieser Ausgabe zuzustimmen.

Ich möchte schließlich nochmals darauf hinweisen - was ja auch Herr Rasche schon getan hat - , daß diese Arbeiten immerhin nur geringfügiger Natur sind und daß sie nicht dazu dienen können, einer größeren Zahl Erwerbsloser Beschäftigung zu geben. Wahrscheinlich ist es den städtischen Behörden nicht möglich, und Ihnen jedenfalls auch nicht, umfangreichere Arbeiten für die Stadt ausfindig zu machen, aber gleichwohl bietet sich nach Ansicht der Deputation im Stadtgebiet reichlich Gelegenheit, Notstandsarbeiten aufzunehmen, allerdings nicht von seiten der Stadt, sondern durch die Reichsbehörden. Einmal kommt dafür der

Bahn-

Bahnhofsumbau in Betracht; dort werden ja schon eine Menge Leute beschäftigt, ~~ander~~ aber diese Arbeiten könnten in noch größerem Umfange aufgenommen werden. Sodann kommt der Bau des Mittellandkanals für Notstandsarbeiten in Frage. Zu meiner großen Freude habe ich gehört, daß zu Anfang Dezember eine Bauabteilung für den Mittellandkanal hier eingerichtet werden wird, für die wir ja bereits Räume in der Diesterwegschule zur Verfügung gestellt haben. Von dort aus werden die sehr umfangreichen Vorarbeiten für den Bau der unsere Nachbarschaft berührende<sub>n</sub> Strecke des Mittellandkanals in Angriff genommen werden, und es ist zu hoffen, daß man dann sehr bald mit dem Bau des Kanals hier beginnen wird. Wir haben die Braunschweigische Regierung - diese Sache wurde schon von einem der Herren Vorredner berührt - darauf hingewiesen, daß in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Kanalbau die Okerregulierung vorgenommen werden müßte. Ich

habe

habe das Staatsministerium wiederholt schriftlich und mündlich darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese Arbeit eine Menge Arbeitsloser beschäftigt werden könnten und daß sie um deswillen zur Beschäftigung Erwerbsloser besonders geeignet seien, weil fast kein Material verwandt zu werden braucht, sondern es sich tatsächlich um eine Arbeitsgelegenheit handelt, bei der fast die gesamten Kosten als Arbeitslohn aufgewandt werden. Ich habe sogar Pläne für diese Arbeit selbst bearbeitet, ~~wo~~ bin mit ihnen zum Ministerium herübergegangen, habe dem betreffenden Ressortminister Vortrag gehalten und dringend gebeten, die Arbeiten in Gang zu bringen. Wir haben, wie Herr Regener vorhin sehr richtig bemerkte, den Stadtverordneten empfohlen, Mittel aufzuwenden, um diese Arbeiten zu fördern, und die Stadtverordnetenversammlung hat damals auch einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt, geschehen ist aber leider bis jetzt in der Sache

noch

noch nichts. Aus welchem Grunde die Arbeiten noch nicht in Angriff genommen sind, ist mir nicht bekannt geworden; ich nehme an, daß die Verhandlungen zwischen der Braunschweigischen und der Reichsregierung noch nicht zu Ende geführt oder gar zum Scheitern gekommen sind. Ob die Kosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bauten für den Mittellandkanal aufzuwenden sind, ersetzt werden, ist ungewiß. Es scheint mir so, als ob es wegen dieser Erwägungen beim alten geblieben ist und die Bauarbeiten nicht in Gang gekommen sind. Die Deputation hat nun beschlossen - und Herr Rasche hat das vorhin in seinem Antrage gleichfalls zum Ausdruck gebracht - , es möchten beim Ministerium Vorstellungen erhoben werden, daß der Staat diese Arbeiten für die Okerregulierung nun aber schleunigst in Angriff nehmen möchte.

Es ist seitens der Deputation auch noch darauf hingewiesen <sup>von der</sup> ~~wi~~ worden, daß ~~für die Braun-~~schweigische<sub>n</sub> Regierung noch andere Arbeiten sich

aus-

ausfindig machen ließen, nämlich Befestigung von Fußwegen im Museum- und Theaterpark und Arbeiten im Nußberg. Wir haben auch schon früher die Regierung auf diese Arbeiten aufmerksam gemacht, aber, wie Sie sehen, ohne Erfolg.

Das Endergebnis der Deputationsberatungen kann ich in folgendem zusammenfassen : Die Deputation hat sich - wie ich glaube - die allergrößte Mühe gegeben, um produktive Arbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser ausfindig zu machen; es ist ihr leider nicht gelungen, so erhebliche Arbeiten zum Vorschlag bringen zu können, daß dabei eine sehr große Anzahl von Erwerbslosen beschäftigt werden kann. Der Rat ersucht Sie, 5 Millionen Mark zur Beschäftigung von Erwerbslosen zu bewilligen. Ferner ist die Deputation der Ansicht, daß sehr wohl die Braunschweigische Regierung umfangreiche Arbeiten schon jetzt in Angriff nehmen lassen kann und hat den Rat der Stadt ersucht, bei der Regierung entsprechende Vorstellungen zu erheben. - Ich bitte

Sie



- 46 a .y

Sie, die 5 000 000 M zu bewilligen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Meine verehrten Herrschaften ! Was die Höhe der Armenunterstützung betrifft, so hat der Herr Vorsitzende schon das Schreiben verlesen, durch das die Armendirektion im Einverständnis mit dem Rat der Stadt seit Anfang dieses Monats die Armenunterstützung erhöht hat. Die Erhöhung war nicht ganz unwesentlich, denn sie enthält für alleinstehende Haushaltsvorstände und für Pflegekinder eine Heraufsetzung von 900 auf 1500 M, also um 600 M oder 66  $\frac{2}{3}$  %. Sie war noch stärker für die weiteren Familienmitglieder, bei denen bisher der Satz von 450 M galt, während jetzt 1000 M festgesetzt sind, also 550 M mehr oder 120 % Zuschlag. Gleichwohl hatten wir das Gefühl, daß, wenn die bisher in die Öffentlichkeit gedrungene Mitteilung über die demnächst zu erwartende Höhe des Brotpreises zutreffend sein sollte, eine weitere nicht unbedeutende Erhöhung der Armenunterstützungssätze sich

sich nicht umgehen lassen wird. Ich erwarte jeden Tag eine Nachricht des Vorsitzenden des Getreideausschusses darüber, wann wir zusammenkommen müssen, um über die Höhe des Brotpreises erneut Beschluß zu fassen, und davon wird im wesentlichen die Neubemessung der Armenunterstützungssätze abhängen. Die Bezirksvorsteher sind von uns gebeten, rechtzeitig zu dieser Frage Stellung zu nehmen, sodaß im unmittelbaren Anschluß an die Neufestsetzung der Brotpreise die Äußerung der Bezirksvorsteher und der Beschluß der Armendirektion, denen ja verschiedene Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören - Herr Munte, Frau Prof. Götze, Frau Graf und Frau Schulze -, erfolgen kann. Mit Freuden begrüße ich die Anregung des Herrn Regener, in dieser schweren Zeit den Armen durch Lieferung von Naturalien unter die Arme zu greifen, und hoffe, daß in der Beziehung sich ein Weg finden lassen wird, wie wir in diesem Winter mehr als bisher der Not steuern können.

Stadtrat V o g l e r : Meine geehrten Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Regener ist dem Rat der Stadt nicht neu; er ist uns ~~bei~~ <sup>Beihilfe in erniedrigter</sup> einer mündlichen Form bereits am Freitag durch das Ministerium überreicht worden. Die Erwerbslosen hatten am Donnerstag, dem 16. d. Mts., eine Versammlung einberufen und dort ihre Forderungen aufgestellt. In diesen Forderungen waren unter anderem Wünsche enthalten, die zu erfüllen der Rat absolut nicht in der Lage ist. Es wurde z. B. sofortige Entlassung aller Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, ferner auch Entlassung aller hier tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen von Auswärts, der Bauern und Kleinbauern, die während des Sommers in hiesigen Industriezweigen untergebracht sein sollten. Dann hatte man die Zahlung von Unterstützungen oder Beihilfen von 5 000 M an männliche und 4 000 M an weibliche Erwerbslose gefordert. Außerdem wurde noch die Beschaffung von Lebensmitteln,

Lebensmitteln, billigen Kartoffeln, Mehl, Milch, Hülsenfrüchten usw. verlangt. Zum Schluß war noch darauf hingewiesen: wenn nicht innerhalb 24 Stunden bewilligt würde, was ich vorgetragen habe, müßten die Antragsteller die Verantwortung für die Folgen ablehnen und sie auf uns und dem Ministerium sitzen lassen. Ich habe sofort, nachdem die Demonstration, die sich anschloß, vorbei war, im Ministerium mit Herrn Minister Steinbrecher über die <sup>Fragen</sup> konferiert, und dabei ist er zu meiner Auffassung gekommen, daß wir infolge Fehlens der gesetzlichen Vorschriften — die Demobilmachungsvorschriften sind aufgehoben — nicht eingreifen können. Wir können nicht <sup>mehr</sup> die Entlassung von Arbeitern aus Betrieben bewirken, weil <sup>daß die früheren Demobilmachungsvorschriften aufgehoben worden sind.</sup> ~~das Reichsrecht und Sache der Reichsregierung~~ ~~gegen ist.~~ Nach unserer Auffassung ist es jetzt Sache der Gewerkschaften oder der Betriebsräte, bei den Geschäftsinhabern vorstellig zu werden, damit auf Grund ihres Vorgehens für Erwerbslose Platz geschaffen wird. Die Verhandlungen, die unsererseits durch

durch den Leiter des Öffentlichen Arbeitsnachweises unternommen worden sind über besondere Fälle, die uns mitgeteilt worden sind, hatte sich Anfangs zer-  
schlagen. Dennoch hat der Rat der Stadt erneut ~~Stellung~~  
Stellung dazu genommen, und es ist nochmals versucht  
worden, einzugreifen, und, soweit ich gehört habe,  
auch nicht ohne Erfolg.

In betreff\* der Forderung einer Wirtschaftsbei-  
hilfe von 5 000 M resp. 4 000 M <sup>unbefristete</sup> für Erwerbslose ist  
für den Rat eine gewisse Schwierigkeit zu verzeich-  
nen. Es ist uns im Ministerium schon im vorigen  
Jahre und vor 1 1/2 Jahren gesagt worden, daß das  
Reich angedeutet habe, daß bei erneuter ausnahmswei-  
ser Gewährung von Zahlungen an <sup>unbefristete</sup> Erwerbslose es die  
Ersatzansprüche von 4/12 und 6/12, die wir sonst zu  
beanspruchen haben, sperren werde. Die Herrschaf-  
ten werden sich erinnern, daß wir im vorigen Jahre  
4 1/2 Millionen Mark ausgegeben haben und daß das <sup>war</sup>  
mehr war, als vom Reich vorgeschrieben war. Wir  
müssen <sup>A</sup> uns vom Reich sagen lassen: Ihr habt etwas  
gegeben

gegeben, was über die festgestellten Sätze hinausgeht, aber das bekommt ihr nicht ersetzt und läuft Gefahr, den ganzen Zuschuß des Reiches gesperrt zu ~~haben~~<sup>sehen</sup>. Alljährlich erscheint unangemeldet eine Kommission des Reichs in Stärke von 3 - 4 Beamten, die durch Stichproben unsere Akten prüft. Es ist ganz logisch: Wenn wir gegen die Vorschriften des Reiches verstoßen würden, so würde man von Seiten des Reiches gegenüber dem Rat Sperrungen vornehmen. Deshalb ist es nicht möglich, daß wir den Erwerbslosen gegenüber über die Reichssätze hinausgehen. Allerdings haben wir es einmal vor 1 1/2 Jahren mit Zuweisung von Nahrungsmitteln getan; aber es ist herausgekommen, wir sind verwarnt und so ist es jetzt unmöglich, auf Grund der Erwerbslosenfürsorge noch besondere Unterstützungen zu leisten. Ich bedauere das, aber es ist nicht anders. Wenn besondere Unterstützungen gewährt werden sollen, dann muß ein anderer Weg gesucht werden, meinetwegen durch den Landtag und weiter müßte veranlaßt werden, daß die braunschweigische

sche

sohe Gesandtschaft unsere Wünsche weiter gibt, so-  
daß in den nächsten Wochen im Reiche darüber be-  
schlossen werden kann.

Ich habe mich weiter bemüht, mit Nahrungsmitteln  
zu helfen. Infolge der früheren Zwangswirtschaftung<sup>be</sup>  
hatten wir Millionen von Fleischkonserven angekauft  
und sie gelagert. Ein großer Teil dieser Konserven  
— nicht der schlechtesten, sondern der besten, das  
will ich ausdrücklich betonen — ist zum Einkaufs-  
preise unter Kontrolle des Erwerbslosenausschusses  
an die Erwerbslosen ausgegeben worden. Wir haben  
das nicht öffentlich bekannt gegeben und waren der  
Meinung, die Erwerbslosen würden einsehen, daß vom  
Rat der Stadt damit das Menschenmöglichste getan  
worden wäre.

Daß nun, wie Herr Regener erwähnte, die Erwerbs-  
losen mit 28 M Unterstützung pro Tag vom 14. August  
bis zum 19. November auskommen mußten, ist bedauer-  
lich, aber wir konnten es nicht ändern, weil wir  
die Beschlüsse des Reichs abwarten mußten. Wir  
haben



haben uns in allen Fällen an die Sätze des Reichs gehalten, und weil Braunschweig als außerordentliche teure Stadt anerkannt worden ist, haben wir hier die höchsten Sätze der Klasse A bewilligt, und mehr konnten wir unserer Auffassung nach nicht tun. Wenn Sie, Herr Regener, an meiner Stelle ständen und damit zu rechnen hätten, daß Sie 5 - 6 Millionen Mark durch diese Mehrüberweisungen <sup>Seitens der Stadtallg.</sup> leisten sollen, so würden Sie das auch nicht mit Ihrem Gewissen verantworten können. Ich konnte nicht anders handeln, trotzdem ich weiß, was es heißt, mit 28 M pro Kopf durchzukommen. Die Sätze sind seit den 20. November auf 140 M für die männlichen Personen über 21 Jahren erhöht worden, sofern sie <sup>nicht</sup> im Haushalt eines andern leben, auf 100 M über 21 Jahre, sofern sie <sup>nicht</sup> in dem Haushalt eines andern leben, für Personen unter 21 Jahren auf 50 M. Bisher waren die betreffenden Sätze 28 M, 15 M und 10 M. Für weibliche Personen über 21 Jahre wurden bisher von Reichs 22,50 M gezahlt, von 20. November ab 110 M,

für

für weibliche Personen über 21 Jahre, die im Haushalt eines andern leben, 65 M (bisher 10 M),

für weibliche Personen unter 21 Jahre jetzt 40 M, früher 8 M,

für die Familienmitglieder werden gezahlt: für die Ehefrau jetzt 65 M, bisher 13 M,

für Kinder 50 M, bisher ~~11,20~~ M.

In Rücksicht auf die kurze Frist, die uns bis zum 15. November gesetzt war, habe ich mit dem Herrn Oberbürgermeister über die Forderungen <sup>der Erwerbslosen</sup> Rücksprache genommen. Nachdem ich die Sache in kurzen Worten vorgetragen hatte, ist der Herr Oberbürgermeister ebenfalls zu meiner Auffassung gekommen, die sich mit der Auffassung des Herrn Minister Steinbrecher deckt, nämlich daß ~~411 222~~ zu befürchten ist, daß wir mit den Reiche Schwierigkeiten bekämen, wenn wir über die Sätze des Reichs hinausgingen. Es muß schon versucht werden, den nicht Bezugsberechtigten, die also noch keine Unterstützung aus dem Fonds der

Erwerbs-

Erwerbslosenfürsorge bekommen, mit einer Beihilfe zu dienen. Das ist denkbar, und wir haben deshalb aus einem Fonds, der uns zur Verfügung steht, 25 000 M für diesen Zweck in Aussicht genommen. Herr Stadtrat von Frankenberg und ich <sup>aus betr. d. Armenfürsorge</sup> ~~haben~~ <sup>haben</sup> uns gegenseitig verständigt, damit dieses Verfahren, das wir zu Gunsten der <sup>nicht unterstützten</sup> ~~Erwerbslosen~~ anwenden wollen, nicht in irgend einer Weise hemmend wirkt, wie es anfänglich teilweise geschehen ist. Der Arbeitslosenausschuß hat im Ministerium vorgetragen, daß diejenigen, denen <sup>nicht</sup> ~~besondere Sätze~~ <sup>auf</sup> von der Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden sollten, aus der Armenpflege keine Unterstützung bekämen. Deshalb ist von Herrn Stadtrat von Frankenberg ein Rundschreiben an die Bezirksvorsteher erlassen worden, in dem gesagt ist, wenn eine ~~Besch~~reinigung aus der Erwerbslosenfürsorge vorgezeigt werde, daß die Fürsorge auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht eingreifen kann, dann sollte zum mindesten <sup>erwähnt</sup> die Armenfürsorge eingreifen, damit

damit das Notwendigste diesen Personen zu teil werden kann. Bekanntlich wird die Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge nach <sup>sechs</sup> ~~acht~~ Tagen Arbeitslosigkeit gewährt, wenn eine Kriegfolge vorliegt, bei anderen aber erst nach 28 Tagen, sodaß jetzt diese Lücke durch ineinandergreifendes Zusammenarbeiten der Erwerbslosen- und Armenfürsorge ausgefüllt wird.

Über die Höhe der Sätze selbst kann man streiten, aber es liegt in Ihrer Hand, wenn Sie die Armentsätze erhöhen wollen, darüber zu beschließen. Im übrigen sind die Sätze in den letzten Monaten erhöht worden, sodaß wir unsererseits nicht anders haben handeln können.

Nun die Zahl der Erwerbslosen; auch darüber müssen wir uns klar sein. Zum Glück ~~haben~~ hat Braun schweig in den letzten Monaten keine große Zahl von Erwerbslosen gehabt. Es ist uns im Öffentlichen Arbeitsnachweis außerordentlich schwer <sup>geworden</sup> ~~gegangen~~,

die

die Personen zu vermitteln, die von den einzelnen Branchen angefordert worden sind. In den letzten 3-4 Wochen allerdings hat sich das Blatt gewandt, da ist die Zahl der Erwerbslosen enorm gestiegen, sodaß wir am letzten Montag 171 ~~solche~~ Erwerbslose zu verzeichnen hatten, die Erwerbslosenunterstützung beziehung und 446, die keine beziehen konnten. Unter diesen insgesamt 617 Personen befanden sich ca. 200 weibliche, und daß die Zahl der Letzteren durch die nach und nach abnehmende Tätigkeit in der Konservenindustrie von Woche zu Woche steigt, will ich zugeben. Es ist aber von uns durch Verhandlungen mit den Konservenindustriellen das Erforderliche geschehen und darauf hingewirkt, daß man zuerst diejenigen für die Entlassung in Aussicht nehmen will, deren Männer noch ihre Beschäftigung haben, und diejenigen, die allein stehen, aber die Kriegerwitwen vorläufig noch weiter beschäftigt werden.

werden.

Den Wunsch, den Erwerbslosen und Armengeldempfängern Nahrungsmittel zukommen zu lassen, haben wir nach Möglichkeit erfüllt. Wir haben jetzt aber nur noch einen minzig kleinen Bestand an Fleischkonserven zu verzeichnen, und es wird damit noch eingegriffen werden, wenn besondere Not sich zeigt, indem man die Nahrungsmittel zu Einkaufspreisen abgibt, wodurch es möglich ist, die Erwerbslosen mit guter und billiger Ware zu versehen. Ich habe mich auch bemüht, neue Waren hereinzubekommen, <sup>auf meine</sup> aber ~~bei den~~ telefonischen Anfragen bei den Gemüse- und Fleischkonservenfabriken habe ich erfahren, daß die Preise so kolossal hoch sind, daß ich solche Konserven den Erwerbslosen nicht anbieten kann; wir müßten sonst noch Geld zulegen. Die Stadt hat durch den städtischen Weiterverkauf dazu beigetragen, gut und möglichst billig Fleisch, soweit

es

es anzuschaffen war, unter die Erwerbslosen zu verteilen. Etwas anderes war uns in dieser Beziehung nicht möglich.

Die Forderungen, die von den Erwerbslosen gestellt sind, sind gestern von mir in einem längeren Schriftsatz beantwortet ~~worden und diese Antwort~~ an das Staatsministerium weiter gegeben worden. Wir haben das Ministerium ersucht, daß es beim Reiche für die unterstützten Erwerbslosen vorstellig werden möge, damit bei der noch immer anhaltenden Teuerung diese Leute neben der ~~gewöhnlichen~~ ~~gewöhnlichen~~ Unterstützung eine Wirtschaftsbeihilfe bekommen können. Ich glaube, daß das Staatsministerium dieser unserer Anregung folgen wird. Im übrigen ist es, wie gesagt, noch möglich, daß aus einem anderen Fonds den nicht unterstützten Erwerbslosen noch etwas gewährt werden kann, aber mit Gewährung von billigen Nahrungsmitteln wird es außer dem kleinen noch vorhandenen Bestande kaum etwas wer-

den

den.

Es ist von uns den Erwerbslosen zu ihren Versammlungen zweimal der Altstadtrathaussaal zur Verfügung gestellt worden. Dabei habe ich dem Ausschußmitgliede F a b e r gesagt: Sie wissen, daß auf Grund der Bestimmungen der <sup>General</sup>~~Stadt~~kommission der Gewerkschaften oder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des hiesigen Gewerkschaftskartells uns die Namen des Erwerbslosenausschusses gemeldet werden müssen, und deshalb möchte ich Sie ersuchen, uns den Ausschuß, den Sie am Donnerstag gewählt haben, namhaft zu machen, damit wir uns mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung setzen können und weiterverhandelt werden kann.“ Aber bis heute habe ich noch keine Meldung über die Namen der Erwerbslosenausschuß-Mitglieder erhalten, und deshalb muß ich sagen, daß es den Ausschuß, der angeblich für die Hebung der Erwerbslosen wirkt, so ernst mit seinen Bestrebungen doch wohl nicht sein kann,

sonst



sonst hätte er meiner Bitte entsprochen, Ich muß dieses mitteilen, damit nicht von anderer Seite gesagt wird: „Solch ein Ausschuß kann sich an irgend einer Straßenecke zusammen tun, an die Behörde herange~~hen~~<sup>hen</sup> und sagen: Ich komme im Namen der und der Personen.“ So geht es doch nicht. Es handelt sich um zentrale Beschlüsse; sie werden in allen Städten beachtet und danach gehandelt, und auch hier in Braunschweig müssen sie gelten. Wir werden auf jeden Fall zu erfüllen suchen, was zu erfüllen an uns liegt; auch die Gewerkschaften müssen versuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die zu arbeiten nicht nötig haben, aus den Stellungen herauszubekommen, damit Erwerbslose, die mehr in Frage kommen, in die Stellungen hineinkommen. ~~Wenn~~ Wir haben stets und ständig - das wird der alte Erwerbslosenausschuß uns bestätigen - in entgegenkommender Weise mit diesen Leuten verhandelt, haben ihnen nicht die schlechtesten Waren ~~und~~<sup>besw. Sachen</sup> Leistungen zukommen lassen,

lassen, sondern die besten. Wir haben ihnen die Mitteilung gemacht, daß für den Fall, daß sie Warmhallen haben wollen, sie ihnen zur Verfügung stehen. Allerdings wollen sie dazu früher einmal eine <sup>Kirche</sup> ~~Fabrik~~ haben, was wir aber abgelehnt haben, weil für die Invaliden und Kränklichen es zu schwer war, den Weg dorthin zu machen, sondern wir wollen ihnen in einzelnen Schulen Zimmer zur Verfügung stellen. Wir glauben, alles <sup>er</sup> Erforderliche getan zu haben, was auf Grund der gesetzlichen Lage möglich ist.

V o r s i t z e n d e r : Meldungen zum Wort liegen weiter nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Der Antrag 1 des Herrn Regener fällt in seiner Hauptsache zusammen mit dem Antrage Rasche. Ich lasse über diese beiden Anträge in eins abstimmen. (Der Vorsitzende teilt nochmals den Antrag Rasche und den ersten Teil des Antrags Regener mit.)

Die Versammlung stimmt den Anträgen zu.

V o r s i t z e n d e r : Bezüglich des Punktes 2 und auch des Punktes 3 hat Herr Stadtrat Vogler Ausführungen gemacht. In Punkt 2 wird von Herrn Regener gewünscht, daß Wirtschaftsbeihilfen an die hiesigen Erwerbslosen gezahlt werden in Höhe von 5 000 oder 4 000 M. Herr Stadtrat Vogler hat ausgeführt, daß neue Unterstützungssätze für die Erwerbslosen eingeführt sind und daß ein Fonds von

25 000 M

25 000 M vorhanden ist, der für die nichtunterstützungsberechtigten Erwerbslosen Verwendung finden soll. -- Wer für Annahme des Punktes 2 im Antrage Regener ist (Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe), den bitte ich die Hand zu erheben.

Es melden sich 13 Stadtverordnete. Nachdem die Gegenprobe gemacht ist, verkündigt der Vorsitzende, daß dieser Antrag abgelehnt ist.

V o r s i t z e n d e r : Punkt 3 des Antrages Regener wünscht, daß die Erwerbslosen und Ortsarmen mit Lebensmitteln und mit Feuerung beliefert werden. -- Von Herrn Stadtrat Vogler ist ausgeführt, in welcher Weise eine Versorgung mit Fleischkonserven stattgefunden hat und wie weit es noch möglich ist. Die Belieferung mit Feuerung ließe sich in gewisser Weise wohl ermöglichen.

Punkt

Punkt 3 des Antrages Regener wird von der Versammlung angenommen.

V o r s i t z e n d e r : Punkt 4 des Antrages Regener lautet: eine Erhöhung der Armengelder vorzunehmen.

Ich habe die neuen Sätze für die Armenunterstützungen vorgelesen, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat ausgeführt, daß diese Sätze schon zur Auszahlung gelangt sind und in welcher Weise unter Umständen wieder neue Sätze beschlossen werden sollen.

Punkt 4 des Antrages Regener wird von der Versammlung angenommen.

Schließlich wird noch der Antrag des Rats, 5 Millionen Mark zu Notstandsarbeiten zu verwilligen, angenommen.



141

Der auf der Tagesordnung an erster Stelle stehende Antrag Stukenberg, betreffend Anstellung einer Rentnerfürsorgerin kommt nicht zur Behandlung, er ist vom Antragsteller zurückgezogen worden.

2. Antrag Stukenberg, betreffend Bewilligung von Mitteln für eine Schulentlassenen-Spende.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren! In einer der letzten Stadtverordnetensitzungen hat Herr Kollege Stukenberg den Antrag gestellt, wie in diesem Jahre auch im nächsten Jahre wieder Mittel zur Verfügung zu stellen zu einer sogenannten Konfirmandenspende. Der Antrag ist an den Finanzausschuß zur Vorberatung gegangen, der Ausschuß hat sich damit befaßt, aber mit definitiven Vorschlägen kann er an die Versammlung noch nicht heratreten, weil sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht auf längere Zeit voraussehen lassen und der Ausschuß auch nicht gußte, wie hoch die Zahl der Konfirmanden im nächsten Jahre sein wird. Es <sup>lassen</sup> läßt sich heute weder die Einzelsätze, noch die Gesamtsumme, die zu den Unterstützungen verwandt werden sollen, festlegen. Es handelt sich heute deshalb nur darum, dem Antrage des Herrn Kollegen Stukenberg prinzipiell zuzustimmen und gleichzeitig die im vorigen Jahre 4 Stadtverordnete zu bestimmen, die in den Vertei-

lungsausschuß

lungsausschuß für die Schulentlassenen-Spende gewählt werden sollen. Ich bitte also die Verdammung im Namen des Finanzausschusses, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß auch im nächsten Jahre die Spende wieder ausgeteilt werden soll, und 4 ~~Herrn~~ <sup>Mitglieder</sup> für den Ausschuß zu bestimmen.



**Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :** Man wird damit rechnen müssen, daß für absehbare Zeit die Schulentlassenen-Spende, die sich in den letzten Jahren als sehr segensreich bewährt haben<sup>4</sup>, zu einer dauernden Einrichtung unserer städtischen Verwaltung werden wird. Dem Rat kann es nur erwünscht sein, wenn die geehrte Versammlung schon jetzt Schritte tut, um die Sache für das nächste Jahr vorzubereiten. Wenn der Ausschuß heute gewählt wird, müßten wir uns mit ihm über die Höhe der auszuwerfenden Summe verständigen, ehe wir der Versammlung einen Vorschlag machen. Im vergangenen Jahre gehörten dem Ausschuß an die Herren Stukenberg, Steinert, Frau Schulze und der inzwischen in den Rat eingetretene Herr Stadtrat Herbst. Für Herrn Stadtrat Herbst würde auf jeden Fall eine Ersatzwahl erforderlich sein, und wie ich gehört habe, wird Herr Sauerbier einen Vorschlag machen.

Stadtv. S t e g m a n n ! Ich schlage für unsere Fraktion die Herren Steinert und Schmerbach vor.

V o r s i t z e n d e r : Also an Stelle von Frau Schulze Herr Schmerbach.

Stadtv. S a u e r b i e r ! Ich schlage Fräulein Wolters vor.

V o r s i t z e n d e r : An Stelle des Herrn Stadtrat Herbst soll also Fräulein Wolters eintreten.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß im nächsten Jahre wieder eine Schulentlassenen-Spende verteilt wird, und stimmt der Wahl der Stadtverordneten Stukenberg, Steinert, Schmerbach und Fräulein Wolters zu Ausschußmitgliedern zu.

3. Erhöhung der Vergütung für Gestellung von Schwestern durch das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.


Stadtv. Frau <sup>Göhr</sup>~~Schulze~~ : Der Vorstand des Schwesternhauses vom Roten Kreuz hat um Erhöhung der Bezüge für seine Schwestern gebeten, die im städtischen Krankenhause tätig sind. Es wird bis jetzt für jede Schwester eine Vergütung von 15 000 M pro Jahr bezahlt; nun wird gewünscht, daß sie vom 1. Oktober ab 22 500 M und vom 1. November ab 30 000 M betragen soll. Für die Lehrschwester, die jetzt jährlich 6 000 M bekommt, soll der Satz ab 1. Oktober auf 9 000 M und vom 1. November ab auf 12 000 M im Jahr erhöht werden. Daneben sind die gesetzlichen Anteile zu den Versicherungen und die sonstigen Nebenleistungen zu gewähren. Da jedenfalls die Versammlung ebenso wie der Finanzausschuß davon überzeugt sein wird, daß die Schwestern im städtischen Krankenhause segensreiche Arbeit leisten, so wird sie auch damit einverstanden sein, daß der Finanz-

ausschuß

*ausschuß dem Antrage des Rats auf Gewährung der  
gewünschten Vergütungen zugestimmt hat und wird  
bereit sein, diese Summe gleichfalls zu bewilligen.*

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren!

Über das Schwesternhaus vom Roten Kreuz ist uns bekannt, daß es in großer Not steckt, und wir werden auch nicht umhin können, wenigstens für die Schwestern, die bei uns im städtischen Dienste sind, die geforderten Mittel zu bewilligen. Ich habe aber schon bei <sup>e</sup>iner früheren diesbezüglichen Vorlage darauf hingewiesen, daß man auch Bedacht darauf nehmen muß, daß die bei uns beschäftigten Schwestern entsprechend den von uns gewährten Sätzen bezahlt werden, da die Schwestern mit den Sätzen, die sie jetzt bekommen, nicht auskommen können. Wenn sie Kleidung, Schuhe und Wäsche anschaffen müssen, werden sie bei ihrem kärglichen Gehalt nicht dazu im Stande sein. Wir werden in der nächsten Zeit jedenfalls dazu kommen müssen, uns weiter mit dem Roten Kreuz zu beschäftigen, weil es unter den jetzigen Zuständen nicht mehr ~~lebhaft~~ lebensfähig ist und irgend ein Weg gefunden werden muß, um es zu erhalten, oder es mit einer anderen Anstalt zu

 ver-

verschmelzen. Wenn man <sup>nun</sup> ~~an~~ den uns heute vorgelegten Antrag prüft, so muß man die Frage aufwerfen, ob das Rote Kreuz, das nicht allein in der Stadt Braunschweig ihre Stationen unterhält, ~~und~~ nicht nur im Lande Braunschweig, sondern auch in einem Teile von Preußen, überall die gleichen Anforderungen stellt. Wenn wir in der Stadt den Schwestern, die bei uns tätig sind, alles geben, was für erforderlich gehalten wird, und wenn wir uns bemühen, die Not des Mutterhauses herabzumindern, so müssen wir auch von der Staatsregierung das gleiche erwarten. Die Hilfeleistung darf nicht nur an der Stadt hängen bleiben, sondern auch das Land hat die Pflicht, für das Rote Kreuz einzutreten, und dasselbe gilt für die Stationen, die im Preussischen liegen. Wir in Braunschweig haben nicht Interesse dafür, Krankenpflegeschwestern auszubilden, die nachher nach Preußen gehen und Pflegestellen annehmen. Ich bitte den Rat der Stadt, bei dieser Gelegenheit nochmals



darauf

darauf hinzuweisen, daß es von uns als notwendig angesehen wird, daß das Rote Kreuz auch von Preußen Zuwendungen erhält, andernfalls diese hier ausgebildeten Schwestern nicht nach Preußen entsandt werden dürften, sondern im braunschweigischen Lande verbleiben müßten, sodaß dann Stadt und Land Braunschweig sich dieser Schwestern anzunehmen in der Lage ist.



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Herr  
Narth ist, wie ich sehe, über die Verhältnisse des  
Roten Kreuzes gut unterrichtet. Schon seit länger-  
er Zeit kämpft die segensreich wirkende Anstalt  
mit schweren Sorgen, und da ich seit über 20 Jahren  
dem Vorstande des Roten Kreuzes angehöre, teile ich  
die Sorgen in vollem Umfange. Es trifft zu, daß  
eine Anzahl der Schwestern des hiesigen Roten Kreu-  
zes <sup>in</sup> preußischen Pflügen beschäftigt werden, teils  
in Privatkliniken, teils in Gemeindepflügen, und  
es scheint ein ganz gesunder Gedanke zu sein, daß  
man von diesen Außenstationen außerhalb des Landes  
Braunschweigs einen besonderen Zuschlag in Anspruch  
nehmen soll. Ich will mich bemühen, auf Berücksich-  
tigung dieses Punktes, der auch in den Verhandlun-  
gen des Vorstandes des Schwesternhauses zum Roten  
Kreuz schon erwähnt worden ist, hinzuwirken. Es  
richtet sich auch <sup>hierin</sup> ~~heute~~ der Preis nach Angebot und  
Nachfrage, und in Rücksicht darauf wird der Bogen

nicht



nicht allzu straf gespannt werden dürfen, doch glaube ich, daß bei der Nachfrage nach gut geschulten Schwestern vom Roten Kreuz in der angedeuteten Richtung Erfolge erzielt werden können. Im übrigen ist mir bekannt geworden, daß sowohl Seitens des Ministeriums wie des Landtages die Absicht besteht, dem Roten Kreuz in seiner Notlage mit namhaften Mitteln zu Hilfe zu kommen. Ob es allerdings möglich sein wird, diese segensreiche Anstalt in vollem Umfange sowohl betr. der Schwestern, wie auch des Krankenhauses über den 1. April des nächsten Jahres hinaus fortbestehen zu lassen, oder ob ein Aufgehen der Krankenhausabteilung in andere hiesige Krankenanstalten geboten ist, muß abgewartet werden. Wir haben über diesen Punkt mit dem Ministerium verhandelt, aber die Verhandlungen sind noch nicht ganz abgeschlossen, und es wird sich erst herausstellen müssen, wie weit es möglich ist, das Rote Kreuz zu erhalten. Unser dringender Wunsch, insbesondere seitens der Pflegehausdeputation, die mit den 20

Schwestern

Schwestern des Roten Kreuzes die besten Erfahrungen gemacht haben<sup>A</sup>, geht dahin, daß wenigstens das Schwesternhaus den gegenwärtigen Zeitensturm überdauern möge.

Stadt v. L e h n e r t ! Von meinem Parteigenossen ist schon darauf hingewiesen, daß wir unter allen Umständen auf dem Standpunkt stehen, daß nicht der preußische Staat, resp. einzelne preußische Gemeinden, die mit auf unsere Kosten ausgebildete Schwestern in Anspruch nehmen soll, mögen sie nun als geeignet für solche Stellen in Frage kommen oder nicht. Mögen die auswärtigen Stellen sich vor Augen halten, daß sie, wenn sie das Gute annehmen wollen, es nicht der Stadt und dem Lande Braunschweig überlassen dürfen, für die Ausbildung der Schwestern zu sorgen, sonst steht meine Fraktion auf dem Standpunkt, für diesmal noch die Mittel zu bewilligen, aber, wenn keine anderen Maßnahmen getroffen werden, zu sagen: Es ist die höchste Zeit, daß das Schwesternhaus in andere Verwaltung übergeht.

Stadtv. Frau G ö t z e : Zur Richtigstellung möchte ich bemerken, daß dieses Schreiben an den Rat der Stadt eine Abschrift ist und ein gleiches Schriftstück auch an die anderen Stellen gegangen ist. Der Wunsch, daß diese Zahlung geleistet wird, bezieht sich auf alle Schwestern, ganz egal, wo sie beschäftigt sind. Der Gesichtspunkt, der von den Herrn<sup>e</sup> Marth und Lehnert erwähnt ist, hat nur in <sup>er</sup> Frage zu kommen, wenn wir uns demnächst darüber unterhalten, was für Zuschüsse wir dem Schwesternhaus vom Roten Kreuz zum Weiterbestehen seiner Anstalt leisten werden. Die Schwestern können unmöglich an anderen Stellen anders bezahlt werden, als hier angegeben wird, mögen sie nun in Preußen wirken oder nicht. Das gleiche Schreiben wie dieses hier <sup>von</sup> ist ~~von~~ Vorstände des Schwesternhauses an alle Stationen im gleichen Wortlaut gerichtet worden.

Stadtv. M a r t h : Ich erkenne an, daß das, was ich ausgeführt habe, wenig mit der augenblicklich zur Beratung stehenden Vorlage zu tun hat, aber ich habe die Gelegenheit wahrnehmen wollen, um das Schwesternhaus vom Roten Kreuz auf die Gefahr hinzuweisen, die für <sup>das-</sup>~~dieselbe~~ besteht, und da wäre es nicht richtig, erst abzuwarten, bis die erwartete Vorlage kommt, sondern der Schaden muß vorher abgewandt werden. Wir wissen, aus welchem Grunde wahrscheinlich die Schulden, ~~die~~ entstehen und entstanden sind, und daß sie jedenfalls die Stadt zum größten Teil wird zu tragen haben. Deshalb ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Mittel der Stadt nicht ausgeben wollen für Fremde, die nichts mit unserer Gemeinde zu tun haben.



Stadt v. L e h n e r t : Ich will nicht darauf eingehen, was Frau Götze gesagt hat und will auch nicht <sup>eine</sup> Debatte über das hervor/~~rufen~~, was wir in der vertraulichen Sitzung besprochen haben, sondern möchte nur darum <sup>e</sup> Ersuchen, <sup>daß</sup> diejenigen Herrschaften, die die Hilfe des Schwesternhauses in Anspruch nehmen, auch zu den Kosten des Schwesternhauses herangezogen werden. Wenn es nur auf dieses Rundschreiben ankommt, werden sie zu den anderen Kosten nicht herangezogen, sondern die Stadt Braunschweig wird in bedeutend höherem Maße Zuschüsse liefern müssen als diese Gemeinden, von denen die Rede ist. Auf die anderen Zuschüsse, die in der vertraulichen Sitzung behandelt sind, will ich eben nicht eingehen, aber den Wunsch möchte ich geäußert haben, daß auch die außerhalb Braunschweig befindliche<sup>n</sup> Stationen mit zu den Kosten des Schwesternhauses herangezogen werden.

- 83 -

Die Versammlung bewilligte einstimmig die  
beantragten Sätze.

4. Erhöhung der Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen.

Stadt v. Frau G ö t z e : Die Inhaber der Kartenverteilungsstellen haben sich wieder einmal an den Rat der Stadt gewandt und um Erhöhung ihrer Bezüge gebeten. Wie sich die Herrschaften erinnern werden, ist eine solche Erhöhung auch im Frühjahr dieses Jahres vorgenommen. Damals hatten die Geschäftsführer gebeten, ihre Vergütung von 200 M auf 400 M zu erhöhen, aber die Stadtverordnetenversammlung hatte sich nur zu einer solchen auf 300 M entschließen können. Angesichts der enormen Teuerung kommen die Geschäftsführer nun abermals mit ihrem Antrage, und das Rechenegespel daß sie vorführen, leichtet einigermassen ein. Sie sagen, daß sie mit den monatlichen Bezügen nicht einmal mehr ein halbes Pfund Wurst kaufen können, und der Koks, der ihnen bewilligt sei, um ihre Geschäftsstellen zu erwärmen, kostete für sie 340 M,

sodaß



sodaß sie monatlich noch nicht einmal so viel erhielten, um einen Zentner Koks bezahlen zu können. Eine feste Summe, die sie wünschen, haben die Geschäftsführer nicht genannt, sondern bitten nur, eine Erhöhung ihrer Bezüge zu bewilligen. Der Rat hat es für angemessen gefunden, uns vorzuschlagen vom 1. November d. Js. ab die Vergütung auf monatlich 500 M heraufzusetzen.

Die  
Der Finanzkommission hat die Berechtigung dieses Antrag eingesehen und bittet Sie, sich dem Antrage des Rats anzuschließen.

Stadt. J a h n s : Meine geehrten Damen und Herren! Ich höre eben von Frau Professor Götze, daß es für angemessen gehalten wird, den Geschäftsführern der Kartenverteilungsstellen einen monatlichen Betrag von 500 M zu bewilligen. Wenn Sie zu einer Bewilligung an diese Geschäftsführer schreiben, dann müssen Sie einmal rechnen, was diese 500 M gegenwärtig für einen Wert haben - es sind vielleicht, nach dem Wert in der früheren Zeit gerechnet, 30  $\text{§}$ , und das wollen Sie den Herren gewähren, die sich Tag für Tag für diesen Dienst zur Verfügung stellen, und die an den Tagen, wo die Verteilungen vorgenommen werden, gehörig<sup>in</sup> dieser Sache zu arbeiten haben. Sie müssen auch ihr Lokal zur Verfügung stellen, selbst bei schmutzigen Wetter, wo allerlei Dreck hineingetragen wird, und dafür sollen sie 500 M im Monat haben. Dafür können sie ja nicht einmal ein Pfund Margarine kaufen! Wenn Sie ein Trinkgeld geben wollen, so mögen Sie es tun, wenn sie aber eine Entlohnung

festsetzen

festsetzen wollen, so können es nicht nur 500 M sein. Ich würde anstelle der Geschäftsführer eine solche Bezahlung ablehnen und sagen: Lieber will ich es umsonst tun! Ob ich dafür ein halbes Pfund Wurst geschenkt bekomme, das soll mir gleich sein, das ist ja so gut wie garnichts.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte, eine bestimmte Summe zu nennen, die Sie beantragen wollen.

Stadtv. J a h n s : Mindestens 1 000 M.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es war nicht ganz leicht, den Finanzausschuß zu überzeugen, daß der Antrag des Rats auf Erhöhung dieser Vergütung von 300 auf 500 M gerechtfertigt ist. Wie der Finanzausschuß geurteilt haben würde, wenn wir ihm mit dem Wunsche des Herrn Jahns, bis zu 1 000 M zu gehen, unter die Augen geträten würden, davon vermag ich mir in meiner <sup>Phantasie</sup> ~~Fantastie~~ ein ungefähres Bild zu machen - ich glaube, ~~vielleicht~~ viel Glück hätten wir damit nicht gehabt. Es wurde in Finanzausschuß nicht nur darauf hingewiesen, daß die meisten dieser Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen doch einen gewissen mittelbaren Nutzen aus ihrer Tätigkeit für die Stelle durch den Verkehr derjenigen Leute in ihrem Geschäfte hätten, die zu ihnen in Kartenverteilungsangelegenheiten kommen, möchten es nun Ladengeschäfte, Buchbinder, Barbieri oder sonstige Geschäftsleute sein. Auf alle Fälle wird der Verkehr in ihrem Geschäfte durch diese Tätigkeit nicht ungünstig beeinflusst. Es ist in übrigen mehr

mehr eine Geschäftsbereitschaft als eine Geschäftstätigkeit, die mit den 500 M bezahlt werden soll, wobei gleichzeitig auf Bereitstellung der Räume, Heizung und Reinigung Rücksicht zu nehmen ist, nicht aber sind die 500 M als eine stundenweise Bezahlung anzusehen, die sich ja auch furchtbar schwer beziffern ließe. Da die Geschäftsführer einen bestimmten Antrag nicht gestellt haben, so bitte ich es bei der Erhöhung um 200 M bewenden zu lassen. Im großen und ganzen ist im Vergleich zu der Tätigkeit der Geschäftsführer vor 3 - 4 Jahren die Arbeit in den Kartenverteilungsstellen sehr stark zurückgegangen. Wir haben dadurch, daß die Ausgabe der Brotkartenfolge alle 12 Wochen erfolgt (früher alle 4 - 6 Wochen) die Arbeit auf ein verhältnismäßig geringes Maaß heruntergedrückt, eine erheblichere Arbeitszeit kommt doch nur 6 - 7 mal im Jahre in Betracht, und so sollte ich meinen, daß wir es mit der Erhöhung auf monatlich 500 M bewenden lassen können.

Für die Erhöhung auf 1 000 M meldete sich die Minderheit der Stadtverordneten, der Kommissionsantrag, der den Ratsantrag empfiehlt, wird angenommen.

Punkt 5 der aufgestellten Tagesordnung: „Erhöhung des städtischen Zuschusses zu den Kosten der Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Nachtschutzdiensträume“ soll in der vertraulichen Sitzung behandelt werden.

5. Neubau einer Weichenanlage für die Straßenbahn in der Kastanienallee.

Stadtv. E f f n e r : Die Straßeneisenbahngesellschaft hat beim Rat der Stadt um die Genehmigung für den Neubau einer Weichenanlage in der Kastanienallee zwischen Hopfengarten und Herzogin Elisabethstraße nachgesucht. Es handelt sich dabei um Legung eines zweiten Gleises mit 3 Weichen, die eingebaut werden sollen, damit der Wagenverkehr nicht zu leiden braucht. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, die Zustimmung zu diesem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft zu geben. Der Bauausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit befaßt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, der geehrten Versammlung zu empfehlen, die erbetene Genehmigung zu erteilen.

- 92 -

Die Versammlung entspricht dem Antrage des Bau-  
ausschusses.



6. Herabminderung der Zahl der Ausschußmitglieder betr.

Stadtv. B u r g d o r f f : Es handelt sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um die eventl. Herabminderung der Zahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen. Die Sache ist im Finanzausschuß zur Sprache gebracht worden und es ist dort beschlossen worden, in Anbetracht dessen, daß die Amtsdauer der jetzigen Stadtverordneten nur noch kurze Zeit läuft, Ihnen zu empfehlen, die Neuregelung zurückzustellen, bis die nächste Stadtverordnetenversammlung darüber befindet.

Der V o r s i t z e n d e nimmt das Einver-  
ständnis der Versammlung mit dem Beschlusse des Fi-  
nanzausschusses an.

7. Bewilligung von Mitteln zur Verbilligung von  
Brennstoffen für Minderbemittelte.

Stadtv. B u r g d o r f f: Der Herr Wirtschaftsminister hat unter dem 1. November an die städtischen Behörden folgendes Schreiben gerichtet:

„Das Haushaltsamt ist von mir angewiesen, an die Stadthauptkasse 2.1/2 Millionen Mark zur Verbilligung von Brennstoffen für Minderbemittelte zu überweisen. Wegen der Einzelheiten nehme ich Bezug auf die Erörterung des Gegenstandes in der Sitzung vom 27. Oktober, an der unter andern seitens des Rats Herr Bürgermeister Meyer teilgenommen hat. Ausdrücklich hebe ich nochmals hervor, daß ich die vorzugsweise Berücksichtigung von Arbeitsunfähigen, Sozialrentnern, Kleinkapitalrentnern, Schwerkriegsbeschädigten, Angehörigen der freien Berufe (Künstler, Gelehrte, Musiker, Musiklehrer, Schriftsteller, hilfsbedürftige Ärzte, Rechtsanwälte usw.), ferner von Insassen der Alters- und Invalidenheime, Stiftungen) usw. zur Bedingung mache. Im Hinblick auf die besondere

finanzielle Notlage der Stadt Braunschweig will ich ausnahmsweise ihr entgegenkommen und mich auf die Forderung beschränken, daß die Stadt ihrerseits ein Fünftel von 2 1/2 Millionen Mark = 500 000 Mark für den gleichen Zweck aufbringt. Grundsätzlich kann ich auf die finanzielle Mitwirkung der Stadt, zu deren Aufgaben die Unterstützung Minderbemittelter gehört, nicht verzichten."

Der Rat ersucht nun die Stadtverordneten, zuzustimmen, daß dem Schreiben des Wirtschaftsministers entsprechend, diese 500 000 M zu Lasten des Kapitels XXIV des ordentlichen Voranschlages zu bewilligen. Namens der Finanzkommission habe ich Sie zu bitten, diesem Antrage des Rats Ihre Zustimmung zu geben.



- 97 -

Die Versammlung bewilligt die 500 000 Mark.

8. Abschluß eines Vertrags mit dem Straßen- und Wasserbauamt, betreffend die Benutzung des Staatstraßengebiets für den Anschluß des städtischen Rieselguts an die elektrische Fernleitung.

Stadtv. N e s s e n i u s: Um unserm Rieselgut die Segnungen der Elektrizität zuzuwenden, ist es erforderlich, daß einige Masten längst der Straßenkreuzungen aufgestellt werden und zu diesem Behufe ist es notwendig, mit dem Straßen- und Wasserbauamt einen Vertrag abzuschließen, damit dieses Amt die Genehmigung zur Aufstellung der Masten erteilen kann. Im großen ganzen ist es ein Vertrag, der nur die notwendigen Bestimmungen enthält. Unter anderem wird darin vorgesehen, daß die Stadt als Anerkennungsgebühr für die Benutzung des Staatstraßengebiets jährlich 50 M zu zahlen hat. Der Bauausschuß, der sich mit dieser Vorlage eingehend beschäftigt hat, empfiehlt Ihnen, Ihre Zustimmung zum Abschluß dieses Vertrages zu geben.

- 99 -

Die Zustimmung zum Abschluß des Vertrages wird von  
der Versammlung erteilt.

9. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung von  
Kleinrentnern.

Vorsitzender: Zu diesem Punkte ist ein Antrag gestellt von den Herren Sievers, Steinert und Maaß. Er lautet: „Wir beantragen die Einsetzung eines Ausschusses von 4 Stadtverordneten zur Mitwirkung bei der Verteilung der Unterstützungen an Kleinrentner.“



Stadtv. M u n t e: Wir haben im Finanzausschuß über diese Sache verhandelt und beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die vom Rat der Stadt angeforderten 1 300 000 M als Zuschuß für die Zwecke der Kleinrentnernothilfe aus der Stadtkasse zu bewilligen, denn der Staat hat uns 1 300 000 M zur Verfügung gestellt mit der Bedingung, daß die Stadt den gleichen Betrag für die Kleinrentnerhilfe aufbringt. Es sind bisher vom Staat und von der Stadt je 220 000 + 140 000 + 900 000 + 500 000 = 1 760 000 M bewilligt, zu denen jetzt 1 300 000 M hinzukommen, sodaß die beiden Summen vom Staat und von der Stadt im ganzen 6 120 000 M betragen. Ich habe den Auftrag vom Finanzausschuß, Sie zu bitten, der Bewilligung dieser bezeichneten 1 300 000 M zuzustimmen.

Stadtv. S i e v e r s: Meine Damen und Herren!  
Wir sind gern bereit, dort zu helfen, wo Not ist,  
und erkennen an, daß in großen Teilen ~~der Kreise~~  
der Kleinrentner starke Not eingetreten ist. Andererseits aber ist es nötig, nur dort zu helfen, wo die Unterstützung angebracht ist, und so muß scharfe Kontrolle darüber ausgeübt werden, daß nicht solche Leute Unterstützung bekommen, die nicht darauf angewiesen sind, sonst werden die wirklich Bedürftigen um einen Teil der ausgesetzten Unterstützung gebracht. Uns scheint die Kontrolle, die bisher bei der Unterstützung der Kleinrentner ausgeübt worden ist, nicht immer ausreichend gewesen zu sein. In welcher ganz anderen Weise erfolgt z.B. bei Gewährung von Armenunterstützung die Kontrolle, so daß wir sie oft als kleinlich bezeichnet haben. Bei der Armenunterstützung werden in peinlichster Art und Weise sämtliche Verhältnisse der Unterstützungsberechtigten <sup>forscht</sup> ~~ausgesprochen~~, um ihnen irgendwie einen Pfennig ~~abkürzen~~ <sup>abdrücken</sup> zu können. Ganz anders sieht die

Sache

Sache bei den Kleinrentnern aus; dort ist nach unserer Auffassung die Kontrolle nicht immer in der richtigen Weise gehandhabt worden. Allerdings wollen wir dort nicht etwa das System einführen, das leider bei der Armenunterstützung bisher immer geübt worden ist, aber eine gewisse sachgemäße Prüfung der Lage d/er Verhältnisse bei Gewährung von Unterstützungen ist unbedingt notwendig. Weiter ist es auch notwendig, zu erfahren, ob die Sicherstellung der Kapitalien, über die die Kleinrentner zu Gunsten der Stadt im Falle des Ablebens verfügen, in genügender Weise durchgeführt worden ist. Wir wollen nicht jetzt Unterstützungen geben und nachher erleben, daß lachende Erben mit den Kapitalien der Unterstützungen <sup>den</sup> sich bereichern. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, daß ein Ausschuß von 4 Stadtverordneten eingesetzt wird, der bei der Verteilung der Unterstützungen an Kleinrentner mitwirkt. Unter der Voraussetzung, daß unser Antrag angenommen wird, sind wir bereit, zu der Vorlage des Rats unsere Zustimmung zu erteilen.

Stadtv. S a u e r b i e r: Meine Damen und Herren! Auch ich begrüße mit großer Freude, daß sich die Regierung bereit gefunden hat, diese 1 300 000 M zu bewilligen und daß die städtischen Behörden gleichfalls geneigt sind, die Bewilligung vorzunehmen. Es ist nicht zu leugnen, daß bei der herrschenden Teuerung allgemein große Not besteht und daß von ihr die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung arg getroffen wird, aber ebenso ist es nicht zu leugnen, daß die Kleinrentner durch die Teuerung noch mehr getroffen werden, weil sie nicht in der Lage sind, Arbeiten, die zu beschaffen an sich möglich erscheint, verrichten zu können. Rentner mit einem Vermögen von 400 000 M sind jetzt als arme Leute anzusehen, die meisten von ihnen sind nicht in der Lage zu ihren Zinseneinnahmen noch zuzuerdienen, und Armenunterstützung zu nehmen, verbietet sich für sie aus gewissen Gründen. Sie wollen der Armenverwaltung nicht zur Last fallen, ein gewisser Stolz hält sie davon ab. Da ist es mir eine Freude, hier mitteilen zu können, daß mir von einem alten

Freund



Freunde, mit dem ich sehr häufig über die Not der Rentner gesprochen habe, eine Summe von 10 000 M überwiesen worden ist mit der Bitte, sie zur Benutzung bei Unterstützung von Kleinrentnern an den Rat der Stadt weiter zu leiten. Er hat mir davon geschrieben, daß in Hannover die Jnhaber der größeren Geschäfte, Warenhäuser usw. beschlossen haben, gleichfalls zur Unterstützung der Kleinrentner sich zusammen zu tun und sich zunächst auf 3 Monate festgelegt haben, jeden 1. Sonnabend im Monat 10% der Bruttoeinnahme zu diesem Zwecke abzuführen. Es wäre sehr mit Freuden zu begrüßen, wenn in Braunschweig in gleicher Weise verfahren würde; es bedarf hierzu auch wohl nur eines Apells. Was wird geschehen, wenn die Summe, die heute hier bewilligt werden soll, aufgebraucht ist? Ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß von den großen Firmen ähnlich wie in Hannover verfahren wird. Es ist mir schon bekannt geworden, daß eine Firma in Braunschweig sich bereits in ähnlicher Weise betätigt. - Die 10 000 M werde ich auf den Tisch des Hauses niederlegen und bitte den Vorsitzenden, sie weiter zu leiten. //

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Ich möchte zunächst meiner großen Freude über die Mitteilung des Herrn Stadtverordneten Sauerbier Ausdruck geben; das nachahmenswerte Beispiel des freundlichen Spenders verdient mit besonderem Dank hervorgehoben zu werden.

Was die Anregung betrifft, man möge die Verteilung der Spender<sup>7</sup> für die Kleinrentner unter stärkerer Zuziehung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden lassen, so weise ich darauf hin, daß wir einen Kleinrentnerausschuß bei dem Wohlfahrtsamte <sup>haben,</sup> gebildet dem aus Ihrer Mitte Frau Götze angehört, und ferner gehört ihm an der Gewerbeaufsichtsbeamte Brennecke, der den Herren vom Gewerkschaftskartell bekannt ist, aus Kleinrentnerkreisen der frühere Sattlermeister Baumbach und Fräulein Jahns, die als Fürsorgerin mit ihrer Kollegin Hake angestellt ist, und schließlich gehört die Geschäftsführerin des Wohlfahrtsamts Schwester Helene Peters und ich diesem Ausschusse an. Es handelt sich bei der Verteilung um Mittel

Mittel, die von der Regierung aus Reichs- und Landesmitteln und von uns zur Verfügung gestellt werden, und es wird <sup>vor der Bewilligung jedesmal</sup> zu dem Zwecke ~~eine~~ Nachprüfung der Anträge, <sup>ausgeführt</sup> die regelmäßig durch die Geschäftsstelle des Kleinrentnerbundes aufgenommen werden. Es ist mir zweifelhaft, ob die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit ein großes Interesse daran haben, 4 Personen in diesen Ausschuß zu entsenden, und ~~erinnere ich~~ <sup>erinnere ich</sup> ferner daran, daß ein Antrag des Rats, die Zahl der den Ausschüssen angehörenden Mitglieder aus der Stadtverordnetensitzung einzuschränken, erörtert, aber die Entscheidung zurückgestellt ist. Damit würde nicht in Einklang stehen, wenn wir für die Kleinrentnerhilfe eine solche Maßnahme treffen. Ich glaube, man könnte es einstweilen bei der Zahl der Ausschußmitglieder für die Kleinrentnerhilfe bewenden lassen. Es ist großer Wert darauf zu legen, daß ein nicht zu geringer Teil Kleinrentner im Ausschuß vertreten ist, und


und wenn in einem solchen Ausschuß von 6 - 7 Personen 2 Kleinrentner sich befinden, so ist das wohl sachgemäß. Würden ~~wir~~ statt einer Stadtverordneten 4 Mitglieder der geehrten Versammlung hineinnehmen, so würde sich der Schwerpunkt in dem Ausschusse verschieben, und ob das den Wünschen der Kleinrentner entspricht, ist zweifelhaft, so sicher ich auch bin, daß der Not der Kleinrentner auch durch einen solchen Ausschuß vollkommen Rechnung getragen wird. (Zuruf: Wie ist denn die Zusammensetzung der Armen-direktion ?) Ich glaube, es wird am besten sein, wenn es die Versammlung bei der jetzigen Regelung läßt.



Stadtv. M a r t h: Ich habe schon verschiedentlich ausgeführt, wie man <sup>an=</sup> ~~erkennt~~en muß, daß die Kleinrentner sich in einer schwierigen Lage befinden aber man muß doch auch bei ihrer Unterstützung verschiedenes berücksichtigen. Ein Teil der Kleinrentner haben <sup>A</sup> ~~haben~~ jedenfalls noch Kinder oder sonstige Verwandte, die in <sup>guten</sup> ~~größten~~ Verhältnissen leben. Sie würden sich wahrscheinlich in manchen Fällen mehr an diese Verwandten anschließen können, würden teilweise ihre Lebenshaltung verkleinern müssen, um sich den Verhältnissen anzupassen. Ein anderer Teil der Kleinrentner hat noch ein größeres Vermögen, das aber nicht so groß ist, um aus den Zinsen davon ihr Leben bestreiten zu können. Wenn Erben nicht da sind, die diese Kleinrentner unterstützen können, so müßte man Bedacht darauf nehmen, daß man, wenn man sie unterstützt -und ich bin dafür, daß dieses geschieht-, die Vermögen nicht vererben läßt, sondern versucht, die Vermögen der Stadt dienstbar zu machen, denn es geht nicht an, daß man Millionenbeträge dauernd unter

 die

die Kleinrentner bringt und beim Tode der Kleinrentner das Vermögen ein Erbe hinnimmt, der sich früher nicht ~~darum~~ <sup>ihn</sup> gekümmert hat. Ich bin dafür, daß auch die unterstützt werden, die ein größeres Vermögen haben, aber nur unter der Bedingung, daß bei ihrem Tode ihr Vermögen der Stadt zufällt. Es ist nötig, daß man hier einmal auf diese Möglichkeit hinweist. Aus allen diesen Gründen ist es der Wunsch meiner Fraktionsgenossen, im Verteilungsausschuß tätig zu sein. Man hat ja auch bei den Armenunterstützungen die Kontrolle der Stadtverordneten, und so ist es auch notwendig, daß bei der hier neu einsetzenden Wohltätigkeit eine Kontrolle der Stadt stattfindet, damit die Verteilung so vorgenommen wird, wie die Stadtverordneten es wünschen. Die Rentner werden dadurch nicht benachteiligt, aber wo Millionen hinausgegeben werden sollen, ist eine Kontrolle nötig. Ich bitte Sie, diesen Antrag meiner Freunde anzunehmen und 4 Stadtverordnete in den Ausschuß zu wählen.



Stadtv. S t e g m a n n: Ich kann mich den Ausführungen meines Parteifreundes Marth anschließen. Bei den fortgesetzten Bewilligungen für die Kleinrentner ist es wohl selbstverständlich, daß die Stadtverordneten mit Einsicht gewinnen, wie die Gelder verteilt werden. Es kann nicht angehen, daß die Kleinrentner die Sache nur unter sich abmachen; wer bürgte dafür, daß immer unparteiisch gehandelt wird, aber zweifellos kann Bürgschaft dafür übernommen werden, wenn 4 Stadtverordnete bei der Verteilung mitwirken. Davon, daß der Apparat zu groß würde, kann keine Rede sein; er ist immerhin noch klein gegen andere, so ist z.B. auf die Armenverwaltung zu verweisen. Frau Götze und Herr Brennecke gehören dem Ausschusse für die Verteilung der Kleinrentnerhilfe an. Selbstverständlich habe ich nichts gegen die Mitgliedschaft der Frau Götze und wenn sie dem Ausschusse noch ferner angehören will, bin ich einverstanden, daß nur noch 3 Stadtverordnete gewählt werden. Über Herrn Brennecke aber ist zu sagen, daß er

fort-

fortwährend auf Reisen unterwegs ist, daß also seine Person als eine aus unseren Reihen vollständig ausscheidet. Ich bitte dem Antrage meiner Freunde zuzustimmen. Wenn fortwährend Unterstützungen ausgezahlt werden und wie Herr Marth schon gesagt hat, die Sache vielleicht gar noch erweitert wird, so müssen sich die Kleinrentner auch eine Kontrolle unsererseits gefallen lassen.



Stadtv. G ö t z e: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Mittel für die Kleinrentnerhilfe nicht allein von der Stadt kommen, und so könnte man mit demselben Recht, wie es hier vertreten wird, auch von Seiten des Staats und des Reichs verlangen, daß ihren Vertretern eine Kontrolle gestattet wird. Sie müssen sich doch in die Seele dieser Leute versetzen, und fragen, ob es denn <sup>ihnen</sup> sehr angenehm sein wird, sich dieser Kontrolle zu unterwerfen. (Zuzuf: Aha!) Ich wünsche sehr, daß Sie sich mehr von der Not dieser Kleinrentner überzeugen, und demnach kann es mir nur angenehm sein, wenn von Ihrer Seite jemand in den Ausschuß hineinkommt. Ob es aber den Kleinrentnern zusagen wird und ob es zartfühlend ist, das möchte ich bezweifeln. Wenn Sie noch zwei Personen von Ihrer Seite in den Ausschuß hineinwählen wollen, dann müßte Herr Brennecke zurücktreten, damit der Apparat nicht zu groß wird. Herr Brennecke müßte aber nicht von uns aus dem Ausschuß hinausgesetzt werden, sondern Sie müßten sich deswegen mit ihm in Verbindung setzen. Bis jetzt hat er an unseren Sitzungen teilgenommen.

Stadtv. L e h n e r t: Ich glaube nicht, daß so zartfühlend, wie Frau Götze meint, die Kleinrentner behandelt werden müssen, wie man eine solche zartfühlende Behandlung ja auch nicht bei der Armenunterstützung in die Praxis umsetzt. Da wird die Kontrolle ganz genau ausgeübt, es wird genau nachgeforscht, ob der Betreffende selbst oder sein Sohn, seine Tochter, sein Großsohn oder Großtochter irgendwelche Einnahmen haben, und dann sagt man einfach: Auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches § 16, 103 Absatz 4 und 6 und 8 sind Sie zur Unterhaltung verpflichtet. Damit ist die Sache erledigt ohne alles Zartgefühl. Ich möchte daran erinnern, daß selbst der Herr Oberbürgermeister sagte, man dürfe nicht zu engherzig sein und nicht mehr sagen: „Ich muß diese Kapitalien meinen Erben hinterlassen.“ Die Sache verhält sich in Wirklichkeit so, daß der frühere äußere Glanz gewährt werden soll, aber im übrigen möchte man sich vom Staat und Gemeinde unterstützen lassen, während auf der anderen Seite das Damoklesschwert der Armenunterstützung über

ihr

ihr<sup>em</sup> Haupte schwebt. Man soll zartfühlend sein, weil es sich um Kleinrentner handelt! Ja, meine Herrschaften, Armut ist keine Schande, mag es sich nun um Kleinrentner oder um andere Verhältnisse handeln. Wenn jemand in der Lage ist, Unterstützungen annehmen zu müssen, dann kann er auch den betreffenden Instanzen das Recht zugestehen, daß über die Gewährung eine Kontrolle ausgeübt wird. Wer heute nicht arbeitet, ist arm, sonst müßte er vorher der größte Schieber gewesen sein, und wer heute nicht mehr imstande ist, zu arbeiten, braucht sich seiner Armut nicht zu schämen. Wenn Sie die Sache auf glattem Wege erledigen wollen, nehmen Sie unsern Antrag an und bestimmen Sie die Stadtverordneten zu diesem Amte!

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Der von Herrn Marth gegebenen Anregung, darauf hinzuwirken, daß die Kleinrentner ihre Kapitalien ganz oder teilweise zur Verfügung stellen, sind wir schon nachgegangen, und es geht kaum ein Tag hin, an dem ich nicht mehrere derartige Anträge auf Gewährung von Leibrente zu unterschreiben habe. Es ist erfreulich, daß sich die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß die Bedingungen der Staatsbank wegen Erlangung der Leibrente, wie sie vom Landtage aufgestellt sind, außerordentlich günstig sind.

Herrn Lehnert gegenüber, der es wohl mit seinen Ausführungen nicht böse gemeint hat, möchte ich die Kleinrentner in Schutz nehmen gegen den Vorwurf, daß es ihnen bis auf ein Tüttelchen um die Wahrung ihres früheren äußeren Glanzes zu tun wäre. Wenn Sie die bewegten Versammlungen mitgemacht hätten und die Äußerungen über Not und Elend, die in der Erörterung zutage gekommen sind, mit angehört hätten, dann würden Sie sagen: ~~Geschäftlicher und gewandter~~ (als die Kleinrent-

*„Glauk, wo bist du geblieben?“ Davon kann heute gar nicht mehr die Rede sein. Bertheidenen und rückwärtsvoller, und ich möchte sagen: geschäftlich angewandter*

ner



ner kann kaum jemand seine Rechte vertreten. Aber gerade deshalb bedürfen sie um so nachhaltiger der Fürsorge. Legt nun die Versammlung Wert darauf, die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Ausschusses zu vermehren, so will ich dagegen keine weiteren Bedenken erheben, es könnte sonst so aussehen, als ob wir etwas zu verheimlichen hätten. Der Weg, den Frau Götze zur Verstärkung des Ausschusses angegeben hat, scheint mir sachgemäß zu sein. Die Sache hat sich so entwickelt, daß wir beim Wohlfahrtsausschuß einen Verteilungsausschuß für verschiedene Legate haben und aus diesem unter Zuziehung von zwei Kleinrentnern dieser Ausschuß sich gebildet hat. Wünscht die geehrte Versammlung statt der zwei anderen Mitglieder 4 zu haben, so wird es uns, und den Kleinrentnern wohl <sup>auch,</sup> recht sein.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich kann dieses Sträuben der Versammlung nicht verstehen. Bei den verschiedensten Gelegenheiten haben wir bemerkt, daß, wenn wir Kontrollausschüsse seitens der Stadtverordneten wünschten, die doch auch bei der Arbeit mit helfen wollen, daß sich die Herrschaften dagegen gesträubt haben. Von den Rentnern glaube ich nicht, daß sie sich dagegen sträuben werden. Sie haben sich wiederholt an Stadtverordnete gewandt, auch an mich und meine Freunde und jedenfalls auch an viele von Ihnen, und haben um Hilfe gebeten. Wenn sie das tun, dann kann ich nicht einsehen, daß sie sich beleidigt fühlen würden, wenn eine gewisse Kontrolle seitens der Stadtverordneten einsetzt. Wir sind doch alle keine Unmenschen und werden den Herrschaften nichts zu leide tun. Wir kennen ihre Leiden und ihre Not und die zu wählenden Stadtverordneten werden Einsicht genug besitzen, daß sie kein Unrecht zulassen und begehen werden. Alle Bedenken, die geltend gemacht worden sind, sind hinfällig, und ich glaube, auch Herr Brennecke kann in dem Ausschuß bleiben. Es würde eigenartig aussehen, wenn man ihn hinauschieben würde.

Vorsitzender: Würden die Herrschaften damit einverstanden sein: Einer von Rechts, einer von Links, einer aus der Mitte, Frau Götze bleibt darin.

Stadtv. S i e v e r s: Wir zwei, die bürgerliche Vereinigung einen und die Demokraten einen.

Vorsitzender: Wer ist überhaupt für Bildung eines solchen Ausschusses? - Das ist die Mehrheit.

Stadtv. Stegmann schlägt die Herren Steinert und Trautmann vor,  
Stadtv. Munte Herrn Sauerbier,

Stadtv. Burgdorff Herrn Dr. Kahlert

Stadtv. Götze: ich trete sehr gern zurück.

Vorsitzender: Ich muß fragen, ob Frau Götze als Stadtverordnete in dem Ausschuss ist.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Bis jetzt ist Frau Götze nicht als Stadtverordnete im Ausschuss, sonder als eine in Wohlfahrtssachen sehr erfahrene Dame.

Der Wahl der vorgeschlagenen Stadtverordneten Steinert, Trautmann, Sauerbier und Dr. Kahlert in den Ausschuß stimmt die Versammlung zu.

Vorsitzender: Ich <sup>möchte</sup> ~~meinerseits~~ nicht versäumen, einer Dankpflicht zu genügen. Herr Sauerbier hat die 10 000 M auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Auch namens der Stadtverordneten spreche ich dem freundlichen Geber den Dank aus; Es ist Herr Klages, Leonhardstraße.

(Siehe auch Seite 132 dieses Berichts).

10. Bewilligung von Mitteln zur Erweiterung und zum  
Ausbau von <sup>Volk</sup>Speiseanstalten.

Stadtv. S t e g m a n n : In mehreren Besprechungen des Staatsministeriums mit dem Rat der Stadt ist über die Erweiterung der Volksspeiseeinrichtungen in der Stadt verhandelt worden. Es handelt sich dabei um die Volksspeiseanstalten auf der Petersiliestraße, um die Mittelstandsküche An der Katharinenkirche und die Speiseanstalt des Katholischen Frauenbundes auf der Friesenstraße, zugleich auch um die Förderung des Planes der Einrichtung einer Speiseanstalt für Kleinrentner. Die Kosten für diese verschiedenen Einrichtungen sind zu 150 000 M veranschlagt, wovon 60 000 M auf die Volksspeiseanstalt, 30 000 M auf die Mittelstandsküche, 10 000 M auf die Speiseanstalt an der Friesenstraße und 50 000 M auf die Kleinrentnerspeisung entfallen würden. Das Staatsministerium ist bereit, aus dem vom Landtag hierfür bereitgestellten Mitteln der Stadt einen angemessenen Zuschuß zu erteilen, wenn mindestens ein Fünftel  
der



der Gesamtkosten stadtseitig getragen werden. Von den Gesamtaufwendungen von 150 000 M würden also 30 000 M auf die Stadt entfallen, die zu bewilligen vom Rate beantragt wird.

Angesichts der Notwendigkeit dieser Einrichtungen empfiehlt die Finanzkommission, die die Sache geprüft hat, diesem Ratsantrage zuzustimmen.

Zu gleicher Zeit wurde, unabhängig von dieser Sache, vom Rate mitgeteilt, daß der Betrag für die Quäkerspeisungen, die noch im Gange sind und für die in den Etat 120 000 M eingestellt waren, nicht ausreicht, obgleich der Preis für das Essen für die Kinder schon auf 3 M erhöht worden ist. Der Rat der Stadt beantragt, daß über den im Etat festgesetzten Betrag hinausgegangen und 200 000 M für diese Quäkerspeisungen bewilligt werden. Der Finanzausschuß ist auch hiermit einverstanden und bittet Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. T r a u t m a n n : Es bestreitet wohl niemand <sup>(in diesem)</sup> aus unserer Versammlung die Notwendigkeit des Ausbaues <sup>der</sup> dieser Speiseanstalten, aber eins daran scheint mir bedenklich. Man hat den Plan der Errichtung einer besonderen Speiseanstalt für Kleinrentner und spricht von einer Mittelstandsküche. Deshalb möchte ich den Rat der Stadt fragen, ob nicht in sämtlichen der genannten Speiseanstalten an jederman Essen abgegeben wird, und ob die Rentnerspeiseanstalt nur für Kleinrentner bestimmt sein soll, aber nicht andere auch dort billiges Essen empfangen können.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Was die Mittelstandsküche betrifft, so ist sie in dem Hause an der Katharinenkirche eingerichtet und ist für jedermann zugänglich. Die neue Kleinrentnerspeiseanstalt ist im Grunde genommen nichts Neues, sondern ist nur eine bei der Volksspeiseanstalt eingerichtete neue Abteilung, die, soweit ich unterrichtet bin, auch für andere Kreise zur Verfügung steht. Frau Professor Götze als eine der Leiterinnen der Volksspeiseanstalt wird in der Lage sein, darüber Auskunft zu geben. Mir ist bekannt geworden, daß durch eine hochherzige namhafte Zuwendung die Kleinrentner in der Lage sind, ihre Speisungen in der Volksspeiseanstalt weiter entwickeln zu können, aber es bedarf dazu <sup>nur</sup> weiterer Nachhilfe durch Staats- und <sup>Stadth</sup> Stadtgelder. Ich freue mich sehr darüber, daß nicht eine neue Kocherei angefangen wird, sondern eine Anlehnung an die bewährten Einrichtungen der Volksspeiseanstalt den Vorzug bekommen hat, denn es würde heute



- 126a-

heute sehr unzweckmässig sein, mit Einrichtung von neuen Küchen vorzugehen.- Vielleicht hat Frau Götze die Freundlichkeit, noch nähere Aufklärung zu geben.

Stadtv. Frau Götze: Die Kleinrentnerspeisung, die augenblicklich in der Petersilienstraße aufgenommen ist, entspringt einer Spende der Firma Zeitter und Winkelmann. Es sind großartige Mittel zur Verfügung gestellt, die, wie ich gehört habe, bis zu einer halben Million angewachsen sind. Zu dieser Speisung kann jeder Kleinrentner zugelassen werden, (Zuruf: Auch unbemittelte andere Leute?) Die Ausgabe der Speisekarten geschieht nur durch den Kleinrentnerbund. Die großherzige Spende der Firma Zeitter u. Winkelmann ist laufend für den <sup>ganzen</sup> Winter gemacht worden, und soviel ich gehört habe, beträgt der Preis für eine Eßkarte 3 M. . Daß für diesen Preis auch das einfachste Essen nicht herzustellen ist, liegt auf der Hand; Die Differenz zwischen ~~zwischen~~ den Herstellungskosten und dem Preise der Eßkarte trägt die Firma Zeitter u. Winkelmann. Es ist das eine Sache, die neben der Volksspeiseanstalt herläuft, sodaß ich mit der ganzen Sache nichts weiter zu tun habe, als daß wir die Ko-  
cherei

cherei ausführen. Im übrigen besteht die Speisung in der Volksspeiseanstalt nach wie vor, aber die Mahlzeit kann natürlich zu diesem billigen Preise nicht abgegeben werden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Bevor diese hochherzige Spende der Firma Zeitter u. Winkelmann, über die wir uns alle herzlich freuen, bekannt geworden war, hatten wir gehört, daß der Rentnerbund in den Räumlichkeiten, die <sup>ihm</sup> im Waisenhaus<sup>t</sup> zur Verfügung gestellt werden sollten, eine Kleinrentnerküche einzurichten beschlossen hatte, und nach den damals uns gewordenen Mitteilungen unterlag es keinem Zweifel, daß an dieser Einrichtung auch andere Personen hätten teilnehmen können. Wie jetzt die Sache aufgezo<sup>g</sup>en ist, ist eine Beschränkung auf den Kleinrentnerstand, entsprechend den Bestimmungen des hochherzigen Spenders eingetreten. Unter diesen Umständen wird es einstweilen nicht nötig sein, dieser Abteilung mit Staats- oder städtischen Geldern zu Hilfe zu kommen, und ich glaube deshalb, wir werden die Zuweisung, die dafür in Aussicht genommen war, zurückhalten können, bis etwa in Zukunft eine derartige Einrichtung getroffen sein wird, wie sie uns bei unserem Antrage an die geehrten Herrschaften vorgeschwebt hat.

Ich

Ich glaube aber, daß die Bewilligung doch erfolgen könnte und wir nur dann davon Gebrauch machen, wenn eine Einrichtung von allgemeiner Bedeutung geschaffen wird, während diese Sache durch die Winkelmannsche Stiftung Erledigung gefunden hat.

Stadtv. Frau G ö t z e : Es wäre nicht ausgeschlossen, daß sich noch eine andere Stelle findet, die ebenfalls eine derartige Spende hergibt, und da die Volksküche in der Petersilienstraße noch nicht bis zur äußersten Leistungsfähigkeit ausgenutzt ist, so könnte eine solche Spende benutzt werden, um für die Minderbemittelten verbilligte Mahlzeiten auszugeben, indem dann die Differenz zwischen den Herstellungskosten und dem zu zahlenden Preise aus einer solchen Spende ausgeglichen wird. Dies könnte immerhin ins Auge gefaßt werden.

Die 30 000 M. werden von der Versammlung bewilligt.

V o r s i t z e n d e r : Um vollständige Klarheit zu schaffen, greife ich nochmals zurück auf den vorigen Punkt der Tagesordnung. Es waren dort 1 300 000 M. zu bewilligen, und ich habe die Zustimmung der Versammlung dazu angenommen, denn es war in der Aussprache die Äußerung gefallen: Wir stimmen der Bewilligung zu, wenn der Ausschuß gewählt wird. Es ist aber wohl nicht überflüssig, daß ich nochmals darauf verweise, daß ich die Zustimmung zur Bewilligung der beantragten Mittel als gegeben ansehe.

11. Erhöhung von Zuschlägen zu den jeweiligen Gaspreisen.

Stadtv. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren!  
Bei diesem Punkte der Tagesordnung handelt es sich zunächst um Schaffung von Mitteln zur Erweiterung der Vorkühlanlage des Gaswerkes und um eine dadurch bedingte Erhöhung der Gaspreise. Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß sich die Stadtverordnetenversammlung am 17. August d.Js. schon einmal mit der Erweiterung der Vorkühlanlage für die Gasanstalt an der Taubenstraße befaßt hat. Damals haben wir zu diesem Zweck die Summe von 3 060 000 M. bewilligt. Nachdem die Kostenanschläge eingeholt waren, und darüber befunden war, wer die Ausführung bekommen sollte, hatten sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse die Preise derartig gestaltet, daß es nicht mehr möglich war, mit den bewilligten Mitteln die Vorkühlanlage herzustellen. Die Kosten der Anlage wurden nunmehr freibleibend mit 4 900 000 M. angegeben. Die Verwaltungs-Deputation der Gaswerke hatte zunächst Bedenken, der Ausgabe einer solchen



*Prüfung*  
solchen zuzustimmen und wollte erst die Meinung der Stadtverordnetenversammlung einholen. Es wurde auch in Erwägung gezogen, ob die Anlage der hohen Kosten wegen ganz zurückgestellt werden sollte. Trotzdem hielt sich die Verwaltungsdeputation für ermächtigt, um eine noch höhere Ausgabe zu verhüten, der ausführenden Fabrik den Zuschlag zu erteilen. Ehe aber die Anlage zur Ausführung kam, stellte sich infolge der gewaltig gestiegenen Eisenpreise und der hohen Löhne heraus, daß der Preis von 4 900 000 M absolut nicht mehr in Frage kommen kann, sondern daß heute die Vorkühlanlage einen Preis von 25 Millionen Mark erfordern würde. Infolge dieser Verhältnisse hat sich die Deputation erneut mit der Frage befassen müssen, um endgültig dazu Stellung zu nehmen, ob die Vorkühlanlage ausgeführt werden soll oder nicht. Aufgeklärt durch das Betriebsamt, hat sich die Deputation auf den Standpunkt gestellt, daß es unbedingt nötig ist, die Vorkühlanlage ausführen zu lassen, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn die neue Vorkühlanlage nicht beschafft würde, so würde es nicht möglich

lich

lich sein, mehr Gas zu produzieren, wie augenblicklich. Es ist erklärlich, daß eine Minderproduktion eintreten muß, wenn zur Herstellung des Gases <sup>nur</sup> eine Vorkühlanlage vorhanden ist, die nur für ein geringeres Quantum ausreicht. Weiter ist festgestellt, daß das Gas aus unserer Gasanstalt, weil es nicht vollständig von Naphthalin und Ammoniak gereinigt werden kann, die Gasrohre verstopft und zerfrißt. Kurz und gut, die Verwaltungsdeputation ist der Ansicht, daß für den Fall, daß die Vorkühlanlage nicht angeschafft wird, der Stadt mehr Schaden zugefügt wird, als die Kosten der Vorkühlanlage ausmachen. Da sich nun aber die Mittel des Reservefonds, selbst wenn<sup>n</sup> der Kassenüberschuß von 1921-22 voll zugeführt wird, nur auf 5 420 000 M belaufen werden und irgendwelche Anleihen schwierig zu beschaffen sind und für eine Anleihe bei der Staatsbank für eine Sicherheit gesorgt werden muß, so hat der Rat der Stadt beschlossen, den Stadtverordneten zu empfehlen, zuzustimmen, daß zur Deckung der Kosten für Anschaffung der neuen Vorkühlanlage ein besonderer Zuschuß

schuß von 3 M für das cbm abgehehene Gas zu dem unter Anwendung des Preiswändlers errechneten Gaspreise erhoben wird, und zwar solange das von den städtischen Behörden für erforderlich erachtet wird.

Die Finanzkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß dem Antrage des Rates ohne weiteres zugestimmt werden muß. Aber im letzten Augenblicke hat sich noch eine andere Überlegung den Beschlüssen im Finanzausschuß hinzugesellt, sodaß ich persönlich in Rücksicht auf dies zuletzt erwä<sup>n</sup>te Moment bitten möchte, im Grundprinzip der Anschaffung der Vorkühlanlage zuzustimmen, aber die Entscheidung über die Aufbringung der Mittel noch zurückzustellen, weil sich im letzten Augenblick der Verhandlungen im Finanzausschuß von verschiedenen Seiten noch Bedenken bemerkbar gemacht haben, wonach die Aufbringung der Mittel anders zu gestalten empfohlen werden soll, als der Rat der Stadt vorgeschlagen hat. Ich bitte also, daß die Frage der Aufbringung der Kosten dem Finanzausschuß nehmals

zur

zur Beratung überwiesen wird, sodaß sie in der nächsten Stadtverordnetenversammlung mit klipp und klaren Vorschlägen kommen kann: So und so sollen die Mittel aufgebracht werden.

Noch einen anderen Antrag habe ich Ihnen namens des Finanzausschusses zu unterbreiten. Ich habe schon angeführt, wie die Preise im Laufe des langsamen Ganges der Verhandlungen gestiegen sind, das andere Mal durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Man hätte, wenn der Gang der Sache durch die städtischen Behörden nicht zu schwierig gewesen wäre, vielleicht schneller zum Ziel kommen können und dadurch hätten erhebliche Mittel gespart werden können. Darum schlägt der Finanzausschuß vor, daß die Stadtverordnetenversammlung zustimmt, daß in Zukunft, speziell bei städtischen Betrieben, wo es sich um Ausgaben für Anschaffungen handelt, die schnell vergeben werden müssen, der Finanzausschuß mit der betreffenden Deputation ermächtigt wird, die Mittel sofort zu bewilligen und hinterher vom Stadtverordnetenkollegium das Einverständnis eingeholt wird.

Diese

Diese Frage ist im Finanzausschuß reichlich besprochen worden, und es ist von ihr anerkannt, daß ein solches Verfahren unbedingt nötig ist, wenn wir schneller arbeiten wollen. Es ist ~~vielleicht~~ leichter, die betreffende Deputation -wie die Gasdeputation- und den Finanzausschuß zu einer Sitzung schnell zusammen zu berufen als die Stadtverordnetenversammlung; dadurch wird Geld und Zeit erspart. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen, daß in Zukunft so verfahren werden soll.

Stadtv. M u n t e : Es handelt sich bei der Vorlage über die <sup>ich</sup> zu berichten habe, um die allmähliche Aufbringung von Betriebsmitteln. Die Gaswerke können auf die bisherige Art und Weise nicht die nötigen Betriebsmittel beschaffen, und es läßt sich das verstehen, wenn man die Preise für Kohlen, Materialien usw. ansieht, bei denen einen Schwindel werden kann. Die Stadtkasse hat bisher immer Vorschüsse an die städtischen Werke zahlen müssen, sie hat jetzt aber selbst kaum das nötige Geld für die eigenen Ausgaben, muß Geld von der Staatsbank holen und dort wird ihre Schuld immer größer. Die Regierung hat das mißfällig bemerkt und hat abgelehnt, irgendwelche Gelder für unsere verbenden Institute herzugeben. Es wird deshalb vom Rate der Stadt vorgeschlagen, zur Ansammlung eines Betriebskapitals für das Gaswerk fortan neben dem durch Anwendung des Preiswändlers errechneten Gaspreise einen Zuschlag von 4.20 M für jedes Abgegebene cbm Gas bis auf weiteres zu erheben.

Die

Die Vorlage ist vervielfältigt und befindet sich in Ihren Händen, Sie haben sie jedenfalls aufmerksam durchgelesen, sodaß ich mich darauf beschränken kann, mitzuteilen, welches die Hauptpunkte daraus sind.

Es soll ein Betriebskapital von ungefähr 38 Millionen Mark geschaffen werden, und zwar auf die eben angegebene Weise. Durch die beiden Zuschläge, den von Herrn Steinert begründeten und den für Ansammlung des Betriebskapitals, wird allerdings der Gaspreis eine enorme Höhe erreichen. Aber es ist zu bedenken, daß wir, wenn wir zur Ansammlung des Betriebskapitals ein Jahr lang 4,20 M Zuschlag erheben, in dieser Zeit schon 38 Millionen Mark <sup>her</sup> reinbekommen, und die werden hoffentlich als Betriebskapital genügen, sonst müßte über kurz oder lang eine weitere Maßnahme getroffen werden.

Der Finanzausschuß hat diese Angelegenheit beraten und empfiehlt Ihnen, dem Vorschlage des Rats zu folgen.

Das

Das in dem Antrage des Rats auf Seite 4 der Vorlage stehenden „bis auf weiteres“ ist wohl als für ein Jahr geltend angenommen.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Munk', followed by a large, sweeping flourish that extends downwards and to the right.



Stadt v. B u r g d o r f f : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Teil dieser Vorlage zeigt mit erschreckender Deutlichkeit daß der ganze Behördenapparat in der heutigen Zeit zu schwerfällig arbeitet, weil durch ihn der sprunghaften Steigerung der Materialpreise und der Löhne, oder was sonst noch in Betracht kommt, nicht schnell Rechnung getragen werden kann. Die Deputation berätet eine Sache vor, dann kommt sie an den Rat, darauf an den Finanzausschuß, weiter kommt die Stadtverordnetenversammlung und letzten Endes nochmals der Rat. Die Zahlen, die für Anschaffung des Vorkühlers erst 3 060 000 M und nachher ~~das~~ eine Steigerung auf 25 Millionen angeben, lassen mich zu dem Ergebnis kommen, daß gemäß dem Antrage des Finanzausschusses dafür gesorgt werden muß, daß die Bewilligung von Mitteln zwecks Ausführung notwendig werdender Anschaffungen schneller vor sich gehen muß, als es bisher geschehen ist, und zwar dürfte es ein geeigneter Weg sein, der in dem Antrage des

Finanz-

Finanzausschusses angegeben worden ist, <sup>nämlich</sup> wenn Rat und Deputation sich klar darüber sind, daß eine Sache ausgeführt werden muß, so braucht nur ~~nämlich der~~ <sup>nämlich</sup> noch der Finanzausschuß seine Zustimmung dazu zu geben, und das kann in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse geschehen. Damit ist die Notwendigkeit anerkannt und die Ausführung kann vor sich gehen. Wenn die Stadt infolge des großen Betriebskapitals, das fortwährend notwendig ist, nicht in der Lage ist, rechtzeitig die Materialien zur Verlängerung der Gasrohrleitungen anzuschaffen oder die Materialien, die zur Pflasterung von Straßen, Befestigung von Wegen erforderlich sind, so wird ~~es~~ nachher notwendig die Folge eintreten, daß sie 3- bis 10 fach höhere Preise aufwenden muß. Wenn man erkannt hat, daß die Ausführung einer Sache unbedingt erforderlich ist, wie es in diesem Falle bei der Gasanstalt zutrifft - wenn 2 der aufgestellten Apparate bedeutend mehr leisten können und ein dritter nicht in der Lage ist, die Produktion zu bewilligen, dann

dann entstehen Störungen im ganzen Betriebe -, dann muß die Sache anders behandelt werden als bisher, sonst ist die Folge eine Vergeudung von städtischen Mitteln. Es ist unbedingt erforderlich, daß bei Bewilligung von solchen Mitteln schneller gearbeitet wird, und deshalb möchte ich bitten dem Antrage des Finanzausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

Aber dieser Fall lehrt uns noch etwas anderes. Wie schon ausgeführt wurde, ist die Kohlenfrage der Regulator für die gesamte Wirtschaft. Gegen die Steigerung der Kohlenpreise können wir uns nicht wehren und auch nicht dagegen, daß Gehälter und Löhne steigen müssen, wenn die Teuerung wächst. Hierfür ist niemand verantwortlich zu machen, aber wir müssen uns mit der Frage beschäftigen: Was führt zur Teuerung, und welche Mittel sind möglich und nötig, um die Teuerung abzubauen. Daß die Gaspreise so kolossal steigen, können wir nicht verhindern; man möchte wohl sagen, sie seien kaum erschwänglich,

aber

aber doch müssen sie bezahlt werden, wenn der Betrieb des Gaswerks aufrecht erhalten werden soll. Die verschiedensten Ursachen haben zu diesen hohen Gaspreisen geführt, und wenn zu diesen hohen Preisen noch hinzu kommt, daß Mittel für den Betrieb und die Ausstattung der Gaswerke angesammelt werden sollen, so muß ich nach reiflicher Überlegung sagen, daß der Weg, den der Rat der Stadt mit Erhebung eines Zuschlages gewählt hat, vielleicht der gegebene ist. Ich möchte es allerdings noch der Aussprache überlassen, zu klären, ob man diesen Weg wählen soll oder nicht, will mich also jetzt noch nicht festlegen.

Unbedingt erforderlich aber ist, daß von den städtischen Behörden in diesen Anschaffungen schneller gearbeitet wird, und deshalb stimme ich dem Ausschußantrag in dieser Richtung zu. Ich werde auch noch etwas anderes erwägen und vielleicht einen Antrag einbringen, daß der Rat der Stadt über Beträge bis zu 30 000 M selbständig verfügen kann. (Zuruf: Ein Antrag des Herrn Lehnert darüber liegt schon vor!)




Stadt v. M a r t h : Nach den bisherigen Ausführungen könnte der Anschein erweckt werden, als wenn an irgend einer Stelle die Anschaffung der Vorkühlanlage verschleppt wäre, entweder in der Deputation oder im Ausschuß oder vom Rat der Stadt. Aber das ist durchaus nicht der Fall, sondern die Verteuerung ist entstanden, weil die Materialien durch die Fabrikanten nicht herbeigeschafft werden konnten. Auch wenn wir heute einen Auftrag zu einem bestimmten Preise geben, so würde es den Fabrikanten nicht möglich sein, ihn festzuhalten, bis die Materialien beschafft sind, und deshalb behalten die Werke sich für längere Zeit vor, gleitende Preise für Materialien und Löhne einzusetzen. In der Zeit, bis die Materialien für die Vorkühlanlage beschafft waren, sind die Preise dafür und auch die Löhne und Gehälter gestiegen, und so sind mit der Zeit aus den 3 Millionen Mark 25 Millionen geworden, ohne daß es auf irgend eine Weise zu ändern war.



Die

Die Beschaffung der Anlage ist unbedingt erforderlich, um unser Gaswerk auf der Höhe zu halten. Es würde also meines Erachtens heute nur die Frage zu beraten sein: Gibt es einen anderen Weg, um diese Mittel aufzubringen, und in der Deputation ist uns kein anderer Weg als gangbar erschienen, sodaß wir uns zu dieser Auffassung bekennen mußten.

Eins aber müßte für das Gaswerk noch in Betracht gezogen werden, und das ist auch schon in der Kommissionssitzung zum Ausdruck gekommen: Es muß seitens der Gas- und Wasserwerke versucht werden, die Rechnungen für verbrauchtes Gas und Wasser nicht erst so spät herauszubringen, sondern die Beträge so schnell wie möglich einzutreiben. In der letzten Zeit ist mir zu Ohren gekommen, daß die Wasserrechnungen ziemlich ein halbes Jahr laufen, bevor sie eingezogen worden sind. Diese Mittel hätten der Stadt schon lange zur Verfügung stehen müssen, sind aber während der ganzen Zeit in den Kassen der Abnehmer geblieben. Die Direktion hat sich damit entschuldigt, daß wegen der Beurlaubun-  
 gen

*Unvollst.*  
gen das nötige ~~Menschenmaterial~~ nicht vorhanden gewesen ist, um die Beträge frühzeitiger einzubringen. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, daß die Direktion der Gas- und Wasserwerke angewiesen wird, nicht mehr Beurlaubungen stattfinden zu lassen, wie bei völliger Aufrechterhaltung des Betriebes möglich ist, sodaß der Betrieb unter den Beurlaubungen nicht leidet. In erster Linie muß der Betrieb der Werke ordnungsmäßig durchgeführt werden, und dann kommen die Beurlaubungen. Sollte es sich bei dieser Gelegenheit herausstellen, daß eine zu geringe Zahl von Personal vorhanden ist, so müßte es durch andere Beamte ergänzt werden, damit die Gelder, die die Stadt zu verlangen hat, so rasch wie möglich eingezogen werden.

Der Preis, der jetzt für das Gas gefordert werden soll, ist ein ganz enorm hoher und wird die Konsumenten ganz bedeutend belasten. Er wird erstens dadurch so hoch, da der Kohlenpreis kolossal in die Höhe gegangen ist, und zweitens dadurch, daß ein Betriebsfonds geschaffen werden soll, um Kohlen und

*OK* Materialien

Materialien einkaufen zu können. Aber wir halten das letztere für notwendig, damit das Werk sich über Wasser halten kann. Weiter soll ein Zuschlag erhoben werden, um die Vorkühlanlage herstellen zu können. Auch diese Mittel müssen beschafft werden, wenn man auch in letzter Stunde sich auf einen anderen Weg dafür einigt. Ich bin dafür, daß die Summe für die Anschaffung des Vorkühlers zur Verfügung gestellt wird und daß diese Anlage sofort zur Ausführung kommt. Sollte durch irgend einen Umstand diese Ergänzungsanlage jetzt nicht geschaffen werden können und dadurch der Preis noch mehr steigen, so würde das Gaswerk dadurch einen ungeheueren Schaden haben. Aber nicht nur das Gaswerk würde geschädigt, sondern auch die Konsumenten, die ~~dam~~<sup>zu</sup> schlechten Gas bekämen. Ich bitte im Auftrage meine Freunde, diese Summe von 25 Millionen Mark, die der Rat der Stadt für die Gaswerke braucht, um die Anlage ordnungsmäßig herstellen zu können.



können.



können, zu bewilligen, und auch den Zuschlag von  
4,20 M zur Ansammlung eines Betriebsfonds für Be-  
schaffung der Materialien für den Betrieb.

94

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie die Begründung, die der Rat seiner Vorlage gegeben hat, als zutreffend ansehen, und gebe auch meiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Sie jetzt auf dem Standpunkt zu stehen scheinen, daß man der Verwaltungsdeputation mehr freie Hand lassen muß. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß es ein Unding ist, wenn von zu vielen Seiten her in derartige Verwaltungen hineinregiert wird - so darf ich mich wohl einmal ausdrücken. Andere Städte sind längst dahingekommen, den Verwaltungsdeputationen freiere Hand zu lassen: Ich bedauere aber, daß Sie nicht denselben Standpunkt einnehmen gegenüber der Erhebung dieser besonderen Zuschläge; Herr Steinert hat doch erklärt, daß es solle diese Frage nochmals an den Ausschuß zurückverwiesen werden. (Zuruf: Es soll der volle Betrag bewilligt werden, aber auf anderer Basis!) Aber die Folge eines solchen Beschlusses

wäre,

wäre, daß wir morgen die Bekanntmachung nicht erlassen können, die erfolgen muß, wenn wir die neuen Sätze für Dezember ausschreiben wollen. Da wir monatlich ungefähr 750 000 M ebn abgeben, würden wir auf diese Weise für den nächsten Monat einen Verlust von  $(3 \times 750\,000 =) 2\,1\frac{1}{4}$  Million Mark und weiter einen Verlust von  $(4,20 \times 750\,000 =) 3\,150\,000$  M erleiden, das sind zusammen  $5\,1\frac{1}{2}$  Millionen Mark. Erlassen wir nicht jetzt die Bekanntmachung, dann können wir die neuen Sätze erst vom Anfang Februar an erheben, denn die Bekanntmachung der neuen Sätze für den folgenden Monat muß im Voraus erfolgen. Ich halte es für nötig, noch einmal auf folgendes hinzuweisen: Die Kalamität, in der wir jetzt fortwährend uns befinden, ist im wesentlichen dadurch veranlaßt, daß wir nicht die nötigen Betriebsmittel haben. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Stadt diese schwierigen Zeiten überwinden wird, aber augenblicklich können

wir

wir das Geld, das wir zur allgemeinen Verwaltung und für diese Vorkühlanlage nötig haben, nicht mehr aus der Stadtkasse dem Betriebe vorschießen. Es ist wirklich nicht angenehm für den Oberbürgermeister, wenn er fortwährend erklären muß: Wir können nicht zahlen! Wir kriegen das Kunststück nicht fertig, mit ungenügenden Einnahmen große Ausgaben zu decken; das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir müssen die Betriebe so verwalten, daß die Einnahmen die Ausgaben decken. Wenn die Verwaltungsdeputation nach eingehenden Beratungen diesen Vorschlag gemacht hat, der Rat sich mit der Sache befaßt hat, der Finanzausschuß sie geprüft und - wie ich feststellen kann - einstimmig den Beschluß gefaßt hat, daß für dies mal 3 x 4,20 M Zuschuß erhoben werden soll, dann kann ich nicht anders, als meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben, daß jetzt die Sache einstweilen nicht weiter gehen kann. <sup>Ich</sup> Ein solcher Beschluß, wie Sie

ihn

ihn vorschlagen, würde heißen: Wir erheben vorläufig überhaupt keinen Zuschlag. Haben Sie einen besonderen Vorschlag, wie die Sache gemacht werden soll, dann möchte ich Sie bitten, jetzt damit herauszukommen. Richtiger wäre es gewesen, das schon im Ausschuß zu tun. Ich habe vor der Sitzung ein Glöckchen läuten hören, nämlich daß die Zuschläge auf die Abnehmer ungleich verteilt werden sollen. Meine Herrschaften, ich möchte wenigstens - doch ich glaube, es ist besser, ich sage das in der öffentlichen Sitzung nicht, denn ich weiß nicht, was jetzt kommt. Wenn Sie das beschließen, was ich andeutete, dann laufen wir Gefahr, daß die Sache nachher auf Schwierigkeiten stößt. Es ist wirklich heute für die Verwaltung der Stadt nicht leicht, bei der finanziellen Not auf eine Einnahme von 5 Millionen Mark zu verzichten. Sollte es denn nicht möglich sein, daß Sie unseren Anträge zustimmen, vielmehr nach einer Beratung in vertraulicher

cher

cher Sitzung? Aber einfach zu sagen: „Für jetzt  
lehnen wir die Erhebung der Zuschläge ab“, das  
halte ich nicht für richtig.

Stadt v. S t e i n e r t : Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, daß dadurch, daß die Angelegenheit an den Finanzausschuß zurückverwiesen wird, der Stadt ein Schaden von 5 Millionen Mark zugefügt wird, so stimmt das nicht ganz. Der Herr Oberbürgermeister weiß, daß die Sache so aufgezogen werden soll, daß der Mehrpreis solange erhoben werden soll, bis die Kostenggedeckt sind. Dann ist es aber gleich, ob man mit der Erhebung des Zuschlages einen Monat früher oder später anfängt; die Stadt hat bei einem späteren Anfang keinen Pfennig Ausfall, nur würde die Erhebung einen Monat länger stattfinden müssen.

Wenn nun der Herr Oberbürgermeister sagt, daß wir damit herauskommen sollten, was wir eigentlich wollten, so habe ich schon gesagt, daß in der letzten Minute vor Beginn der Verhandlung die Frage auftauchte, ob wir nicht die ganze Angelegenheit zurückverweisen wollten, denn wie die Sache jetzt

noch

noch aufgezogen ist, wäre es nicht richtig. Es wäre angebracht, daß im Finanzausschuß noch einmal überlegt würde, ob nicht eine andere Regelung der Eintreibung der Gelder stattfinden könne. Wir wissen noch nicht genau, wie eine andere Regelung der Angelegenheit möglich zu machen ist, und können auch in der vertraulichen Sitzung nicht dazu Stellung nehmen. Wenn auch die Sache bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung verschoben wird, so geschieht der Stadt dadurch kein Pfennig Schaden.



Stadtv. S t e g m a n n (zur Geschäftsordnung):  
Wie der Herr Oberbürgermeister sagte, hat der Finanz-  
ausschuß sich einstimmig auf den Standpunkt der  
Vorlage gestellt. Inzwischen ist heute vor der  
Sitzung zwischen einer Anzahl von Stadtverordneten  
eine Abmachung getroffen, die Herr Steinert erwähn-  
te und den meisten von Ihnen bekannt sein wird.  
Ich beantrage nun, damit die Sache nicht verschleppt  
wird, eine Pause von 5 Minuten eintreten zu lassen,  
damit die einzelnen <sup>F</sup>raktionen sich schlüssig machen  
können.

Oberbürgermeister Retemeyer: Meine verehrten Herrschaften! Die Ansicht des Herrn Steinert wäre vollkommen richtig und es würde kein Anlaß vorliegen, etwas dagegen zu sagen, wenn wir diese Mittel von 25 Millionen Mark auf längere Zeit noch durch Anspannung unseres Kredits beschaffen könnten; dann käme es nicht darauf an, ob wir diese Zuschläge von 1. Dezember oder von 1. Januar an erheben. Aber wie liegt denn die Sache? Meine Herrschaften, hier steht jemand vor Ihnen, der hat früher in seinem Leben niemals einen Wechsel unterschrieben; jetzt habe ich für 20 Millionen Mark Wechsel unterschreiben müssen, um unsere Kornrechnungen bezahlen zu können. Das ist <sup>(doch)</sup> keine Kleinigkeit! Wenn wir jetzt den Auftrag <sup>zu präzisieren</sup> auf die Vorkühlanlage erteilen, dann müssen von der Fabrik Materialien angeschafft werden. Ich weiß nicht, was Herr Oberingenieur Kellner in bezug auf die Abzahlungen abgemacht hat, aber selbst erstklassige Firmen fordern heute bei der Bestellung eine Anzahlung. Woher soll die genommen werden? Wenn Sie wünschen, daß eine

eine andere Art der Aufbringung der Gelder vorgenommen werden soll, so überlegen Sie das bitte entweder heute oder bewilligen Sie wenigstens zunächst für diesen Monat Dezember die Zuschläge; von 1. Januar ab könnten wir dann die Sache vielleicht anders aufziehen, aber dann könnten wir erst einmal unsere Bekanntmachung erlassen. Wir können doch nicht selbst gegen die Vorschriften verstoßen, die wir erlassen haben, also müssen wir die Neuregelung vorher bekanntmachen und sagen: Von der nächsten Ablesung an gelten die und die Sätze. Daß der Gaspreis hoch geworden ist, erkenne ich ohne weiteres an, und ich weiß auch nicht, wie manche Leute das Geld dafür aufbringen. Das trifft aber nicht nur für Gas zu, sondern auch für andere Sachen. Aber eins muß auf jeden Fall noch in Berücksichtigung gezogen werden: Wenn es auch traurig ist, daß es einzelnen Familien jammervoll geht, so wäre es doch das Entsetzlichste, wenn die Stadt zusammenbrechen<sup>würde</sup> und der Staat nicht mehr weiter könnte. Erst müssen wir die Stadt als solche auf den

Bei-

Beinen halten, dann kann sie vielleicht den einzelnen helfen - anders ist es nicht möglich. Ich möchte bitten, die Zuschläge nicht abzulehnen, ich wüßte sonst nicht, wie ich mit der Staatsbank weiter verhandeln soll; sie rechnet sehr fest damit, daß wir Ernst machen und größere Einnahmen schaffen, sonst ist es dort mit unserem Kredit vorbei.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme an, daß es der Wunsch der Versammlung ist, daß zunächst eine Besprechung in den Fraktionen erfolgt. Damit nun aber die Aussprache auf einheitlicher Basis geschehen kann, möchte ich folgendes zur Erwägung geben: Wir sind uns einig darüber, daß die Vorkühlanlage bestellt werden muß, auch einig darüber, daß Mittel dafür unter allen Umständen beschafft werden müssen. Wir wollen auch gern dem Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters nachkommen, der dahin geht, daß heute eine Entscheidung getroffen wird, wenn es irgend möglich ist. Es ließe sich erwägen, ob der endgültige Beschluß in einer vertraulichen Sitzung gefaßt werden soll und wenn es möglich wäre, zu dieser Sitzung der Herr Stadtbaumeister Kellner herangerufen wird. Die Schwierigkeit bei der ganzen Sache besteht darin, daß bei dem Vorschlage, der gemacht werden soll, abzuwägen ist, ob die gesamten Mittel hereinkommen. Ob wir in der vertraulichen Sitzung dazu kommen werden, unter Entbehrung einer nochmaligen Kommissionsberatung einen endgültigen Beschluß zu fassen, das mag dahingestellt blei-

bleiben. Sicher ist, daß wir unter Anhörung eines Sachverständigen-Urteils besser zu einer Entscheidung kommen können.

Es handelt sich bei dem zu erwartenden Vorschlage darum, ähnlich wie bei der Reichseinkommensteuer unten eine Stufe für die bedrängten Verhältnisse von dem Zuschlage frei zu lassen, dann die bescheidenen Haushaltungen eine schwache Belastung erfahren zu lassen, nicht diese starke mit rund 8 Mark, und schließlich von einer höheren Stufe ab einen etwas höheren Betrag zu fordern, damit der Ausfall gedeckt wird. Auf dieser Basis wollen wir uns besprechen.



Auf Wunsch des Herrn Stadtverordneten Stegmann findet eine Abstimmung über seinen Antrag, eine kurze Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen, statt. Der Antrag wird angenommen und die Stadtverordneten begeben sich in die Fraktionsberatungszimmer. Nach Verlauf einer Viertelstunde wird die Sitzung vom Vorsitzenden wieder eröffnet.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren !

Es war von uns geplant, eine staffelförmige Ausgestaltung dieser Abgabe vorzuschlagen. Da uns aber ein genaues Bild von der staffelweisen Abgabe noch nicht vor Augen ist und wir unbedingt Mittel haben müssen, um unser Gaswerk instand-zusetzen, so sind meine Freunde dafür, daß heute die Vorlage des Rats, wie sie vorliegt, angenommen wird, aber nur auf einen Zeitraum, bis eine andere Grundlage gefunden ist, um die Mittel aufzubringen.





Stadt v. B u r g d o r f f : Namens der mir Nahestehenden gebe ich die Erklärung ab, daß wir für den Monat Dezember der Vorlage des Rats zustimmen, bis die Deckungsfrage in anderer Weise geklärt ist.

- 167 -

V o r s i t z e n d e r : Das heißt: Es soll in diesem Monat eine Klärung erfolgen. - Beide Erklärungen kommen im wesentlichen auf dasselbe hinaus.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte dann die Herrschaften nur bitten, zu sagen, wie <sup>weiter</sup> ~~bei~~ fahren werden soll. Erwarten die Stadtverordneten, daß der Rat seinerseits eine Vorlage einbringen soll ? Das kann ich nicht in Aussicht stellen, weil ich — offen gestanden — fürchte, daß aus rechtlichen und technischen Gründen der Weg, den Sie ~~be~~gehen wollen, nicht beschreitbar ist. Wenn wir uns verständigen wollen, sind wir selbstverständlich gern dazu bereit, nur mußten wir dann noch Bescheid wissen, wie die Sache weitergehen soll. Soll die Sache inbezug auf diesen Punkt an die Finanzkommission zurückverwiesen werden ? Dort könnten wir uns unter Mitwirkung des Herrn Baurats Kellner besprechen.

- 169 -

Stadtv. B u r g d o r f f: Ich ergänze meinen Bericht dahin, daß von uns vorgeschlagen wird, in der nächsten Finanzausschußsitzung diese Sache zu besprechen.

Stadtv. M a r t h: Ich glaube, mit dieser Regelung ist dem Rat der Stadt nicht geholfen. Wenn wir in der nächsten Finanzausschußsitzung keine Lösung finden, sitzen wir für die Stadt fest. Ich möchte bitten, die Fassung so zu wählen, daß wir uns bereit erklären, die Zuschläge bis zu einer anderen Regelung zu bewilligen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß wir im Dezember zu einem Beschlusse nicht kommen. Die Ausarbeitung wird so verzwickt sein, daß wir sie in einer Sitzung nicht erledigen können. Ich bitte auch die Herrschaften von Rechts, sich dieser Beschlusfassung anzuschließen.



- 171 -

Stadtv. Dr. R ö p k e: Wir schließen uns dem  
Vorschlage des Herrn Marth an.

Vorsitzender: Es sind verschiedene Punkte beantragt. Wir könnten/zuerst darüber abstimmen, ob wir die Ratsanträge annehmen wollen, wie es die Finanzkommission beantragt hat, aber mit dem Zusatzantrage des Herrn Marth.

Dann ist abzustimmen über die Ermächtigung der Deputation. Sie hieß wohl so: Die Versammlung soll ihr Einverständnis damit erklären, daß die infrage kommende Deputation ermächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß über größere eilige Aufgaben, z.B. Beschaffung von Anlagen und Betriebsmittel sofort zu befinden, und der danach stattfindenden Stadtverordnetenversammlung ist Kenntnis davon zu geben.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r s Ich halte  
es für richtiger, daß wir Ihnen, damit kein Zweifel  
über die Kompetenzen dieser Deputationen und der Fi-  
nanzkommission entsteht, eine Ratsvorlage einbringen.  
Dann können Sie darüber Beschluß fassen, wie es sein  
soll. Dieser Antrag <sup>wird</sup> ist also als eine dem Rat gege-  
bene Anregung zu betrachten <sup>sein</sup>.



Vorsitzender: Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Rats zustimmen, die Hand zu <sup>erheben</sup> ~~heben~~. (~~ge-~~ schieht). Das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte ferner diejenigen, die dem Antrage des Herrn Marth zustimmen, daß in eine Prüfung über die anerweitige Aufbringung der Mittel eingetreten werden soll, die Hand zu erheben. (~~g~~eschieht.) Auch das ist angenommen.

12. Anschaffung einer Unzelwage für die Markthalle.

Damit verbunden:

Ermächtigung des Rats, bei Anschaffungen über Beträge bis zu 50 000 M selbständig zu verfügen.

Stadtv. S t e g m a n n: Infolge der neuen Vorschriften über Erhöhung der Fleischuntersuchungsgebühren nach Gewicht ist es nötig, für die Markthalle eine sogenannte Unzelwage anzuschaffen, deren Preis 5750 M beträgt. Der Rat der Stadt beantragt, der Anschaffung einer solchen Wage für Rechnung der Markthalle zuzustimmen. Die Notwendigkeit der Anschaffung liegt vor, und so schlägt Ihnen der Finanzausschuß vor, dem Ratsantrage zuzustimmen.

Bei dieser Gelegenheit ist <sup>im</sup> ~~dem~~ Finanzausschuß die Frage erwogen, ob es nötig ist, daß solche Kleinigkeiten, wie die Anschaffung eines Schrankes, einer solchen kleinen Wage und dergleichen erst den Finanzausschuß und dann das Plenum der Stadtverordneten beschäftigen. Deshalb wurde gewünscht,

daß

daß dem Rat der Stadt die Ermächtigung erteilt wird,  
bis zu einer gewissen Grenze--meine Freunde beantrag  
bis zu 50 000 M-- Gegenstände <sup>zu</sup> anschaffen ~~kaan~~, ohne  
die Stadtverordnetenversammlung zu befragen. Ich  
glaube, diesen Antrag können wir jetzt gleich mit  
erledigen.

Stadtv. L e h n e r t: Ich möchte bitten, diesen meinen Antrage sofort zuzustimmen. Es ist schon lange unser Wunsch, daß wir mit diesen Kleinkram in der Stadtverordnetenversammlung verschont werden.

Vorsitzender: Wer für die Bewilligung der  
Wage ist und zu gleicher Zeit dem rat die Ermäch-  
tigung geben will, bei Anschaffungen bis zu 50 000 M  
selbständig zu verfügen, den bitte ich, die Hand zu  
erheben. (Geschieht.) Angenommen.

13. Erlaß einer Satzung über Hauskonten.

Stadtv. G r & f: Auch über diesen Punkt der Tagesordnung liegt Ihnen eine vervielfältigte Vorlage vor. Es geht aus dieser Vorlage hervor, daß auf Grund des Reichsmietengesetzes und der braunschweigischen Ausführungsbestimmungen für diejenigen Häuser, in denen gesetzliche Mieten gezahlt werden, ein Hauskonto errichtet werden muß. Den Gemeinden ist hierbei die Verpflichtung auferlegt worden, über die Einrichtung, die Verwaltung und Verwendung der Hauskonten ein Statut aufzustellen und der Gemeindeaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Um eine einheitliche Regelung für den Freistadt Braunschweig zu gewährleisten, hat eine Kommission der Vereinigung braunschweigischer Wohnungsämter in Verbindung mit der zuständigen Ministerialabteilung, der Braunschweigischen Staatsbank und --wie ich annehme-- der

Mietere

Mietervereinigung eine Mustersatzung über die Hauskonten aufgestellt, die den Stadtverordneten zur Annahme empfohlen würden. Der Rechtsausschuß hat die Vorlage beraten und seine Zustimmung zu den Satzungen gegeben. -- Änderungen sind vom Rechtsausschuß nicht gewünscht.



Stadtv. N 8 1 1: Ich möchte bitten, in § 2 das Wort „oder“ zu streichen. Nach der Gesetz- und Verordnungsammlung Nr. 185 ist diese Streichung notwendig, denn in Nr. 7 der Ausführungsbestimmungen heißt es: „Dieser Zuschlag ist so zu bemessen, daß er zur Verzinsung <sup>und</sup> Tilgung des für die Instandsetzungsarbeiten erforderliche, Kapitals ausreicht.“ Wenn man dies Wort „oder“ in der Satzung stehen läßt, wird der Sinn etwas anders, als es die Ausführungsbestimmungen vorschreiben. Es muß also heißen: „Die Mittel des Hauskontos dürfen nur für große Instandsetzungsarbeiten, zur Verzinsung und Tilgung des hier für aufgewendeten Kapitals verwendet werden.“

*N*



Stadtbaudrat G e b e n s l e b e n: So ganz unrecht hat Herr Nöll nicht. Es ist allerdings ein gewisser Widerspruch zwischen den § 7 der Reichsbestimmungen und den Ausführungsbestimmungen des Braunschw. Staatsministeriums zu finden. In den Reichsbestimmungen heißt es: „Dieser Zuschlag ist von Vermieter auf ein für sein <sup>H</sup>aus oder seinen Grundbesitz einzurichtendes Hauskonto einzuzahlen und lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Vermieters zu verwenden.“ Dagegen heißt es in den Ausführungsbestimmungen: „Bei der Festsetzung des Zuschlags sind nur notwendige große Instandsetzungsarbeiten zu berücksichtigen. Er ist so zu bemessen, daß er zur Verzinsung und Tilgung des für die Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Kapitals ausreicht.“ Wenn man nun den Wünschen des Herrn Nöll Rechnung tragen wollte, dann könnte man das so machen, daß man statt des Worts „oder“ „und zwar“ setzt. Dann würde es heißen: „Die Mittel des Hauskontos dürfen nur für große Instandsetzungsarbeiten, und zwar“

zwar zur Verzinsung und Tilgung des hierfür aufgewendeten Kapitals verwendet werden." Damit würde den Worten des Reichsgesetzes und der Ausführungsbestimmungen Rechnung getragen werden. Ich möchte bemerken, daß dieser Satzungsentwurf -- <sup>Herr</sup>der/Referent hat es schon ausgeführt-- nicht vom Rat der Stadt aufgestellt worden ist, sondern von einem Ausschuß der braunschweigischen Wohnungsintervereinigung in Einvernehmen mit dem Braunschw. Staatsministerium und der Braunschw. Staatsbank. Satzungen nach diesem Entwurf sind schon im voraus genehmigt worden, was ja eine abnorme Handhabung ist. Wir haben infolge dieser Maßnahmen an dem Entwurfe nichts geändert. Es ist mir vor 14 Tagen allerdings aufgefallen, daß ein gewisser Widerspruch zwischen dem Reichsgesetz und den Ausführungsbestimmungen existiert, der sich aber auf die angegebene Weise ausmerzen läßt. Das Reichsgesetz sagt, die Mittel sollen lediglich für große Instandsetzungsarbeiten verwendet werden, und daraus konnte entnommen werden, daß die Mittel selbst

für

für Instandsetzungsarbeiten verbraucht werden sollen, während nach den Braunschw. Ausführungsbestimmungen die Sache so aufgefaßt werden kann, daß ein Kapital als Hauskonto aufgesammelt werden soll, das lediglich zur Verzinsung und Tilgung der Ausgaben für große Instandsetzungsarbeiten Verwendung finden soll. Darüber ist wohl aber Klarheit, daß die Sache so liegt, daß das Hauskonto <sup>nicht</sup> unter allen Umständen ausreicht, um alle großen Instandsetzungsarbeiten auszuführen. Wenn es nicht ausreicht -- und es sind in diesen Fällen häufig Anfragen an mich gerichtet -- dann hat der Vermieter das, was an Geld fehlt, nach wie vor aus seinen eigenen Mitteln aufzubringen. Das Hauskonto soll also nur zur Unterstützung für derartige Ausgaben dienen. Ich wüßte nicht, wie anders den Verhältnissen Rechnung getragen werden könnte, als wenn Sie es so machen, wie ich vorgeschlagen habe.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r: Es ist sehr zweifelhaft, ob wir gut tun, diesen Antrage des Herrn Müll zu entsprechen. Was zunächst die rechtliche Seite betrifft, so ist die Festsetzung der Ausführungsbestimmungen, soweit ich mich erinnere, den einzelnen Ländern überlassen, und so kann man zweifelhaft sein, ob nicht eine Erweiterung der Vorschriften durch diese möglich war. Aber abgesehen von dieser Rechtsfrage möchte ich fragen: Wohin führt das, was Herr Müll will? Dahin, daß dieser Fonds, er mag noch so groß sein, nicht direkt für Bestreitung von Kosten für große Instandsetzungsarbeiten verwendet werden kann, und im allgemeinen soll man doch sagen: „Der Zuschlag wird erhoben, um davon, soweit es möglich ist, die Kosten der großen Instandsetzungen direkt zu bezahlen, und <sup>soll</sup> ~~verweilen~~ nicht erst den Hausbesitzer darauf, <sup>verweisen</sup> eine Anleihe aufzunehmen und diese aus dem Hauskonto zu verzinsen und tilgen. Ich möchte anheingeben, das Wort „oder“ stehen zu lassen, dann

dann ist den Hausbesitzern die Möglichkeit gegeben, wenn das Hauskonto ausreicht, direkt aus ihm die Kosten der großen Instandsetzungen zu bestreiten, und wenn es nicht ausreicht, kann er eine Anleihe machen und das Hauskonto zur Verzinsung und Tilgung verwenden. Ich halte das für eine sehr weise Erweiterung der Vorschriften des Reichsgesetzes.

Stadtv. B u r g d o r f f: Ich möchte mir vom Rat der Stadt eine Aufklärung erbitten. Es hat in der Zeitung gestanden, daß die Staatsbank die Einlage für das Hauskonto nicht verzinst, dagegen heißt es in den Ausführungsbestimmungen: „Die Zinsen der auf das Hauskonto gezahlten Gelder sind diesem zuzuschlagen.“ Daraus geht meiner Meinung nach zweifellos hervor, daß das Hauskonto verzinst werden muß. Im § 7 der heute zu beratenden Satzung heißt es: „Für den Verkehr mit der Sparstelle gelten die von der Braunschw. Landessparkasse jeweils erlassenen Bestimmungen.“ Konnte da nicht eine Vorschrift erlassen sein, die die vorgesehene Verzinsung außer Kraft setzt? Ich bin der Ansicht, daß durch die Hauskonten ziemlich bedeutende Summen zusammenkommen, und dann ist es nicht mehr wie recht und billig, daß auch Zinsen dafür bezahlt werden. Kann der Rat Auskunft darüber geben, ob eine Bekanntmachung der Staatsbank vorliegt, daß das Hauskonto nicht verzinst wird, ob eine solche Bestimmung berechtigt ist, und wenn nicht, ob sie zurückgenommen werden wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich glaube, Herr Burgdorff kann sich nicht auf die Bestimmungen berufen, die er angeführt hat; es steht dort nur, daß die Zinsen den Hauskonto zugeschrieben werden sollen. Da wird der Jurist sagen: „Soweit es Zinsen gibt; wenn es keine gibt, werden sie nicht zugeschrieben.“

Nun ist der Rat als solcher ~~nicht~~ über diese Sache nicht orientiert, aber <sup>grade mit.</sup> er ~~kennt~~ als Verwaltungsglied der Staatsbank, <sup>kann ich</sup> Auskunft geben. Es war zunächst in Aussicht genommen, Zinsen zu bewilligen, allerdings nur in einem geringen Prozentsatz. Wir haben aber in einer der folgenden Sitzungen auf Antrag des Direktoriums beschlossen, die Zinsenzahlung abzulehnen, und zwar deshalb, weil uns glaubhaft nachgewiesen wurde, daß durch die Verwaltung dieser Kapitalien der Staatsbank derartige Mühen und Kosten für Gehälter usw. entstehen, daß sie nicht annähernd durch die aufkommenden Zinsen gedeckt werden. Die Staatsbank muß sehen, wie es durch die Nutzung der ihnen übergebenen Kapitale aus den Hauskonten die verwalteten Kosten der Verwaltung mildert.

- 189. -

Stadtv. S a u e r b i e r: Was ich sagen wollte, ist erledigt.



Stadtv. B u r g d o r f f: Mich berührt diese Erklärung doch eigenartig. Wenn der Staat nun einmal der Staatsbank ein Monopol zu erkennt, daß nur bei ihr die Hauskonten angelegt werden <sup>suchen</sup> ~~darüber~~, dann kommt dort eine Menge Geld zusammen, und man muß auch Zinsen geben. Weshalb trägt man nicht Sorge, daß man die Gelder auch bei anderen Banken deponieren kann, die gern Zinsen geben würden. Weshalb geht man in diesem Falle so rigoros vor. Das betrifft auch die Mieter, denen die Zinsen, die verloren gehen, gehen auch für zu machende Reparaturen verloren. Ich kann mich mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Soweit mir bekannt ist, hat sich die Staatsbank nicht um dieses Monopol beworben, sondern es ist einfach vom Staatsministerium verfügt, daß diese Gelder bei der Staatsbank niedergelegt werden sollen, und das ist wahrscheinlich deshalb geschehen, weil das Ministerium die Staatsbank für das sicherste Geldinstitut gehalten hat. Wenn Anordnungen getroffen werden sollen über die Verwaltung eines Fonds zu Gunsten von Legaten und Stiftungsgeldern, dann sagt das Gesetz kategorisch, daß solche Gelder bei der Staatsbank anzulegen sind. So wird auch diese Bestimmung über die Hauskonten zustande gekommen sein, genau unterrichtet darüber bin ich allerdings nicht. Die Staatsbank selbst würde auf die ganze Sache gern verzichten.

Stadtv. Dr. R ö p c k e t Was den Antrag des Herrn Möll anbetrifft, so möchte ich bitten, ihn abzulehnen. Der Herr Oberbürgermeister hat die verschiedenen Gesichtspunkte, die hier in Frage kommen, bereits klar hervorgehoben. Ich kann nicht anerkennen, daß die Bestimmung~~en~~ aus der Satzung mit dem Reichsgesetze in Widerspruch steht. Das Reichsgesetz hat den Erlaß der Ausführungsbestimmungen den einzelnen Ländern überlassen, und so würden die Länder unzweifelhaft bestimmen können, in welcher Form die Verwendung der eingezahlten Gelder zu geschehen hat.

Betreffs der Frage der Verzinsung kann ich nur bestätigen, daß die Staatsbank durchaus keinen Wert darauf gelegt hat, das Monopol zu bekommen, denn die Arbeit für die Verwaltung der Hauskonten ist ungeheuerlich. Ich möchte auch empfehlen, auf diese Frage nicht allzusehr einzugehen, sonst könnte es kommen, daß die Staatsbank sagt: „Nun gut, dann will ich die Gelder verzinsen, aber ich muß auch

Ver-

Verwaltungskosten haben", und dann ist zu befürchten, daß die zu zahlenden Gebühren für Verwaltungskosten höher sein würden als die Zinsen.

Stadtbaumeist G e b e n s l e b e n: Die von Herrn Möll angeschnittene Frage ist doch ziemlich wichtig. In dem Reichsgesetze steht: „Dieser Zuschlag ist lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden zu verwenden“, und in den Ausführungsbestimmungen des Staatsministerium heißt es: Der Zuschlag zur Grundmiete ist so zu bemessen, „daß er zur Verzinsung und Tilgung des für die Instandsetzungsarbeiten erforderliche, Kapitals ausreicht.“ Nun empfiehlt das Staatsministerium eine Satzung, die sie hat ausarbeiten lassen und in der es heißt: „Die Mittel des Hauskontos dürfen nur für größere Instandsetzungsarbeiten oder zur Verzinsung und Tilgung des hierfür aufgewandten Kapitals verwendet werden.“ Das scheint in einem gewissen Widerspruch zu stehen, aber andererseits muß man berücksichtigen: Es würde möglich sein, eine Tilgung des aufgewandten Kapitals schon in einem Jahr vorzunehmen. Ich glaube, daß man aus praktischen Erwägungen heraus das Wort „oder“ ruhig stehen läßt.

~~2000-~~

Jedenfalls würde damit die Möglichkeit gegeben sein, die nötigen Mittel unmittelbar dem Hauskonto zu entnehmen. Ich möchte also Herrn Wöll bitten, aus praktischen Rücksichten auf seinen Antrag zu verzichten.

Stadtv. J a h n s: Ich wollte mich für eine Verzinsung der eingezahlten Kapitale aussprechen. Nun sagt aber Herr Dr. Röpcke eben, man wüßte nicht, ob bei Gewährung einer Verzinsung nicht eine Provision für die Verwaltung der Kosten von der Staatsbank verlangt werden würde. Ich glaube, man ist schon arg darüber aus, Provision für die Tätigkeit der Staatsbank zu erheben. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich für Einlösung einer Rechnung für elektrischen Strom im Betrage von 771 M eine Einlösungsgebühr von 3 M habe bezahlen müssen. Das ist doch schon eine beträchtliche Provision! Wenn ich wüßte, daß eine Provision nicht zur Berechnung kommt, dann würde ich nicht weiter auf Verzinsung bestehen. Nur wenn Herr Dr. Röpcke das Versprechen geben kann, daß keine Provisionskosten von der Staatsbank erhoben werden, möchte ich bitten, nicht weiter für die Verzinsung einzutreten.

Stadtv. F a y : Mir scheint bei § 2 der Satzung eine größere juristische Debatte darüber, wie er aufgefaßt werden soll, überflüssig. Im Gegensatz zu Herrn Müll bin ich der Ansicht, daß dieses „oder“ nicht zu Zweifeln Anlaß geben kann, sondern notwendig ist. Sachlich und vom kaufmännischen Standpunkt aus darf es gar nicht anders heißen. Reicht das Konto aus, ist genug Deckung vorhanden, dann wird es zu größeren Instandsetzungsarbeiten verwandt, und nur in dem Falle, wenn es nicht ausreicht, muß selbstverständlich Kapital angeliehen werden, und die Mittel des Hauskontos können dann nur zur Verzinsung und Amortisation verwandt werden. Ich finde, daß der § 2 ganz klar ist.



Stadtv. R a s c h e: Den § 7 des Statuts können wir unmöglich annehmen. Es ist überhaupt das ganze Statut nicht von der Versammlung beraten, noch sind die Stadtverordneten bei seiner Aufstellung gehört worden. Es soll uns einfach diktiert werden-- dann brauchen wir ja gar nicht zu beraten und nicht zu beschließen. Wenn wir über das Statut beschließen und ~~Mängel~~ abstellen würden, dann würden wir als diejenigen angesehen werden, die <sup>vorher</sup> ~~es~~ gemacht haben. <sup>der</sup> Deshalb bin ich der Ansicht, daß ~~diejenigen~~ <sup>der</sup> die Verantwortung für das Statut übernehmen möge, der das Diktat ausgearbeitet hat. Ich stelle den Antrag, das ganze Statut abzulehnen.

Vorsitzender: Ich möchte anheimgeben, zu beantragen, daß die von der Braunschw. Staatsbank erlassenen allgemeinen Bestimmungen zur Verwendung auch bei dem Hauskonto kommen, dann braucht man keine Sonderbedingungen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Die Stadt ist nicht etwa bei Ausarbeitungen des Statuts nicht gehört, sondern sie hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen können. Es ist nur das abnorme Verfahren eingeschlagen, daß uns gleich ein Musterstatut vorgelegt ist, zu dem in diesem Falle gleich von vornherein die Genehmigung des Ministeriums erteilt ist.

Daß Herr Rasche sich über § 7 ereifert, verstehe ich nicht. Es heißt dort: „Für den Verkehr mit der Sparstelle gelten die von der Braunschw. Landessparkasse jeweils erlassenen Bestimmungen.“ Wenn dieser Paragraph nicht hier stünde, dann würden diese Bestimmungen gleichwohl gelten; sie sind schon in Gültigkeit getreten, bevor dieses Statut erlassen ist, denn die betreffende Bekanntmachung der Landessparkasse datiert schon vom 7. Juli d. Js. Darüber ist im Ausschuß schon gesprochen worden.

Der Satz in der Ausführungsbestimmung zu § 7 I:  
„Der Zuschlag ist so zu bemessen, daß er zur Verzin-  
sung

sung und Tilgung des für die Jastandsetzungsarbeiten erforderliche „Kapitals/ausreicht“, ist nach meiner Auffassung <sup>wohl</sup> ~~welche~~ lediglich deshalb aufgestellt, um für den Rat der Stadt einen Hinweis zu geben, wie hoch er die Zuschläge zu bemessen hat. Er soll sie jedenfalls so hoch bemessen, <sup>dass</sup> ~~durch~~ sie die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals erfolgen kann. Es handelt sich hier wohl lediglich um eine Richtschnur, wie hoch die Hundertsätze festzusetzen sind.

Stadtv. R a s c h e: Ich bitte bei § 7 das Wort „jeweils“ zu streichen und das Wort „allgemeinen“ hinzuzufügen, sodaß der § 7 lautet: „Für den Verkehr mit der Sparstelle gelten die von der Braunschweigischen Landessparkasse erlassenen allgemeinen Bestimmungen.“ Es können dann nicht irgend welche besonderen Bestimmungen für die Hauskonten von der Staatsbank erlassen werden, über die wir nichts zu sagen haben. Mit dieser Änderung würde ich dem § 7 zustimmen können.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Eine solche Änderung würde ich aus folgenden Gründe für bedenklich halten: Die im allgemeinen für Spareinlagen geltenden Vorschriften werden hier nicht zur Anwendung gebracht werden, <sup>können</sup> sondern -- wie schon Herr Dr. Röpcke gesagt hat -- wenn Sie die Staatsbank zwingen, die für die Verzinsung von Spareinlagen allgemein geltenden Vorschriften auch für die Hauskonten zu befolgen, sie also zu verzinsen, dann wird die Staatsbank auch Verwaltungskosten verlangen.

Vorsitzender: Ich kann der Versammlung mitteilen, daß ich Gelegenheit genommen habe, nach der Bekanntmachung, daß keine Zinsen gezahlt werden sollten mit Herrn <sup>Kräpelin</sup> Stübgen zu sprechen. Ich habe ihm den Passus aus den Ausführungsbestimmungen vorgelesen, der von den Zinsen auf das Hauskonto spricht, und darauf hat er anerkannt, daß ein Irrtum der Staatsbank vorliegen müsse, der eingenommene Standpunkt sei doch nicht aufrecht zu erhalten. Es ist in dieser Sache auch eine Beschwerde an den Landtag gegangen.

Bei der Abstimmung meldete sich für den Antrag Nöll niemand (Heiterkeit).

Für den Antrag Rasche stimmte nur die Minderheit.

Darauf stimmt die Versammlung der satzung, wie sie vorgelegt ist, zu.

14. Erhöhung der Wohnungsabgaben.

V o r s i t z e n d e r: Bevor ich Herrn Sauerbier als dem Berichterstatter für diesen Punkt das Wort erteile, gebe ich Herrn Stadtbaurat Gebensleben, der darum ersucht hat, das Wort zu einer Erklärung.



Stadtbauszat G e b e n s l e b e n: Der Rat der Stadt hat sich heute morgen nochmals mit der Erhöhung der Wohnungsabgabe beschäftigt und stellt an Sie das Ersuchen, die Angelegenheit heute nicht zur Erörterung zu bringen, sondern sie im Finanzausschuß noch einmal vorberaten zu lassen. Es sind gewiss <sup>einige</sup> Momente hervorgetreten, die das wünschenswert erscheinen lassen.

V o r s i t z e n d e r: Wir haben darüber abzustimmen, ob eine Zurückstellung dieses Punktes der Tagesordnung erfolgen soll.

Für die Zurückstellung meldet sich nur die Minderheit der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtbauplatz G e b e n s l e b e n: Der Rat zieht die Vorlage hiernit zurück.

(Heiterkeit).

15. Neufestsetzung der Vergütung für Wartung der  
Turmuhren.

Stadtv. S a u e r b i e r: Die Firma Vasterling & Löff, hier, die seit einer Reihe von Jahren die Wartung der Turmuhren der 7 alten Stadtkirchen und der Uhr des Rathauses ausführt, hat abermals um Erhöhung der dafür gewährten Vergütung gebeten. Diese war mit Zustimmung der Stadtverordneten in der Sitzung vom 17. August auf jährlich 14000 M vom 1. Juli d. Js. ab erhöht worden. Einer Anregung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung entsprechend ist nun die Frage einer Prüfung unterworfen, ob die Wartung dieser Turmuhren nicht einem städtischen Beamten, z. B. dem Telegraphenmechaniker bei der Feuerwehr, übertragen werden kann. Nach den vom Rat eingezogenen Erkundigungen scheint eine solche Neuordnung nicht möglich zu sein. Nach den <sup>Berechnungen</sup> ~~Berechnungen~~ des Städtischen Hochbauamts erfordert die Arbeit täglich mindestens 3 1/2 Stunden, wobei etwaige kleinere Reparaturen noch nicht berücksichtigt sind. Mit dem vorhandenen Personal

Personal kann weder die Berufsfeuerwehr noch das Städtische Betriebsamt diese Arbeiten ausführen und einen neuen Beamten ein<sup>zu</sup>stellen, sei nicht zweckmäßig. Es wird aber vom Rat anerkannt, daß bei den heutigen Verhältnissen die Festsetzung der steigenden Vergütung für die Firma Vasterling & Loof schneller erfolgen müsse als bisher, und das Städtische Betriebsamt äußert sich dahin, daß es am zweckmäßigsten sei, zur Festsetzung der Vergütung einen Preiswandler in der Weise einzuführen, daß die am 1. Juli d.Js. geltende Vergütung von 14 000 M als Grundlage angenommen und diese dann im Verhältnis zu den Lohnfestsetzungen für die städtischen Arbeiter der 3. Lohnklasse, zu denen unter anderen auch die Werkarbeiter gehören, entsprechend erhöht oder herabgesetzt werden. Der Teuerungszuschlag zu den Löhnen der städtischen Arbeiter hat für den Monat August rund 54% betragen und danach würde dann auch die monatliche Vergütung für die Wartung der Turmuhren zu erhöhen sein. Um die Vergütung für die folgenden Monate zu er-  
mitteln

mitteln würde immer <sup>auf</sup> ~~für~~ den Vergütungssatz des vor-  
aufgegangenen Monats zurückgegangen werden. Der Rat  
der Stadt empfiehlt, in dieser Weise zu verfahren  
und der Firma Vasterling & Loof die weitere Wartung  
dieser Turmuhren zu belassen.

In der Finanzkommission ist dann noch weiter  
über die Frage gesprochen, ob es nicht möglich sei,  
irgend einen städtischen Beamten mit der Wartung der  
Turmuhren zu beauftragen. Ganz besonders wurde als  
maßgebend hingestellt, daß es sich doch nur um eine  
mechanische Tätigkeit handle, wenn das Aufziehen der  
Uhren vorgenommen werden müsse, und nur ab und zu  
sei eine Ölung nötig. Größere Reparaturen führe auch  
die Firma Vasterling und Loof nicht aus, dazu müsse  
man sich doch an Weule in Bockenen wenden. Es wurde  
unter anderem vorgeschlagen, daß mit der Arbeit je-  
weils einer der in der Nähe der Kirchen wohnenden  
Schuldiener betraut werden könne, der sie in den Mor-  
genstunden ausführt. So würde z. B. die Uhr der Magni-  
kirche von dem Schuldiener am Schulwege oder der  
Gaußschule aufzuziehen sein, die Uhr der Andreaskir-  
che



che von dem Schuldienerr an der Reichsstraße usw.  
Wenn kleinere Reparaturen vorkommen, so sind doch  
wohl die Mechaniker beim Betriebswerke<sup>-anste</sup> in der Lage,  
die<sup>Wnu</sup> genau so reparieren zu können wie die Firma  
Vasterling & Loof.

Der Finanzausschuß einigte sich schließlich  
dahin, zu empfehlen, daß einstweilen diese Summe be-  
willigt werde, und zwar bis zum 31. Dezember d. Js. Wei-  
ter möchte die Versammlung sich dahin aussprechen, der  
Rat der Stadt anheimzugeben, vom 1. Januar an eine an-  
dere Art und Weise auf der Grundlage, wie ich sie ge-  
schildert habe, in Aussicht zu nehmen und von da ab  
zu versuchen, die Beamten des Betriebsamts mit den  
kleinen Reparaturen zu betrauen.

Ich bitte also die Versammlung namens des Finanz-  
ausschusses, sich damit einverstanden zu erklären, daß  
für die kommenden Monate bis zum 31. Dezember zur Ver-  
gütung der Firma Vasterling & Loof ein Preiswandler  
eingeführt wird in der Art, wie es vom Rat der Stadt  
empfohlen wird, und daß vom Beginne des neuen Jahres  
ab eine andere Regelung vorbehalten wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine geehrten Herrschaften ! Sie haben uns vorhin gezeigt, daß Sie dem Rat der Stadt Vertrauen entgegenbringen, indem Sie ihn bevollmächtigt haben, je 50 000 M im Einzelfalle selbständig zu bewilligen. Wenn ich demgegenüber diesen Antrag der Kommission betrachte, so verstehe ich nicht, diese beiden Sachen in Einklang zu bringen : es sollen die Mittel bewilligt werden nur bis Ende Dezember. Setzen wir den unglücklichen Fall, daß es nicht gelingt, einen anderen Weg zu schaffen, dann stehen am 1. Januar sämtliche Turmuhren still. Ich erkläre : Wir wollen versuchen, Ihren Wünschen Rechnung zu tragen, aber ich bitte Sie, diese Sache nicht auf die Kippe zu stellen.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag der Kommission geht dahin, zunächst die Mittel zu bewilligen, und zwar bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Ich bitte die Kommission, sich damit einverstanden zu erklären, daß dafür gesagt wird : „bis auf weiteres“. Der Rat wird schon einen Ausweg finden. (Stillschweigende Zustimmung der Ausschußmitglieder.)

Wer ist dafür, daß wir den Beschluß so fassen.

Das ist die Mehrheit.



16. Erhöhung der Badegebühren im Stadtbade.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Wir haben uns in der letzten Stadtverordnetensitzung mit der Erhöhung der Badegebühren beschäftigt, und schon wieder liegt eine Vorlage zur Beschlußfassung vor, in der ausgeführt wird, daß durch die fortgesetzte Preissteigerung eine abermalige Hinaufsetzung der Gebühren für die Bäder im Stadtbade erforderlich geworden ist. Es soll von nun an kosten :

ein Wannenbad	45 M	statt	30 M,
ein aufsteigendes Vollbad	55 M	"	35 M
ein Sitzbad	20 M	"	
" Dampfbad , Heißluft-Bad, russisch-römisches Bad (mit Decke und Trockenreiben)	75 M	statt	50 M,
dasselbe mit nachfolgender			
Zehnminutenmassage . . .	100 M	"	65 M,
ein elektrisches Ka-			
stenbad . . . . .	110 M	"	70 M

eine

eine elektrische Bestrahlung	50 M	statt	30 M,
Ganzmassage . . . . .	90 M	"	40 M,
Teilmassage . . . . .	50 M	"	20 M,
Leihgebühr für 1 Badelaken .	15 M	"	10 M,
" " 1 Handtuch . .	6 M	"	4 M usw.

Die Baddeputation, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, stimmt den neuen Sätzen zu, und auch der Finanzausschuß, dem die Sache zur Vorberatung vorgelegt worden ist, bittet Sie um Ihre Zustimmung.

- 216 -

Die Versammlung genehmigt die vorgeschlagenen  
neuen Sätze.

(Punkt 16.)

17. Erhöhung der Vergütungssätze für die freiwillige und Reservefeuerwehr.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Die Mitglieder der Reservefeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr bekamen für die Zeitversäumnis bei Übungen eine Vergütung von 6 M für die Stunde und bei Bekämpfung eines Schadensfeuers 10 M für die Stunde. Diese Vergütung soll erhöht werden auf 60 M für Übungen und 100 M bei Bekämpfung eines Schadensfeuers, um sie dadurch den heutigen Verhältnissen einigermaßen anzugleichen. Man kann dabei nicht sagen, daß es sich um eine Entlohnung handelt, sondern es ist eher nur ein Trinkgeld. Ich bitte dem zustimmen zu wollen, daß diese Feuerwehrleute in den Genuß dieses Geldes kommen sollen, und zwar ab 1. Oktober .

- 218 -

Die Erhöhung der Stundensätze wird angenommen.

(Punkt 17.)

18. Einziehung eines Kapitals von der Junkerschen  
Schulhausgesellschaft.

Stadtv. S t e g m a n n : Im Jahre 1914 hat der Rat der Stadt aus dem Extracordinarium an die Junkersche Schulhausgesellschaft ein Darlehn von 150 000 M ausgegeben. Davon sind im Laufe der Zeit 8910,55 M zurückgezahlt worden. Inzwischen ist die Junkersche Realschule vom Staat angekauft worden - wohl vor Jahresfrist - und der Staat will nun die Hypothek in ihrem jetzigen Betrage von 141 089,45 M ablösen. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, zuzustimmen, daß dieses Kapital eingezogen wird. Der Finanzausschuß ist derselben Meinung wie der Rat und bittet Sie, die Zustimmung auszusprechen.

Die Versammlung entspricht dem Ratsantrage.

(Punkt 18)

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat vorhin über die Bewilligung von Mitteln zur Erweiterung und zum Ausbau von Speiseanstalten berichtet. Ich war von anderer Seite in Anspruch genommen und habe das, was nachher noch vorgetragen ist und von dem behandelten Punkt unabhängig noch beantragt war, übersehen. Es handelt sich dabei um Verwilligung von Mitteln für die Quäkerspeisung, für die die bisher ausgeworfene Summe von 110 000 M auf jährlich 200 000 M erhöht werden soll. Wer dafür ist, daß diese Mittel bewilligt werden, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht) Die Bewilligung ist ausgesprochen.



19. Anträge Burgdorff, betreffend Anbringung einer  
elektrischen Beleuchtungsvorrichtung in der  
Markthalle und  
Sicherung einer Eingangstür zur Markthalle.

Wortlaut der Anträge :

„Die Stadtverordneten werden ersucht, zu beschließen, daß für die städtische Markthalle eine aus wenigstens 2 Innenlampen und für jeden Ausgang wenigstens je einer Lampe bestehende elektrische Beleuchtungsanlage angelegt wird, welche besonders bei Demonstrationen oder ähnlichen Anlässen in Betrieb gesetzt werden kann.“

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß die Oberlichte der nach dem Hagenmarkte zu gelegenen Eingangstür zur Markthalle mit fingerstarkem Eisenblech beschlagen werden, um genügenden Schutz gegen gewaltsames Eindringen in die Markthalle zwecks Vermeidung von Diebstahl und Plünderung zu bieten.“

Stadtv.



Stadtv. B u r g d o r f f (zur Begründung) :  
 Meine Herrschaften ! Schon bei der vorigen Demon-  
 stration, bei der das Gewerkschaftskartell bezw.  
 dessen Vorsitzender eifrig bemüht gewesen ist, auf  
 die Bevölkerung beruhigend einzuwirken, ist es bei  
 der herrschenden Erregung nicht gelungen, die Men-  
 schenmassen von der Markthalle abzuhalten. Um bei  
 größeren Menschenansammlungen an den Eingängen der  
 Markthalle und im Innern derselben schnell die Be-  
 leuchtung in Gang zu bringen, dazu sind die in der  
 Markthalle befindlichen Gaslampen nicht zu gebrau-  
 chen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die  
 Glühlichtbeleuchtung in der Markthalle bei den  
 höheren Gaspreisen in der Folge ein enormes Geld  
 kosten wird, und weiter ist zu berücksichtigen,  
 daß auch die Lampenteile, welche abgängig sind  
 und ersetzt werden müssen, große Kosten verursachen  
 werden. Es wäre jetzt der Zeitpunkt der gegebene,  
 daß die Beleuchtung der Markthalle erweitert wird,

und

und zwar durch die eine oder andere Beleuchtungsart, je nachdem sie sich als zweckmäßiger oder billiger gegenüber der anderen herausstellt. Vor allen Dingen muß aber bei der Beleuchtung die Möglichkeit gegeben sein, sie bei besonderen Anlässen sofort in Tätigkeit zu setzen, denn dann muß man in der Markthalle sehen können. Es liegen in der Markthalle doch immer Waren von erheblichem Wert, und ob die Gründe, die die Menschenmenge in Erregung bringt, berechtigt sind, das vermag sie in dem Augenblicke nicht zu erwägen. Es würden in der Dunkelheit sich Gelegenheiten ergeben, wo sich eindringende Personen in den Besitz der Waren setzen könnten, und im übrigen ~~da~~ muß man hierbei auch an die dem Personal obliegende Verantwortlichkeit denken. Es ist nur möglich, für Schutz zu sorgen, wenn die Markthalle in solchen Augenblicken schnell erleuchtet werden kann, und deshalb möchte ich bitten, meinen Antrag, den ich als Dringlichkeitsantrag eingebracht hatte,

heute

heute noch anzunehmen.

Außerdem ist die Frage zu erwägen, ob die Eingangstür vom Hagenmarkt her zur Markthalle, die mit Oberlicht versehen ist, nicht besser zu schützen ist. Bei dem jetzigen Zustand ist es möglich, wenn die Scheiben eingeschlagen werden, daß jemand durch die Öffnungen hindurchkriecht, und so sind die Waren nicht genügend geschützt. Es könnten ja Kreuzhölzer angebracht werden, aber das ist meiner Meinung nach kein genügender Schutz, deshalb bitte ich zum Schutz den von mir gewünschten Eisenbeschlag zu nehmen, wenn auch die Kosten etwas höher zu stehen können. Es muß in dieser Sache etwas geschehen, und deshalb bitte ich, auch diesen meinen Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

Für die dringliche Behandlung der beiden  
Anträge meldet sich die Mehrheit. Der Vorsitzende  
eröffnet die Besprechung.

Statdttrat von F r a n k e n b e r g : Meine geehrten Herrschaften! Nachdem Sie die Dringlichkeit der Anträge beschlossen haben, bin ich genötigt, heute das zu erklären, was sonst vielleicht in der Kommissionsverhandlung zu erörtern gewesen wäre. Der Rat der Stadt hat erhebliche Bedenken, auf diesen ersten Antrag einzugehen, weil er sich sagt, daß die vorhandene Beleuchtung im allgemeinen ausreicht, und wenn man jetzt die elektrische Beleuchtung für den Notfall schafft, das Drängen nicht aufhören würde, die nun einmal vorhandene elektrische Beleuchtung als Regelfall anzusehen und zu benutzen. Wir wissen im voraus, wie die Sache kommen würde, und obgleich der Marktausschuß die Anlage einer solchen elektrischen Beleuchtung befürwortet, hat sich der Rat nicht entschließen können, dem zuzustimmen. Wenn einmal unruhige Elemente in die Markthalle kommen, denen daran gelegen ist, im Dunkeln ihr rampo- nierendes Wesen zu treiben, dann werden sie es auch fertig-



fertigbringen, auf irgend eine Weise das elektrische Licht ~~zur~~ zum Erlöschen zu bringen. Sie würden diese Leute schlecht kennen, wenn Sie meinen, daß sie vor dem elektrischen Licht mehr Respekt hätten als vor Gas.

Was die Sicherung der Tür betrifft, so könnte der Antrag geprüft werden, aber für festungsartige Abschließung des Markthallenbetriebes bei Unruhen und für unbedingte Sicherung kann von uns keine Gewähr geleistet werden; ich fürchte, da wäre der Liebe Mühe umsonst gewesen.

Ich weiß nicht, wie die Versammlung darüber denkt, daß sie ~~ihre~~ in aller Eile über diese Sache beschließen will. Vielleicht werden die eben vorgebrachten Gründe geeignet sein, Sie dazu zu bestimmen, die Beratung abubrechen und die Anträge dem Finanzausschuß zur weiteren Prüfung zu überweisen.

V o r s i t z e n d e r : Ich frage den Herrn Antragsteller, ob er mit der Verweisung an den Finanzausschuß einverstanden ist.

Stadt v. B u r g d o r f f : Bei den zurzeit herrschenden Verhältnissen möchte ich auf der dringlichen Behandlung meines Antrages bestehen.

Stadt v. R e g e n e r : Meine Damen und Herren! Als Mitglied des Marktausschusses halte ich mich für verpflichtet, im Sinne des Antrages Burgdorff zu plädieren. Ich bin allerdings in dieser Sache weniger ängstlich als Herr Burgdorff, aber wie liegt denn die Geschichte? Wir haben eine ganz altfränkische Beleuchtung in der Markthalle: Gasglühlicht mit stehenden Zylindern und stehenden Strümpfen und die Unterhaltung kostet ein enormes Geld. Sie wissen, wie eine derartige Beleuchtung zustande gekommen ist. Früher hatten wir bei dem elektrischen Lichtwerk nichts zu sagen, und so war es sehr klar, daß das städtische Institut mit Gas installiert wurde, was eine schöne Einnahme für die Stadt brachte. Heute aber, wo nach 25 Jahren die meisten Beleuchtungskörper reparaturbedürftig sind, werden Sie in den nächsten Etat eine erhebliche Summe für ihre Erneuerung einsetzen müssen. Dazu kommt die dauernde Unterhaltung mit Zylindern und Strümpfen, die



die fortwährend wiederkehrenden Reparaturen und Pruckeleien an diesen Dingen. Wenn einmal der Fall eintreten sollte, daß die sicherheitspolizeilichen Belänge in Frage kämen, dann würde es eine halbe Stunde dauern, bis der alte Bruns die Beleuchtung in Schwung gebracht hat, wie es auch allemal morgens solange dauert. Ich bin der Meinung, daß wir geradezu Geld sparen, wenn wir zum Reinbringen der Waren des Morgens diese Notbeleuchtung gebrauchen würden, und im Winter würde ~~des~~ Abends durch die elektrische Beleuchtung eine ganze Menge gespart werden, denn durch Verminderung der Unterhaltungskosten würde sich auch die elektrische Beleuchtung billiger stellen als die Gasbeleuchtung.

Zu gleicher Zeit denke ich als Mitglied des Markthallenausschusses daran, daß die Notwendigkeit, die Beamten der Markthalle zu schützen, uns zwingt, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben als Stadt auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die

die Leute, die im Vertrauen auf die Stadt mit ein paar Kopf Kohl in der Markthalle hocken, geschützt werden. Es steht fest, daß im Dunkeln, sich besser munkeln läßt, als wenn die Halle in elektrischer Bestrahlung erglänzt.

Ich möchte bitten, den Rat der Stadt zu ersuchen, für diese notwendige elektrische Beleuchtung Sorge zu tragen, dann kann von der Wohnung oder dem Büro des Markthalleninspektors aus das Licht <sup>zu</sup> jede zeit eingeschaltet werden. Ich bitte, auch nicht noch lange mit der Anlage zu warten. Ich glaube, der Rat hat schon einmal die Einrichtung mit 109000 Mark veranschlagen lassen; wenn wir jetzt einmal gezwungen werden, die Anlage zur Ausführung zu bringen, dann werden die Kosten wohl 1/2 Million betragen. Dann werden Sie sich bitter beklagen, daß die elektrische Einrichtung nicht früher angeschafft ist, und werden sagen: „Es war eine große Schöppenstedterei“, aber werden nachher um so tiefer in den Säckel greifen müssen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Die Veranschlagung, von der Herr Regener sprach, ist im September nach den ersten Unruhen erfolgt und war, wie der Herr Vorredner ganz richtig ausführte, auf ungefähr 110 000 M berechnet. Ich glaube auch, daß er nicht fehl-geht mit der Voraussage, daß jetzt für Einrichtung der elektrischen Beleuchtung 1/2 Million Mark erforderlich sein würde. Nun war es uns im Rat sehr interessant, die Ausführungen des Herrn Regener zu hören. Sie zeigen, wie richtig der Rat vermutet hat, als er sagte: „Die Anlage wird nicht nur für Beleuchtungszwecke bei Unruhen, sondern im allgemeinen als Beleuchtung verwandt werden.“ Bei den Ausführungen des Herrn Regener kam der Fuchs zum Loche heraus. Dieser Gebrauch der elektrischen Beleuchtung im allgemeinen zur Beleuchtung der Markthalle, das ist es, was der Rat nicht wünschen kann, weil ihm am Herzen liegt, in erster Reihe unser Gaswerk zu bevorzugen und nicht die jetzt noch sehr

viel

viel teurere elektrische Beleuchtung. Vor allen Dingen aber glaube ich, daß es nicht richtig wäre, in aller Eile den beantragten Beschluß zu fassen, sondern daß die Tragfähigkeit des Beschlusses für den Rat eindrucksvoller sein würde, wenn er kommissarisch vorbereitet ist.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Wenngleich auch klar ist, daß die Gasbeleuchtung in der Markthalle ihre Mängel hat, so habe ich mich doch davon überzeugt, daß sie ausreicht; wenn man abends durch die Markthalle geht, kann man alles erkennen, worauf es ankommt. Daß die Gasbeleuchtung etwas teuer ist, mag zutreffen, und daß sie veraltet ist, wird jeder zugeben. Es handelt sich hier aber um die Frage: Soll man Kosten ausgeben für eine Sache, die man nicht als notwendig ansprechen kann? Es läßt sich <sup>das</sup> nur kommissarisch besprechen. Es müßte dort in der Kommission angegeben werden: Soundso viel kostet die Anlage der neuen Beleuchtung, soundso viel ihre Unterhaltung, soundso viel die Unterhaltung der alten Anlage. Jetzt eben können wir nicht ohne weiteres übersehen, wie der Vergleich ausfällt. Es muß in Rücksicht gezogen werden, welche Anforderungen an die Beleuchtung einer solchen städtischen Einrichtung, wie die Markthalle ist, gestellt werden müssen, und dann

dann muß die Frage beantwortet werden, ob es nötig ist, diese große Veränderung vorzunehmen, wo die alte Beleuchtung ausreicht. Ich möchte mich dagegen aussprechen, daß wir diese Sache hier gleich zur Entscheidung bringen.

Stadt v. B u r g d o r f f : Es wirft ein eigenartiges Licht auf die Erledigung dieser Sache, wenn der Rat damals bei den billigeren Anlagekosten Abstand genommen hat von der Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Markthalle, die heute 1/2 Million Mark kosten würde, und weiter, wenn er wünscht, daß sie heute nochmals zurückgestellt werden soll. Das wäre dasselbe wie das, was wir mit der Kühlanlage erlebt haben. Daß die Gasanlage in der Markthalle rückständig ist, hat Herr Regener schon betont, und daß Sicherheitsmaßnahmen im Interesse derer, <sup>lignu</sup> die in der Markthalle Waren feilhalten und im Interesse des Publikums, daß die Markthalle besucht, <sup>?</sup> steht außer allem Zweifel. Es handelt sich um ein städtisches Unternehmen, das in richtiger Weise ausgewertet werden muß. Ich weiß es nicht, aber ich glaube, daß sich die Beleuchtung mit Gas, nachdem die Gaspreise so sehr gestiegen sind, noch teurer stellt als die durch Elektrizität. Wenn eine elektrische Beleuchtung da ist, dann stehe ich allerdings auch auf dem Standpunkt, den Herr Regener un-

unverblümt ausgesprochen hat. Besonders beim Hereinbringen der Waren würde die elektrische Beleuchtung in Gebrauch zu nehmen sein, vor allen Dingen dann, wenn das Anzünden der Gasflammen 1/2 Stunde Zeit in Anspruch nimmt. Ich bin überzeugt, daß bei solchen Anlässen die Gaslampen manchmal länger brennen, als es nötig ist, was bei dem elektrischen Licht nicht eintreten brauchte. Ich möchte empfehlen, sich für Annahme dieses Antrages zu entschließen.



Stadtv. Dr. K a h l e r t : Ich will mich ganz kurz fassen, die ganze Sache erforderte eigentlich gar keine so lange Aussprache. Nachdem wir in der heutigen Sitzung uns mit der Bewilligung größerer Notstandsarbeiten beschäftigt und weitgehende Zusicherungen gegeben haben, glaube ich, daß auch diese Arbeiten für Einrichtung der elektrischen Beleuchtung als Notstandsarbeiten angesehen werden können.

(Widerspruch). Gewiß, auch solche Arbeiten können mit Recht in das Notstandsprogramm mit hineingenommen werden. Ich muß sagen: Ich bin für den Antrag.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist für die  
Anlage, wie sie Herr Burgdorff in seinen Anträgen  
wünscht? - - Die Anträge sind abgelehnt.

Stadt v. S t e g m a n n : (Zur Geschäftsordnung) : Meine Damen und Herren! Sie haben zu Beginn der Sitzung gehört, daß der Herr Vorsitzende Mitteilung von einer <sup>schaffen</sup> ~~Waren~~flut von Anträgen gemacht hat, die auf den Tisch des Hauses ~~n~~hergelegt sind. Die meisten davon waren Dringlichkeitsanträge. So gern wir nun sehen, daß Dringlichkeitsanträge gleich in der betreffenden Sitzung erledigt werden, so sind es dazu heute doch zu viele. Außerdem stehen noch andere Punkte auf der Tagesordnung und die Gehaltsdeputation will im Anschluß an diese Sitzung auch noch zusammenkommen. Aus all diesen Gründen beantrage ich, die heutige Sitzung zu schließen und zur Erledigung des Restes für den nächsten Donnerstag eine Sitzung einzuberufen.

# Bericht

über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Dezember 1922

=====

## Verhandlungsgegenstand:

1. Aufnahme einer Anleihe von 32 1/2 Millionen Mark zur Brotversorgung.
2. Mitteilung über gemeinnützige Stiftungen.
3. Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 200 %.
4. Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Schulen.
5. Erhöhung der Wohnungsabgabe für 1922/23 nach dem Nutzungswert.
6. Erhöhung der Jahresvergütungen für Beschaffung von Reinigungsgeräten und Reinigungsmitteln für die städtischen Schulen.
7. ~~An-Erhöhung~~  
Übernahme der Verwaltung der zur ehemaligen Hofstatt gehörigen Parks, sowie der staatlichen Wallpromenaden und des Eisenbahnparks.

*H. Müller*

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e -  
t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadtrat  
v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat G e -  
b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,  
Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte B a r -  
t e l s , H e r b s t , Dr. R e i c h e .

Es fehlen die Stadtverordneten Dr. J a s p e r ,  
Frau G r a f und Fräulein W o l t e r s .

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sit-  
zung und mache die Versammlung bekannt mit einer gan-  
zen Reihe von Eingaben, die teilweise sehr umfang-  
reich sind. Ich würde der Presse verbunden sein,  
wenn sie ~~die~~ Nachricht brächten, daß umfangreiche  
Eingaben, die kurz vor der Sitzung eingehen, bei  
dieser nicht mehr berücksichtigt werden können. Ich  
muß vor der Sitzung durchsehen können, ob sie zum  
Vortrag hier geeignet sind, und das kann ich nicht,

wenn



wenn sie erst unmittelbar vor der Sitzung eingehen.

Ein Gesuch ist eingegangen von dem Portier Meyer, der um eine Unterstützung bittet. Seiner Überschrift nach ist das Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, seinen Inhalt nach an den Rat der Stadt. Es ist seinem Inhalte nach nicht zum Vortrag hier geeignet. Ich übergebe es dem Rat der Stadt.

Der Braunschweigische Beamtenbund hat an die Stadtverordnetenversammlung die Bitte gerichtet, Kenntnis von einem Schreiben zu nehmen, das er an das Staatsministerium gerichtet hat. Es lautet:

„In unserer letzten Vorstandssitzung wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei den städtischen Ruhegehaltsempfängern und deren Hinterbliebenen in der Stadt Braunschweig die Berechnung und Auszahlung der Pensionen usw. immer noch nicht nach den Grundsätzen der Staatsbeamten geschieht, während alle anderen Städte des Landes sich in der entgegenkommensten Weise dieser Ehrenpflicht entledigt

ledigt haben. Der Beschlüsse der städtischen Körperschaften der Stadt Braunschweig müssen unbedingt dazu führen, daß die hiervon betroffenen Personen, wie es leider bei der Witwe Schneider eingetreten sein soll, in der schweren wirtschaftlichen Notlage infolge Entkräftung sterben.

Derartige Zustände sind nicht mehr erträglich, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, unseren Einfluß bei allen in Betracht kommenden Stellen geltend zu machen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Wie uns seit April 1921 bekannt ist, schweben beim Ministerium Erwägungen, eine Änderung der vertraglichen Bestimmungen der Pensionskasse herbeizuführen, leider schweben diese Erwägungen zur Zeit immer noch, ohne irgendwelche greifbare Resultate gezeitigt zu haben, trotzdem wird es öftern bei allen sich bietenden Gelegenheiten die verschiedensten in Betracht kommenden Personen auf diesen Übelstand hingewiesen haben.

Wir

Wir bitten das Staatsministerium, die Erledigung dieser Arbeiten mit allem Nachdruck beschleunigen zu wollen."

Sodann haben 35 Pächter von Schrebergärten am Rudolphplatze an den Rat der Stadt einen Antrag gerichtet von dem sie eine Abschrift mit der Bitte um Befürwortung an die Stadtverordnetenversammlung einreichen. Das Gesuch teilt mit, daß eine auswärtige Konservenfabrik im Begriffe ist, das Gelände, auf dem die genannten Schrebergärten haben, käuflich zu erwerben und daß die Benutzung des fraglichen Terrains durch die Fabrik als Lagerplatz dahin führen würde, daß eine Verschandelung des Rudolphplatzes eintreten würde.

Vor allen Dingen aber wird es den Leuten auf Erhaltung ihrer Schrebergärten ankommen, und deshalb bitten Sie, daß die Stadt ihr Vorkaufsrecht geltend macht. - Der Rat der Stadt hat also von dieser Sache in erster Linie Kenntnis bekommen, und wir warten seine Stellungnahme ab.

Die



Die Gemeinschaft der Zivilversorgungsberechtigten im  
Freistaat Braunschweig schreibt:

„In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Denkschrift über die „Zivilversorgung, eine nationale Volksfrage“ mit der Bitte um Kenntnisnahme. Wir bitten ferner, die Bittschrift auch den Herren Stadtverordneten zur Durchsicht zuzuleiten und sie zum Gegenstand einer Beratung gelegentlich der nächsten Stadtverordnetensitzung zu machen. Wir hoffen, daß diese Schrift wesentlich zur Aufklärung dient, und bitten, daß Sie der Frage der Zivilversorgung der Zivilversorgungsberechtigten Personen in Zukunft die größtmöglichste Beachtung schenken, damit eine Unterbringung und Anstellung der Inhaber von Versorgungsscheinen auch im Kommunaldienst mit dazu beiträgt, die Erhaltung einer brauchbaren Reichswehr und Schutzpolizei in dieser ernsten Zeit der Gegenwart und Zukunft zu sichern. Der Rat der Stadt hat eine gleiche Denkschrift erhalten.“ - Nun, dann können wir die Stellungnahme des Rats abwarten.

Der Zentralverband der Arbeitnehmer, Ortsgruppe

Braun-

Braunschweig schreibt an die Stadtverordnetenversammlung:

„Die unterzeichnete Organisation gestattet sich hiermit, die verehrliche Stadtverordnetenversammlung auf die Verhältnisse des hiesigen Straßenbahnbetriebs hinzuweisen.

Es ist allgemein bekannt, daß infolge der gewaltigen Teuerung alle Straßenbahnbetriebe große Abminderungen von Fahrgästen zu verzeichnen haben, die zu Betriebseinschränkungen nötigen. Auch der Betrieb der Braunschweiger Straßenbahn hat zu Einschränkungen schreiten müssen. Eine Anzahl von Arbeitern und Angestellten wurden entlassen, weitere Entlassungen stehen vor.

Die Stilllegungen weiter Zweige des Bahnnetzes werden von der städtischen Bevölkerung, die in der steigenden Teuerungsnot an sich schon sehr leidet, bitter empfunden werden, denn große Strecken Weges werden nunmehr zu Fuß zurückgelegt werden müssen.

Das entlassene Personal wird in Anbetracht des Über

füllten

füllten Arbeitsmarktes schwerlich andere Beschäftigung finden. Da die Straßenbahnangestellten wegen des schlechten Betriebsgangs schon immer unzulänglich entlohnt wurden, dürften die zur Entlassung kommenden bald größere Not ausgesetzt sein. Eine Vermehrung der Arbeitslosen in unserer Stadtgemeinde bedeutet auch eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Wir glaubten, aus diesen Gründen die verehrliche Stadtverordnetenversammlung bitten zu müssen, dahin zu wirken, daß seitens der Stadt für die Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebes Sorge getragen wird. Ein solches Eingreifen halten wir um so mehr für gerechtfertigt als das Elektrizitätswerk, das mit dem Straßenbahnbetriebe einen gesamten Betrieb darstellt, sich gesunder Zustände erfreut. Wir halten die unterschiedliche Verwaltung dieser beiden Betriebszweige, die als einheitlicher Betrieb im Handelsregister eingetragen sind, für unzulässig. Auch muß es erbittern, wenn Angestellte und Arbeiter beider Betriebszweige eine unterschiedliche Entlohnung erfolgen. So erhalten die Arbeiter des Elektrizitätswerkes 200 M pro Stunde, während die der Straße bahn



bahn zur Zeit einen Stundenlohn von 106 M beziehen. Die Stadtgemeinde ist in überwiegender Weise Teilhaberin des Betriebes, ihr obliegt daher die Pflicht, sich für eine Gesundung einzusetzen."

Wie hier bemerkt ist, hat der Rat der Stadt eine gleiche Eingabe nicht erhalten. Der Antrag des Schreibers, die Stadtorordnetenversammlung möge die Erhaltung und Gesundung des Straßenbahnbetriebes anstreben, ist schwer zu klassifizieren; wir könnten ihn dem Bauausschusse aber auch dem Rechtsausschusse überweisen - ich überweise in dem Rechtsausschusse.

Der Verkehrsverein hat eine Eingabe gemacht, die ich eben erst zu Gesicht bekommen habe. Sie ist sehr umfangreich. (Zuruf vom Ratstische). Die Ratsmitglieder haben eine Absicht bekommen; nun, dann warten wir ab, was der Rat beschließen wird.

Der Wirtschaftliche Verband bildender Künstler, E.V., Braunschweig hat die Abschrift einer Eingabe an den Rat der Stadt eingereicht, die die zur Verfügungstellung des Altstadtrathauses im Interesse der gesamten Künstler-schaft sowie der freien Berufe wünscht. Auch hier könne

wir die Stellungnahme des Rats abwarten.

Neue Anträge und Anfragen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, dass am eisernen Tor des Rathauses (Eingang Dankwardstraße) ein Briefkasten angebracht wird, zur Benutzung nach Schluß des Rathauses.“

„Anfrage: Der Rat der Stadt wird ersucht, Aufklärung darüber zu geben, wer Ersatzpflichtig ist in Bezug auf die Schäden, die bei den letztthin hier stattgefundenen Tumulten den Geschäftsinhabern zugefügt sind, desgleichen Aufklärung darüber zu geben, wie die Betroffenen am schnellsten in die Lage versetzt werden, mit Hilfe der Entschädigungspflichtigen Stellen die Schäden wieder auszugleichen.“

„Antrag: Die Stadtverordneten wollen beschließen,

1) die Eingänge zur Markthalle mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, welche nötigenfalls sofort in Betrieb gesetzt werden kann,

2) die nach dem Hagenmarkt zu gelegene Eingangstür der Markthalle so zu sichern, daß gewaltsames Eindringen in die Markthalle verhindert und Diebstähle verhütet werden.“

„Antrag: Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß der Rat eine Vorlage einbringt, durch welche die Wertzuwachssteuersatzung ~~aus der~~ Nummer 83 den jetzigen Zeitverhältnissen angepaßt wird, um bei der vorgeschrittenen Geldentwertung Härten zu vermeiden.“

(Zuruf: Wer sind die Antragsteller?)

Ich gebe sie nachher vor der Begründung nochmals in ihren Wortlaute wieder. Sie stammen von den Herren Melzer und Burgdorff.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich Herrn Stadtrat von Frankenberg das Wort.

1. Aufnahme einer Anleihe von 32 1/2 Millionen Mark zur Brotversorgung.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine geehrten Herrschaften! Der Rat der Stadt ist, wie Sie wissen, eifrig bemüht, die Versorgung der Bevölkerung der Stadt mit Brot in die richtigen Wege zu leiten. Es sind dazu namhafte Mittel erforderlich, und durch die Steigung der Mehlpreise tritt das Erfordernis von Geld in erhöhtem Maße auf. Schon früher ist uns von der Regierung die Erlaubnis erteilt, eine Anleihe von 30 Millionen Mark von der Staatsbank aufzunehmen. Der Finanzausschuß ist seinerzeit damit einverstanden <sup>gewesen</sup> und auch der geehrten Versammlung sind Mitteilungen darüber gemacht worden. Jetzt bedürfen wir zu demselben Zwecke weiterer namhafter Geldmittel, nämlich 32 1/2 Millionen Mark, und es ist in dieser Hinsicht auch schon Rücksprache mit dem Finanzausschuß genommen worden. Das Staatsministerium verlangt aber, daß eine formelle Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung

ausge-

ausgesprochen wird, und um keine Zeit zu verlieren und da wir bei dem Kampf um das tägliche Brot auf die Unterstützung der geehrten Herrschaften ohne weiteres rechnen dürfen, möchte ich bitten, gleich das Einverständnis der Versammlung dazu zu erklären, daß wir von der Staatsbank die erwähnten 32 1/2 Millionen Mark als Anleihe zur Brotbeschaffung aufnehmen. Die sofortige Erledigung dieses Ratsantrages ist sehr wesentlich, weil fortwährend Zahlungen an die Lieferungsverbände geleistet werden müssen, damit die Lieferung glatt weitergeht.



Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren: Anläßlich eines Aktes, der mir in den letzten Tagen in der Mühle passiert ist, muß ich meine Verwunderung über die hier in den Mühlen herrschenden Zustände aussprechen. Sie wissen, daß der Brotpreis in letzter Zeit auf 225 M erhöht worden ist und weitere Erhöhungen in Aussicht stehen. Nun habe ich bei der Zentrale in Berlin angefragt, ob es nicht der Reichsgetreidestelle möglich wäre, darauf zu dringen, daß die Rühninger und Lehdorfer Mühle eine stärkere Beschäftigung erhalten. Sie sind an die Reichsgetreidestelle angeschlossen, haben aber keine genügende Beschäftigung erhalten. Es wurde mir mitgeteilt, daß <sup>die</sup> der Reichsgetreidestelle angeschlossenen Mühlen in Mehl förmlich schwimmen, und so kann ich es nicht verstehen, warum das Mehl hier so knapp ist. Wir haben diese Mühlen in nächster Nähe, die Speicher liegen zum Brechen voll,

aber

*Gez. v. ...*

aber das Mehl wird nicht an die Kommunalverbände abgegeben. Wäre es da nicht besser, nicht mehr das Mehl zu bewirtschaften, sondern selbst Körner zu übernehmen? Ich möchte den Rat der Stadt bitten, Auskunft darüber zu geben. Wenn die gewordene Mitteilung zutrifft, dann kann ich nicht verstehen, daß man uns mit dem Mehl so knapp hält und sagt: Wir haben höchstens bis zum Februar-März das alleräußerste Mehl zur Verfügung.

F durch das Reich?

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich bin über die Mitteilung des Herrn Maaß etwas erstaunt. Es ist den Herrschaften bekannt, daß wir im Kommunalverbande Braunschweig, der das ganze Land ~~beumfaßt~~, Selbstwirtschaft in Mehl haben, und so mit dem Mehl, daß die Reichsgetreidestelle vermahlen läßt, nichts zu tun haben. Wir vermahlen das Korn selbst und verteilen das Mehl an die Bevölkerung. Wenn die Reichsgetreidestelle nicht glücklich disponiert hat, so beklagen wir das, aber Einfluß darauf haben wir nicht. Wir sind in dieser Beziehung Herr in unserem Hause und verteilen unsere Aufträge an die uns angeschlossenen Mühlen, sodaß in erster Reihe unsere eigenen Mühlen zum Zuge kommen, zum Beispiel auch die Rüniger Mühle, und andere, wie die in Flechtorf und Sickinge mit berücksichtigt werden. Wir reden aber nicht hinein, wie die Reichsgetreidestelle arbeiten soll, eben so wenig wie wir uns gefallen lassen würden, daß man uns vorschriebe, wie wir in unseren Mühlen arbeiten lassen. Im übrigen steht die Angelegenheit mit der zu bewilligenden Kreditbewilligung<sup>nur</sup> in losen Zusammenhänge.

- 17 -

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der  
Versammlung mit der Aufnahme der Anleihe an.

(Punkt 1.)

2. Mitteilung über gemeinnützige Stiftungen.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe Herrn Stukenberg das Wort zu geben zu einer erfreulichen Mitteilung.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Meine geehrten Herrschaften! Gestatten Sie mir vor Eintritt in die Tagesordnung einige Worte.

In der letzten Vollversammlung konnte Herr Kollege Sauerbier zu unserer aller Freude die Spende eines hiesigen Bürgers überreichen, die zur Linderung der Not der Kleinrentner bestimmt war. Dieser hochherzigen Spende kann ich, sicher auch zu unserer Freude eine weitere Spende anreihen. In der Vorstands- und Ausschußsitzung der Konservenfabrik Watenbüttel, deren Aufsichtsrat ich annehöre, wurde auf meine Anregung einmütig beschlossen, dem Wohlfahrtsamte der Stadt Braunschweig einen größeren Posten Gemüsekonserven und Salzschmittbohnen zur Verfügung zu stellen mit der Bestimmung, zwei Drittel hiervon für Kleinrentner und ein Drittel an sonstige bedürftige Arme der Stadt Braunschweig zur Verteilung gelangen zu lassen. Wenn diese Spenden auch bei weitem nicht die große Not abzustellen im Stande sind,



so mögen sie doch immerhin dazu beitragen, daß in den weitesten Kreisen von Handel und Industrie, und darüberhinaus in allen Kreisen der wirtschaftlich Stärkeren die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß in dieser schweren Zeit, wo Tausende und aber Tausende unserer Mitbürger große Not leiden, die wirtschaftlich Stärkeren sich aufrufen müssen, um zu ihrem Teile dazu beizutragen, diese Not zu lindern. Ich wende mich von dieser Stelle aus an alle Bürger der Stadt Braunschweig und rufe sie auf, in dieser Zeit an die Linderung der Not unserer Mitbürger zu denken. Wenn in dieser Weise Mitarbeit geleistet wird und wenn man sich vor allen Dingen mit an der Organisation der Notgemeinschaft, die seitens des Reichs und der Länder unter Beteiligung aller größeren Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ins Leben gerufen wird, beteiligt, dann wird es gelingen, diese Not zu einem großen Teile zu lindern.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, mich befugt halten zu dürfen, Namens der Stadtverordnetenversammlung den Spendern unseren herzlichsten Dank auszudrücken.



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich möchte mich diesem Danke Namens des Rats und des Wohlfahrtsamts aus vollem Herzen anschließen. Es ist erfreulich, daß der Apell, den Herr Sauerbier in der vorigen Sitzung an die Kreise außerhalb dieser Versammlung richtete, Gegenliebe gefunden hat, und zwar nicht nur durch die Spende, von der Herr Stukenberg Mitteilung machte, sondern auch noch durch zwei andere Spenden, die ich in Zusammenhang mit der eben gehörten Mitteilung in diesem Kreise wohl noch erwähnen darf. Es ist durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters uns für die Kleinrentnerfürsorge ein Betrag von 1/2 Millionen Mark übermittelt worden von einem Spender, der ungenannt bleiben will, dem aber unser Dank sich <sup>=er</sup> ist, und ferner ist von der Firma Langerfeld uns eine Spende von 100 000 M zugeflossen, wovon ein Viertel für die Erwerbslosen und <sup>ein</sup> Viertel für die Armenpflege verwendet werden soll, während die andere Hälfte von

dem

dem Wohlfahrtsamt verteilt werden wird;

Der Kleinrenterausschuß kommt übermorgen zusammen und wird dann über die Spende der Watenbüttler-Fabrik und andere Beschlüsse fassen. Ich kann nur wünschen, daß so schöne Beispiele weiterhin Nachahmung finden.

- 24 -

**V o r s i t z e n d e r :** Auch diesen Spendern  
sage ich namens der Vertreter der Bürgerschaft  
den besten Dank.

Stadtv. L e h n e r t (zur Geschäftsordnung):  
Wir haben heute eine so reiche Tagesordnung, daß es unbedingt nötig ist, einzelne Punkte herauszunehmen und vorweg-zu-behandeln, um ihnen unsere ganze Aufmerksamkeit widmen zu können. Im Namen meiner Fraktion stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, den Punkt 5 (Erhöhung der Wohnungsabgabe) zuerst zu behandeln. Es könnte sonst die Möglichkeit eintreten, daß dieser Punkt, bei dem auch die Presse anwesend sein muß, erst in recht später Stunde zur Verhandlung käme.

- 26 -

*Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.*

*(Punkt 5 vorweg behandeln)*

3. Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 200%.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren !  
Es ist Ihnen bekannt, daß in der vorigen Sitzung die  
Vorlage über Erhöhung der Wohnungsabgabe vom Rat der  
Stadt zurückgezogen worden ist. Zu der heutigen  
Sitzung ist nun eine neue Vorlage eingebracht, in der  
zunächst seitens des Rats der Stadt eine kurze Erklä-  
rung darüber abgegeben wird, weshalb die frühere  
Vorlage zurückgezogen worden ist. Bei der Vorberatung  
in Finanzausschuß wurden gegen die Erhebung der  
Abgabe in der beantragten Höhe von 300% allseitig  
Bedenken erhoben, andererseits aber wurden in der  
Sitzung des Finanzausschusses Vorschläge über eine  
anderweitige Deckung des Kreditbedarfs der Stadt in  
Höhe von 34 Millionen Mark zur Fertigstellung der ange-  
fangenen Bauten nicht gemacht. Das hat den Rat der  
Stadt Veranlassung gegeben, nochmals mit der Staats-  
bank in Verhandlungen über die Deckungsfrage zu treten  
und sie zu ersuchen, ihre Stellungnahme dem Rats  
schriftlich mitzutellen. Diese schriftliche Mitteilung  
war bis zu der Stadtverordnetensitzung vor vierzehn

Ta-

Tagen beim Rat noch nicht eingegangen, und da der Rat Wert darauf legte, diese Äußerung der Staatsbank der Stadtverordnetenversammlung vorlegen zu können, beantragt er die Vertagung der Beratung, und als die Vertagung von der Versammlung nicht beliebt wurde, zog der Rat seine Vorlage zurück. Das Schreiben über die Stellungnahme der Staatsbank ist inzwischen eingetroffen, es ist der neuen Vorlage des Rats in Abschrift beigelegt. Die Staatsbank betont in ihrer Antwort, daß der Geldbedarf für die im Bau befindlichen Wohnungen sich nicht mehr durch ~~langfristigen~~ langfristigen Kredit beschaffen läßt, daß nur die Möglichkeit der kurzfristigen Kreditgewährung besteht, wobei der Kredit durch entsprechende Erhöhung der Wohnungsabgabe abzutragen ist, sodaß er bis zum 30. Juni nächsten Jahres vollständig abgelöst ist. Es bedeutet dieses ohne Zweifel ein weiteres Zugeständnis der Staatsbank, daß auch eine Veränderung der früheren Ratsvorlage zur Folge haben müßte, sodaß jetzt eine Vorlage eingebracht ist, die nur eine rückwirkende Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 200% für das Jahr

1922

1922 - 1923 vorsieht.

Es folgt in dem Schreiben des Rats nun eine Berechnung der nötigen Summe; es heißt dort: „Bei einem Nutzungswerte von 15 872 000 Mark, wie er in der Vorlage vom 28. Mai d.J. errechnet ist, ergibt sich bei Ausschreibung einer Wohnungsabgabe von 200% der Betrag von 31 744 000 Mark, wovon der Staat 25% = 3 968 000 Mark vorweg erhält, sodaß der Anteil der Stadt sich auf 27 776 000 Mark beläuft. Bei einem Ausfall von 20% würden mithin rund 22 Millionen Mark rechnermäßig einkommen. Da der Gesamtbedarf 34 Millionen Mark beträgt, das Abgaben-Soll bis zum 31. März 1923 nur 22 Millionen Mark, so würde bis zum 30. Juni 1923 noch ein Betrag von 12 Millionen Mark abzutragen sein, der durch eine vom 1. April 1923 entsprechend zu erhöhende Wohnungsabgabe abzudecken sein würde. Da mit einer Erhöhung der Wohnungsabgabe vom 1. April auf etwa 500% zu rechnen ist, dürfte der Betrag von 12 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1923/24 gedeckt werden können.“

Dieser



Dieser Plan, wie er vom Rat der Stadt mitgeteilt wird, setzt voraus, daß bis zum 1. Juli 1923 Baukostendarlehen auf neu in Angriff zu nehmende Bauten nicht gewährt werden.

Der Rat der Stadt kommt unter Berücksichtigung des Umstandes, daß auf ein weiteres Entgegenkommen der Staatsbank nicht zu rechnen ist, schließlich zu dem Antrage, den Stadtverordneten anheimzugeben,

- 1) ihn zu ermächtigen, bei der Staatsbank den Betrag von 34 Millionen Mark kurzfristig bis zum 30. Juni 1923 anzuleihen und die Anleihebedingungen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß zu vereinbaren,
- 2) der Erhebung einer Wohnungsabgabe für 1922-23 in Höhe von 200% des Mietwertes vom 1. Juli 1914 (davon 25% für den Staat) zuzustimmen.

Der Finanzausschuß hat diese Vorlage, da sie für die gesamte Bevölkerung der Stadt von zu einschneidender Bedeutung ist, sehr eingehend und ausgiebig beraten. Scharfe Worte fielen über die sicher unberechtigte Kritik des zuständigen Ministers in der Sitzung des

Land-

Landtages, bei der er von einer nicht genügenden Tätigkeit der Stadt in dieser Wohnungsfrage gesprochen hat. Viele Punkte, die in dieser Sache Beachtung verdienen, wurde erwähnt, aber ich möchte eben nicht im einzelnen darauf eingehen, da ich das Gefühl habe, daß jedenfalls noch einige der Herren aus der Versammlung noch auf diese Darlegungen eingehen werden, und ich das nicht vorwegnehmen will. Die Verhandlungen im Finanzausschuß liefen darauf hinaus, daß eine geringe Aktivität der Stadt nicht vorliegt, sondern im Gegenteil die Stadt für Ausführung von Bauten viel getan hat. Betreffs der Wohnungsbauten im Lande wurde zum Ausdruck gebracht, daß dort noch Wohnungen in reichem Maße vorhanden seien, die nicht genügend ausgenutzt würden, z.B. seien auch in den Domänen noch Räume vorhanden, die zu Wohnzwecken benutzt werden könnten, und trotzdem würden Siedlungen vorgenommen, die unzweckmäßig erschienen. Während in der Stadt alles zusammengedrängt werden müsse, würde im Lande nicht alles zur Verfügung Stehende ausgenutzt.

Unter

Unter anderem würde die Stadt gezwungen, Flüchtlinge und pensionierte Beamte aufzunehmen, trotzdem hier großer Mangel an Wohnungen herrsche. Daß die Abgabe an sich in höchstem Maße unsozial ist, wurde auch hier schon zu wiederholten Malen ausgeführt, so daß ich das nicht weiter zu erwähnen brauche.

Von Bedeutung ist noch das Schreiben, das die Staatsbank an die Stadt gerichtet hat, und bei der Wichtigkeit der heutigen Vorlage möchte ich den Herrschaften zur Erörterung stellen, ihr Einverständnis zu erklären, daß ich es hier verlese. Es ist allerdings etwas lang, aber es wird doch für die Verhandlungen einige Richtlinien geben. Es heißt darin:

„Für die Fertigstellung der im Bau befindlichen Wohnungen läßt sich der Geldbedarf durch langfristigen Kredit nicht mehr beschaffen. Es handelt sich hier für das Gebiet des Freistaats um Riesensummen, von denen noch nicht abzusehen ist, welche Steigerung sie erfahren werden. Wir setzen als bekannt voraus, daß in übrigen Deutschland, so in Preußen, in großen

Um-



Umfange die Wohnungsbauten stillegen, da überhaupt die Möglichkeit der Geldbeschaffung nicht mehr besteht, nicht einmal die Möglichkeit der Geldbeschaffung für erste Hypotheken, die wir ebenso wie die zweiten Hypotheken für den Wohnungsbau noch voll bereit stellen.

Bei den überaus traurigen Verhältnissen, welche sich entwickeln müssen, wenn die Wohnungsbauten nunmehr auch im Lande Braunschweig liegen bleiben müßten, haben wir nach Mitteln und Wegen gesucht, wie sich die Mittel gleichwohl beschaffen lassen. Es besteht unter den dargelegten Verhältnissen nur die Möglichkeit der kurzfristigen Kreditgewährung. Weder den Kommunen noch uns ist damit geholfen, wenn wir auf kurzen Zeitraum für die Fertigstellung der Wohnungen Kredit gewähren, ohne daß die Kommunen noch wir wissen, wie der Kredit zurückgezahlt werden kann. Zudem bietet die überaus ernste Finanzlage, die bei den deutschen Kommunen infolge der Reichssteuergesetzgebung entstanden ist, für die Kommunen Mahnung und Anlaß, nach Lage der Verhältnisse zeitliche auf kurzen Zeit-

Zeiträume zu beschränkende Kredite nur bei klarer Deckung einzugehen. Unter Zugrundelegung dieser Erwägungen dürfte als einziger Weg, den Geldbedarf für die Wohnungsfertigstellung zu beschaffen, übrigbleiben, die kurzfristige Kreditgewährung durch entsprechende Erhöhung der Wohnungsabgaben abzutragen. Wir sind unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage, die Riesensummen für die Wohnungsherstellung länger als spätestens bis zum 30. Juni nächsten Jahres zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß bis dahin durch fortdauernde Abtragung der Kredit voll abgedeckt ist. Daraus ergibt sich folgende Lage:

Die Staatsbank wird die Möglichkeit der Kreditgewährung prüfen, insofern die Rückzahlung aus der erhöhten Wohnungsabgabe innerhalb des genannten Zeitraumes sichergestellt ist. Wenn mithin ein Kommunalverband oder eine Kommune darlegt, daß durch die an Staatsbank abzuführende Wohnungsabgabe beispielsweise bis zum 1. Februar 1923 .. 2 Millionen, bis zum 1. April 1923 .. 3 Millionen und bis zum 30. Juni 1923 weitere 5 Millionen gezahlt sein werden, so wird die Staats-  
bank

bank voraussichtlich in der Lage sein, in Wege des Zwischenkredits diese Eingänge gegen wechselseitige Verpflichtung zu bevorschussen. In der am 6. Dezember im Staatsministerium stattgehabten Besprechung mit den Vertretern der Kreiskommunalverbände dürfte unseres Erinnerns zunächst eine Erhöhung der Abgabe auf 500% und später eine Erhöhung vorläufig auf 300% und vom 1. Januar 1923 ab - soweit das Reich bis dahin nicht die Erhöhung auf diesen Betrag beschlossen haben sollte - auf 500% genannt sein. Es ist dabei, soweit die Staatsbank inbetracht kommt, selbstredend Angelegenheit der kommunalen Entscheidung, ob und in welchem Umfange von der Verhandlungsmöglichkeit, betreffend einen Zwischenkredit, Gebrauch gemacht werden soll, insbesondere ob und in welchem Umfange und mit welcher Zeitwirkung die Wohnungsabgabe erhöht werden soll. Die Staatsbank hat in Interesse der Kommune in dieser Angelegenheit lediglich die Möglichkeiten dargelegt, die sich ihr für die Kreditgewährung

er-

ergeben. Sie nimmt, indem sie auf der angegebenen Grundlage Zwischenkredit in Aussicht stellt (zu der einer endgültigen EntschlieÙung muß zunächst der von den Kommunalverbänden und Kommunen zu nennende Gesamtbedarf vorliegen) größere Lasten in kommunalen Interesse auf sich als irgend ein anderes Geldinstitut in Deutschland, unter denen sich keines befindet, das heute noch in der Lage ist, in diesem Umfange den Kommunen seines Bereichs zu helfen."

Sie sehen aus diesem Schriftstück, meine Damen und Herren, daß die Staatsbank ganz bestimmte Richtlinien gegeben hat, unter welchen sie bereit sein wird, den Kredit zu gewähren. Wenn man dabei bedenkt, daß in dem Falle, daß der Erhöhung der Wohnungsabgabe von den Stadtoerordneten nicht stattgegeben würde, die im Bau befindlichen Wohnungen unfertig liegen bleiben würden und dadurch ungeheure Werte verloren gehen würden, dann erkennt man, daß es sich um eine Vorlage handelt, die eine allerhöchste Bedeutung bekommen hat. da unter Umständen eine gewaltige

Schö-

Schädigung der ~~Bedeutung~~ Bevölkerung und Arbeitslosigkeit in großen Umfange herbeigeführt werden könnte. Der Finanzausschuß hat sich über die Genehmigung oder Ablehnung nicht schlüssig werden können, sondern hat vorgezogen, in den einzelnen Fraktionen noch Beratungen pflegen zu lassen. Erst heute in der Vollversammlung wird es sich entscheiden, ob und in welcher Form die Genehmigung der Versammlung erteilt werden soll, so daß ich das Weitere der heutigen Aussprache überlassen muß.



Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren !  
Heute vor 5 Wochen haben wir uns in dieser Saale mit  
der Festsetzung der Wohnungsabgabe befaßt, und wie  
Ihnen erinnerlich sein wird, sind wir den Wünschen  
des Rats nachgekommen und haben die 100% der Wohnungs-  
abgabe beschlossen. Meine Fraktion und, soweit ich es  
aus den Verhandlungen im Finanzausschuß weiß, auch die  
anderen Fraktionen haben das mit schweren Herzen  
getan. Meine Parteigenossen haben damit ein Stück  
ihrer Grundsätze geopfert, aber wir sagten uns, daß  
angesichts der Katastrophe, daß die Bauten unfertig  
liegen bleiben mußten, wir in den sauren Apfel beißen  
mußten. Man bedenke, was es bedeutet, rückwirkend  
von 1. April an eine volle Jahresmiete von sämtlichen  
Einwohnern der Stadt, ob arm oder reich, zu verlangen,  
und das noch dazu in einer Zeit der furchterlichsten  
Teuerung und unversöhnlichsten Wuchers. Es wird viele  
geben, die diese 100prozentige Wohnungsabgabe nicht  
bezahlen können. Bedenken Sie doch, wie seit Wochen  
fast an jeden Tage die Preise für die wichtigsten  
Lebensmittel sprunghaft steigens Brot, Kartoffeln,  
Milch

Milch, Schmalz, Margarine, Gemüse, Kohlen, von Butter und Fleisch gar nicht zu reden, denn diese letzteren können tausende und abertausende überhaupt nicht kaufen. Der Grudekoks kostet jetzt über 1800 Mark, und dementsprechend ist der Preis der anderen Kohlen. Auch der Gaspreis ist gewaltig gestiegen, ich weiß nicht, um wieviel hundert Prozent seit einigen Wochen. Dazu kommt die Ausgabe für Beleuchtung, die hohe gesetzliche Miete und die Nebenabgaben für die Wohnung, die die Mietpreise noch übersteigen, außerdem die Kassenbeiträge, Steuerabzüge. Es steht fest, daß den Arbeitern und Angestellten etwa ein Fünftel ihrer Bezüge <sup>zur Lebenshaltung</sup> ~~abgezogen wird~~. Ich verweise darauf, daß die Angestelltenversicherung so horrend gestiegen ist, daß sie dem Steuerabzuge gleichkommt. Und nun noch die Abzüge für Krankenkassen, die Gewerkschaftsbeiträge, Lebensversicherung und Volksversicherung. Wenn man dieses alles inbetracht zieht, so kann man sich ein Bild davon machen, unter welchen Verhältnissen die große Mehrheit des Volkes heute lebt. Und nun kommt

kommt die braunschweigische Regierung oder der betreffende Minister, Herr Rönneburg, und diktiert ~~in der~~ ~~Landtagsitzung~~ einfache „Ihr habt 500% Wohnungsabgabe zu erheben!“ Ich habe eben schon deutlich zu machen gesucht, daß die 100% schon ein großes Opfer bedeuten, wie sollen da die 500% erschwinglich sein? Der Rat der Stadt hatte nun nach seiner vorigen Vorlage kalkuliert, daß mit 300% Wohnungsabgabe auszukommen sei. Das zu bewilligen, hat der Finanzausschuß glatt abgelehnt, und der Grund, weshalb der Rat der Stadt seine Vorlage in der vorigen Sitzung zurückzog, ist kein anderer, als daß er voraussah, daß die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage von 300% Wohnungsabgabe ~~vielleicht~~ ~~rundweg~~ abgelehnt hätte. Weiter ~~diktiert~~ Herr Minister Rönneburg: 40 Millionen Baukostenzuschüsse sind seitens des Staates bewilligt, aber die Stadt Braunschweig ~~bekommt~~ ~~erhält~~ nichts davon; sie hat schon zuviel bekommen. Was soll man zu einem solchen diktatorischen Vorgehen dieses Ministers in einer solchen Zeit sagen? Es ist doch eine Benachteiligung der Großstadt Braunschweig

Braunschweig gegenüber dem Lande. Wie sieht eine solche Maßnahme aus, ~~aus dem~~ <sup>aus dem</sup> ~~von der~~ <sup>Herrn Minister</sup> Selbstverwaltung der Stadt ~~betreffend?~~ <sup>Die Rede ist?</sup> Paßt das diktatorische Vorgehen des Ministers zum Selbstverwaltungsrechte der Stadt? Die Wohnungsnot ist allerdings ~~an vielen Stellen~~ schlimm, aber am schlimmsten in der Großstadt Braunschweig, und das sollte ein Minister wissen, und wenn er es nicht weiß, sollte er sich mit dem Wohnungsamt in Verbindung setzen. Abgesehen von Schöningen ist in ganzen Lande die Wohnungsnot am größten in der Stadt Braunschweig. Die Regierung scheint im Punkt des Siedlungswesens schlecht beraten gewesen zu sein, sonst würde sie nicht zum Nachteil der Stadt Braunschweig das Land bevorzugt haben. Mein Parteifreund Marth wird nachher an Tatsachen beweisen - und auch ich weiß es -, wie die Siedlung getrieben worden ist, wo sie nötig ist und wo sie nicht nötig ist. Herr Stadtbaurat Gebensleben wird wohl <sup>auch</sup> ~~ver~~führen, daß es nicht so ist, wie Herr Minister Rönneburg behauptet, daß die Stadt Braunschweig für den Wohnungsbau nichts getan hat,

203-

sondern daß sie alles mögliche dafür getan hat, Mittel bewilligt usw., so daß ~~alles~~ nicht richtig ~~erschoten~~, was Herr Minister Rönneburg in dieser Sache in Landtage gesagt hat. Nicht nur in diesem Jahre, auch in den vorhergehenden Jahren hat die Regierung gegenüber der Stadt Braunschweig nicht ihre Schuldigkeit getan. Bei der Bewilligung des ~~Bau~~ Bauprogramms ist unsere Stadt fortgesetzt hingezogen, monatelang, halbe Jahre lang. Die Vertreter der Baugenossenschaft und der Siedlungsgesellschaft mußten Tag für Tag im Rathause liegen und ~~auf dem~~ <sup>in</sup> Ministerium betteln, man möchte die Zeit nicht verstreichen lassen, die die schönste Jahreszeit zum Bauen bildet. Aber dennoch geschah es und die Baukosten wurden immer höher. Herr Kollege Lehnert und unser früheren Kollege Tostmann können hiervon ein Lied singen, und jedenfalls werden auch die Interessenten der sonstigen Siedlungsgesellschaften beweisen können, daß die Regierung gegenüber der Stadt Braunschweig in unverantwortlicher Weise nachlässig gearbeitet hat. Was den Herrn Minister Rönneburg be-

betrifft, so scheint für ihn, der ein schönes Siedlungshaus bekommen hat, die Siedlungsfrage für die Stadt Braunschweig gelöst zu sein, und ich muß trotz der Achtung, die man vor der Würde eines Ministers haben soll, sagen: Herr Rönneburg hat sich als ein undankbarer Sohn seiner Vaterstadt Braunschweig erwiesen. (Sehr richtig!) Wenn die Bautätigkeit eingestellt werden soll deshalb, weil die 200% Wohnungsabgabe nicht bewilligt werden, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Regierung, insbesondere des Herrn Rönneburg, des Ressortministers, der in seiner Störrigkeit von dem einmal gefaßten Beschluß nicht abgehen will. Bei einer solchen Regierung, die so unverantwortlich gegenüber der Stadt Braunschweig gehandelt hat, müssen wir abwarten, ob sie die angefangenen Bauten in der Stadt zu Ruinen werden lassen wird. Wenn sich die Gesamtregierung auf den Standpunkt des Herrn Rönneburg stellen sollte, muß der Landtag <sup>nach</sup> auch helfen, und ich glaube, er wird auch nachhelfen.

Statt

Statt seinen Fehler einzusehen, hat Herr Minister Rönneburg in Landtage in dieser Sitzung aufgetrumpft und hat erklärt: Die Stadt Braunschweig - ich will nicht auf das Einzelne eingehen - habe schon viel zu viel an Bankkostenzuschüssen bekommen. Man habe ihr wiederholt Geld angeboten, sogar telephonisch sei den Ratsmitgliedern gesagt, sie könnten Geld bekommen, aber der Rat der Stadt habe es nicht geholt, usw. Der Rat wird sich gegen diesen schweren Vorwurf durch Herrn Stadtbaurat Gebensleben wohl nachher selbst verteidigen. Das eine steht fest: Wenn wir heute die Ratsvorlage nicht bewilligen, so würde, wie nun die Dinge einmal liegen, die Regierung es sich zweimal überlegen müssen, ob sie die angefangenen Bauten zu Ruinen werden lassen will. Würden wir zu Kreuze kriechen und ~~sagen: Wir wollen bewilligen, weil der Minister~~ Rönneburg derartige Satten aufstellt, dann würden wir dazu beitragen, daß den Minister Rönneburg noch mehr der Kamm schwillt, dann würde er sagen: „Man braucht nur auf den Tisch zu schlagen, dann kriechen diese Kerle zu Kreuze und bewilligen die Steuer, die ich ver-

verlange." Nein, Herr Minister Rönneburg, so haben wir nicht gewettet! - Schon aus diesen Grunde dürften wir die 200% nicht bewilligen.

Und nun noch das eine, das schon erwähnt ist. Die Steuer ist vollständig unsozial, wenn sie belastet mit der gleichen Zahl der Prozente Reich und Arm, statt daß die Reichen ihren Einkommen entsprechen stärker herangezogen werden. Alles schert die Wohnungsabgabe über einen Kamm, so daß die Ärmsten gar nicht imstande sind, eine solche Steuer aufzubringen. Deshalb muß gegen eine solche Steuer Sturm gelaufen werden; die Stadt muß die Anregung ~~geben~~ geben und regierungsseitig muß diese Anregung an das Reich weiter gegeben werden, damit die Wohnungsabgabe auf diesen Wege durch eine progressive Einkommensteuer abgelöst wird und die niedrigsten Einkommen bis zu einem gewissen Satze freigelassen werden.

Ich habe schon eingangs meiner Worte gesagt: Wir haben in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse unsere Grundsätze bis zu einem gewissen Grade heute vor 5 Wochen preisgegeben, weiter aber können wir nicht



gehen. Wir können es nicht verantworten, zuzustimmen,  
wenn dem Volke noch stärkere Daumenschrauben aufgesetzt  
werden sollen. Wir müssen es ablehnen, uns an dieser  
*Eröffnung der Kammer*  
~~Ratsvorlage~~ zu beteiligen und lehnen sie *Dr. Haack* glatt ab.

Stadtv. M a r t h: Es ist ein heikles Thema, hier von der Wohnungsnot und den dafür zu bewilligenden Geldern zu sprechen. Herr Stegmänn hat schon ganz richtig gesagt, daß es uns vor 5 Wochen sehr schwer geworden ist, die 100% Wohnungsabgabe zu bewilligen, und die geehrte Versammlung weiß, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden war, anstatt der 70% Wohnungsabgabe die Annahme des Ratsantrags auf Bewilligung von 100% durchzubringen. Aber es war damals notwendig und wir erwarteten auch, daß uns die Regierung mit einer gewissen Summe aushelfen würde, wenn wir von Seiten der Stadt 100% aufwendeten, sodaß die angefangenen Bauten auf diese Weise fertiggestellt werden konnten. Unter dieser Bedingung waren wir dazu gekommen, der Ausschreibung von 100% zuzustimmen. Aber unsere Hoffnung auf die Regierung hat uns getäuscht. Anstatt daß wir 14 Millionen von Lande bekamen, wurde einfach erklärt: Die Stadt Braunschweig hat schon zu viel bekommen.

  
men

men, kann also von den 40 Millionen nichts bekommen; sie werden dem Lande zugeführt. Unter welchen Voraussetzungen sind denn diese 40 Millionen dem Landtage bewilligt worden? Doch deshalb, um die angefangenen Bauten im Freistaate fertigzustellen. Herr Minister Rönneburg als Ressortminister hat es fertig gebracht, die Stadt Braunschweig, welche in der größten Wohnungsnot steckt, einfach von dieser ausgeworfenen Summe auszuschalten und sie ganz dem Lande zu überweisen. Nun muß man sich einmal die Frage vorhalten: Wo ist denn die größte Wohnungsnot? Da, wo eine Ansammlung von Menschen stattfindet, wo Industrietätigkeit und dergleichen vorhanden ist, oder ~~in~~ den Landbezirken, in den kleinen Städten? Sie tritt doch besonders da in Erscheinung, wo die Industrie im Aufblühen beschaffen ist, in den Kohlenbezirken und in den großen Städten. Sie wissen alle, daß die Stadt Braunschweig einen großen Zustrom von

Flücht-



Flüchtlingen aufzunehmen hat; sie war gezwungen, ihnen Wohnungen zu verschaffen, und zwar nicht der Reihe ihrer Anmeldung bei dem Wohnungsamte nach, sondern sie mußten bevorzugt werden. Die Regierung hat die Stadt Braunschweig einfach durch Verfügung angehalten, auch Leute, die vom flachen Lande kamen, weil sie dort nicht mehr auskommen konnten, in der Stadt aufzunehmen. Die Stadt wehrte sich dagegen, aber das half nichts, es wurde einfach von der Regierung verfügt. Es handelt sich dabei um Pastoren, um Witwen, um Beamte, die in den Gemeinden, wo sie gewohnt hatten, nicht weiter tätig sein und auskommen konnten. Ich weiß auch einen Fall, wo ein Bäckermeister aus irgend einem Dorfe, der dort nicht mehr auskommen konnte, seinen Wohnsitz verlassen <sup>hatte</sup> und einfach verfügt wurde: Den habt ihr aufzunehmen. Das sind Sachen, die man nicht gut heißen kann, wenn man die Wohnungsnot einmal in ganzen betrachtet. Ich bin in diesen Sachen ziemlich gut orientiert, da ich die Wohnungsverhältnisse im ganzen Freistaate zu prüfen Gelegenheit hatte. Die Wohnungs-

not



not ist groß nur in einem Teile des Freistaats, besonders in Schöningen, aber außer Schöningen ist die Stadt Braunschweig der Ort, wo die Wohnungsnot so kolossal ist, daß ich einen anderen Ort mit ähnlichen Verhältnissen im ganzen Freistaat nicht gefunden habe. Wenn nun Herr Minister Rönneburg sagt, daß Braunschweig für den Wohnungsbau nicht genügend getan hätte, das Land hätte mehr getan, so muß ich dagegen sagen: Es ist teilweise mit den ~~mit den~~ Siedlungsbauten gesündigt worden, und zwar auf Kosten der Stadt Braunschweig. Es wurde von ihm über Stadtoldendorf gesagt, daß es mehr als Braunschweig geleistet hätte. Demgegenüber bezweifle ich, daß die Wohnungsnot in Stadtoldendorf überhaupt groß ist, weil es dort nicht als notwendig erschien, daß die Wohnungsverhältnisse durch eine Kommission geprüft wurden. Aber dennoch hat doch eine Siedlungstätigkeit begonnen, die alles auf den Kopf stellen wollte. Jeder versuchte, ein Haus zu bekommen. Wer hat diese Siedlungstätigkeit bezahlt? Nicht etwa Stadtoldendorf, sondern sie ist vernichtet und bezahlt worden vom Staate. Es

gibt

gibt verschiedene Orte im Lande Braunschweig, wo das Lande ohne weiteres die Siedlungskosten bezahlt hat, während wir festgestellt haben, daß eine Wohnungsnot in dem Orte gar nicht vorlag, da genügend Wohnungen vorhanden waren. Trotzdem wurde doch das Geld für eine solche Siedlung ausgeworfen, aber nicht der Stadt Braunschweig gegeben, die in großer Not steckt. Es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, daß man versuchte, Leute aus der Großstadt nach dem Lande hinzubringen, aber man hat es umgekehrt gemacht: Man hat Leute von auswärts nach Braunschweig hingezogen. Es kommt hinzu, daß die Stadt Braunschweig angehalten wird, die Siedlungsbauten, die in ihren Vororten gebaut sind, mit Zuschüssen zu bedenken. Ich frage: Wie kommt die Stadt Braunschweig dazu, für die Häuser, die nicht auf ihrem Grund und Boden gebaut werden, Zuschüsse zu leisten. Das zu tun hat die Stadt Braunschweig abgelehnt, und das war der Grund, weshalb Herr Minister Rönneburg sagt: „Nun gut, ihr lehnt das ab -- jetzt

  
kriegt

kriegt ihr von den Vorschüssen überhaupt nichts mehr? Ich meine, daß solch eine Stellungnahme nicht angehen kann.

Wenn wir im allgemeinen diese Frage betrachten, so fragt man sich: War es richtig, daß die Regierung 40 Millionen ausgibt und uns dabei zurückläßt? Dazu muß man nein sagen, denn die Wohnungsnot bei uns ist groß. Wir haben 5000 Wohnungssuchende und werden dauernd gezwungen, große Mittel für sie aufzuwenden, während aus den Kreisen der Landgemeinden für solche Sachen nichts aufgewendet wird, obgleich dort das größte Kapital ist. Diese Landgemeinden könnten angehalten werden <sup>wohl</sup> zum Bauen, als auch dazu, daß sie von ihren großen Wohnungen etwas abgeben. Wir haben in der Kommission festgestellt, daß tatsächlich fast allerorts die Landwirte noch Wohnungen bis zu 14 Räumen haben und doch nicht versuchen, dort Leute unterzubringen. Ich gebe zu, daß hierin die Regierung weniger Schuld hat. Hier liegt es an den Mieteinigungsämtern, die jede derartige Anfrage

ab-  
M

ablehnen. Wenn man den <sup>flachen</sup> ~~flachen~~ Lande nicht diese Mittel aus dem Freistaate zur Verfügung stellte, dann sollten die Gemeinden schon von selber dazu schreiten, Beschlagnahmen durchzuführen. Aber daß die Stadt Braunschweig von diesen Mitteln ausgeschaltet wird, halte ich nicht für richtig.

Wenn sich nun aber Herr Minister Rönneburg erklärt, die Stadt Braunschweig habe überhaupt nichts geleistet, der Rat der Stadt müßte erst einmal von den Stadtverordneten aufgemuntert werden, etwas zu leisten, so hört denn doch alles auf. Da sollte man meinen, der Herr Minister Rönneburg wüßte gar nicht, wie es in Braunschweig aussieht. Ich weiß nicht, was ich zu solch einem Ausspruch sagen soll. Ich möchte bitten, daß uns der Herr Stadtbaurat Gebensleben einmal öffentlich mitteilt, wievi~~el~~ Millionen die Stadt Braunschweig für den Wohnungsbau aufgebracht hat und wieviel sie dafür vom Staat erhalten hat. Dann könnte man einen Vergleich ziehen, wie-  
viel



viel die Stadt erhalten hat und wieviel das flache Land, wo die Wohnungsmiet längst nicht so groß ist, und könnte erkennen, ob es zutrifft, daß die Stadt Braunschweig nichts geleistet hat und ob Stadtoldendorf mehr geleistet hat. Die Regierung möge dann nachweisen, was Stadtoldendorf und die anderen Orte geleistet haben, und es wird sich ergeben, wo die größte Leistung gewesen ist, in Braunschweig oder den anderen Orten des Landes Braunschweig.

Meine Freunde sind der Meinung -- das hat Herr Stegmann schon gesagt --, daß wir aus diesem Grunde, daß uns die Regierung zu einer solch hohen Abgabe zwingen will, die unsozial genannt werden muß, die Bewilligung der 200%igen Wohnungsabgabe ablehnen müssen. <sup>Wird</sup> Von diesen 40 Millionen aus dem Lande der Stadt Braunschweig nichts abgegeben, so mag die Regierung die Verantwortung dafür tragen, was mit den Bauten geschieht, die angefangen sind und

nun

nun nicht fertiggestellt werden können. Ich bitte, dieses zu berücksichtigen, und verlange, daß wir in Braunschweig nicht so vernachlässigt werden. Wir in Braunschweig haben die Beschlagnahme der Wohnungen ziemlich stark durchgeführt. Wir haben auch unsere eigenen städtischen Gebäude stark revidiert und auch versucht, mehrere Wohnungen dort einzurichten. Was hat das Land dagegen getan? In den dem Staat gehörigen Räumen auf dem Lande wird nichts dergleichen getan. Ich weise hin auf Gandersheim. Da gibt es ein Kreisdirektionsgebäude, in dem der Kreisdirektor eine übergroße Wohnung hat. Wir haben empfohlen, die überflüssigen Wohnräume dort zu beschlagnahmen -- es ist nicht geschehen. In den Domänengebäude wohnt der Domänenpächter, welcher ebenfalls eine ganze Anzahl von Räumen nicht gebraucht; sie sind nur als Luxusräume zu betrachten.

Auch



Auch hier wäre die Beschlagnahme notwendig; der Staat hat sie nicht durchgeführt. Ferner wäre notwendig gewesen, in Gandersheim das Baubüro, in welchem ~~eine Wohnung eingerichtet ist~~, herauszunehmen, um eine neue Wohnung zu ~~machen~~. Das sind Fälle, die einmal in die Öffentlichkeit gebracht werden müssen, wenn die Frage der Wohnungsnot und der Abhilfemaßnahmen dabei zur Besprechung kommt. Ein anderer Fall: In Oker steht ein Forsthaus, welches drei Etagen hat und in welchem nur drei Personen wohnen. Es wäre möglich gewesen, in diesem Forsthaus jemanden noch unterzubringen, aber der Forstmeister nimmt einfach niemanden auf und die Regierung hat nicht die Macht, zu sagen: Hier kommt jemand hinein! Ich könnte Ihnen noch eine ganze Anzahl solcher Fälle anführen, aus denen hervorgeht, wie auf dem Lande die Beschlagnahme nicht durchgeführt worden ist. Ich weiß nicht, ob der Minister in die-

sen



sen Fällen hintergangen worden ist oder woran es liegt, daß man nicht durchgreift. Wenn ich von den Städten und Orten im ganzen Lande verlange, daß sie Wohnungen schaffen sollen, dann muß ich von Staat in erster Linie verlangen, daß er seine Gebäude selbst revidiert und seine Beamten nicht anders wohnen läßt, wie es ~~in anderen Orten geschieht.~~ *hier in der Stadt in der Stadt* Davon müssen wir bei dieser Gelegenheit auch sprechen und die Regierung veranlassen, daß sie hier Remedur eintreten läßt.



Stadtv. L e h n e r t: Geehrte Anwesende!

Der Herr Minister Rönneburg hat in seiner Tätigkeit als Pädagoge manchmal seinen Kindern gelehrt: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten! Wenn ich diese Worte berücksichtige und verbinde damit die Ausführungen des Herrn Minister Rönneburgs in Landtage gegenüber der Stadt Braunschweig, dann muß ich sagen: Er ist doch ein schlechter Sohn seiner Vaterstadt. Wie sieht es denn in Wirklichkeit mit der Tätigkeit der Stadt Braunschweig im Wohnungsbau aus. Ich habe aktenmäßige Belege mitgebracht, wie der Rat der Stadt Braunschweig namentlich die eigentlichen Baugesellschaften unterstützt hat -- seien es nun die Braunschw. Baugenossenschaft, die Siedlungsgenossenschaft Freiland oder andere Baugesellschaften, das bleibt sich gleich. Die Stadt hat alles Mögliche getan, was sie tun konnte. Mein Fraktionsgenosse Harth hat schon gesagt, daß wenn Herr Stadtbaumeister Lebensleben auf-

marschiert

marschiert, er <sup>mit</sup> ~~ihm~~ feste Zahlen bezeugen könne, was die Stadt Braunschweig gegenüber dem Staat geleistet hat. Wenn man die Konsequenz daraus zieht, daß gemäß ihrer Einwohnerzahl die Stadt Braunschweig ein Drittel des Freistaats Braunschweig ausmacht, dann müßte man zu dem Schluß kommen, daß von den bewilligten Millionen des Landes der Stadt ein Drittel zur Verfügung gestellt sein müßte. Statt dessen sagt der Herr Minister Rönneburg: Ihr könnt Wohnungsabgaben erheben, soviel ihr wollt, aber von diesen 40 Millionen ~~Rührn~~nichten geht alles nach dem Lande.

Kurz bevor ich hierherging, bekamen wir ein Schreiben, unterzeichnet von Herrn Ministerialrat Dr. Christoph im Auftrage des Ministers Rönneburg. In diesem Schreiben heißt es:

„Die Wohnungsnot ist trotz der in diesen Jahre zahlreichen vorgenommenen Bauten im Freistaat immer noch außerordentlich groß. Es muß Sorge aller interessierten Gemeinden, Organisationen und Verbände ein durch Neubauten auch in kommenden Jahre zu einer Verbesserung

besserung der Wohnungsverhältnisse beizutragen. Auch die drohende Arbeitslosigkeit mancher Gewerbe wird zu Wohnhausbauten zwingen. Grundlage der Neubautätigkeit wird die einwandfreie Finanzierung, sachgemäße Organisation und die Regelung der Rechtsverhältnisse sein müssen, da auf dem bisherigen Wege kaum weiter gegangen werden kann. Leider ist gerade die Finanzierung durch das Reich, die ~~Richtung~~ <sup>richtungs</sup>gebend ist, völlig ungeklärt. Ich hoffe jedoch auf baldige Lösung dieser Frage. (Zuruf: Wir auch!) Um keine Zeit zu verpassen, ersuche ich, mir bis zum 15. Dezember d. Js. die dortseitigen generellen Ansichten über die neuen Baupläne des nächsten Jahres mitzuteilen. Für jede praktische Anregung, die weiter erfolgt und durch Rücksprache noch geklärt werden soll, würde ich dankbar sein."

Man macht also schon Pläne für das nächste Jahr, mit der Bautätigkeit d. Js. hat man sich schon abgefunden. Man hat erklärt, die 40 Millionen sind alle, erhebt stadtseitig 500% Wohnungsabgaben, dann habt

ihr

ih<sup>r</sup> einen ziemlich <sup>straffen</sup> starren Säckel, woraus ihr für die Wohnungsnot noch etwas übrig haben könnt.

Der Herr Minister Rönneburg hat in Landtage gegen die Stadt schwere Anklage erhoben, und meine Funktionsgenossen Stegmann und Marth haben schon erklärt, daß sie nicht zutreffend sind. Herr Marth hat dabei hingewiesen auf seine Tätigkeit als Mitglied der Landeswohnungskommission, und auch ich als sein Stellvertreter habe häufig Gelegenheit, in diesem Amte draußen tätig zu sein, wobei ich gefunden habe, daß die von Herrn Marth aufgeführten Behauptungen voll und ganz zutreffend sind. Ich führe als Beispiel die Wohnung des Amtsrichters in Ottenstein an. Er soll Junggeselle sein, und ich möchte wissen, was ein Junggeselle mit den 10 - 12 Räumen anfängt, ob er dort vielleicht „Kriegen“ spielt oder was er sonst damit macht. Eigenartig erscheint es mir, daß auch dieser Ort ein Gesuch an das Siedlungsamt eingereicht, um Siedlungsheime zu schaffen, und für wen? Für die

Land-



Landjäger, für die Gendarmerie. Nachdem wir während des ganzen Tages in Orte Ottenstein Umsehen gehalten hatten, habe ich feststellen können: Wenn eine dringende Wohnungsnot dort vorhanden ist, können den Wohnungsante sofort 18 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, und zwar billige. Und dann befürwortet noch der Amtsrichter und alle die Herrschaften, daß unbedingt für den Landjäger eine standesgemäße Wohnung eingerichtet werden müsse, während noch genügend Räume in Orte vorhanden sind und der Amtsrichter nicht weiß, was er mit seinen Räumen anfangen soll. Aber nur nicht jemand in sein Haus nehmen, der glücklicher Besitzer eines Stammhalters ist! ("glücklicher, mußte man früher sagen, heute muß es heißen, unglücklicher".) Es mag manchen Junggesellen geben, der in seiner Behaglichkeit gestört wird, wenn ein kleines Kind einmal einen Ton von sich gibt. Nun, dann mag er sich zur Beruhigung die lange Pfeife anstecken und in den anderen Flügel hineinziehen, wo er das Geschrei nicht hört, In Braunschweig ist man nicht so penibel.

Al-

Alphabetisch werden die Straßen und ihre Häuser durchgenommen, und wenn noch Räume überflüssig sind, heißt es einfach: Du bekommst Einquartierung! Aber für das Land, wo solche Maßnahmen nicht ergriffen werden, gibt man 40 Millionen hin, während man über die Stadt Braunschweig, die ein Drittel der Einwohnerschaft des ganzen Landes hat, zur Tagesordnung übergeht und einfach auf die Wohnungsabgabe verweist. In Wirklichkeit ~~es~~<sup>sind</sup> aber durch die Saumseligkeit, daß man, ~~daß~~ man die Gelder nicht früh genug zur Verfügung gestellt hat, unermessliche Summen, seit/dem die Mittel in Landtage bewilligt worden sind, vergeudet worden. In jener ersten Zeit kostete ein Zentner Zement 620 M, heute kostet er über 2000 M (Zuruf: 3000 !), und das nach dem Preiskurant vom 1. November! Die Steine, die s.Z. 9000 M gekostet haben, stehen heute auf 35 000 M; Dachsteine, für die man früher 13 - 14 000 M anlegen mußte, müssen jetzt mit 50 000 M gekauft werden. Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß die Schuld an die-

ser

ser Versäumnis der Ressortminister trägt, weil er sich mehr um andere Angelegenheiten gekümmert hat als um die, die in sein Ressort gehören.

Wenn dann Herr Minister Rönneburg in Landtage erwähnt hat, er habe der Stadt Braunschweig fort und fort Geld angeboten, sie habe es aber nicht genommen, so muß ich das Gegenteil davon erklären. Auch ich war für unsere Genossenschaft in einer Geldkalamität und war wiederholt beim Herrn Ministerialrat Dr. Christoph vorstellig geworden. Er sagte <sup>Sie müssen</sup> mit <sup>Sie</sup> ~~mir~~ <sup>Sie</sup> ~~hinaufgehen~~ und beim Minister selber ihre Sache vortragen." Bescheiden, wie man ist, klopfe ich an und werde vorgelassen. Der Minister sagt: „Was Sie wollen, das weiß ich schon.“ Ich wundere mich und sage: „Sie sind doch nicht Otto - Otto!“ -- „Und doch weiß ich es, Sie wollen Geld haben.“ -- „Jawohl, deshalb komme ich.“ -- „Ja, wenn Sie Geld haben wollen, dann gehen Sie nach dem Rathause. Ich habe schwarz auf weiß: Die Stadt Braunschweig hat sich verpflichtet, den Zuschuß, der über die 125 000 M für die Wohnung hinausgeht, zu übernehmen.“

Joh

Jeh habe ihm auseinandergesetzt, welcher Beschluß  
s.Z. im Wohnungsausschuß gefaßt ist, daß aber seitdem  
eine große <sup>Spanne</sup> ~~Spanne~~ Zeit hingegangen ist und während,  
den die Preise bedeutend angezogen haben. Er erklärt  
darauf: „Jeh habe Ihnen nichts mehr zu sagen, Herr  
Lehnert. Die Stadt Braunschweig hat sich verpflichtet,  
und Sie bekommen nichts mehr von uns. Und das Letztere  
was Sie sagten, war zu sehr als Stadtverordneter ge-  
sprochen, dabei waren Sie nicht mehr Vertreter der  
Baugenossenschaft.“ Jeh habe erwidert, ich besäße  
noch soviel Liebe zu meiner Vaterstadt und komme im  
Interesse der notleidenden Bevölkerung zu ihm, aber  
nicht um meiner selbst willen. Verehrte Anwesende, Sie  
wissen vielleicht genau, ob es angenehm ist, als Bitt-  
steller für andere aufzutreten; der Herr Minister sag-  
te ja auch, er wolle nicht mehr in Bürgergewande vor  
dem Landtage erscheinen. Ist es vielleicht angenehm,  
von dem einen Zimmer im Rathause oder im Ministerium  
nach dem anderen zu gehen und dort zu erleben, daß  
man freundlichst hinaus-dirigiert wird? In dem Schrei-

ben

ben, das ich bekannt gegeben habe, werden wir aufgefordert, bis zum 15. Dezember klipp und klar zu erklären, was für Pläne wir für das nächste Jahr haben. Wir haben seit Jahren den Plan, zu bauen und dadurch für die notleidende Bevölkerung Hilfe zu schaffen. Diesen unseren Plan kennen die Herrschaften, und wenn sie ihn nicht kennen, dann mögen sie sich etwas Bewegungsfreiheit nehmen, nach dem Wohnungsamt hinübergehen und dort sehen, wieviele Menschen dort stehen und warten. Man hat vielleicht mehr Zeit, zwischen Braunschweig und Berlin hin und her zu pendeln, als danach zu trachten, was nötig ist, um der Wohnungsnot energisch zu Leibe zu gehen. Wir haben uns im Wohnungsausschuß häufig mit der Frage befaßt: Was ist noch zu ergreifen, um die Wohnungsnot aus der Welt zu schaffen. Wo noch etwas da ist, haben wir zugegriffen und beschlagnahmt. Aber Sie wissen wohl selber, wie

wie es mit den Zuständen ist, wenn ein Zwangsmieter in eine Wohnung hineingesetzt wird. Es ist dringend nötig, neue Wohnungen zu bauen, und dazu müssen wir die Unterstützung des Staats haben. Wir müssen endlich der Regierung klipp und klar den Willen der Vertreter der Stadt Braunschweig erklären, indem wir sagen: „Rat der Stadt, so leid es uns tut, wir müssen deinen Antrag ablehnen, um dadurch die Regierung zu zwingen, die Stadt als gleichberechtigten Faktor in dieser Frage anzuerkennen.“ Tut die Regierung das nicht, dann wissen wir, daß es Herren gibt, die uns im Hause gegenüber sitzen und sich auf den Metternichschen Standpunkt stellen und sagen: „Nach uns die Sündflut!“

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine geehrten Herrschaften! Gestatten Sie mir, daß auch ich einige Worte zu dieser Angelegenheit spreche. Ich habe dazu um so mehr Anlaß, als die Regierung in der Landtagsitzung vor einigen Tagen der Stadt Vorwürfe gemacht hat, und zwar der Stadt im allgemeinen, nicht dem Rat der Stadt, sodaß Sie dadurch ebenso angegriffen werden wie wir. Ich möchte Ihnen ganz kurz den Verlauf der ganzen Angelegenheit schildern.

Es liegt länger als ein Jahr zurück, als die Herrschaften unsererseits darauf aufmerksam gemacht wurden, daß es unbedingt erforderlich sei, ein Bauprogramm so frühzeitig aufzustellen, daß mit dem ersten Spatenstich zur Ausführung desselben nicht wie im vorigen Jahre erst im Hochsommer begonnen würde. Es haben infolgedessen im vorigen Jahre ungefähr im November mit der Regierung Verhandlungen stattgefunden und am 4. November hat das Staatsministerium uns ein Schreiben zugesandt, in dem wir aufgefordert wurden, ein Bau-  
programm

programm auszuarbeiten und dem Staatsministerium vorzulegen. Es wurde damals vom Staatsministerium darauf hingewiesen, daß für jede Wohnung mit einem Zuschuß von 25 000 M gerechnet würde, und daß die Regierung in der Lage sei, mit derartigen Vorschüssen etwa 450 Wohnungen zu bevorschussen. Es hat dann am 17. Januar, also zwei Monate später, im Ministerium eine Besprechung stattgefunden und dazu<sup>ist</sup> dem Ministerium eine Liste der Bauten übersandt. Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß ~~es~~ eine baldige Mitteilung dringend erforderlich sei darüber, welche Anzahl von Wohnungen unterstützt werden sollten. Mittlerweile aber waren die Verhältnisse schon wesentlich anders geworden als im November. ~~Man~~ Es mußte schon mit einem Zuschuß von 40 000 ~~Mark~~<sup>für</sup> die Wohnung gerechnet werden, und infolgedessen erklärte das Ministerium, daß mehr als 160 Wohnungen, da nur  $6\frac{1}{2}$  Millionen Mark für die Stadt zur Verfügung ständen, nicht unterstützt werden könnten.

Am



Am 13. Februar dieses Jahres trat auf Anregung des Staatsministeriums der Siedlungsbeirat zu einer Sitzung zusammen und erklärte, mit einem Zuschuß von 40 000 M reiche man nicht aus; es seien mindestens 110 000 M für jede Wohnung erforderlich. Nach längerer Zeit, erst am 7. April, hat das Ministerium mitgeteilt, daß dieser Anregung in gewissem Umfange Folge geleistet werden solle, indem die Normalsätze des Zuschusses verdreifacht wurden. Diese Mitteilung wurde dem Wohnungsausschuß unterbreitet, und da inzwischen die Verhältnisse sich wieder wesentlich anders gestaltet hatten, <sup>wurde</sup> ~~und~~ hier erklärt, eine Ver-  
vierfachung sei notwendig. Es hat dann unter dem 22. April eine Sitzung im Ministerium stattgefunden, und die Zuschüsse wurden damals auf 110 000 M festgesetzt, aber für die Stadt Braunschweig sollte unter Umständen noch ein höherer Zuschuß festgesetzt werden. Es sollte nun am 31. Mai eine Sitzung im Ministerium stattfinden, sie wurde aber verschoben, weil die Vor-  
arbeiten

arbeiten der Baudirektion noch nicht fertiggestellt waren. Diese Vorarbeiten wurden in einer Sitzung am 22. Juni vorgelegt und von der Baudirektion darüber eingehend~~er~~ Vortrag gehalten. Es wurde dargelegt, daß die Baukosten auf 300 - 400 000 Mark zu stehen kommen würden und Zuschüsse von mindestens 225 - 250 000 Mark notwendig seien. Dabei wurde vorläufig mitgeteilt, daß das Bauprogramm abermals eingeschränkt werden müsse, da die Zuschüsse ja erheblich höher ausfielen, sodaß vielleicht rund 80 Wohnungen je 125 000 M Staatszuschuß erhalten könnte; aber erst am 17. Juli haben wir von der Regierung eine schriftliche Nachricht bekommen, daß die Regierung bereit sei, der Stadt je 125 000 M als Zuschuß zu gewähren, jedoch unter ganz besonderen Bedingungen, nämlich wenn die Stadt sich bereit erkläre, alle ferneren Mehrkosten, die durch die zunehmende Teuerung entstünden, auf sich zu nehmen, und wenn ferner die Stadt sich bereit erkläre, für die in den Vororten Braunschweigs errichteten Gebäude für jede Wohnung

nung

nung 45 000 M Zuschuß zu leisten. Der Wohnungsausschuß hat sich unmittelbar nachher mit dieser Frage beschäftigt und erklärt, daß es <sup>aufserordentlich</sup> ~~unmöglich~~ bedenklich sei, von vornherein den Bauenden zu erklären, alles, was über den Satz von 225 000 M hinausgehe, bezahle die Stadt, denn dann würden die Bauenden kein Interesse mehr daran haben, möglichst sparsam zu sein, sondern könnten im Gelde wüten. Wir haben das Ministerium also auf <sup>das</sup> ~~die~~ Bedenkliche einer solchen Zusage hingewiesen und ferner erklärt, daß wir uns die Stellungnahme gegenüber der Forderung vorbehielten, daß wir für die Vorortgemeinden Beträge opfern sollten.

Die Regierung hatte gleichzeitig den Wunsch, geäußert, selbst eine Anzahl von Häusern in der Stadt zu bauen, nämlich 60 Wohnungen am Wendenring. Die geehrten Herrschaften werden sich noch an diese Angelegenheit erinnern. Ich habe mich gefreut, daß die Regierung sich dazu aufraffen wollte, etwas zur Behebung der Wohnungsnot in der Stadt zu tun. Es haben

da-

darüber einige Besprechungen stattgefunden und die Regierung hat dann von uns verlangt, daß wir Baukostenzuschüsse für diese 60 Wohnungen leisteten. Wir haben damals (im Frühjahr d.J.) die Stadtverordneten ersucht, zuzustimmen, daß von uns Baukostenzuschüsse in halber Höhe - für jede Wohnung 60 000 M. - gezahlt würden, und das macht ja bei 60 Wohnungen schon einen <sup>ganz</sup>erkecklichen Betrag aus, nämlich 3,6 Millionen Mark. Diese Wohnungen sollten nicht etwa der allgemeinen Benutzung dienen, sondern vorwiegend zur Unterbringung von Staats-, Reichs- Beamten und anderen. Leider hat die Regierung diesen Plan fallen lassen. Das hat mir leid getan, denn ich hätte gern gesehen, wenn der Staat an dieser Stelle einmal etwas getan hätte.

So ist der Verlauf <sup>der</sup> ganzen Sache gewesen. Erst nachdem im Juli diese <sup>en</sup>ganzen Angelegenheit endgültig erledigt waren, konnten die Beihilfebescheide erlassen werden, und es existierte eine Verfügung der Regierung,

daß

daß nicht jemand eher bauen solle, <sup>früher</sup> ~~ehe~~-er den Bescheid in Händen hat, Das halte ich für eine korrekte Bestimmung, denn sonst hätte jemand mit Bauen anfangen können und nachher sagen: „Bitte, Regierung und Stadt, zahlt! Wir haben einen Bau angefangen.“ Es muß unter allen Umständen verlangt werden, daß vorher die Pläne eingereicht werden und die Regierung, wie auch die anderen Behörden Stellung zu dem Antrage nehmen. Gott sei Dank haben dem widersprechend die Braunschweigische Baugenossenschaft, die Siedlungsgesellschaft, und Freiland lustig im Frühjahr angefangen zu bauen, nachdem sich die Betreffenden mit mir in Verbindung gesetzt und gefragt haben, ob sie auf so und so viel Zuschuß rechnen könnten, worauf ich erwidern konnte: „Natürlich, aber die Bauten gehen einstweilen auf Ihr Risiko!“ Wenn sie bis zum Juli mit dem Bauen gewartet hätten, würden die Häuser in diesem Jahr nicht fertig werden.

werden und auch ganz erheblich teurer werden.

Herr Lehnert hat schon ausgeführt, dass es nach seinem Empfinden nicht recht ist, daß die Regierung uns von den 40 Millionen, die der Landtag zur Verfügung gestellt hat, überhaupt nichts geben will. Die Regierung pocht auf ihre Erklärung, die die Stadt damals unter dem Drange der Verhältnisse allerdings in sehr beschränktem Maße gegeben hat, wonach die Stadt sich verpflichtet hat, die Mehrkosten, die über 250 000 M. entstehen, - allerdings unter bestimmten Kautelen - zuzuschießen. Die Verhältnisse haben sich seitdem so außerordentlich geändert, ( sehr richtig!) daß die Regierung doch wohl einsehen müßte, daß die Stadt sich in dieser Sache in einer Notlage befindet. Man hat erst mit der Unterstützung des Bauens von 240 Wohnungen operiert und ist schließlich auf 80 zurückgegangen - 60 sind überhaupt nur gebaut. Die

Vor-

Vorwürfe, die die Regierung uns gemacht hat, treffen ganz gewiß nicht zu. Es wurde gefragt, wieviel die Stadt in dieser Sache geleistet habe, und wieviel der Staat an Zuschüssen gegeben habe. Ich habe eine Zusammenstellung darüber machen lassen, aus der ich Ihnen einiges mitteilen kann:

In dem Baujahre 1919-20 hat das Reich noch Zuschüsse gegeben, und zwar, wie die Herrschaften sich erinnern werden, in doppelter Höhe wie Staat und Stadt zusammen. In diesem Jahre hat das Reich rund 1 Million zur Verfügung gestellt, Staat und Stadt je  $\frac{1}{2}$  Million. Daneben hat die Stadt beträchtliche Zuschüsse für den Ausbau von Baracken, Dachwohnungen, Notwohnungen usw. hergegeben.

Im Jahre 1920 - 21 stellte sich die Sache so, daß der Staat nichts zuzahlen brauchte. In diesem Jahre haben also nur Reich und Stadt bezahlt, und zwar hat das Reich 520 000  $\text{M}$  und die Stadt  $1\frac{1}{2}$  Million geopfert.

Da-

Daneben sind von der Stadt eine ganze Menge Not- und Behelfbauten ausgeführt worden.

1921 - 22 wurde das System wieder geändert - es hat sich eigentlich alle Jahre geändert. In diesem Jahre haben nur die Stadt und der Staat gezahlt, und zwar jeder ungefähr 5,9 Millionen Mark.

Im Jahre 1922 - 23, also in dem Jahre, in dem wir uns jetzt noch befinden, hat bislang der Staat gezahlt 7 Millionen und die Stadt 10½ Millionen ( hört, hört! ) .

Die Stadt hat bislang für den Wohnungsbau also 25 Millionen Mark ausgegeben, und dazu kommen nun aber noch die außerordentlich hohen Beträge, die wir für Fertigstellung der begonnenen Bauten noch auszugeben haben und die ich auf rund 30 Millionen Mark schätze, sodaß wir mit Abschluß dieses Jahres rund 55 Millionen Mark für diesen Zweck ausgegeben haben werden. Ich schätze die Gemeinde Stadoldendorf, die zum Vergleich herangezogen worden ist, außerordent-

dent-



dentlich hoch, aber ich glaube kaum, daß sie bislang 55 Millionen Mark für Wohnungsbau geopfert hat. Die Vorwürfe der Regierung sind also meinem Erachten nach unberechtigt.

Sollte uns vorgeworfen werden, daß wir nicht genü-  
gend Häuser gebaut haben, so würde uns auch ein solcher Vorwurf nicht treffen, denn das Bauprogramm wird nicht von der Stadt aufgestellt, sondern von der Regierung. Im vergangenen Jahr hat die Regierung jedesmal erklärt, daß sie als Staatszuschuß nur 6½ Millionen Mark zur Verfügung habe, und daraus ergibt sich, die Anzahl der zu unterstützenden Wohnungen. Wir dagegen haben noch nie erklärt: Unser Bauprogramm darf sich nur auf soviel Wohnungen erstrecken, sondern haben ohne weiteres unsererseits Zuschüsse gewährt, soweit das Reich und der Staat Zuschüsse gezahlt haben.

Eine Schuld an der Verzögerung in der Fertigstellung der Bauten oder bei ihrer Inangriffnahme trifft die Stadt, wie Sie aus meinen Ausführungen entnommen haben werden, ebenfalls nicht. Es haben die Verhandlungen

lungen sich außerordentlich lang|hingezögert. Die Herren, die bauen wollten, haben während des Frühjahrs und im Sommer wiederholt an mich die Anfrage gerichtet, wie es mit der Inangriffnahme der Bauten stehe, und immer wieder habe ich erklären müssen: Leider sind die Verhandlungen immer noch nicht zu Ende geführt. Das Schlimme dabei ist, daß durch diese Verzögerung die Bauten so außerordentlich teuer zu stehen gekommen sind. Hätte man im Frühjahr, im März, mit dem Bauen beginnen können, dann hätte man mit denselben Mitteln die doppelte Anzahl Häuser bauen können oder nur die Hälfte der Kosten für die tatsächlich gebauten Wohnungen aufzuwenden brauchen. Man kann nicht sagen, dem Staate seien die Mehrkosten erwachsen, denn er will uns ja keine Zuschüsse aus den 40 Millionen Mark mehr geben, sondern uns an dem Mehrbetrage der Kosten hängenlassen, obwohl er an dieser Verzögerung nicht ganz unschuldig ist. Die Stadt hat sich nie gesträubt, Zuschüsse in angemessener Höhe zu gewähren; Wir haben jedesmal den Siedlungsgesellschaften Zuschüsse gegeben, wenn es uns möglich war,

selbst

selbst in unserer eigenen Finanzkatastrophe haben wir die Baugesellschaften nicht im Stiche gelassen. Herr Nessenius und Herr Lehnert können mir bezeugen, daß wir mit unseren Zuschüssen <sup>so</sup> ~~sehr~~ weit gegangen sind, wie es uns möglich war.

Es ist noch die Rede gewesen von den Darlehen, die das Reich den Ländern zur Verfügung gestellt hat. Sie wissen, daß das Reich den Ländern 3 Milliarden Mark überwiesen hat, und davon hat die Braunschweigische Regierung 23½ Millionen bekommen, einen Betrag, den die Regierung zum Teil für sich verwandt, zum Teil für die Kommunalverbände hergeben sollte, um sie aus der Katastrophe zu ziehen. Es handelt sich hi hierbei nur um Darlehen, die bis spätestens zum 1. Oktober nächsten Jahres zurückgezahlt werden sollen. Von diesen 24½ Millionen hat und der Staat nur den außerordentlich geringen Betrag von 1½ Millionen Mark angeboten. Bei der Beantwortung der Anfrage der Regierung, ob wir den Betrag gebrauchen wollten, stellte

te

te sich eine kleine Verzögerung von ein paar Tagen ein, aber es war ja schließlich auch nur ein Betrag, der bei den heutigen Verhältnissen kaum die Rede wert ist. Wir haben dann geantwortet, daß wir auf die Bedingungen eingehen wollen, 7% Zinsen und Rückzahlung bis 1. Oktober des nächsten Jahres. Nachträglich hat man uns allerdings noch eine weitere Million zur Verfügung gestellt und auch diese haben wir angenommen. Dies Angebot der Regierung hat allerdings noch etwas länger gedauert, aber das spielt bei der kleinen Summe keine große Rolle. Nachträglich hat das Reich noch eine Summe *zur Verfügung gestellt* ausgezahlt, rückzahlbar am 1. Oktober 1923, und von dieser hat das Land 40 Millionen bekommen. Von diesem Darlehn sollen wir, wie uns die Regierung vor einigen Tagen mitgeteilt hat, 6 - 8 Millionen bekommen, ein Betrag, der an sich schon ein bischen höher ist, aber bei Berücksichtigung, daß es sich um 40 Millionen zur Verteilung auf das ganze Land Braunschweig handelt, im-

mer

mer noch als verhältnismäßig gering anzuschlagen ist. Ich habe in einer Besprechung mit Herrn Ministerialrat Dr. Christoph dringend gebeten, uns mindestens 15 Millionen Mark davon zur Verfügung zu stellen, denn wir sitzen in größer<sup>er</sup> Wohnungsnot als die auf dem Lande. Allerdings sind die Bedingungen, die an die Gewährung dieses Darlehns geknüpft sind, nicht besonders günstig; wir müssen 1% über Bankdiskont zahlen, aber das muß man in Kauf nehmen, denn wenn das Reich diese Bedingungen stellt, ist nicht darum wegzukommen, wir werden sie also annehmen.

Nun komme ich zum Schluß zur Wohnungsbauabgabe, dem Thema, das uns eigentlich heute beschäftigen soll. Das ist allerdings ein sehr übles Kapitel. Zu der vorigen Sitzung hatten wir Ihnen eine <sup>Vorlage</sup> ~~Frage~~ unterbreitet, wonach die Erhebung von 300 % ausgeschrieben werden sollte, aber in der Vorbesprechung im Finanzausschuß hatten wir gemerkt, daß bei den Stadtverordneten wenig Stimmung für Annahme dieser

dieser Vorlage vorhanden ist, wie das ja überhaupt der Fall ist, wenn es sich um Erhebung von Abgaben handelt. Es lag damals das Schreiben des Staatsbankpräsidenten noch nicht vor, und so haben wir die Vorlage im letzten Augenblick zurückgezogen. Die inzwischen eingegangene Äußerung des Staatsbankpräsidenten hat uns nun veranlaßt, die Vorlage in-so-fern zu ändern, als wir errechnet haben, daß wir mit 200% auskommen werden. Aber diese 200% haben wir unbedingt nötig, es ist wirklich nichts davon abzuhandeln. Wenn wir nicht 200% Wohnungsabgabe erheben, kommen wir ganz bestimmt in die allergrößte Verlegenheit, denn Herr Minister Rönneburg hat erklärt, daß wir das Darlehn von 6 - 8 Millionen Mark nur bekommen würden, wenn durch eine entsprechende Erhöhung der Wohnungsbauabgabe Sicherheit dafür geboten sei, daß wir das Kapital zurückzahlen können. (Zuruf: Das ist echt demokratisch!) Die Situation ist außerordentlich schwierig. Wir haben sonst kei-

ne

ne Deckung, und auch die Staatsbank borgt uns nichts, wenn wir die Wohnungsbauabgabe nicht entsprechend erhöhen. Sollen wir die unfertigen Bauten jetzt ganz stilllegen lassen? Das ist doch ausgeschlossen. Sie haben wohl gehört, daß die Braunschweigischen Siedlungsgesellschaften so und so viel Bauten haben unfertig/  
liegen lassen müssen. Das Gebälk ist zum Teil fertig, und nun regnet es lustig hinein! Das geht doch unter keinen Umständen! Ich möchte Sie bitten, sich den Ernst der Lage vor Augen zu halten und, wenn es Ihnen auch zuwider ist, diese 200% zu bewilligen-.  
~~wir haben sie unbedingt nötig~~

- 86 -

Stadt v. H ö l l und R a s c h e verzichten  
auf das Wort.



Stadt v. Dr. R ö p c k e : Meine Damen und Herren! Der Streit, der sich in dieser Sache zwischen Staat und Stadt entwickelt hat, ist recht unerquicklich, und wer die Hauptschuld an diesen Schwierigkeiten trägt, will ich nicht zu entscheiden versuchen, schon deswegen, weil mir die Unterlagen fehlen und es nicht meine Sache ist, auf das hin, was dieser oder jener sagt, ein Urteil zu fällen. Ich muß allerdings doch sagen, daß die Vorwürfe, die gegen Herrn Minister Rönneburg erhoben sind, zum größten Teil nicht zutreffen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Abteilung des Ministeriums, die für den Wohnungsbau zu sorgen hat, erst Ende Mai oder Anfang Juni von Herrn Minister Rönneburg übernommen ist, vorher gehörte sie dem Herrn Minister Steinbrecher zu, und so sind die Verzögerungen, die vor dem Mai liegen, nicht dem Minister Rönneburg zur Last zu legen. Es erscheint auch als selbstverständlich, daß, wenn ein Minister ein neues Referat übernimmt,

nimmt.

nimmt, er sich erst in die Verhältnisse hineinfinden muß, und daß es ausgeschlossen ist, wenn er heute das neue Referat übernommen hat, daß er morgen gleich alle großen Projekte beherrschen kann. Es ist klar, daß einfach durch den Ministerwechsel eine Verzögerung in der Erledigung der Geschäfte eintreten mußte. (Zuruf des Stadtverordneten Regener) Je länger Herr Rönneburg das Amt als Minister hat, je dünner ist er geworden!!

Ich muß ferner betonen - das hat Herr Stadtbaurat Gebensleben schon ausgeführt und nach meinen Informationen ist es richtig -, daß damals, als die Zuschüsse für die Wohnungsbauten auf 125 000 M erhöht wurden, die Stadt ausdrücklich erklärt hat, auf Ersatz der Mehrkosten, die durch die wachsende Teuerung entstehen würden, zu verzichten. Ich habe allerdings keine aktenmäßige Unterlage für die Richtigkeit dieser mir gemachten Mitteilung, aber ich glaube auch aus den Ausführungen des Herrn Stadtbau-  
bau-

baurat entnehmen zu sollen, daß sie richtig ist. Hat die Stadt eine derartige Erklärung abgegeben, dann muß sie auch die Folgen davon tragen. Daß die Teuerung weiter steigen würde, konnte man im Juni - Juli wohl voraussehen. Ich kann es durchaus verstehen, wenn der Staat in diesem Falle den Standpunkt vertritt, daß die Stadt auch die Folgen tragen muß, wenn sie diese Erklärung abgegeben hat.

Es ist ferner von einem diktatorischen Verhalten des Herrn Minister Rönneburg gesprochen, der erklärt habe: entweder eine Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 500 %, oder ihr bekommt kein Geld! Nach meinen Informationen liegt die Sache anders. Zunächst ist von 500 % keine Rede gewesen, zweitens ist nach meinen Informationen die Behauptung vollkommen unrichtig, daß Minister Rönneburg erklärt habe: Nur wenn wir die Wohnungsabgabe entsprechend erhöhen würden, würden wir von dem neuen Darlehen des Reiches etwas abbekommen, sondern der

Minister

Minister Rönneburg hat, soweit ich unterrichtet bin, erklärt, er wolle Sicherheit dafür haben, daß der Staat durch die Rückzahlungen der Stadt in der Lage wäre, seinerseits das Darlehn an das Reich demnächst zurückzuzahlen.

Auf welche Weise das geschehen soll, das zu entscheiden, war Sache der Stadt. Es ist nicht die Rede davon gewesen, daß die Wohnungsabgabe Sicherheit bieten sollte, sondern es hätte auch auf andere Weise Sicherheit geboten werden können. Daß der Staat eine derartige Sicherheit für Schulden, die er dem Reiche gegenüber hat, verlangt, das kann man wohl verstehen, denn schließlich muß doch auch noch etwas Ordnung herrschen. Kein Geschäftsmann, keine Gemeinde oder Stadt würde doch ohne Sicherheit ein Darlehen weggeben.

Es ist hier wiederholt erwähnt, daß die Wohnungsabgabe in ~~HÖHE~~ hohem Maße unsozial wäre, und das ist anzuerkennen. Es ist auch ferner klar, daß

die

die Lasten, die den Einwohnern der Stadt aus dieser Wohnungsabgabe, auch wenn sie nur auf 200 % festgesetzt wird, erheblich höher zu bewerten sind, als wenn eine Wohnungsabgabe von 500 % im Lande erhoben wird. Wir wissen alle, daß im Flachland viel Geld steckt, die Landwirte können leicht auch 500 % bezahlen. Es ist zu beachten, daß im Lande nicht in dem Maße mit der Wohnungsbeschlagnahme vorgegangen ist, wie es möglich wäre. Es ist mir aus meiner Amtstätigkeit sehr wohl bekannt, daß die Landwirte noch Räume zur Verfügung stellen könnten, und daß sie große Schwierigkeiten machen, wenn man solches von ihnen verlangt. In dieser Beziehung interessieren mich speziell die Ausführungen des Herrn Lehnert über Ottenstein, weil ich dort gut orientiert bin. Ich muß zu den Ausführungen des Herrn Lehnert sagen, daß er bei seiner Exkursion nicht das Richtige gesehen hat. Es trifft nicht zu, daß der Amtsrichter

dort



dort unverheiratet ist. Schon als er nach Ottenstein hinkam und den Amtsrichter Thiele ablöste, war er längere Zeit verheiratet und kam bereits mit einem Kinde in Ottenstein an. Die Wohnung des Amtsrichters in Ottenstein ist allerdings ziemlich groß; ich habe jedoch durchweg die Beobachtung gemacht, daß die Beamten im allgemeinen entsetzt sind über die Größe der Wohnungen auf dem Lande, durch die sie ungeheuer belastet werden, denn die großen Räume sind schwer zu beheizen und können aus dem Grunde in der kalten Jahreszeit nur unter großen Kosten benutzt werden. Aber es ist ausgeschlossen, in diese Wohnung in Ottenstein irgendeinen beliebigen Menschen hineinzusetzen. Es lagern dort die Grundbuchakten, die Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die nicht jedermann zugänglich sein dürfen, das Verschießen allein genügt in diesem Falle nicht. Man weiß, daß sich eine Kontrolle in dieser Hinsicht nicht durchführen läßt, wenn nicht eine

gewisse

gewisse Absperrung durch einen Korridorverschluß oder dergleichen möglich ist.

Was  
~~Nach~~ die Landjäger betrifft, so haben sie in den Gemeinden unter den jetzigen Verhältnissen eine außerordentlich schwierige Stellung, so daß es dringend erwünscht ist, daß die Landjäger von den Landwirten und der übrigen Bevölkerung unabhängig sind. (Zuruf: Ins Amtsgewicht hinein!) Im Amtsgewicht kann man den Landjäger auch nicht gut unterbringen. Es ist viel besser, wenn der Landrichter und der Landjäger sich nicht allzu genau kennen und nicht fortwährend in Berührung miteinander kommen, und zu sehr Ubeln Wirkungen könnte es führen, wenn die Landjäger allzusehr von ihren Hauswirten, die Landwirte sind, abhängig sind. Wir haben in der Beziehung während des Krieges, als es sich um die Lebensmittelbeschlagnahme handelte, nicht die allerbesten Erfahrungen gemacht.

Auch die Ausführungen über Stadtdörfchen interessieren mich sehr. Es ist wohl richtig, daß

daß Stadtoldendorf im ganzen nicht wie Braunschweig 55 Millionen Mark für Wohnungsbauten aufgewandt hat, aber recht erheblich sind die Aufwendungen Stadtoldendorfs nach meinen Informationen doch. Man muß bedenken, daß Stadtoldendorf seine Aufwendungen im wesentlichen zu der Zeit gemacht hat, als das Geld noch einen bedeutend höheren Wert hatte als jetzt. Stadtoldendorf hat den glücklichen Zug getan, sofort nach dem Kriege mit Bauen anzufangen, und damals ließen sich mit wesentlich geringeren Mitteln Bauten herstellen. Die Opfer, die Stadtoldendorf gebracht hat, sind jedenfalls so groß, wie sie von keiner anderen Gemeinde im Lande Braunschweig in ähnlicher Weise gebracht sind. Allerdings muß dabei in Betracht gezogen werden, daß die Industrie in Stadtoldendorf Opfer gebracht hat, die wohl die Opfer in anderen Städten und insbesondere in Braunschweig weit übertreffen.

Ich habe nun noch ganz kurz ~~zu~~/~~zügen~~ auf die

Erhe-



Erhebung der Wohnungsabgabe einzugehen. Wenn ich irgendeinen anderen Weg sehen würde, um das Geld aufzubringen, das zur Sicherstellung der Reichsgelder, die zur Fertigstellung der Bauten vorgeliehen werden, nötig ist, dann würde ich die heutige Vorlage ablehnen. Vorläufig ist mir ein anderer Weg nicht gewiesen, aber wenn man mir eine Steuer oder eine andere Abgabe nennen könnte, die genügen würde, so würde ich darauf eingehen. Es interessiert mich sehr, zu erfahren, wie sich die Herrschaften, die für Ablehnung der heutigen Vorlage sind, die Schaffung der Geldmittel denken.

V o r s i t z e n d e r : Ich darf wohl angesichts des Umstandes, daß der Punkt der Tagesordnung jetzt 2 Stunden lang behandelt worden ist, bitten, daß die folgenden Ausführungen kurz werden.

**Stadt v. F a y : Meine Damen und Herren!**

Ich bin Gegner der Erhöhung der Wohnungsabgabe und ziehe als solcher mit Herrn Dr. Röpcke nicht einen Strang. Nachdem nun aber die Herren von der linken Seite etwas mehr persönlich als sachlich gesprochen haben, möchte ich darauf hinweisen, daß gerade der Minister Rönneburg — ich erwähne dieses nicht als sein Parteifreund — als früherer Volksschullehrer und seinem ganzen Bildungsgange nach stets für das Volk und die Nöte der Ärmsten ein warmes Herz gehabt hat. Ich bin überzeugt, daß er zu diesem Dekret, das hier zur Sprache gekommen ist, von der Not der Allerärmsten, nämlich der Wohnungslosen bestimmt worden ist, und wenn er dabei nicht den aller/richtigsten Weg eingeschlagen hat — wie ich ja auch nicht mit diesem Wege einverstanden bin —, so fehlt es dort im Ministerium an dem richtigen Fachdezernenten. Wenn aber Herr Regener meint, daß Herr Rönneburg (als Minister mit der Länge der Zeit seiner Tätigkeit) immer

immer dummer geworden wäre, dann fragt es sich, wie weit Sie mit Ihrem Minister Steinbrecher geraten sind, der so lange Zeit dieses Ressort in der Hand gehabt hat.

Zur Wohnungsabgabe selbst möchte ich sagen, weshalb ich dagegen bin. Angestellten, Arbeitern, fest besoldeten Beamten, überhaupt allen denjenigen, die heute ihre Ausgaben mit ihren mittleren oder kleinen Einkommen in Einklang zu bringen vermögen, ist das nur möglich geworden infolge der für sie günstigen Preise der Wohnungen, also der geringen Abgabe dafür. Gewiß, es ist eine Zwangswirtschaft, die heute in bezug auf die Wohnungen getrieben wird, und sie wird auch sehr heftig angegriffen, aber unbedingt muß sie erhalten werden, solange sich die Einkommensverhältnisse nicht gebessert haben. Wenn zu den übrigen Steuern, zu den Abgaben für Angestelltenversicherung, Krankenkassen nun auch noch die erhöhte Wohnungsabgabe treten sollte, so wäre

kein

kein Auskommen mehr. Daß es unbedingt nötig ist, daß die Stadt dieses Geld aus der Wohnungsabgabe bekommt, wie Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt, das kann ich solange nicht glauben, solange ~~man~~ zur Hebung der Wohnungsnot nicht alle Mittel ergriffen worden sind, die hier schon früher empfohlen sind: Beschlagnahme der größeren Wohnungen, höhere Besteuerung der größeren Wohnungen und Erhebung der Steuer in gestaffelter Form. Ob dieses ohne weiteres geht, weiß ich nicht, aber wenn alles dieses durchzuführen versucht ist, erst dann will ich glauben, daß es nötig ist, eine so hohe Wohnungsabgabe zu erheben. Sie haben heute von Herrn Marth gehört, wie nur von einzelnen Personen selbst große Wohnungen besetzt sind und daß dort von der Regierung und von kommunaler Seite <sup>nicht</sup> eingegriffen wird, da kann es doch nicht nötig sein, noch eine besondere Wohnungsabgabe zu erheben. Und noch eins: Solange Sie diese villen-

villenartigen Häuser bauen, diese Siedlungshäuser, denen ich eine Lebensfähigkeit überhaupt abspreche, solange Sie nicht zu großen Wohnungsbauten kommen, insbesondere für unsere Stadt Braunschweig, zu unseren altbewährten Acht- oder Zehnfamilienhäusern, solange werfen Sie ~~Al~~ Geld zum Fenster hinaus und haben keine besondere Wohnungsabgabe nötig. Solange Sie sich nicht bereitfinden, das zur Verfügung gestellte Geld rechtzeitig unter Ausnutzung seines vollen Wertes anzuwenden, solange behaupte ich, daß es nicht nötig ist, eine Wohnungsabgabe zu fordern. Sehen Sie sich doch die Häuser, die kaum ein Jahr lang stehen, an! Kommen Sie in die Nähe des Pavel-schen Holzes, dann sehen Sie die Bewohner sich abnüt-hen, daß sie das Wasser aus den Kellern herauskriegen. Was für Werte sind in solchen Häusern investiert! Das heutige <sup>raumk</sup> Deutschland sollk sich begnügen mit gro-ßen Wohnhäusern. In England ist bei den ~~wunderbar~~ guten Valutaverhältnissen wohl das Kleinhaus möglich, dort kann man kleine, ideale Arbeiterhäuser und klei-ne Villen sich leisten, -- Wir sind dazu nicht in der Lage.

Stadt v. N e s s e n i u s : Man hat von einem diktatorischen Vorgehen des jetzigen Ministers gesprochen, aber man übersieht dabei, daß sich der Erlaß, den er in die Welt gesetzt hat, als ein Produkt der Diktatur des Kapitals erweist. Der Bankpräsident hat ganz kategorisch erklärt, daß die Staatsbank den Kreiskommunalverbänden kurzfristige Kredite nur geben wird, wenn der Kreis seine Wohnungsabgabe unverzüglich auf 500 % und zwar rückwirkend erhöht,

wenn die Erhebung mit größter Beschleunigung betrieben wird,

wenn der Betrag, der aufkommen wird, nachgewiesen wird und

wenn sämtliche aufkommenden Beträge zur Tilgung der Schuld verwandt werden.

Das ist Diktatur des Kapitals, und die ist dem heutigen Geldwerte entsprechend verzehnfacht oder vertausendfacht. Das haben Sie bei Ihren schönen Ausführungen übersehen.

Nenn

Wenn jemand am 25. Mai ein neues Amt übernimmt, dann ist er nicht sofort eingearbeitet und kann nicht für Fehler, die in dieser Zeit oder vorher unbestritten gemacht sind, verantwortlich gemacht werden. Wenn man ihm vorwirft, daß ihm Versäumnisse vor seiner Zeit in die Schuhe zu schieben wären, so ist das natürlich albern. Man hat hier von Dummheit des Ministers geredet — ich habe schon seinerzeit bei der Kontroverse Lehnert — Jasper erwähnen müssen, daß es selbst für den Unbeteiligten unangenehm wirkt, solche wenig parlamentarische Redewendungen anhören zu müssen. Ich kann unserem Herrn Vorsitzenden nicht gerade sehr zustimmend zur Seite stehen, wenn er derartiges ungerügt hingehen läßt. Eine Autoritätsstärkung ist das gerade nicht. Man braucht ja gerade keine Staatsaktion daraus zu machen, aber mein Bedauern muß ich doch darüber aussprechen, daß vom Vorsitzenden in dieser Sache überhaupt nichts geschehen ist. Unter vorwärtlichem

Regine



*Regime hätte man es jedenfalls gerügt, wenn einem Minister Dummheit oder größer werdende Dummheit vorgeworfen worden wäre.*

V o r s i t z e n d e r : Es ist allerdings gegen den Herrn Minister Rönneburg heute öfter scharf gesprochen, aber ich habe mir dabei stets verhalten müssen, daß der Herr Minister Rönneburg eine solche Sprache hervorgerufen hat dadurch, daß er der Stadt den Vorwurf gemacht hat, sie hätte in dieser Angelegenheit ihre Schuldigkeit nicht getan, sie hätte mit den Bauten zurückgehalten. Das ist ein Vorwurf, der unverantwortlich zu nennen ist, wenn er nicht aufrecht zu erhalten ist. Im Landtage ist keine Stimme zu Gunsten der Stadt Braunschweig erschollen und so muß ich sagen, daß ich nicht in der Lage war, Herrn Minister Rönneburg hier in der Versammlung zu schützen. Ich muß also diese Kritik des Herrn Nessenius zurückweisen. Gewiß, der Ausdruck des Herrn Regener gehörte sich nicht, aber von Herrn Regener ist das am Ende nicht so scharf zu nehmen.

Stadtv. M u n t e : Meine Damen und Herren !  
Es ist nun eigentlich genug über diese Angelegenheit  
gesprochen, und nachdem drei meiner Parteifreunde  
sich in dieser Sache geäußert haben, können Sie sich  
denken, daß vieles von dem, was ich sagen wollte,  
bereits gesagt ist. Was nützt es, jetzt in die  
Vergangenheit zurückzublicken und nachzuforschen,  
wer Fehler gemacht hat und weshalb das flache Land  
und die kleinen Städte jetzt soviel von dem Zuschuß  
bekommen sollen. Aber es ist einwandfrei festge-  
stellt, daß die Stadt Braunschweig für ungefähr 60  
Wohnungen mit je 125 000 M bezuschußt worden ist,  
während das Land nur 110 000 M für jede Wohnung  
bekommen hat, und insofern hat doch der Minister  
Rönneburg recht. Ich will gar nicht darauf großes  
Gewicht legen, daß vor dem 25. Mai der an sich mir  
außerordentlich sympathische Minister Steinbrecher  
dieses Ressort gehabt hat und als gutherziger Mensch  
allen

allen eingehenden Gesuchen möglichst schnell nachgekommen ist, was manch einer nicht getan hätte, der den Standpunkt „Landgraf, werde hart“ vertreten hätte, denn diese Untersuchungen nützen heute nichts mehr. Es handelt sich heute um Einführung einer Notmaßnahme zur Beschaffung von Geld. Unsozial ist ja diese Wohnungsabgabe, zumal sie so ~~extensiv~~<sup>lyrisch</sup> tisch aufgebaut ist. Sozial kann man eine Mietssteuer überhaupt nicht nennen, auch wenn sie so sozial wie möglich aufgebaut würde, wozu wir aber gar nicht in der Lage sind, und etwa nach dem Einkommen des Wohnungsinhabers die Mietsteuer zu bemessen, verbietet uns das Reichssteuergesetz. Die übrigen Erhebungen für die Mietsteuer vorzunehmen, die Größe der Familie und die Kinderzahl festzustellen und danach zu bestimmen, wie groß die Wohnung eigentlich sein müßte und wie hoch oder wie niedrig darnach die Mietssteuer festzusetzen wäre, das sind Feststellungen, die sich in Monaten

nicht

nicht erfüllen lassen, also heute unmöglich anzuwenden sind, denn dann, wenn man mit den Vorarbeiten fertig geworden wäre, wäre schon die Zeit gekommen, wo wir das Geld zurückzahlen sollen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man sich nicht durch die Schroffheit des Ministers Rönneburg herausfordern lassen sollte, zu sagen : „Nun tue ich es gerade nicht.“ Was hätten Sie denn getan, wenn der Minister Rönneburg nicht so gesprochen hätte, denn in der Hauptsache handelt es sich doch darum, daß die Staatsbank erklärt : „Langfristige Kredite zu diesen Wohnungsbauten können wir nicht mehr gewähren; ihr müßt Unterlagen bringen, daß das Geld bis zum 30. Juni oder 30. September zurückgezahlt wird.“ Wenn wir jetzt ein Statut genehmigen, <sup>nachdem</sup> ~~nachdem~~ wir 200 % Wohnungsabgabe erheben, und der Staatsbank vorrechnen : „Soundso viel kommt heraus“, dann ist der Stadt doch erst einmal geholfen. Wenn dann etwas mehr Ausfälle kommen, so müssen wir

eine

eine milde Polizei üben und es unsere Sorge sein lassen, wie sie zu ersetzen sind. Was will schließlich der Staat denn machen, wenn am 30. Juni das Geld nicht zusammengekommen ist ? Darüber brauchen wir nicht im Zweifel zu sein, daß vom 1. April n.J. ab mit einer Wohnungssteuer von 200 % nichts mehr zu machen ist, 500 % werden sogar zu wenig sein, es werden wohl 1000 % werden, denn was wir an Zahlungsmitteln heute haben, ist eigentlich gar kein Geld mehr. Wenn Sie 8400 M in der Tasche haben, so ist das dasselbe, als wenn Sie früher 4,20 M gehabt hätten - so mißt der Ausländer den Wert unseres Geldes ab. Es ist schlimm, daß wir durch den Völkerverkehr immer mehr dazu gelangen, nach ausländischen Werten zu rechnen. Die Arbeitnehmer und die Angestellten werden bald wieder kommen und sagen : „Das Brot ist teurer geworden, nun müssen wir wieder mehr Lohn haben“, und dann kommt natürlicherweise wieder die Schwierigkeit zu Tage, das

in

in der Wirtschaft herauszuholen. Die Zeiten sind schlimm, aber jedenfalls ist es gerade dann ein Unrecht, wenn jemand sich auf den Standpunkt stellen wollte, zu sagen : „ Ich habe eine Wohnung, nun laß die anderen sehen, wo sie eine kriegen ! ” Tatsächlich wird in der Wohnungsfrage viel gesündigt, z.B. halte ich es <sup>nicht</sup> für recht, daß es 22jährigen jungen Leuten freisteht, sich zu verheiraten und dann zu verlangen : „ Nun muß ich eine Wohnung haben. ” Darin müßten Einschränkungen kommen und vielleicht gesagt werden : Vor dem 27. Lebensjahre wird auch ~~B~~ Verheirateten keine eigene Wohnung abgegeben. Weiter müssen auch höhere Wohnungsmieten gefordert werden können, denn bei den Mieten in der heutigen Währung fallen die Häuser mit der Zeit ein, denn für Instandhaltung der Häuser hat der nichts übrig, der nicht nebenbei noch eine Konservenfabrik oder eine sonstige Fabrik besitzt. Von den Erträgnissen an Miete, die mein Haus auf-

bringt

bringt, könnte ich es nicht erhalten, sondern meine Kundschaft sorgt dafür - allerdings bin ich in meinem Hause der einzige Mieter und zahle die Miete an mich selbst. Wenn die Mietpreise für die Wohnungen einigermaßen dem heutigen Geldwerte entsprechend wären, dann würden viele Leute sich eingeschränkt haben. Manch einer wird statt einer 6Zimmerwohnung, wenn die Miete auf das 5fache zu stehen käme, wohl nur eine 2Zimmerwohnung beziehen, und dadurch wird auch die Wohnungsnot in gewisser Weise behoben. Aber heute kommen wir um die Zustimmung zu den 200 % nicht herum. Seien Sie verständig und behalten Sie Ihren Fraktionsbeschluß nicht aufrecht! Die Staatsbank muß ihren Schein in die Hand bekommen, daß wir 200 % bewilligt haben, und was dann nicht herauskommt, das ist am 30. Juni nicht da. Ich hätte ja auch am liebsten gesehen, wenn die Wohnungsabgabe anders gestaltet worden wäre. Die Sozialrentner, die Armenunterstützungsberechtigten und andere können natürlich die



die hohe Wohnungsabgabe nicht bezahlen, das ist selbstverständlich. Aber bewilligen Sie doch erst einmal heute die 200 %, damit die Stadt aus dieser Klemme herauskommt. Ich stimme allerdings mit Ihnen darin überein, daß die Wohnungsabgabe eine unsoziale Steuer ist, aber was wollen Sie an Ihre Stelle setzen? Sie sprechen immer von der Einkommensteuer, und das ist ja auch eine ganz sympathische Sache, aber die höchsten Einkommen sind schon auf 65 % angekommen und müssen das Brot ohne Marken kaufen. Wer 720 000 M Einkommen hat, bezahlt außer seinen Steuern ~~noch~~ 160 - 200 000 M für sein Brot mehr wie die auf den geringeren Steuerstufen, ~~und dann ist das Einkommen der beiden so ziemlich gleich.~~ Wenn wir nur auf die Einkommensteuer die ganzen Ausgaben wälzen wollten, dann müßten wir alle vom Einkommen mehr Steuer bezahlen, und das führte zu weit - es kann schließlich nicht alles von den Einkommensteuern kommen. Sie sehen ja, daß

daß auch der neue deutsche Staat Einfuhrzoll von Kaffee, Tabak usw. erhebt, und das halte ich auch für berechtigt. Getreide können wir ja nicht mehr einführen, weil wir kein Geld mehr haben, um das Ausland dafür bezahlen zu können. Während in Argentinien das Korn benutzt wird, um die Lokomotiven zu heizen, müssen wir uns versagen, Getreide einzuführen, weil unser Geld spottschlecht ist. Ohne daß wirtschaftliche Werte geschaffen werden, wird unser Geld täglich wertloser - doch ich schweife ab.

Bewilligen Sie bitte diese 200 %, es gibt wahrhaftig keinen anderen Weg, um aus dieser Katastrophe herauszukommen. Die Sache zögert sich sonst nur immer weiter hin und die Preise für Baumaterialien werden immer teurer, und wir hätten den Schaden bei einer späteren Regelung zu tragen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Herrschaften ! Ich hätte gehofft, Herr Fay hätte Vorschläge gemacht, wie wir auf andere Weise Geld bekommen können. Das einzige, was in der Hinsicht demnächst vielleicht zu erwarten ist, wäre eine neue Reichsratbestimmung über Erhebung einer Wohnungsluxussteuer. Mit der bisherigen Bestimmung war ja nichts aufzustellen, aber neuerdings ist uns ein anderer Entwurf zugeschiedt und es mag sein, daß in ihm etwas Brauchbares zutage gefördert ist; doch glaube ich nicht, daß wir durch eine solche Steuer nennenswerte Beträge bekommen werden.

Ferner hat Herr Fay die Errichtung der kleinen Häuser bemängelt. Wir sind allerdings darüber im Bilde, aber § schuld an der Erbauung dieser Häuser mit Hilfe der Baukostenzuschüsse sind wir nicht; das ist von oben heruntergekommen. Als die Zuschüsse gewährt wurden, hat das Reich stets die Bedingung daran geknüpft, daß vorwiegend Klein-

häuser

häuser bedacht werden - eigentlich überhaupt nur Kleinhäuser. Man hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Unterstützung von 50 % solcher Häuser durchzu**be**kommen; Herr Lehnert wird das wissen. Wir unsererseits haben den größten Wert darauf gelegt, daß recht viele hohe Häuser zur Ausführung kamen. Aber vor mehreren Jahren durfte man eine derartige Ansicht ja gar nicht äußern (sehr richtig!) sonst wäre man als rückständig verschrien worden. Auch Herr Nessenius weiß darüber Bescheid.

Herr Nessenius machte vorhin dem Staatsbankpräsidenten darüber Vorwürfe, daß er als Diktator aufgetreten wäre. Ich habe diesen Sitzungen, in denen die Sache behandelt wurde, mit beigewohnt, und wer das getan hat, dem erscheinen die Forderungen in ganz anderem Lichte als sie jemandem, der diese kurzen Sätze liest, erscheinen könnten. Mit kurzen Worten zusammengefaßt, hat der Staatsbankpräsident erklärt : „Langfristige Darlehen

gibt

gibt es in dieser Zeit überhaupt nicht mehr, es kann sich nur um kurzfristige handeln, und solche müssen natürlich auch kurzfristig gedeckt werden. Es bleibt also nichts anderes übrig als die Wohnungsbauabgabe, und so viel sie einbringt, kann ich den Betreffenden zur Verfügung stellen. Wenn Sie 500 % erheben, können Sie einen solchen Kredit erhalten, bei 200 % einen solchen, und erheben Sie nichts, dann können Sie auch nichts kriegen." Ein solcher Standpunkt ist durchaus erklärlich, und wenn jemand von Ihnen Staatsbankpräsident wäre, würde er genau so sprechen. Deswegen kann man dem Manne doch nicht vorwerfen, er sei als Diktator aufgetreten.

Was mir nun besonders leid tut, ist, daß wir von diesem 40 Millionen-Segen, den der Landtag bewilligt hat, nichts ab bekommen sollen, und ich möchte deshalb an die Herrschaften, die im Landtage sitzen, die dringende Bitte richten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß wir davon doch

noch

noch etwas bekommen; selbst wenn das 40 Millionen-Darlehen schon verteilt <sup>ist</sup> ~~sind~~, könnte durch eine Nachbewilligung der Stadt noch ein namhafter Betrag zur Verfügung gestellt werden. Ich hielte das in jeder Beziehung für recht und billig. Die Regierung hatte uns mitgeteilt, daß wir 6 - 8 Millionen bekommen sollen; aber meiner Meinung nach ist dieser Betrag viel zu gering, und es muß angestrebt werden, daß wir 15 - 16 Millionen bekommen. Wenn wir diesen Betrag haben und gleichzeitig die 200 % Wohnungsabgabe erhoben werden, dann können wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Ich möchte *Pie* nun bitten, in Ihrer Beschlußfassung diese beiden Sachen miteinander zu verquicken und schlage vor, die 200 % zu bewilligen, aber nur unter der Bedingung, daß die Regierung der Stadt von den 40 Millionen mindestens einen Betrag von 16 Millionen hergibt. Damit könnten wir die angefangenen Bauten zu Ende führen. Ich möchte Ihnen dringend ans Herz legen, diesen Vorschlage näherzutreten.

Stadtv. S t e g m a n n : Die Zeit ist ja bereits recht vorgeschritten, aber gestatten Sie mir bitte doch noch einige Worte. Es haben vier Kollegen aus der Partei des Herrn Minister Rönneburg gesprochen, und ich möchte darauf einiges erwidern.

Es ist gesagt worden, daß Versäumnisse stattgefunden hätten bereits vor dem Monat Mai und vor der Übernahme des Ressorts könne der Minister Rönneburg nicht verantwortlich gemacht werden. Das ist richtig, und deswegen habe ich in meiner ersten Rede ausgeführt, daß die Regierung im allgemeinen schlecht beraten gewesen sei, <sup>und</sup> daß schon seit Jahren diese Sachen verzögert worden seien. Dieser Vorwurf konnte natürlich Herrn Minister Rönneburg nicht treffen. Nun aber sagte Herr Dr. Röpcke, der-Rat habe die Erklärung abgegeben : Wenn die Regierung soundso viel für die Wohnungsbauten bewilligt, dann decken wir das übrige. Gewiß, wenn man sich auf den formal-juristischen Standpunkt stellt

stellt, ist das richtig, aber ich meine, ein Minister müßte doch die Verhältnisse kennen und wissen, <sup>wie umfangreich die</sup> ~~daß die~~ Baukosten ~~um das drei und vier-~~ <sup>mal</sup> ~~fache~~ gestiegen sind, ~~muß berücksichtigen, daß die~~ Stadt solche Kosten nicht aufbringen kann und daß die Regierung verpflichtet ist, hier ~~helfend~~ <sup>helfend</sup> einzugreifen, ~~und durch diese Erklärung einen Strich zu machen.~~ *Ja, Dr. Köpcke sagt:*

„Nicht Herr Minister Rönneburg hat diktiert, sondern die Staatsbank!“ Ja, diese Bedingungen erscheinen geradezu russisch. Es heißt dort : „Der Kreis erhöht seine Wohnungsabgabe unverzüglich auf 500 % mit Wirkung vom 1. Juli d.J. ab - die Hebung der Wohnungsabgabe wird mit größter Beschleunigung betrieben.“ Also echt russisch ! Und wenn sich der Minister Rönneburg diese Bedingungen der Staatsbank zu eigen macht, dann machen wir ihn verantwortlich, nicht den Staatsbankpräsidenten, sondern den Ressortminister, und das ist Herr Rönneburg. In einem Nachsatz an den

Rat



Rat der Stadt ( das Schreiben ist zunächst an sämtliche Kreisdirektionen gerichtet) wird auf die Ziffern 2 und 7 der Verfügung verwiesen. In Ziffer 2 heißt es : „Der Staat hat sich bereits stark über seine Kräfte betätigt, indem schon frühere Anleihen nicht mehr voll durch die Wohnungsabgabe gedeckt wurden, trotzdem hat er weitere 40 Millionen Mark für die Fertigstellung der diesjährigen Bauten zur Verfügung gestellt. Es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß auf keinen Fall weitere Zuschüsse für begonnene Bauten aus Landesmitteln gewährt werden können.“ Der Minister verweist also den Rat auf diese Ziffer, worin steht, daß trotz alledem noch 40 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Während man hier ausdrücklich erklärt : „Ihr partizipiert <sup>schon</sup> ~~hieran~~“, heißt es hinterher : „Ihr bekommt nichts.“ Das verstehe ich nicht. Es sieht das wie eine Strafe aus, die man der Stadt auferlegen will, und scheint aus der Zeit zu datieren, als von uns verlangt wurde, für

für die Bauten in den Vororten einen bestimmten Zuschuß zu geben, und wir das ablehnten. Das wurde uns also von dem damaligen Minister gewissermaßen als Strafe zudiktiert. Wenn von uns damals gesagt worden ist : „Wie sollen wir das Geld beschaffen“, so ist keiner aufgetreten und hat uns gesagt : So könnt ihr es ~~nachen~~ <sup>machen</sup> ! Es kann ~~keiner~~ von uns verantworten und der Rat der Stadt auch nicht, daß wir neue Steuern erfinden, wenn uns eine Beihilfe aus den 40 Millionen Mark verweigert wird. Der Staat muß dafür sorgen, daß diese 40 Millionen, die für uns mit bestimmt waren, entsprechend der Größe der Stadt Braunschweig, auch für uns mit verwendet werden, und dann wird die Stadt auch das Geld schaffen, denn dann sind wir in der Lage, die unfertigen Bauten zu vollenden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie ihr Versprechen einlöst.

Es wird gesagt : Bis zum 1. April n.J. werden wir mit 200 % auskommen, dann aber werden wir

500 %

500 % erheben müssen. Das ist schlimm genug. Die Folge davon wird sein, daß die Not noch größer wird und Lohn- und Gehaltsforderungen ins Ungemessene sich steigern. Aber vorläufig haben wir damit ja noch nichts zu tun, sondern mit den Verhältnissen, wie sie jetzt liegen. Wenn gesagt wird, es sei eine Notsteuer, so sage ich dagegen In dieser Zeit der Not können wir diese Steuer nicht aufbringen. Nicht allein die Schroffheit des Ministers Rönneburg veranlaßt uns dazu, die 200 % abzulehnen, sondern wie ich schon dargelegt habe, ist es der Mehrheit des Volkes nicht einmal möglich, das Geld für das Allernotwendigste aufzubringen, und deshalb lehnen wir die Erhöhung der Wohnungsabgabe ab.

Zu dem Vorschlage des Herrn Stadtbaurat Gebensleben habe ich folgendes zu sagen : Wir haben gar nicht nötig, die für die Erlangung des Staatszuschusses eine Bedingung in unseren

Be-

Beschluß aufzunehmen. Ja, wenn die Bedingung dahin ausliefe, daß uns das Geld zinslos gegeben würde, dann könnte man einen solchen Beschluß noch verstehen. So aber sollen wir das Geld doch verzinsen, und zwar mit 11 %. Dabei brauchen wir uns doch nicht noch besonders zu bedanken und es als ein Entgegenkommen anzunehmen. Wir sind der Ansicht und bleiben dabei, daß wir zu fordern haben, von diesen 40 Millionen einen Anteil zu bekommen, und geschieht das, dann sind wir auch in der Lage, die Bauten fertigzustellen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine geehrten Herrschaften ! Wenn ich den Verlauf der Debatte überblicke, so muß ich mir vor allem eins sagen : Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich ein solcher Gegensatz zwischen Stadt und Staat herausgestellt hat; ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Stadt in solchen Fällen immer am schlechtesten fährt. Nun fällt es mir nicht ein, etwa gegen die Herren zu sprechen, die sich gegen Herrn Minister Rönneburg kräftig gewehrt haben, oder selbst gegen den Herrn Minister Stellung zu nehmen, aber ich habe doch die Überzeugung, daß der Minister Rönneburg der Stadt Braunschweig nicht die Stellung zuerkennt, die ihr nun einmal in unserm Freistaat zukommt. (Sehr richtig!) Es <sup>nicht</sup> ist zu bestreiten, daß von den sämtlichen Orten des Landes Braunschweig die Stadt Braunschweig während des Krieges verhältnismäßig am stärksten mitgenommen ist. Das ist allen großen Städten so

ge-

gegangen. Den Dörfern und den kleinen Städten sind durch den Krieg längst nicht so viele Lasten aufgebürdet worden. Wenn Herr Minister Rönneburg vor seiner Stellungnahme zur Verteilung der Baukostenzuschüsse erst nähere Einsicht in unsere miserable Finanzlage bekommen hätte, dann wäre er zu einer anderen Ansicht als jetzt gekommen. Der Grund, daß er zu seiner jetzigen Stellungnahme gekommen ist, liegt darin, daß die Herren Minister sehr viel selbständig arbeiten. So kann es kommen, daß die Entscheidung des Herrn Ministers von seinem Standpunkt aus durchaus gerechtfertigt sein mag, daß sie aber nicht gerechtfertigt erscheint, wenn er unsere Finanzlage und die bewilligten Darlehen in Vergleich gesetzt hätte mit denen anderer Orte. Das hilft nun aber alles nichts mehr. Wir müssen irgendwie zum Ziel kommen, und das ist jetzt : Die in Angriff genommenen Bauten sollen fertiggestellt werden.

Wie

Wie wir in Zukunft die Wohnungsfrage lösen, das können wir heute alle miteinander nicht entscheiden, aber das eine steht heute schon fest : Diese Bauten müssen fertiggestellt werden. Nun ist der Vorschlag gemacht, es solle bei dem heutigen Beschluß die Bedingung gestellt werden, daß wir aus der vom Reiche zur Verfügung gestellten Summe einen größeren Betrag vom Staate zugewiesen bekommen. Ich habe dieser Tage mit Herrn Ministerialrat Dr. Christoph über diese Frage verhandelt, und er hat mir zugesagt, diese Zuweisung an die Stadt zu befürworten. Nun habe ich aber gehört, daß der Minister auf seinem Standpunkt verbleibt, daß die Stadt höchstens 8 Millionen haben soll. Dagegen ist nichts zu machen. Aber eins möchte ich hier noch öffentlich erklären : Wir konnten den dringenden Wünschen der Braunschweigischen Baugenossenschaft und anderer Baugesellschaften nicht widerstehen und haben auf die Gefahr hin, daß Sie uns  
bei

bei den Ohren kriegen, den Baugesellschaften 6 Millionen Mark ohne Ihre Ermächtigung vorgeschossen. (Zuruf: Das ist sehr lobenswert!) Die müssen wir doch zunächst wieder haben! Wir haben die Bewilligung vorgenommen, weil uns gesagt wurde, daß sonst die Bauten stillgelegt werden müßten, vielleicht gar die Öfen herausgenommen werden müßten, um Geld zu schaffen. Wir wissen genau, wie es mit der Baugenossenschaft steht, sie war in finanzieller Beziehung sehr solide aufgebaut; heute liegt die Sache anders; wie ich von Herrn Lehnert gehört habe, ist die Sache dort nicht rosenrot. Wer baut denn heute sonst noch, wenn die Baugesellschaften damit aufhören? Die Bauunternehmer können es doch nicht! Also, meine Herrschaften, lassen Sie uns heute nicht auseinandergehen mit dem Votum: Abgelehnt. Dann sitzen wir fest. Ich erkläre rund heraus: Ich kann nicht mehr Anweisung an die Stadthauptkasse erteilen, weitere Zuschüsse zu zahlen, auch wenn wir schließlich

lich



lich Geld noch beschaffen könnten durch andere — Manipulationen muß ich sagen, einen anderen Ausdruck habe ich für diese meine Tätigkeit bei der Geldbeschaffung nicht mehr. Wenn Sie nicht ohne weiteres auf die Zustimmung zu unserer Vorlage eingehen wollen, möchte ich mein altbewährtes Mittel in Vorschlag bringen : auf 5 Minuten auseinanderzugehen und in den Fraktionen noch einmal Stellung zu nehmen. Ich bedaure sehr, daß sich die linke Seite des Hauses (die ja eigentlich die rechte ist) zu der heutigen Frage noch nicht geäußert hat.

(Zuruf: Kommt noch!) Es dreht sich nicht nur um die Beschaffung des Geldes überhaupt, sondern um schnelle Beschaffung. Wenn die Entscheidung verzögert wird, müssen wir erst wieder mit einer Vorlage kommen - damit geht die Zeit hin und die Ausschreibung der Steuer dauert auch noch lange. Überall sitzen die Unternehmer der Bauten jetzt in der Klemme und haben nicht das nötige Betriebskapital, um ihre Sache weiterzuführen. Es handelt sich

- 126a -

sich darum, noch heute einen endgültigen Beschluß  
zu fassen.

Stadtv. B u r g d e r f f : Meine Damen und Herren ! Die Ausführungen der Herren von der Demokratischen Partei dienten der Verteidigung des Herrn Ministers Rönneburg, und so muß ich sagen : Wenn die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung dafür eintritt, daß die Vorlage des Rates durchgeht, so erscheint mir das verständlich. Ich bitte die Herrschaften, sich darüber klar zu werden, daß durch die Rede des Herrn Ministers Rönneburg nebst dem Rat der Stadt auch die Stadtverordneten getroffen sind, indem gesagt war, die Stadt hätte bei Bewilligung der nötigen Summen für die Bauten nicht genügendes getan. Dabei hat der Herr Ressortminister erklärt, daß die Stadt Braunschweig von den 40 Millionen Mark nichts erhalten solle, und das erachte ich für ein Unrecht. Solange die Regierung der Stadt Braunschweig Familien und Personen von auswärts zuweist, solange muß der Staat dazu beitragen, daß hier bei uns Wohnraum geschaffen wird.

Ich

Ich kenne einen pensionierten Kantor aus Holzminden, der hierher gewiesen ist, weil er sich mit seiner Gemeinde nicht  $\forall$  vertragen kann, und weiß von einem Gemeindebäcker, der aus ähnlichen Gründen nach Braunschweig gebracht ist, und von einer Doktorswitwe, die uns aus Börßum geschickt ist. Da der Staat von den 40 Millionen der Stadt nichts gegeben hat, so kann mich nichts veranlassen, einer Erhebung der Wohnungsgeldabgabe von 200 % zuzustimmen. Es muß in Betracht gezogen werden, wie schwer es uns gefallen ist, vor 5 Wochen die 100 % zu bewilligen. Es geht aus den Ausführungen des Herrn Lehnert hervor, daß es nicht möglich gewesen wäre, bei 100 % unter Zuziehung des Betrages, den die Regierung uns zur Verfügung stellt, wir die nötigen Ausgaben decken könnten, und ich behaupte, daß das auch mit den 200 % nicht erreicht werden kann. In erster Linie sollten mit Hilfe der Baukostenzuschüsse Hochbauten zur Ausführung gebracht werden. Aber

das

das geschieht nicht, sondern es werden Siedlungsbauten und Hochbauten in gleichem Maße berücksichtigt. Bei 200 % Wohnungsabgabe haben wir auch nicht Gewähr, daß durchgeführt wird, was nach unserer Meinung durchgeführt werden müßte. Wenn der Herr Oberbürgermeister auf die 8 Millionen Mark hinweist, die der Rat der Stadt ohne unsere Ermächtigung an die Baugesellschaften ausgezahlt hat, so möchte ich dazu bemerken, daß die Deckung hierfür durch Erhebung der 100 % Wohnungsabgabe ohne weiteres sichergestellt ist. Ich erkläre namens meiner Parteifreunde, daß wir uns nicht dazu verstehen können, der Ratsvorlage unsere Zustimmung zu geben.

Stadtv. M u n t e : Es hat wenig Zweck mehr, das Wort zu ergreifen, um die Herrschaften zu überzeugen, wenn sie das Ganze als eine Parteisache auffassen wollen. Wenn der Rat diese Vorlage eingebracht hat, so hat er das nicht zum Vergnügen der Einwohner unserer Stadt getan, sondern weil er die Notwendigkeit dazu einsieht. Wenn ich in der Debatte das Wort „Rönneburg“ in den Mund genommen habe, so ist es deshalb geschehen, weil ich davon überzeugt bin, daß von der anderen Seite Herr Rönneburg, der erst am 25. Mai seinen ~~Pösten~~ Ministerposten angetreten hat, zu einem Teil zu Unrecht angegriffen wurde. Im übrigen ist der Minister Rönneburg Manns genug, sich selbst zu verteidigen und braucht unsere Partei dazu nicht in Anspruch zu nehmen. Er hat temperamentvoll gesprochen, weil er sich verärgert fühlte durch Volksfreundartikel und die Ausführungen des Herrn Tostmann. dem er zurief, daß die Linke im Stadt-

parlament

parlament am meisten schuld daran wäre, daß die Sache nicht vorwärts gekommen wäre, sie hätte die Wohnungssteuer nicht bewilligen wollen. (Zurufe.) Meine Herrschaften! Lassen Sie uns doch leidenschaftslos über diese Vorlage unterhalten. Jeder muß hierzu seine Ansicht äußern können, ohne daß er unterbrochen wird. Ich bin doch ein ganz friedlicher Mensch! Daß ich im Landtage nichts zu dieser Sache gesagt habe und auch sonst niemand aus der Stadt, daß ist so gekommen : Im Landtage hatten wir es eilig, wie wir es dort immer eilig haben. Wir mußten zu bestimmter Zeit mit unseren Beratungen fertig werden, und um die Verhandlungen nicht noch weiter zu verlängern, konnten wir eben nicht mehr sprechen, und das ist vielleicht ebenso gut, als wenn wir es getan hätten, denn erreicht hätten wir durch unsere Worte doch nichts. Ich bin auch der Meinung, daß wir uns doch einmal in ruhiger Weise in den einzelnen Fraktionen über diese

diese Vorlage aussprechen und deswegen eine kurze Pause machen. Es ist ~~das~~ schlimm , daß die Linke durch einen Fraktionsbeschluß gebunden ist.

(Zuruf : Die Rechte auch!) Nun fängt die Rechte auch an! Ich habe mir in unserer Fraktionsbesprechung vorbehalten, daß diese Angelegenheit nicht als Parteisache angesehen wird. Ich habe zu meinen Parteifreunden gesagt : „Sprecht Euch ruhig aus und stimmt wie Ihr wollt!“ (Zuruf: Es kommt darauf an, wie stark der Einfluß des Herrn Rönneburg auf den einzelnen ist!)

V o r s i t z e n d e r : Die Herrschaften tun immer noch so, als ob wir noch wer weiß wieviel Zeit heute hätten.

Stadtv. M u n t e (fortfahrend) : Es ist überaus bedauerlich, daß Herr Dr. Jasper heute fehlt,

der



der eine wichtige Stimme bei Ihnen hat, und der erklären könnte, wie von oben herab die Sache ver-siebt worden ist. Er ist auch nicht in Ihrer Fraktionssitzung zugegen gewesen; das tut mir ebenso leid, denn er hätte manches zu einer glück-lichen Lösung der Frage beitragen können. Herr Lehnert müßte schon im Interesse der Finanzen seiner Genossenschaft für die 200 % sein, denn dort handelt es sich doch um Aufrechterhaltung des Betriebes.

Stadtv. Dr. R ö p c k e : Ich muß zunächst noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Burgdorff eingehen; sie haben mich einigermaßen überrascht. Ich muß zugestehen, daß von der linken Seite gegen die Erhöhung der Wohnungsabgabe sachliche Gründe angeführt sind : daß sie unsozial sei, daß auf dem Lande noch eine Menge Wohnungen zu bekommen seien, daß ~~die~~ das Land begüterter wäre usw. Die Ausführungen des Herrn Burgdorff aber ließen sachliche Gründe vermissen. Es geht doch nicht an, einfach zu sagen : „Der Minister Rönneburg hat die Stadt gekränkt, folglich lehnen wir die Erhöhung der Wohnungsabgabe ab.“ Das wäre ja geradezu ungeheuerlich; da könnte ja alles stillstehen bleiben, die Stadt in die größte Verlegenheit kommen, und die Herren könnten dann sagen : Das ist uns egal ! Diese persönlichen Sachen sollten doch aus der Besprechung überhaupt herausbleiben. Ich meine, Herr Burgdorff wird ebenso wenig wie ich entscheiden

können

können, wen überhaupt die Schuld trifft; er wird das Aktenmaterial ebenso wenig kennen, wie ich es auch nicht eingehend kenne, und so verstehe ich nicht, wie man von einem solchen Standpunkt aus dem Minister Rönneburg einen Vorwurf machen kann. (Zuruf Burgdorff: Habe ich nicht gemacht!) Es wäre mir sehr u interessant, die Gründe zu erfahren, die zu Ihrer Ablehnung geführt haben. Wir haben vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß wir das Geld nötig haben und auf andere Weise nicht bekommen können. Wir kriegen weder vom Lande noch vom Reiche Geld - wie soll die Sache denn nun gemacht werden? Wenn irgend jemand sagen kann, woher wir Geld für diese Fertigstellung der Wohnungsbauten kriegen können, dann will ich gern sagen: Wir wollen die Vorlage ablehnen. Aber keiner hat einen Weg gewiesen, um zu Geld zu kommen. Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß der Wohnungsbau jetzt stillliegen soll! Vor den Wahlen

wurde

wurde viel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft gesprochen - eine größere Mißwirtschaft wäre doch nicht möglich, als wenn wir jetzt diese Bauten stillegen würden. Das wäre ja unerhört ! Wenn Sie diese Vorlage ablehnen, bekommt die Stadt zu dem fraglichen Zwecke überhaupt kein Geld. Ich bin nun aber einverstanden, daß wir versuchen, dem Standpunkt der Stadt, soweit er gerecht ist, Geltung zu verschaffen dadurch, daß wir zu erreichen suchen, von diesen 40 Millionen vom Lande noch etwas zu bekommen, oder falls sie schon verteilt sind, den Versuch machen, einen entsprechenden Betrag nachbewilligt zu bekommen. Ferner bin ich einverstanden, daß wir dahin einzuwirken versuchen, daß uns vom Reiche mehr als 6 - 8 Millionen in Aussicht gestellt werden. Es ist durchaus gerechtfertigt, daß wir bei der Größe der Stadt und der Lage des Wohnungsmarktes dort im Verhältnis zu dem in den Landstädten von den 40 Millionen mindestens

stens



stens 15 - 18 Millionen für uns beanspruchen, und wenn wir die Wohnungsabgabe zu 200 % bewilligen, glaube ich, daß wir in beiden Richtungen Entgegenkommen  $\alpha$  finden. Ich stelle den Antrag :

Die Wohnungsabgabe zu 200 % zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Ministerium von den 40 Millionen des Reiches noch einen entsprechenden Betrag (mindestens 15 Millionen) bewilligt und von den Geldern des Landes 10 Millionen Mark.

Wenn uns der Staat in dieser Weise entgegenkommt, müssen wir zeigen, daß wir das Übrige tun wollen, daß die Schwierigkeit überwunden wird, und ich glaube, mit einer derartigen Beschlußfassung werden wir erreichen, was wir wollen und kommen aus dieser unerträglichen Schwierigkeit heraus.

Stadt v. B u r g d o r f f : Was Herr Dr. Röpcke mir gegenüber gesagt hat, verstehe ich nicht. Ich habe mein Mißfallen darüber ausgesprochen, daß von der Regierung die Behörden der Stadt Braunschweig in ungerechtfertigter Weise angegriffen sind; ob das von Herrn Minister Rönneburg geschehen ist oder von einem anderen, das ist ganz gleichgültig. Wenn ich auf die sachlichen Gründe nicht näher eingegangen bin, so kann ich noch sagen, daß die sachlichen Gründe der linken Seite in dieser Angelegenheit auch für mich maßgebend sind. Wenn aber im Landtage öffentlich gegen den Rat der Stadt und die Stadtverordneten derartige Beschuldigungen erhoben werden, daß gesagt wird, wir hätten unsere Pflicht nicht getan — Herr Munte sagte, es werde aus diesen Anschuldigungen kein Parteistandpunkt gemacht —, und wir nehmen in öffentlicher Stadtverordnetensitzung Gelegenheit, uns dagegen zu wehren, so sind wir nicht nur dazu berechtigt, sondern auch verpflichtet, aber nicht ist es uns zu verargen. Wenn hier Stadtverordnete die Regierung verteidigen —

ich sage nicht : Herrn Minister Rönneburg -- so  
mündert mich das, denn in erster Linie müssen wir  
auf die Interessen der Stadt Rücksicht nehmen. Wir  
haben von den 40 Millionen nichts bekommen und  
wollen erzielen, daß die Regierung hierin der Stadt  
Braunschweig gegenüber ihre Pflicht tut und ihr den  
gehörigen Teil zuweist.

(Zuruf Dr. Röpke: Das werden Sie auf diese  
Weise nie erzielen.)

V o r s i t z e n d e r : Es ist angeregt, eine Pause eintreten zu lassen. Ich will nicht aus eigener Machtvollkommenheit eine Pause ansetzen, sondern frage, ob die Versammlung das Bedürfnis anerkennt. Wer ist für die Pause?

Es meldet sich nur die Minderheit der Stadtverordnetenversammlung.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der Antrag des Herrn Dr. R ö p c k e birgt eine Gefahr in sich. Es wurde die Bedingung gestellt, daß uns vom Reiche mehr überwiesen wird (bis zu 18 Millionen) und daß wir auch noch vom Lande Braunschweig 10 Millionen Mark bekommen. Ich habe mich nochmals erkundigt und da ist mir gesagt, daß die 40 Millionen tatsächlich vergeben sind; es würde sich also darum handeln, daß nochmals 10 Millionen nachverwilligt werden. Das würde nur durch den Landtag geschehen können, und darüber gingen wieder Wochen ins Land, so daß wir die Steuer noch nicht ausschreiben könnten. Außerdem müßten wir noch an das Ministerium wegen Erhöhung der Steuersätze berichten und kämen in der Sache nicht schnell weiter. Wir würden erleben können, daß der Januar oder Februar ins Land kommt und wir haben noch kein Geld. Da das Ministerium über die Reichsgelder selbständig verfügt, so wäre es richtiger, die Bedingung zu ändern

und

und am Schlusse zu sagen: „Gleichzeitig ersucht die Stadt das Ministerium, ihr aus Landesmitteln in dieser Sache zu helfen.“ Wenn wir die 200 % ausschreiben, so gehen die Steuerzahlungen nicht von heute auf morgen ein, und es dreht sich darum, daß wir schnell ein größeres Kapital zur Verfügung bekommen, um den unglücklich<sup>-en</sup>/Bauenden helfen zu können. Deshalb möchte ich anheingeben, daß die Bedingung in der bezeichneten Weise geändert wird.

Stadtv. Dr. R ö p o k e ist mit der vom Oberbürgermeister angeregten Änderung einverstanden.

V o r s i t z e n d e r : Nach dem Antrage des Rates haben sich die Stadtverordneten über 2 Punkte zu äußern

- 1/ den Rat zu ermächtigen bei der Staatsbank den Betrag von 34 Millionen anzuleihen
- 2/ der Erhebung einer Wohnungszulage für 1922 - 1923 in Höhe von 200 % zuzustimmen.

Punkt 2 muß in der Abstimmung zuerst geklärt werden, weil der Punkt 1 sich nach Punkt 2 richtet. Ich werde zuerst über den Antrag des Rates in der Form, wie er in der Vorlage aufgeführt, abstimmen lassen, und wenn dieser abgelehnt wird, lasse ich abstimmen über die bedingungsweise Annahme des Rateantrages, wie es der Herr Oberbürgermeister eben anheingegen hat. Herr Dr. Röpoke hat ja diese

Fassung

Fassung zu der seinigen gemacht. Dann wissen wir, wie wir uns zu dem zweiten Ratsantrage zu stellen haben. Die Versammlung ist mit dieser Fragestellung wohl einverstanden.

Für bedingungslose Bewilligung der 200 % stimmt nur Herr Stadtverordneter Munte.

V o r s i t z e n d' e r : Wer ist für die Bewilligung der 200 % Wohnungsabgabe unter der Bedingung, daß die Regierung die Stadt teilnehmen läßt an dem Reichsdarlehn und dafür sorgt, daß auch aus Landesmitteln noch eine angemessene Summe bewilligt wird?

Stadtv. Dr. R ö p c k e : Unter der Bedingung,  
daß

daß wir von den 40 Millionen des Reiches mindestens 15 Millionen bekommen.

V o r s i t z e n d e r : Der andere soll also wegfallen? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Dr. Röpke mit den Worten: Ja, weil der Herr Oberbürgermeister Bedenken dagegen erhoben hat.)

Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

V o r s i t z e n d e r : Legt der Rat nun noch Wert darauf, daß Punkt 1 noch irgendwie erledigt wird. -- (Der Herr Oberbürgermeister verneint). Nicht, dann ist die Sache damit erledigt.



4. Erhöhung des Schulgeldes für die  
städtischen höheren Schulen.

Stadtv. Dr. K a h l e r t : Meine Damen und Herren! Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, nach welcher die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen beschlossen werden soll. Ich glaube, diese Vorlage ist Ihnen allen in Vervielfältigung zugegangen und so kann ich mich wohl auf eine kurze Berichterstattung darüber beschränken, wie sich die Schulkommision zu dieser Angelegenheit stellt.

Nachdem der Staat, obwohl er zuerst geglaubt hatte, von einer Erhöhung des Schulgeldes absehen zu können, nun doch noch eine Erhöhung des Schulgeldes für die höheren staatlichen Schulen vorgenommen hat, hat sich der Rat der Stadt wohl oder übel auch dazu verstehen müssen, eine Erhöhung des Schulgeldes in seinen höheren Schulen zu beantragen, um zu versuchen, dadurch die schwere Belastung, die  
die

die Stadtkasse hat, in etwas ausgleichen zu können. Es ist in dem Schulausschuß lange über diese Vorlage gesprochen, denn die Stadtverordneten hatten bereits in einer früheren Aussprache sich dahin geäußert, daß mehr und mehr eine allgemeine Befreiung von Schulgeld und die freie Lieferung der nötigen Lernmittel eintreten solle. Diesen Grundsatz auf die höheren Schulen auszudehnen, ist eine schwierige und kostspielige Sache. Der Schulausschuß ist nach langer Beratung zwar nicht einstimmig, aber doch in seiner Mehrheit zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Nach auswärts eingezogenen Informationen sind die beantragten Erhöhungen, respektive das demnächst zu zahlende Schulgeld für die höheren Schulen der Stadt Braunschweig noch als sehr niedrig zu bezeichnen. Die Stadt Hannover erhebt 6 000 M Schulgeld, in den rheinischen Städten schwankt es zwischen 4000 und 6000 Mark, und in Bayern ist einem Friedenssatze von 60 M gemäß jetzt 4800 M Schulgeld für das

Jahr

Jahr festgelegt. Auch hier spielt natürlich die Geldentwertung eine enorme Rolle. Ich glaube kaum, daß wir anders können, als diese hier vorgeschlagenen Sätze für unsere höheren Schulen zu bewilligen. In Auftrage des Schulausschusses habe ich Ihnen Annahme der Vorlage zu empfehlen.



Die neuen, vom 1. Januar 1923 an zu zahlenden Sätze für die beiden Oberrealschulen, das Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt sollen betragen:

- 1/ für ortsangehörige Schüler und Schülerinnen 2000M
- 2/ für ortsfremde Schüler und Schülerinnen aus dem Lande Braunschweig (mit Ausnahme derjenigen, die das Oberlyzeum besuchen) 3000M
- 3/ für ortsfremde nichtbraunschweigische Schüler und Schülerinnen 5000M
- 4/ für Ausländer, das heißt für solche Schüler und Schülerinnen, die die Deutsche Staatsangehörigkeit und Reichsangehörigkeit nicht besitzen 10000M.

*M. Ferns*  
*Ull.*

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! So schwer es mir auch als Vater schulpflichtiger Kinder wird, muß ich <sup>doch</sup> mich dafür aussprechen, ~~die~~ vom Rat der Stadt vorgeschlagenen Sätze anzunehmen, denn es würde ein Unding sein, wenn in den staatlichen und städtischen höheren Schulen verschiedenes Schulgeld erhoben würde. Gleichzeitig möchte ich aber an den Rat der Stadt die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß in anderer Beziehung die Schule nicht besonders hohe Anforderungen an die Eltern der die höheren Schulen besuchenden Kinder stellt. Ich denke dabei besonders an die zahlreichen schriftlichen Arbeiten, die anzufertigen sind. Ein Heft kostet jetzt 90 M und in einigen Tagen 135 M, und so beträgt die Ausgabe für Hefte unter Umständen mehr als das Schulgeld. Ich bitte den Rat, besonders darauf hinzuwirken, daß in dieser Beziehung größte Sparsamkeit eingehalten wird, und die Anschaffung von Spezialheften und

der

- 150a -

der Zeichenbogen möglichst beschränkt wird. Wenn das geschieht, wird es den Eltern möglich sein, auch das neue Schulgeld aufzubringen.

Stadt v. S i e v e r s : Meine Damen und Herren!  
Es ist Ihnen bekannt, daß die sozialdemokratische  
Partei schon vor dem Kriege für vollständiges Schul-  
geldfreiheit eingetreten ist. Wir wissen, daß bei  
den jetzigen Verhältnissen dieses Ziel recht schwer  
zu erreichen ist und verkennen nicht die schwierige  
finanzielle Lage der Stadt. Wir können aber in  
unserer Rücksichtnahme nicht so weit gehen, daß wir  
zustimmen, daß man sich von diesem Ziel immer weiter  
entfernt und inner wieder die Schulgeldsätze für  
die höheren Schulen erhöht. Erst vor kurzen haben  
wir eine Erhöhung des Schulgeldes in den hiesigen  
Schulen bekommen, nun wird ~~an~~<sup>von</sup> den neuen Sätzen der  
dreifache Betrag gefordert. ~~Das~~<sup>dem</sup> zuzugestehen, ist  
uns nicht möglich. Das gesteckte ~~Spiel~~<sup>Ziel</sup> soll nicht  
nur in Worten, sondern auch der Tat nach dahin ge-  
hen, daß die höheren Schulen nicht Klassenschulen  
einer klein<sup>en</sup> bevorrechtigten Schicht sind, sondern  
daß die höheren Schulen zu solchen werden, in die

alle

alle Teile des Volkes ihre Kinder hineinschicken.

Es läßt sich nicht anders sagen, als daß die Arbeiterklasse nur zu einem kleinen Teil <sup>(ihre Kinder)</sup> auf die höhere Schulen schicken kann. Wir wissen, daß das nicht allein an den Schulge<sup>d</sup>el<sup>e</sup> liegt, sondern daß auch die Lernmittelbeschaffung und was sonst noch in Frage kommt, ungeheure Kosten verursachen. Aber den muß man abzuhelpen suchen, damit die Zustände nicht noch

katastrophaler werden. Es ist bekannt, daß unsere

~~im Lande~~ Partei beantragt hat, durch wesentliche Zuschüsse

den begabten Kindern der untersten Volksschichten

die Möglichkeit zu geben, sich eine weitergehende

Bildung zu beschaffen. Auch durch Erhöhung des

Schulgeldes dürfte nicht den armen Kindern diese

Möglichkeit erschwert werden. Es darf nicht gesagt

werden: Dieses Geld muß für die Stadt beschafft wer-

den - die Vorlage soll ja eine Mehreinnahme von

2 700 000 M bringen. Die Notlage der Stadt kennen

wir; wir haben ja vorhin bei der Frage des Wohnungs-

baues und der Wohnungsabgabe in ungeschöner Weise

über

über die finanzielle Lage der Stadt gesprochen, aber wir haben auch schon verschiedentlich Wege gewiesen, wie man in der Stadt sparen kann. Wir sind nicht der Auffassung, daß wir sagen: Alles, was die Finanzen der Stadt aufbessern kann, lehnen wir ab und weisen keinen Weg, wie den städtischen Finanzen geholfen werden kann. Ich <sup>muß</sup> ~~weiß~~ bei dieser Sache betonen: Wenn wir in einer so ungeheueren schweren Zeit leben, wie uns immer erzählt wird, ist es notwendig, daß die Stadt an der Stelle spart, wo Sparsamkeit noch möglich ist, und das ist der Fall bei den Gehältern, die wir den höheren Beamten der Stadt zahlen. Es bekommen die Stadträte unserer Stadt augenblicklich ein Jahresgehalt, das ganz wenig von 2 Millionen Mark entfernt ist. Ist das notwendig, in den jetzigen Zeiten, wo wir der schlimmsten Teuerung entgegengehen und wo unsere städtischen Finanzen vollständig verwirrt sind.<sup>2</sup> Daraus, als die Besoldung der städtischen Beamten verab-

schieden

schiedet werden sollte, ist von unserer Seite der Antrag gestellt worden, daß diese horrenden Gehälter wenigstens auf das Maß herabgesetzt werden, das einigermaßen erträglich ist. Wir haben im Landtage durch einen derartigen Antrag versucht, den Städten voranzugehen, damit nicht die Stadt Braunschweig allein den Schritt tun sollte, sondern für alle Beamten Gehälter bewilligt wurden, die ein gutes Leben ermöglichen, aber nicht ungeheuer mehr ausmachen, als unbedingt notwendig ist. Ich bin der Auffassung, daß mit einem Jahresgehälte von einer Million man heutzutage gut durchs Leben kommen kann. Ist es da notwendig, daß an Beamte zwei Millionen jährlich gezahlt werden? Damit haben wir eine Quelle für das Sparen gezeigt, auf die immer wieder hingewiesen werden muß, wenn es heißt, Geld zu schaffen. Nicht aber wollen wir zum Sparen die Kulturgüter heranziehen, wenn es dafür andere Quellen gibt. So lange wir leben, werden wir unter den Nöten, die durch den Krieg hervorgerufen sind, zu leiden

leiden hat. <sup>haben</sup> Wir werden kaum bessere Zeiten erleben, denn der katastrophale Krieg hat derartige Folgen gezeigt, daß unser Volk jahrzehntelang daran zu ~~kranken~~ <sup>haben</sup> hat. Wir wollen ~~unser Bestreben darauf~~ <sup>daß</sup> ~~setzen~~, daß wir dafür sorgen, ~~die~~ diejenigen, die nach uns kommen, besser daran sind, und dazu gehört, daß die große Masse des Volkes die Möglichkeit hat, die Schätze der Bildung zu erwerben, nicht aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Ich weiß: die Ablehnung des erhöhten Schulgeldes ist nur ein Teil dieser Maßnahmen. Es kann nicht angehen, daß man immer höher geht mit der Belastung der kinderreichen Familien durch die Schule und sich schämt, einmal zu sagen: Hier <sup>ist</sup> mit der Schulgelderhöhung ~~Malt~~ <sup>ist</sup> zu machen, denn da ist eine andere Stelle, wo wir sparen können. Aus diesen Gründen muß <sup>sich</sup> ~~die~~ Ratsvorlage ablehnen



Stadtrat S e h a p e r: Meine Damen und Herren !  
Herrn Professor Dr. Schultze möchte ich zunächst erwi-  
dern, daß wir bereits bei den Schulleitungen auf  
sparsamsten Verbrauch der Lernmittel hingewiesen  
haben, und es ist auch von der <sup>Landes</sup>Schulkommission für  
das höhere Schulwesen durch Verfügung verlangt worden,  
daß <sup>benutzlich</sup> in den Schulbüchern die größtmögliche Sparsamkeit  
walten soll. Ich bin aber gern bereit, noch einmal  
dahin zu wirken, weil ich glaube, daß eine Erinnerung  
in dieser Hinsicht notwendig und wünschenswert ist.

Nun zu den Ausführungen meines Vorredners, des  
Herrn Stadtverordneten Sievers. Er hat als Ziel hinge-  
stellt, daß für die höheren Schulen völlige Schulgeld-  
freiheit eintritt. Er weiß, daß sein Ziel nicht  
gleich zu erreichen ist, aber er spricht sich durchaus  
gegen jede Schulgelderhöhung aus. Durch Maßnahmen  
der Behörden soll ermöglicht werden, daß bedürftige,  
aber begabte Kinder die höheren Schulen besuchen  
können. Auch ich halte dieses Ziel für durchaus er-  
strebenswert und bin dafür, daß Kindern aus niederbe-

mit-

mittelten Volksschichten, die die höheren Schulen besuchen wollen und gut begabt sind, der Besuch dieser Schulen ermöglicht wird. Aber ich bezweifle, daß durch Schulgeldfreiheit oder durch ein Niedrighalten des Schulgeldes dieser Besuch der höheren Schulen durch Minderbemittelte bei unseren heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ermöglicht wird. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir für 10% der Schüler und Schülerinnen Schulgelderlaß bewilligen können, also der zehnte Teil der Kinder auf den höheren Schulen kann die Schule ohne Zahlung von Schulgeld besuchen, aber noch niemals sind wir bei unseren Bewilligungen an die Grenze der Erlaßmöglichkeit gekommen. Es sind eben nicht so viele gut begabte, bedürftige Kinder vorhanden. Das Schulgeld stellt bekanntlich nur einen geringen Teil dessen dar, was die Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder aufbringen müssen. Die Kosten für Unterhalt, Kleidung und Lernmittel sind weit höher, und wenn das volksschulpflichtige Alter von den Kindern überschritten ist, kommt noch hinzu, daß deren Arbeits-

ber-

verdienst den Eltern entgeht. Wenn Sie also heute die Vorlage auf Erhöhung des Schulgeldes annehmen, so wird das den nicht hinderlich sein, daß die minderbemittelten Kinder die höheren Schulen besuchen. Der größte Teil der Eltern, die ihre Kinder nach den höheren Schulen schicken, sind noch in der Lage, das Schulgeld zu bezahlen, und wenn Sie die Erhöhung ablehnen, dann schenken Sie diesen Eltern einige Millionen Mark, was, wie ich glaube, in der heutigen Zeit nicht zu rechtfertigen ist. Ich will nicht noch einmal auf die große Finanznot der Stadt eingehen, muß aber doch darauf hinweisen, daß die Ausgaben für unsere höheren Schulen ins Unermeßliche ~~zu~~ steigen. Ob wir auf die Dauer in der Lage sind, diese Kosten zu bestreiten, weiß ich nicht. Auch daran möchte ich erinnern, daß die Unentgeltlichkeit des Unterrichts <sup>in der Reichshauptstadt</sup> ~~einseitig~~ nur für die Volks- und Fortbildungsschule, nicht aber für die höheren Schulen vorgesehen ist, wenn man natürlich auch nicht die Schulgeldsätze in den höheren Schulen ins Ungemessene steigern darf.

Ich

Ich glaube aber, daß sich unsere Vorlage in mäßigen Grenzen bewegt. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die übrigen Ausgaben für die Kinder viel höhere sind als ~~das~~ das Schulgeld. Was kann man denn für die 2000 Mark im Jahre noch Großes erwerben. Das Schulgeld ist also, nach unseren heutigen Verhältnissen gemessen, außerordentlich gering. Zu beachten ist noch, daß der Staat uns in dieser Sache vorangegangen ist, während man im vergangenen Sommer noch auf dem Standpunkt gestanden hat, daß das Schulgeld für die höheren Schulen nicht erhöht werden soll. Ich nehme an, daß jetzt die wachsende Finanznot den Staat dahin geführt hat, das Schulgeld für seine höheren Lehranstalten zu erhöhen. Unsere Vorlage schließt sich in großen und ganzen den staatlichen Schulgeldsätzen an. Wenn wir ablehnen, unsere Schulgeldsätze ungefähr gleich hoch zu setzen, dann wird der Staat, wenn wir von ihm irgendeine Mittel verlangen, sagen: Ihr habt ja scheinbar Geld garnicht nötig, sonst hättet Ihr diese Einnahmequelle nicht verschmäht, zu der wir Euch den Weg gewiesen haben. Für mich ist schon allein das Vorgehen  
das

des Staates ein triftiger Grund dafür, daß ich Ihnen empfehle, die Ratsvorlage anzunehmen.

Ganz kurz möchte ich auf die Worte des Herrn Vorredners erwidern, mit denen er eine Stelle angegeben hat, wo die Stadt sparen könnte, nämlich bei den Gehältern der höheren Beamten der Stadt. Es widerstrebt mir ja eigentlich, auf die Sache einzugehen, aber nach den Worten des Herrn Stadtverordneten Sievers sieht es so aus, als ob die höheren Beamten der Stadt Braunschweig besonders hohe Gehälter bezögen. Dazu ist zu sagen, daß sie eben so besoldet werden wie die höheren Beamten in Reich und Staat. Wenn gespart werden soll an den Gehältern der oberen Beamten, dann möchte ich Herrn Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten Sievers empfehlen, dafür in Lande und in Reich einzutreten, dann wird die Erniedrigung der Gehälter der oberen städtischen Beamten automatisch nachfolgen. (Zuruf des Stadtverordneten Sievers: Darauf können Sie sich doch verlassen -) Habe ich denn das nicht getan ?? Aber ohne Erfolg. Dann müßten Sie es also noch einmal tun. (Zuruf Sievers: Darauf können Sie sich

ver-

verlassen!! Es sieht nach den Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Sievers so aus, als ob die angeführten Gehälter bei den städtischen Beamten besonders hoch wäre,<sup>n</sup> aber von den Gehältern der Reichs- und Staatsbeamten ist bei ihm wenig die Rede.

V o r s i t z e n d e r : Das war etwas, was  
nebenher geht; ich möchte die folgenden Redner bitten,  
sich der Ratsvorlage anzunehmen.

Stadt. F a y ! Meine Damen und Herren ! Sie haben vor einigen Sitzungen meinen Antrag auf besondere Heranziehung der Ausländer bei der Gebühr für Benutzung der Stadtbibliothek abgelehnt. Nach dem heutigen Stande der Dinge, bei dem uns die Stellung der Ausländer uns gegenüber tagtäglich vor Augen geführt wird, werden Sie anders urteilen. Für die Schüler aus Deutschland soll auf den höheren Schulen ein Schulgeld von 5000 Mark gezahlt werden, für Ausländer nur 10 000 M. Das steht in gar keinem Verhältnis, da die ausländische Valuta sich in dieser Zeit auf das 2000fache erhöht hat. Wir müssen endlich einmal beginnen, die Ausländer, die unser Deutschland aussagen, schärfer zu fassen. Ich weiß, daß Türken und andere Ausländer die hiesigen höheren Schulen besuchen, und für Ausländer halte ich als Schulgeld den 10fachen Betrag dessen, was <sup>n</sup>Nicht-braunschweigische Schüler bezahlen, für angemessen. Die Ausländer sind es, die auch ihr Teil mit dazu beitragen müssen, daß die Stabilisierung der Mark zur Wahrheit wird. Ich beantrage, für Ausländer ein Schulgeld von 50 000 M festzusetzen.



Stadtrat S e h a p e r : Es handelt sich nur um wenige Ausländer in unseren höheren Schulen; auf den beiden Oberrealschulen sind es 3 Ausländer, 2 Türken und 1 Perser. Wie die Valuta dieser Länder steht, vernag ich im Augenblick nicht zu sagen, aber ich stelle mir vor, daß die türkische ähnlich miserabel ist wie <sup>die</sup> bei uns. (Zuruf: Nicht daran zu denken ! Sie ist sehr hoch) Die Folge einer solchen Maßnahme, wie sie Herr Fay vorschlägt, würde die sein, daß die Betreffenden am 31. März von unseren höheren Schulen abgehen und die höheren Schulen einer anderen Stadt besuchen. Ich bin auch dafür, daß wir hohe Schulgeldsätze für die Ausländer annehmen, aber so hoch, wie Herr Fay gesagt hat, möchte ich damit doch nicht gehen.

Stadtv. B u r g d o r f f: Meine Damen und Herren! Als seiner Zeit der Antrag gestellt wurde und durchging, daß Schulgeld für die Bürgerschulen nicht mehr erhoben werden sollte, wurde, um diesen Ausfall wett/zumachen das Schulgeld für die höheren Schulen erhöht. Ich habe dazu den Kopf geschüttelt, denn durch eine solche Maßregel schneidet man sich in das eigene Fleisch, denn welcher Vater wünscht nicht, daß sein Sohn eine bessere Schulbildung erhält als er es selbst gehabt hat! Un die damals gestrichenen 170 000 M Schulgeld hatten einen weit höheren Wert, als diese Summe heute hat. Wenn nun der Staat mit seinen Schulen vorangegangen ist und die Stadt würde nicht folgen, dann möchte ich den Vater sehen, der nicht sagt: Wenn du an Schulgeld in der Staatsschule mehr bezahlen sollst, dann schickst du deine Kinder einfach in die städtischen Schulen. So würde die Belassung des jetzigen Schulghdes in den städtischen Schulen eine Überfüllung derselben nachsichziehen. Aber abgesehen davon, sind wir heute

K&F

gar nicht in der Lage, die Mehreinnahme von 2,7 Millionen für die Stadt, die uns aus der Erhöhung des Schulgeldes erwachsen würden, missen zu können. Grundsätzlich stehe ich ja auch auf dem Stadtpunkt: Freie Bahn dem Tüchtigen, auch durch Ermöglichung des Besuchs der höheren Schulen durch begabte Minderbemittelte. Aber das läßt sich heute leider noch nicht ganz verwirklichen, und so möchte ich Sie bitten, der Ratsvorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat Schaper stellt die Sache so dar, als ob mein Parteifreund Sievers jetzt die allgemeine Schulgeldfreiheit gefordert hätte. Das ist <sup>klar</sup> nicht der Fall, er hat nur gesagt, daß wohl eine Forderung der sozialdemokratischen Partei im allgemeinen sei, daß er aber wohl wisse, jetzt lasse sich das noch nicht durchführen. Sodann erklärte Herr Stadtrat Schaper, von der Möglichkeit, Schulgelderlaß zu bekommen, würde heute nicht soviel Gebrauch gemacht, daß die 10% ausgesetzter Erlaß voll in Anspruch genommen würden. Das gebe ich zu, aber es kommt davon, daß die Eltern nicht wissen, daß sie Schulgelderlaß bekommen können, und ferner liegt es an den allgemeinen schlechten finanziellen Verhältnissen. Die meisten der Eltern die begabte Kinder haben, sind aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, ihre Kinder in höhere Schulen zu schicken. Sie können die Kinder nicht in entsprechender Kleidung halten, die Lernmittel werden ihnen zu teuer und schließlich kommt auch der gehende

gehende Arbeitsverdienst der älteren Kinder in Betracht. Es gibt aber eine Anzahl Eltern aus dem Arbeiterstande, denen es schlecht geht und die dennoch ihre Kinder in die Mittelschule oder in die höheren Schulen <sup>schicken</sup>. Auch unter dem sonstigen Publikum gibt es Leute, die sich nicht besser stehen als ein Arbeiter und ihren Kindern doch eine bessere Schulbildung angedeihen lassen wollen. Diese allen wird man treffen, wenn man das Schulgeld für die höheren Schulen heraufsetzt, und sie werden geradezu gezwungen, in dieser Hinsicht abzubauen. So erreichen Sie durch die fortgesetzte Erhöhung <sup>des</sup> dieses Schulgeldes, daß nur noch die oberen Zehntausend ihre Kinder in die höheren Schulen schicken können. Es ist schon auf die hohen Preise der Schulbücher hingewiesen. Ich weiß, daß ein Lehrbuch für das Lyzeum in neuer Auflage 1150 M kostet, und so kommt es, daß die Eltern beim Klassenwechsel ihrer Kinder zu Ostern 10 000 M für Schulbücher ausgeben müssen. Es wird ein Sturm auf die Bestände der antiquarischen Handlungen stattfinden

finden müssen und unter der Hand werden sich die Schüler von älteren Kamaraden die früheren Bücher erwerben müssen. Es ist schon <sup>billig</sup> ~~früher~~ der Fall gewesen, daß die Lehrbücher durch 3 oder mehr Hände gehen, <sup>die</sup> ~~und gibt in weitaus größerem Masse Auffassung~~. Sie sehen daran, wie die Eltern es möglich zu machen suchen, ihre Kinder in die höheren Schulen zu schicken, und das wird durch die höheren Schulgeldsätze immer mehr unmöglich gemacht. Sie von den bürgerlichen Parteien, die für den Mittelstand eintreten wollen, tun dem Mittelstande keinen Gefallen, wenn sie dem Antrage des Rats zustimmen. Der Staat ist allerdings mit dieser Erhöhung vorangegangen. Müssen wir denn aber ihm auf diesem Wege folgen, wenn wir ihn nicht für den richtigen halten? Wenn die heute bestehenden Verhältnisse seitens des Staats nicht genügend berücksichtigt werden, so müßten wir es doch tun! Wir sagen, daß wir diesen Schritt, wie ihn der Staat getan hat, im Interesse der Minderbemittelten nicht wagen können. <sup>n</sup> Es ist noch nicht <sup>immer</sup> der Weisheit letzter Schluß, dem zu folgen, was die Regierung tut. Gerade,

weil

weil die Bücher so teuer sind, sollte man nicht auch noch das Schulgeld weiter verteuern. Ich bitte Sie, sich die Sache noch einmal zu überlegen und der Ratsvorlage nicht zuzustimmen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e: Soll das Schulgeld schon für das laufende Vierteljahr erhöht werden? Es geht aus den bisher Gesagten nicht hervor, von welchem Zeitpunkt ab die Erhöhung eintreten soll.

Hervorheben möchte ich, daß das dringende Erfordernis zur Erleichterung des Besuchs der höheren Schulen die Verbilligung der Lernmittel ist. Auch die Schule müßte dafür etwas tun, z.B. sollte sie die Vermittelung der alten Schulbücher an die in anderen Klassen versetzten Schüler und Schülerinnen in die Hand nehmen. Außerdem würde ich es für richtig halten, wenn man Hefte im Großen einkauft und sie an die Kinder weitergibt. Ich weiß sehr wohl, daß die Lehrer der höheren Schulen sich dagegen sträuben werden <sup>dafs sie</sup> und diese kaufmännischen Sachen nicht gern betreiben wollen. Wir finden sicher wenige, die so etwas übernehmen, denn auch die <sup>Einziehung</sup> ~~Einziehung~~ des Schulgeldes wird von den Lehrern ungern übernommen, obgleich es für die Eltern eine große Erleichterung ist, wenn das

Schul-

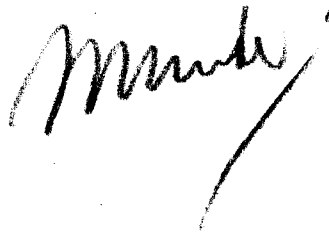


Schulgeld in der Schule bezahlt werden kann. Es wird leider nur an einem Tage angenommen, und wenn dann das Kind fehlt, muß der Vater doch noch an einem anderen Tage zum Rathaus gehen und das Geld abliefern. Aber dieser Verkauf der Hefte und der Austausch der Schulbücher ist sehr zu empfehlen.

Stadtv. F a y: Es kommt nicht darauf an, ob nur drei Ausländer oder mehr unsere höheren Schulen besuchen, auch nicht, ob sie zu den uns symathischen Türken gehören oder ob es Franzosen sind, sondern es kommt darauf an, zu zeigen, daß unsere Stadt Braunschweig, auf welche sich die Augen Deutschlands mehr richten, als uns lieb ist, zeigt, daß wir in der heutigen Zeit anfangen wollen, den Ausländern Sätze aufzubürden, wie diese für sie angemessen sind. Wenn die Franzosen von Deutschland das Rheingebiet verlangen, wollen wir uns auf unsere Art wehren. Ich wiederhole meinen Antrag, das Schulgeld für Ausländer auf 50 000 M festzusetzen.

Stadtv. M u n t e: Es scheint so, als ob wir heute nur 2 Punkte der Tagesordnung erledigen wollten. - Herr Stegmann sagte mit einem Blick auf uns, wir sollten nicht dem Mittelstande das hohe Schulgeld aufzudrücken helfen. Wenn <sup>man</sup> aber bedenkt, daß der Staat und andere Städte ein höheres Schulgeld als wir erheben, Hannover 6 000 M, die rheinischen Städte 4 - 6 000 M, und das ziemlich <sup>vorzuziehen</sup> ~~reaktionäre~~ Nürnberg 4 800 M, denn halte ich ein Schulgeld von 2 000 M nicht für zu hoch. Solange der Staat dieses Schulgeld erhebt und gleichwertige Schulen in der Stadt Braunschweig unterhält, können wir nicht ein niedrigeres Schulgeld erheben. Der Staat könnte uns sonst mit Recht vorhalten, daß wir unsere Einnahmequellen nicht ausnutzen. (Zuruf) Ich weiß nicht, wer im Staate das Schulgeld festsetzt, ob es im Landtage geschehen ist oder ob der Landtag nicht darüber zu befinden hat, denn ich bin noch nicht so lange im Landtage.

Herr Fay hackt auf den Ausländern herum. Es handelt sich nun gerade um 2 Türken, und ich kann sagen, daß deren Valuta nicht so außerordentlich stark ist. Wenn es sich um Leute aus Dollarika handelte, wäre die Sache vielleicht noch etwas anders anzusehen. Aber viele Schüler aus Amerika kommen nicht zu uns, und je mehr wir solche Politik treiben, die Ausländer besonders zu besteuern, um so schlechter werden wir im Auslande angesehen werden. Daß Baden und Bayern so hohe Sätze hat,<sup>eben</sup> höre ich mit Bedauern. Dafür werden unsere Handelsbeflis-  
sen, die nach England kommen, auch mit höheren Steuern bedacht werden. In dieser Weise dürften wir doch nicht vorgehen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'M. M. M.' or similar, with a long horizontal stroke extending to the right.

Die Schulgeldsätze, wie sie der Rat der Stadt

- 1) für die ortsangehörigen Schüler und Schülerinnen (2 000 M)
- 2) für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen (3 000 M)
- 3) für die ortsfremden nichtbraunschweigischen Schüler und Schülerinnen (5 000 M)

festzusetzen beantragt hat, werden angenommen.

Bei der Abstimmung über Punkt 4: „Schulgeldsätze für Ausländer (d.h. Schüler und Schülerinnen, die die deutsche Reichs- und Staats-Angehörigkeit nicht besitzen“ stimmen für den Antrag Fay (50 000 M) 14 Stadtverordnete, für den Antrag (10 000 M) 13 Stadtverordnete. Der Antrag Fay ist demnach angenommen.

Stadtverordneter S t a k e n b e r g : (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, daß wir für heute die Sitzung schließen. Aber im Interesse der wichtigen Beratungspunkte, die auf der heutigen Tagesordnung stehen, und die eine längere Verzögerung nicht vertragen, bin ich dafür, daß wir recht bald eine neue Sitzung abhalten und den Rest der Tagesordnung dann erledigen.

V o r s i t z e n d e r : Das beste wird sein, wenn wir den Rat diejenigen Punkte bezeichnen lassen, die heute noch unbedingt erledigt werden müssen - das können nur einige sein - und dann darüber abstimmen, was Herr Stukenberg beantragt hat. (Von seiten des Rats werden die betreffenden Punkte angegeben.)

Stadtverordneter Dr. Schultze: Ich bin auch der Ansicht, daß wir in der nächsten Woche wieder zu einer Sitzung zusammen kommen müssen. Soviel ich weiß, sind 15 verschiedene Anträge und Anfragen eingegangen, die noch nicht begründet sind. Ich schlage vor, ohne Kommissionssitzungen in der nächsten Woche das ganze noch vorhandene Programm zu erledigen.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Herrschaften wissen, daß es häufig so kommt, daß sich an die Anträge und Anfragen eine lange Besprechung schließt und daß damit, zumal die Anträge aus der Versammlung an erster Stelle auf der Tagesordnung stehen, die Möglichkeit gegeben ist, daß andere wichtige Anträge, die vom Rat gestellt werden, zu kurz kommen. Ich bitte deshalb, die bezeichneten Punkte noch zu erledigen.

V o r s i t z e n d e r : Ich schlage vor, daß wir nächste Woche wieder eine Sitzung abhalten, aber heute die unbedingt nötigen Sachen noch erledigen, z.B. über die Art der Erhebung der Wohnungsteuer muß heute noch beschlossen werden.

Stdtverordneter Dr. Röpcke: Ich wollte dasselbe sagen.

5. Erhebung der Wohnungsabgabe für 1922 - 23 nach dem Nutz<sup>ungs</sup>wert.

Stadtverordneter S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz fassen. Entsprechend den Vorschlägen des Rats haben sich im vorigen Jahre die Stadtverordneten dafür entschieden, daß die Erhebung der Wohnungsabgabe nicht nach dem Brandkassenwert, sondern nach dem Nutz<sup>ungs</sup>wert ~~erheben~~ <sup>stattfinden</sup> werden soll. Nach dem Reichsgesetz sind beide Arten der Erhebung zulässig, da aber die Schätzung nach dem Brandkassenwert wenig einbringt, und die Unterverteilung auf die Inhaber der Wohnräume bei der Erhebung nach dem Nutzwerte am besten möglich ist, so wurde die letztere Art der Erhebung beschlossen. Der Rat der Stadt ersucht uns nun um Zustimmung, der Erhebung der Wohnungsabgabe nach dem Nutz<sup>ungs</sup>werte auch für das Jahr 1922-23 zuzustimmen. Der Finanzausschuß ist damit einverstanden, daß auch in diesem Jahr wie bisher verfahren werden soll.

V o r s i t z e n d e r : Mit diesem Antrage wird jeder einverstanden sein; die Bevölkerung hat sich nun auch schon an diese Art der Erhebung gewöhnt.

Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage zu.

6. Erhöhung der Jahresvergütungen für Beschaffung  
von Reinigungsgeräten und Reinigungsmitteln für  
die Städtischen Schulen.

Stadtrat S c h a p e r : Die Stadtverordnetenversammlung hat vor kurzem den Rat der Stadt ermächtigt, die Vergütungen für die Reinigungsarbeiten in den städtischen Schulen im Anschluß an die Sätze, die für die Reinigung des Rathauses berechnet werden, zu berechnen und zu zahlen. Es hat sich nun ~~als~~ <sup>als</sup> notwendig als notwendig herausgestellt, die Bewilligungen für die Beschaffung von Reinigungsgeräten und Reinigungsmitteln für die städtischen Schulen zu erhöhen. Die Schuldner haben ihre Wünsche eingereicht, das Hochbauamt hat sie geprüft und für richtig befunden. Der Rat der Stadt beantragt nun, zu bewilligen

vom 1. Oktober d.J. ab den Jahresbetrag von  
1 133 814,30 M , vom 1. November d.J. ab den  
Jahresbetrag von 1 697 133,30 M

Die jährliche Summe bis zum September betrug ungefähr  
4000 000 M. Es liegt also eine bedeutende Steige-

*mg.*

rung der nötigen Summe vor, aber es ist ja allgemein bekannt, wie sehr alle Preise gestiegen sind. Ich bitte Sie, diese Summen zu bewilligen.

- 185 -

Die Versammlung entspricht dem Ratsantrage.

7. Übernahme der Verwaltung der zur ehemaligen Hofstatt  
gehörigen Parks, sowie der staatlichen Wallpromenaden  
und des Eisenbahnparks.

Stadtverordneter R e g e n e r : Meine Damen und Herren! Es handelt sich um den Abschluß eines Vertrages mit der Staatsregierung, betreffend die Übernahme von gärtnerischen Arbeiten in den Parks, die zu der ehemaligen Hofstatt gehören - das ist der Schloßpark, der Theaterpark und der Prinz Albrecht-Park. Im Jahre 1919 ist ein ähnlicher Vertrag zustande gekommen, der jetzt abgelaufen ist, und die Regierung ist eingangs dieses Jahres an die Stadt herangetreten mit der Aufforderung, diesen Vertrag nicht nur zu erneuern, sondern auch auszudehnen auf die Wallanlagen und den Eisenbahnpark. Die mündlichen Verhandlungen haben ergeben, daß die Regierung wünscht, daß neben der Beaufsichtigung und der gärtnerischen Unterhaltung der Wallpromenaden auch die Pflege der Fahrdämme und Fußwege von seiten der Stadt ausgeführt wird. Es ist darüber ein Vertrag von seiten des Staatsministeriums aufgestellt, der in seinen Grundzügen

etwa



etwa folgendes aufweist:

Die Kosten der Unterhaltung trägt der Staat nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes und zwar anteilig mit 85%, während die Stadt 15% der entstehenden Kosten zu tragen hat. Der Rat der Stadt steht auf dem Standpunkt, daß wir diese 15% übernehmen sollen, weil uns dadurch eine größerer Einfluß auf alles das, was wir in Obhut zu nehmen haben, gegeben ist. Sie wissen, wie weit unsere Wünsche in dieser und jener Richtung gegangen sind, aber wir konnten nichts erreichen. Das würde in Zukunft leichter sein, weil wir an den Kosten ~~B~~ partizipieren. Die Kosten sind auf etwa 12 Millionen Mark für dieses Vertragsjahr veranschlagt, und demnach hätte die Stadt Braunschweig 1,8 Millionen davon zu tragen. Besondere Verwaltungskosten, insbesondere für die Oberaufsicht, sollen dem Staatshaushalte nicht zur Last fallen, und zwar deshalb, weil wir staatlicherseits die Erlaubnis bekommen, die umfangreichen

Ge-

Gewächshäuser im Schloßpark wie im Museum<sup>s</sup>park uns zu-  
nutze zu machen und sie für die städtische Gärtnerei  
auszuwerten. Dafür zahlen wir nur den geringfügigen  
Pachtpreis von 5 000 M., außerdem stellt der Staat 2  
Beamte, nämlich einen Bauverwalter und einen Parkwär-  
ter der Stadt bis auf weiteres unentgeltlich zur Ver-  
fügung.

Der Vertrag soll vom 1. April 1923 ab laufen und  
halbjährig ( am 1. Oktober zum nächsten 1. April )  
kündbar sein.

Der Rat empfiehlt Zustimmung zum Abschluß eines  
solchen Vertrages. Der Rechtsausschuß ist diesem An-  
sinnen beigetreten und empfiehlt Ihnen, die Zustimmung  
zu diesem Verträge zu erteilen.

V o r s i t z e n d e r : Nach Bekanntgabe der Tagesordnung für die heutige Sitzung ist in der Öffentlichkeit die Feststellung aufgekommen, daß die Wallpromenaden in das Eigentum der Stadt übergehen. Dem ist aber nicht so, wie Sie eben gehört haben. - Wer für Genehmigung dieses Vertrages ist, möge die Hand erheben. (Geschicht.) Der Abschluß dieses Vertrages ist von der Versammlung genehmigt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

-----  
Schluß der Sitzung 8 Uhr.  
-----